

EDITORIAL

- 3** Zwischen Sichtbarkeit und Anonymität.
Protest, Bewegung und digitale Kultur

AKTUELLE ANALYSE

- 8** *Ruth Simsma/Marlene Heinrich/Marion Totter*

Von der Puerta del Sol ins Europaparlament. Organisationale Ausdifferenzierungen der spanischen Protestbewegung

THEMENSCHWERPUNKT

- 17** *Ulrich Dolata/Jan-Felix Schrape*
Zwischen Ermöglichung und Kontrolle.
Kollektive Formationen im Web

- 26** *Ricarda Drièveke*
Feministischer Hashtag-Aktivismus

- 35** *Kathrin Ganz*
Zehn Jahre Netzbewegung. Konflikte um
Privatheit im digitalen Bürgerrechtsaktivis-
mus vor und nach Snowden

- 45** *Carsten Ochs*
„Selbstdatenschutz“, oder: Kollektive Pri-
vatheitspraktiken als politisches Handeln
in digitalen Öffentlichkeiten

- 55** *Magdalena Freudenschuß*
Paradoxe Dynamik. Aktivismus zwischen
Anonymität und Sichtbarkeit

- 62** *Miriam Grobmann/Layla Kamil Abdulsalam/Eva L. Wyss*
Selfie-Proteste zwischen Personalisierung
und Anonymisierung

- 73** *Ina Alber*
Wie öffentlich ist das Private? Sozial-
forschung in digitalen Welten zwischen
Sichtbarkeit und Anonymität

- 83** *Jana Ballenthien/Alexander Hensel*
Verschlüsselt, vernetzt, verletzlich – Akti-
vist_innen über Sichtbarkeit und Anonymi-
tät. Kurzinterviews mit Volker und Stefan,
Antje Schrupp, Stephan Urbach und jetzt

PULSSCHLAG

- 90** *Anna Cavazzini*

Das Freihandelsabkommen zwischen EU
und USA: Hintergrund, Kritik, Protest

- 95** *Simon Teune/Peter Ullrich*

Demonstrationsbefragungen – Grenzen
einer Forschungsmethode

- 101** *Nina Ameling/Eva-Christina Edinger/
Maria Keil/Jan-Christoph Rogge/Moritz
Sommer/Peter Ullrich/Tina Weber*

Die Fachgesellschaften politisieren und mo-
bilisieren! Ein Beispiel aus der Soziologie

- 105** *Sara Madjlessi-Roudi*

Politische Wirkungen zivilgesellschaftlicher
Arbeit in Subsahara-Afrika

TREIBGUT

- 110** Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 115** *Karin Urich*

Der Fall Snowden im Spiegel der Literatur
(Greenwald 2014: Die globale Überwa-
chung; Harding 2014: Edward Snowden;
Rosenbach/Stark 2014: Der NSA-Komplex)

- 117** *Karin Urich*

Der steinige Weg in die digitale Gesell-
schaft (Schaar 2015: Das digitale Wir)

- 119** *Albrecht Lüter*

Feindbild Islam – Pegida und der „hässliche
Deutsche“ (Geiges/Marg/Walter 2015:
PEGIDA)

- 125** *Tim Csehan*

Wie wirkt die Alternative für Deutschland?
Ein perspektivischer Grenzgang (Werner
2015: Was ist, was will, wie wirkt die AfD?)

- 128** *Micha Fiedlschuster*

Das Weltsozialforum als organisierte
Nichtorganisation (Schröder 2015: Das
Weltsozialforum)

131 Johannes Emmerich

Achtung vor der Arena der Zivilgesellschaft
(Strachwitz 2014: Achtung vor dem Bürger)

134 ABSTRACTS

139 IMPRESSUM

Zwischen Sichtbarkeit und Anonymität

Protest, Bewegung und digitale Kultur

Digitale Öffentlichkeiten entwickeln sich hochdynamisch, sind ambivalent und herausfordernd. Trotz zunehmender Machtzentration, Regulation und Überwachung entwickeln sich in ihnen fortwährend neue Formen von Freiheit und Selbstentfaltung, schöpferisches wie destruktives Verhalten, individualistische wie solidarische Positionen. Digitale Öffentlichkeiten sind ein Motor sowohl für gesellschaftliche Emanzipation als auch für neue Problemlagen und Herausforderungen. Sie katalysieren die Krisen etablierter gesellschaftlicher Institutionen und erodieren existierende Ordnungsprinzipien. Zugleich entfalten sie Relevanz und Potenziale oftmals erst durch ihre Verschränkung mit etablierten journalistischen Verbreitungswegen und bereits existierenden Diskursarenen. Es verwundert daher kaum, dass digitale Öffentlichkeiten im frühen 21. Jahrhundert mehr und mehr zum Kristallisierungspunkt des Politischen avancieren. Vor allem die großen Sozialen Netzwerke fungieren zusehends als relevante Quellen und Resonanzräume für politischen Unmut verschiedenster Couleur, welcher sich ebenso plötzlich Bahn bricht, wie er unversehens wieder verschwindet.

Protest und Bewegung im Netz

Von der Ausweitung digitaler Öffentlichkeiten, der Öffnung neuer Zugänge zur medialen Aufmerksamkeitsökonomie und dem partiellen Autoritätsverfall etablierter Institutionen und Akteure durch die Internetkultur profitieren Protest und Bewegungen in besonderem Maße. Dies gilt nicht nur für neue, oftmals besonders onlineaffine oder konkret netzpolitisch fokussierte Bewegungen - wie die Protestbewegungen gegen TTIP und ACTA oder die Piratenpartei - die sich vornehmlich in beziehungsweise aus der digitalen Kultur heraus

entwickelt haben. Auch längst etablierte kollektive Akteure wie die Anti-Atom-Bewegung, die feministische oder die Friedensbewegung eignen sich die Technik und Kultur des Netzes sukzessive an, nutzen sie für ihre Anliegen und entwickeln sie weiter.

Hier wie dort eröffnet sich damit für Protest und Bewegung eine Reihe neuer oder zumindest veränderter Möglichkeiten: Über Webtools wie Text-Pads, Wikis, Foren und Mailinglisten arbeiten Aktivist_innen kollektiv und vernetzt an Ideen und Programmen, organisieren Aktionen und akquirieren Ressourcen. Über digitale Petitionen und Unterschriftenlisten, Plattformen oder Soziale-Netzwerkseiten artikulieren sie ihre Forderungen, lancieren Kampagnen und sammeln neue Unterstützer_innen. Social Media wird daher als Motor einer neuen Mitmachkultur diskutiert (vgl. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* Heft 2/2013). Überdies sind Aktivist_innen über digitale Kommunikationsmittel in der Lage, sich besser global, kurzfristig und (mittels Nutzung entsprechender Technologien) auch konspirativ zu vernetzen als je zuvor.

Die zahlreichlichen Potenziale digitaler Öffentlichkeiten für Protest und Bewegung werden in den letzten Jahren jedoch von verschiedenen Seiten herausgefordert. Während in der wissenschaftlichen Debatte zu recht die fortbestehende soziale Ungleichheit der Nutzer_innen diskutiert sowie auf kulturelle Zugangshürden zu politischer Onlinekommunikation hingewiesen wird, hat sich innerhalb der Netzbewegung eine Debatte über Auswirkungen und Folgen digitaler Kommunikation entwickelt. Vor allem von netzfeministischer Seite aus wurde dabei auf die praktischen und lange übersehnen individuellen Belastungen des digitalen Aktivismus, wie beispielsweise antifeministische Shitstorms, hingewiesen.

Diese Kritik ist hochaktuell, befindet sich doch die Netzbewegung hierzulande nach einer Phase des rasanten Wachstums und punktueller politischer Erfolge in den Jahren 2009 bis 2011 längst in einer posteuphorischen Phase. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass

die organisatorische Entwicklung stagniert, Inhalte durch etablierte politische Akteure übernommen oder gar „enteignet“ werden und Aktivist_innen demobilisiert werden. Entnervt, herausgefordert und überfordert werfen viele Beteiligte politisch das Handtuch. Derartige Entwicklungen bloß als Phase einer typischen bewegungspolitischen Entwicklungskurve oder als Kapitulation vor den profanen Mühen der Ebene zu sehen, griffe indes zu kurz. Schließlich verweisen die Beschreibungen aus Wissenschaft und Aktivismus auf systematische problematische Effekte von Aktivismus im Netz, die wir mit den hier versammelten Beiträgen aufgreifen und analysieren. Wir decken die sich hier stellenden Fragen nicht in ganzer Breite ab, sondern konzentrieren uns auf das Spannungsfeld zwischen der (vermeintlichen) Anonymität im Netz und der (notwendigen) Sichtbarkeit von Aktivist_innen.

Ambivalenzen der (digitalen) Sichtbarkeit
 Eine Schlüsselkategorie für die Analyse und Verhandlung des individuellen Netzaktivismus liegt in der digitalen Sichtbarkeit. Diese ist nicht nur vielfach Voraussetzung für erfolgreiches politisches Handeln im Netz, sondern scheint als prägendes Moment gegenwärtiger Digidalkultur auch darüber hinaus hoch relevant. Durch ihre Sichtbarkeit werden Individuen im Netz auffindbar und kontaktierbar, damit fungiert sie als elementare Voraussetzung für agile Kommunikation und Vernetzung. Dies gilt insbesondere für politischen Aktivismus, der nicht bloß Botschaften transportieren, sondern oftmals auch offensiv-strategisch für diese und die dahinter stehenden politischen und moralischen Positionen einstehen will – und so dem Protest ein Gesicht zu verleihen versucht.

Während digitale Sichtbarkeit auf der einen Seite die Möglichkeiten für politische Artikulationen erweitert, stellt sie auf der anderen Seite eine besondere Belastung für die involvierten Aktivist_innen dar. Wer sichtbar ist, ist im Netz nicht nur (in Form von Nutzer_innen-Accounts in der Regel permanent) adressierbar, sondern auch angreifbar. Gelöst

von analogen räumlichen Zusammenhängen werden Aktivist_innen auf diese Weise allzu leicht und oft zur Zielscheibe von digitalem Mobbing, gezielten Nachstellungen und Shitstorms, die sich bis zu Vergewaltigungs- und Morddrohungen steigern können.

Derartiges gehört längst zur Standarderfahrung vieler digitaler Aktivist_innen. Allerdings werden diese Auswüchse in den kommunikativ weithin individuell strukturierten digitalen Räumen von nicht selten nur lose organisierten User_innen zumeist individuell verhandelt. Auch wenn dieses Problem viele Aktivist_innen betrifft, wird es oftmals nicht als kollektives, sondern als individuelles Problem des/der jeweiligen Aktivist_in behandelt. Die Folgen können persönliche Überforderung, resignierter Rückzug oder gar Burnout sein. Während sich kollektive Abwehrmaßnahmen, kulturelle Prinzipien und Regelungsmechanismen nur langsam entwickeln, können derart individualisierte Prozesse die Kreisläufe der Ressourcenakquise von Bewegungen empfindlich stören.

Überwachung und Repression

Aus der digitalen Sichtbarkeit entstehen für Aktivismus weitere Herausforderungen. Spätestens seit den Snowden-Leaks ist eine Überwachungsszenerie offenbar geworden, die den einst verschwörungstheoretisch anmutenden Spekulationen der Hackerszene munter die Stirn bieten kann. Während die Überwachungsaktivitäten durch kommerzielle Plattformanbieter wie beispielsweise Facebook oder Google bekannt sind, politisch jedoch weithin unbeantwortet bleiben, rücken die Gefahren einer systematischen staatlichen Überwachung zurück ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Denn durch sie wird nicht nur die grundsätzliche Fragilität der zum Leitmotiv erhobenen Freiheit digitaler Kommunikation deutlich, sondern es werden auch ganz konkrete politische Bedrohungen offenbar: Aktivist_innen und Bewegungen werden für staatliche Organe, die digitale Kommunikation nahezu vollständig überwachen und diese zu informationsgesättigten Profilen vernetzen

können, umfassend sichtbar.

Dies konterkariert nicht nur das Ideal einer informationellen Selbstbestimmung, sondern eröffnet auch Tore für Schikane, Willkür und Repression durch staatliche Organe. In Deutschland rücken rechtsstaatliche Regulation und Kontrollen ins Zentrum der netzpolitischen Agenda. Andere Staatsformen weisen diesbezüglich einen weitaus represiveren und in einigen Fällen sogar tödlichen Umgang auf. Die im März 2014 in der Türkei verhängte Sperre von Twitter, die Verfolgung von (Netz-)Aktivist_innen während des arabischen Frühlings 2011 oder die kontinuierlichen gegen Hacker_innen gerichteten Repressionen zur Aufrechterhaltung der chinesischen Internetzensur sind nur einige Beispiele für zahlreiche Einhegungsversuche, die von staatlicher Seite gegen die eruptiven Effekte digitaler Vernetzung in Anschlag gebracht werden. Eine bedrohliche Entwicklung zeichnet sich ebenfalls in gefestigten Demokratien ab, betrachtet man die Debatten um die Vorratsdatenspeicherung oder Fälle massiven Vorgehens gegen Hacker_innen, Filesharer oder Onlineaktivist_innen in den USA und Europa, wie sich an den Beispielen des Programmierers und Aktivisten Aaron Swartz oder den Ermittlungen gegen

das Blog netzpolitik.org wegen Landesverrat nachvollziehen lässt.¹

Die enorme Anfälligkeit digitaler Öffentlichkeiten für Überwachung, Kontrolle und Manipulation liegt damit längst offenbar. Die aktivistische Seite entwickelt auch hierzulande fortwährend habituelle und technische Antworten darauf. Hierzu zählen neben netzkulturell verbreiteten Praxen der Anonymisierung, beispielsweise von digitalen Profilen oder Kommentaren, vor allem technische Möglichkeiten zur Verschlüsselung, um die Kommunikation zwischen Akteuren oder die Identität von Aktivist_innen zu schützen. Doch die verschiedenen Formen des Selbstdatenschutzes konnten bisher nicht als kollektive Praxis etabliert werden – weder gegenüber staatlichen noch gegenüber privatwirtschaftlichen Akteur_innen.

Das Panorama des Themenschwerpunktes wurde auf der Tagung „Politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten – Grassroots zwischen Autonomie, Aufschrei und Überwachung“ im November 2014 in Göttingen aufgespannt.² Hier wurden sowohl theoretische Grundlagen, praktische Formen und Effekte kollektiven politischen Handelns im Netz als auch die vielfach unbearbeiteten methodischen Herausforderungen debattiert, die das Feld



an die Forschung stellt. Fokussiert auf die Ambivalenzen von Sichtbarkeit und Anonymität sollen die angestoßenen Diskussionen im Themenschwerpunkt des vorliegenden Heftes weitergeführt, vertieft und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ulrich Dolata und *Jan-Felix Schrape* stellen zunächst eine Systematisierung von unterschiedlichen kollektiven Formationen im Internet vor. Sie beschreiben, wie sich diese sowohl durch soziale Prozesse als auch durch technologische Eigenschaften digitaler Infrastrukturen entwickeln und stabilisieren. Dabei stellen sie den ermöglichen den Eigenschaften von digitaler Kommunikation und Vernetzung den Aspekt der Kontrolle gegenüber und weisen auf neue Formen der Observierung und Steuerung kollektiven Verhaltens hin, welche den Nutzer_innen des Webs oftmals nicht bewusst sind. Nach dieser überblickenden und allgemeinen Perspektive geht *Ricarda Drücke* in ihrem Beitrag auf ganz konkrete Herausforderungen des Online-Aktivismus ein. Am Fallbeispiel des Hashtags #aufschrei diskutiert sie in ihrem Beitrag Potenziale und Risiken des gegenwärtigen feministischen Online-Aktivismus. Dabei arbeitet sie heraus, wie Aktivismus in der Auseinandersetzung mit antagonistischen Positionen zwar von den öffentlichkeitsgenerierenden Funktionen Sozialer Netzwerke profitiert, jedoch zugleich mit der Entwicklung von Machtstrukturen, Ausschlüssen und Gegenreaktionen konfrontiert wird.

Während Aktivismus verschiedener Couleur sich durchaus ähnlichen Herausforderungen gegenüberstellt, variieren die theoretische Wahrnehmung von und der praktische Umgang mit digitaler Sichtbarkeit merklich. Eine klassische Antwort liefert das Paradigma der Privatsphäre, das informationelle Selbstbestimmung durch Datenschutz und Praktiken der Anonymisierung von Online-Kommunikation zu erhalten beziehungsweise zurückzugewinnen sucht. Mit der historischen Entwicklung dieser Position befasst sich *Kathrin Ganz*. Sie arbeitet heraus, wie sich der Diskurs über und der Umgang mit Privatsphäre und Überwachung verändert

haben und durch aktuelle Entwicklungen der digitalen Nutzer_innenkulturen sowie durch die Vertreter_innen des Post-Privacy-Diskurses herausgefordert werden. *Carsten Ochs* thematisiert konkrete Möglichkeiten, digitale Kommunikation vor Überwachung zu schützen. Er skizziert die Charakteristika und Potenziale des sogenannten Selbstdatenschutzes, der auf individueller Ebene informationelle Privatheit zu gewähren versucht, und analysiert Ursachen für dessen mangelnde Durchsetzung und Wirksamkeit.

Auch jenseits klassischer Datenschutz-Positionen offenbaren sich differente aktivistische und netzkulturelle Umgangsformen mit digitaler Sichtbarkeit. So analysiert *Magdalena Freudenschuß* die individuellen Herausforderungen für aktivistisches Handeln in digitalen Gesellschaften und legt dabei die eigene Verletzbarkeit als handlungsggebende Komponente zugrunde. Mit Blick auf netzinvolvierte Formen politischen Handelns sieht sie den Umgang mit Verletzbarkeit als paradoxe Dynamik zwischen Anonymisierung und Sichtbarmachung, die keine gegensätzlichen, sich ausschließenden Pole, sondern vielmehr ineinander verwobene Fluchtrouten darstellen. Einen ebenso unerwarteten wie differenzierteren Umgang mit den Herausforderungen der Sichtbarkeit finden wir in Selfie-Protesten. *Miriam Grohmann*, *Layla Kamil Abdulsalam* und *Eva L. Wyss* analysieren diese noch recht junge Form der Protestkommunikation, die seit den Occupy-Protesten 2011 an Popularität und Verbreitung gewonnen hat. Vor allem im Kontext körperpolitischer Diskurse und Kampagnen haben sich hier Formen einer gleichzeitigen offensiven Personalisierung als auch Anonymisierung herausgebildet.

Was diese verschiedenen Herausforderungen digitaler Sichtbarkeit für die empirische Sozialforschung bedeuten, diskutiert *Ina Alber*. Aus der Perspektive von Forscher_innen skizziert sie die praktischen Grenzen von etablierten Anonymisierungsstrategien für empirische Forschungsergebnisse im Zeitalter digitaler Sichtbarkeit. Dabei flankiert sie theoretische

Überlegungen mit konkreten Praxisbeispielen und schlägt mögliche zukünftige Umgangsweisen vor. Ebenfalls fortgesetzt wird der bereits auf der Tagung begonnene Austausch von Wissenschaft und Aktivismus. In einem Sammelinterview werden fünf Aktivist_innen aus verschiedenen Onlinekontexten – *Volker und Stefan, Antje Schrupp, Stephan Urbach und jetzt* – zu ihrer Einschätzung von und ihrem Umgang mit den Ambivalenzen von Sichtbarkeit und Anonymität befragt. Dabei werden sowohl technische als auch kulturelle Strategien für den Umgang mit diesen Ambivalenzen vorgestellt und vor vernachlässigten Gefahren digitaler Sichtbarkeit gewarnt.

In der Literaturrubrik wird der Themen schwerpunkt gleich mehrfach aufgegriffen. Zum einen gibt es eine Sammelrezension zu Edward Snowden und dem NSA-Skandal. Außerdem wird das Buch des ehemaligen Datenschutzbeauftragten Peter Schaar besprochen, der das Für und Wider der digitalen Gesellschaft diskutiert.

Im Pulsschlag analysiert *Anna Cavazzini* die Verhandlungen um das TTIP-Handelsabkommen zwischen der EU und den USA. Nach einem Überblick über die handelspolitischen Rahmenbedingungen seit dem Scheitern der Doha-Runde der WTO werden die Argumente für und wider TTIP unter die Lupe genommen und der Protest gegen das Handelsabkommen beleuchtet. *Simon Teune* und *Peter Ullrich* analysieren in ihrem Beitrag die Vorteile und die Grenzen von Demonstrationsbefragungen als Forschungsmethode. Am Beispiel der Dresdener Pegida-Demonstrationen, die von drei unterschiedlichen Forscher_innenteams untersucht wurden, vergleichen sie die angewendeten Methoden und beleuchten die jeweiligen Vor- und Nachteile. Auf die Situation von Nachwuchswissenschaftler_innen in Deutschland unter den Rahmenbedingungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes machen *Nina Ameling, Eva-Christina Edinger, Maria Keil, Jan-Christoph Rogge, Moritz Sommer, Peter Ullrich* und *Tina Weber* aufmerksam. Sie fordern eine verstärkte Aufmerksamkeit für

die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses und des Mittelbaus an Universitäten und eine Vertretung in den jeweiligen Fachgesellschaften. Erste Erfolge können sie innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vermelden. Abschließend berichtet *Sara Madjlessi-Roudi* von einer Tagung zur politischen Wirkung von zivilgesellschaftlicher Arbeit in Subsahara-Afrika. Obwohl NGOs und andere zivilgesellschaftliche Organisationen in den Ländern Subsahara-Afrikas oftmals stark unter Druck stehen, sind soziale Bewegungen, politische Lobbygruppen, Gewerkschaften, religiöse und entwicklungspolitische Organisationen zu diskursmächtigen politischen Kräften in verschiedenen Ländern des Kontinents geworden.

Jana Ballenthien (Göttingen), *Alexander Hensel* (Göttingen), *Christoph Hoeft* (Göttingen), *Maren Ulbrich* (München) (Gastherausgeber_innen)

Markus Rohde (Siegen), *Jan Rohwerder* (Aachen), *Karin Urich* (Mannheim)

Anmerkungen

¹ Aaron Swartz war ein US-amerikanischer Programmierer und Internetaktivist, der sich im Jahr 2013 das Leben nahm, nachdem gegen ihn wegen illegalen Herunterladens wissenschaftlicher Artikel aus einer geschützten Datenbank Anklage erhoben wurde. Für den Fall einer Verurteilung hätten ihm bis zu 35 Jahre Haft und eine hohe Geldstrafe gedroht.

² Die Tagung wurden von der Hans-Böckler- und der Otto-Brenner-Stiftung sowie dem Göttinger Universitätsbund gefördert und von HBS-Promotionsstipendiatinnen und Mitarbeitern des Göttinger Instituts für Demokratieforschung organisiert und durchgeführt. Weitere Informationen zum Programm sowie Audiomitschnitte der meisten Vorträge finden sich unter: www.digitale-oeffentlichkeiten.de [16.07.2015].

Von der Puerta del Sol ins Europaparlament

Organisationale Ausdifferenzierungen der spanischen Protestbewegung

Ruth Simsa/Marlene Heinrich/Marion Totter

Die Bilder des im Mai 2011 tagelang besetzten Platzes „Puerta del Sol“ und der darauf folgenden Massendemonstrationen in vielen spanischen Städten gingen durch die internationale Presse. Massive Proteste im Zuge der Bewegung 15M bzw. der „Indignados“ entzündeten sich an sozialen Problemen und der Unzufriedenheit mit institutioneller Politik. Auch wenn die internationale Aufmerksamkeit für die Bewegung zurückgegangen ist, war die spanische Zivilgesellschaft in den letzten Jahren sehr aktiv. Die Bewegung des Jahres 2011 hat in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu gravierenden Änderungen geführt. Drei der wesentlichen Aspekte werden im Folgenden näher beschrieben: Erstens war sie der Ausgangspunkt für weitere Dynamiken der Politisierung. Diese äußern sich in der Beteiligung bislang eher unpolitischer Personen(gruppen), in der Zunahme zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und in der Gründung einer großen Zahl an Organisationen und Initiativen. Zweitens war sie der Ausgangspunkt tiefgreifender Umdeutungen, also geänderter Prozesse der Wirklichkeitskonstruktion. Drittens ist die Bewegung 2014 mit der Gründung der mit ihr im Zusammenhang stehenden Partei „Podemos“, mit deren Erfolgen bei der Europawahl und der nachfolgenden Welle von Gründungen regionaler Parteien in eine neue Stufe der partiellen Institutionalisierung eingetreten (Feenstra/Keane 2014). Damit scheint der „normale“ Bewe-

gungszyklus in Spanien in besonders hohem Tempo vor sich zu gehen. Die Aktivitäten im politischen System lösen große Hoffnungen aus, werden gleichzeitig aber auch kritisiert bzw. für einen gegenwärtigen Rückgang des Engagements verantwortlich gemacht.

Im Folgenden werden Hintergründe und Entwicklung der Bewegung skizziert. Neben Literaturrecherchen gründen unsere Informationen auf Feldforschung seit Herbst 2014. Im Zuge dessen wurden mehr als 50 Interviews mit AktivistInnen und ExpertInnen sowie teilnehmende Beobachtungen im Rahmen von Versammlungen, Essensausgaben oder Protestaktivitäten durchgeführt.

1 | Sozioökonomische Hintergründe: die Wirtschaftskrise und ihre Folgen

Die Finanzkrise und durch sie verursachte Liquiditätsengpässe von Banken trafen Spanien im Jahr 2007 nach einem Jahrzehnt des Baubooms, der durch lockere Kreditvergabe und niedrige Zinsen verursacht und durch Spekulationen verstärkt worden war. Bis dahin erlebte Spanien goldene Jahre (Wieland 2011) und den Aufstieg zur fünftgrößten Volkswirtschaft Europas (vgl. Koehler 2010). Spanien hatte vor der Finanzkrise eine mit 39,4 Prozent im Jahr 2008 deutlich niedrigere Staatsverschuldung als etwa Österreich (68,5 Prozent) oder Deutschland (64,9 Prozent), war aber u.a. aufgrund des hypertrophen Bausektors besonders verwundbar. Mit der Finanzkrise

platzte die Immobilienblase. Der Staat fing die von Kreditausfällen betroffenen Sparkassen und Banken auf, verschuldete sich stark, viele Unternehmen gingen in Konkurs, die Arbeitslosigkeit stieg. Die Staatsverschuldung stieg bis 2014 auf geschätzte 98,1 Prozent und die Bankenhilfe auf über 61,366 Mrd. Euro (vgl. Asensi 2014: 65).

Unter dem Druck der Austeritätspolitik wurden öffentliche Ausgaben im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich reduziert (Banyuls/Recio 2012; Fioramonti/Thümler 2013b). Spanien wurde in seiner Entwicklung um eine Dekade zurückgeworfen (Unicef 2014: 4). Während des Baubooms waren Immobilienpriese um mehr als 200 Prozent gestiegen (Asensi 2014: 63), eine Regulierung der Banken und eine Novellierung des Hypothekengesetzes blieben aus. Im Zuge der Krise konnten Menschen, die Wohnungen mit billigen Krediten gekauft hatten, diese nicht rückzahlen, Delogierungen stiegen an, aufgrund des Preisverfalls von Immobilien und der spezifischen Rechtslage Spaniens waren die Delogierten auch danach nicht schuldenfrei (Banyuls/Recio 2012; Hughes 2011). Seit 2007 gab es 570.000 Zwangsvollstreckungen. Die Lebensbedingungen haben sich in Folge der Wirtschaftskrise enorm verschlechtert (Santamaría 2011: 21). So lag im Jahr 2014 die Arbeitslosigkeit bei 26,38 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit war mit 53,5 Prozent die höchste in Europa, was viele von einer verlorenen Generation sprechen lässt. 37 Prozent der Arbeitslosen haben Anspruch auf Unterstützung verloren (Asensi 2014: 64). Regionale Disparitäten sowie die Einkommensungleichheit verschärften sich. 2012 lebten 22,2 Prozent der Wohnbevölkerung unter der Armutsgrenze. Mehr als ein Drittel aller Kinder ist armutsgefährdet und dem Risiko sozialer Exklusion ausgesetzt (Save the Children 2014). Circa zwei Millionen Kinder leiden an Hunger. Dies und die hohe Korruption führten zu einer massiven Vertrauenskrise in das politische System (Hughes 2011).

2 | Die Protestbewegung der Indignados – Movimento 15M

„Sie repräsentieren uns nicht!“ war daher einer der ersten Slogans der Bewegung, der die Wut auf sozio-ökonomische Entwicklungen und das politische System zum Ausdruck brachte. Die Demonstration gegen die Folgen der Finanzkrise in Madrid am 15. Mai 2011 gilt als Geburtsstunde der spanischen Protestbewegung, die dementsprechend als „Movimento 15M“ bezeichnet wird. Proteste der Indignados (der Empörten) weiteten sich sehr schnell auf mehr als 50 spanische Städte aus. Es kam zu wochenlangen Platzbesetzungen.

Organisiert wurden die Proteste von der Plattform DRY (Echte Demokratie Jetzt), die sich aus über 200 Organisationen, Gruppen und Blogs zusammensetzte und sich über Soziale Medien bildete. Sie kritisierte die Austeritätspolitik, den Einfluss der Banken auf die Regierung und die Alternativlosigkeit der neoliberal ausgerichteten Politik (Castañeda 2012; Delclós/Viejo 2012). Ein zentrales verbindendes Element war die Wut auf eine korrupte politische und wirtschaftliche Elite, die sogenannte „Kaste“. Die Bewegung wollte sich von Anfang an keiner politischen Richtung oder Ideologie zuordnen, sie präsentierte sich als heterogen und inklusiv. Im Manifest 15M wird mehrfach das Attribut „normal“ für TeilnehmerInnen verwendet (Madrilonia 2012).

Mit der breiten und raschen Mobilisierung spiegelt Spanien gegenwärtige Entwicklungen sozialer Bewegungen in vielen anderen Regionen wieder (Simsa 2013). Gleichzeitig lassen sich auch spezifisch spanische Hintergründe identifizieren. Historische Wurzeln aus dem Bürgerkrieg, dem Widerstand gegen den Franquismus und dem Anarchismus spielen ebenso eine Rolle wie Erfahrungen mit Selbstverwaltung in den 1960ern (Hughes 2011; Taibo 2013) und mit der globalisierungskritischen Bewegung der 1990er Jahre. 15M verstand es, Erfahrungen und praktizierte Politikformen diverser Initiativen in die eigene Mobilisierung einfließen zu lassen, ohne sich dabei ideologisch zu verengen.

Bereits in den Jahren vor 2011 kam es immer wieder zu Protesten, seit 2000 besonders in Zusammenhang mit der Wohnproblematik. Viele Protestformen und -foren der heutigen Bewegung waren hier bereits sichtbar (Asensi 2014: 65). Vor allem die Plattform für von Hypothekenkrediten Betroffene (PAH), die ein strategischer Knoten des 15M wurde, ging 2009 aus dem Zusammenschluss dieser früheren Organisationen hervor (Candeias/Völpel 2014). Prekarität und Recht auf Wohnen wurden auch von Jugendorganisationen thematisiert, zudem wurden mehrere Bildungsstreiks und Demonstrationen organisiert, v.a. „Juventud sin futuro“ gilt als ein zentraler Vorläufer für 15M (Candeias/Völpel 2014: 98). Zu lokalen Gewerkschaften, die für Bildung und gegen Privatisierungen im Gesundheitsbereich eintraten, gab es Verbindungen der autonomen Jugendorganisationen über gewerkschaftliche Jugendorganisationen.

2.1 | Die Entwicklung seit 2011: Zunahme von Politisierung und Engagement

Das Zeltlager an der Puerta del Sol löste sich am 12. Juni 2011 auf, viele Themen werden seitdem aber in anderer Form dezentral bearbeitet. Die Zahl der Protestaktivitäten stieg an: Zwischen Januar und September 2012 gab es 2732 Proteste alleine in Madrid, und somit fast doppelt so viel wie im ganzen Jahr 2011 (García 2013: 303). In der Zivilgesellschaft „brodelt es“, es ist eine „explosive Situation“, „sehr energievoll und bewegt“. So beschreiben viele InterviewpartnerInnen den dynamischen Zustand. Viele Menschen wurden dadurch politisiert (Taibo 2013), d.h. beteiligten sich erstmals an Protesten. Neben jungen Menschen berichten dies auch ältere, z.B. jene 72-jährige Frau, die nun in zwei Protestinitiativen sehr aktiv ist und meinte, sie habe sich davor nie politisch beteiligt, zu ihrer Zeit wäre das für Frauen noch anders gewesen, nun habe sie allerdings nichts mehr zu verlieren. Auch die Intensität des Engagements ist zum Teil sehr

hoch, mehrere InterviewpartnerInnen sind fast täglich in Versammlungen aktiv.

Insgesamt gab es seit Mai 2011 auch eine institutionelle Ausdifferenzierung von politisch-zivilgesellschaftlichem Engagement. So entstanden „Mareas“ (deutsch: Flut), die als eine Art themenorientierte „Bewegung in der Bewegung“ verstanden werden können, etwa die „Marea Azul“, die sich gegen die Privatisierung des Wassers ausspricht. Die „Marea Granate“ verbindet die wegen der Krise ausgewanderten Jugendlichen. Die „Marea Amarilla“ setzt sich für mehr Budget im Kulturbereich ein, die „Marea Verde“ gegen Sparmaßnahmen im Bildungssystem. Die spanische Sozialwissenschaftlerin Guamán beschreibt Mareas abstrakter, als eine Ansammlung von Menschen, die Räume bzw. Plätze für eine Zeitspanne für sich beansprucht und flutartig zu- oder abnimmt, jedoch niemals ganz verschwindet. Diese Phänomene gibt es schon seit dem 19. Jahrhundert, als die Arbeiterbewegungen ihre Anliegen auf die Straßen trugen. Der Streik als Instrument von Menschen mit denselben Anliegen und Problemen ist das überzeugendste Produkt dieser Organisationsform (Guamán 2013).

Zudem gibt es eine Vielzahl an sehr unterschiedlich orientierten Gruppierungen, die im weitesten Sinn als Civil Society Organizations verstanden werden können. Besonders hohe Legitimität genießen die landesweit vernetzten Organisationen gegen Zwangsräumungen, die bei Delogierungen protestieren, mit Banken verhandeln, gesetzliche Änderungen anstreben und oft auch soziale Dienstleistungen anbieten, etwa Wohnungen übergangsweise zur Verfügung stellen. Ein weiteres Beispiel sind die sich selbstironisch „Hippie-Opas und -Omas“ nennenden, sehr aktiven Protestinitiativen von PensionistInnen. Ihre Mitglieder sind zwischen 62 bis deutlich über 80 Jahre alt: Sie organisieren sich, um Rechte und soziale Errungenschaften zu verteidigen und veranstalten wöchentliche Protestaktionen. Im Zuge von 15M sind darüber hinaus auch sehr lose organisierte, kaum formal strukturierte Initiativen entstanden, wie z.B. „Zeitbanken“, bei denen

Arbeitsleistungen getauscht werden, oder auch soziale Währungen und Essensausgaben. In einer dieser Initiativen in Madrid werden zum Beispiel täglich bis zu 180 hungrige Personen von Freiwilligen mit Essen versorgt.

Bei aller organisationalen Heterogenität gibt es auch starke verbindende Elemente des neuen Aktivismus. Neben kongruenten Zielen ist dies zunächst die Form der Organisation, die Asamblea. Der Begriff bedeutet „Versammlung“, meint im Rahmen der Bewegung allerdings eine spezifische Form, also Versammlungen, die dem Anspruch nach offen, egalitär, öffentlich, konsensbasiert und weitgehend unstrukturiert sind. Sie werden als das Instrument direkter Demokratie gesehen, durch Arbeitsgruppen vorbereitet und haben keine LeiterInnen, nur rotierende SprecherInnen (Madrilonia 2012). Es wird betont, dass Menschen hier als Person und nicht als VertreterInnen von Organisationen teilnehmen. Auch wenn sie dem Anspruch nach völlig offen sind, werden sie meist durch einen Kern an aktiven Mitgliedern getragen und in aller Regel wurden seit 2011 auch fixe Funktionen vergeben. Größere Organisationen bestehen aus einem System überlappender Gruppen bzw. Asambleas, welche über Doppelmitgliedschaften einzelner Personen verbunden sind. Asambleas gelten als Instrument für kollektive Mitbestimmung und als Organe des Ausdrucks und des Kompromisses (Lara 2012).

Auch Orte haben hohe Bedeutung. Das von Seiten der Forschung oft als zentrales Element betonte Internet wird zwar selbstverständlich genutzt zur Koordination, Information und zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, der zentrale identitätsstiftende Ort der Bewegung ist allerdings der öffentliche Raum, also die physische Anwesenheit auf Straßen und Plätzen. Die kollektive Aneignung des öffentlichen Raums hat in Spanien historische Tradition (Janoschka/Sequera 2012), mit 15M hat sich ihre Bedeutung wieder stark erhöht, sei es in Zusammenhang mit Besetzungen, Demonstrationen und Camps, sei es auch symbolisch: Die Kritik, die neue Partei habe sich „von der

Straße entfernt“, wie sie in einem Interview geäußert wurde, ist daher fundamental gemeint. Wesentliche Orte des Austausches und kultureller, sozialer oder politischer Aktivitäten sind auch besetzte Häuser bzw. soziale Zentren. Wie auch die Camps gelten sie als Modelle eines alternativen Gesellschaftsentwurfs, die dezentrale Organisation und bedürfnisorientierte Leistungen erproben (Hughes 2011: 412).

2.2 | Neue Wirklichkeitskonstruktionen und neuer gesellschaftlicher Zusammenhang infolge der Bewegung

Als ebenso wichtig wie die Mobilisierung auf manifester Ebene werden Folgen auf symbolischer Ebene beschrieben, also neue Formen der Deutung bzw. der Wirklichkeitskonstruktionen sowie von Emotionen. Die Generierung neuer Deutungsmuster steht in enger Wechselwirkung mit der Partizipation an der Bewegung – so führt der Austausch mit Gleichgesinnten im Rahmen von Initiativen oder Asambleas zu neuen Deutungsmustern, diese wiederum bedingen weitere Mobilisierungen. Emotionen als basale Reaktion auf die Welt und sich selbst motivieren ebenfalls zur Mobilisierung und werden durch diese auch generiert, wurden lange Zeit aber von der Bewegungsforschung weithin ignoriert (Benski 2011; Jasper 2011).

Als zentral wird die Änderung des Diskurses in Bezug auf die Betroffenheit von Problemen entlang der Dichotomie von individueller Schuld versus Systemversagen beschrieben. „Anfangs haben wir in den Versammlungen nur von unseren Erfahrungen erzählt. Einer nach dem anderen ist aufgestanden und hat seine Situation geschildert. Das war ein zentrales Erlebnis. Da haben die Leute erkannt: Es geht nicht nur mir so, sondern auch vielen anderen. Ich bin also nicht schuld.“ Intensive Aha-Erlebnisse der Umdeutung werden vor allem in Zusammenhang mit Wohnungsproblemen, Armut und Arbeitslosigkeit beschrieben und als Ausgangspunkt für politische Aktivitäten gesehen.

In Zusammenhang damit steht ein anderes Erleben von Gefühlen, vor allem die

Vergemeinschaftung und Kanalisierung der Wut. Während zu Beginn der Krise weithin Scham über eigene – als individuell gesehene – Probleme empfunden wurde, wandelte sich diese im Zuge der Bewegung zunehmend in – geteilte – Wut (Castañeda 2012), die auch in der Bezeichnung der Bewegung zum Ausdruck gebracht wird (Indignados – die Empörten). Im Diskurs verwendete Begriffe sind dementsprechend drastisch: Es wird von einem „Krieg ohne Waffen“ gesprochen, von einer „Mafia“. Slogans beziehen sich häufig auf Repräsentanten des hegemonialen Systems, auf „die Kaste“. Diese würden „Verbrechen ohne Waffen“ begehen. Auf inhaltlich-theoretischer Ebene ist eine hohe Akzeptanz fundamental-kritischer ökonomischer Zugänge beobachtbar, das kapitalistische System wird vielfach generell in Frage gestellt. Der Slogan „Es ist keine Krise, es ist Kapitalismus“ bringt diese Sichtweise auf den Punkt. Auch hat die Politisierung zu grundsätzlich kritischeren Beobachtungen des politischen Systems (Castells 2012) wie auch zur Entwicklung von inhaltlichen Alternativen geführt, einem Beitrag also zum geforderten „counter narrative“ (Pianta 2013: 156), zu einer „Gegenerzählung“. In diesen Kontext werden auch Hausbesetzungen gestellt, die als kollektive Rückeroberungen und Gegenkultur interpretiert werden (Abellán et al. 2012).

Auch ein Reframing des Begriffes des politischen Aktivismus wurde vorgenommen, weg von Konnotationen des Radikalismus, hin zum Alltäglichen. Bereits beim ersten Aufruf zu den Platzbesetzungen 2011 wurde mehrfach betont, dass es sich bei den DemonstrantInnen um „ganz normale Menschen“ handelte, dass die Bewegung keine spezifische Ideologie voraussetze, sondern nur Empörung über Unrechrigkeiten. In ähnliche Richtung deutet die höchst erfolgreiche, aber auch stark kritisierte Rhetorik der neuen Partei Podemos, die statt von „links versus rechts“ nur mehr von „unten versus oben“ spricht. Nachdem in Spanien lange Zeit eine Tradition des Schweigens, des sich „Fernhaltens von Problemen“ geherrscht hatte – ein Phänomen, das als „soziologischer

Franquismo“ bezeichnet wurde und auch junge Menschen betroffen hatte, die die Diktatur nicht erlebt hatten –, wird Politisierung nun alltäglich und auch lustvoll. Freude und Solidarität werden häufig erwähnt. Viele sprechen eine neue „Lust am Politischen“ an: „Wir haben die Lust am Organisieren gefunden“, oder, „wir haben uns wieder viel stärker vernetzt.“

2.3 | Institutionalisierung im Rahmen des politischen Systems

Ein aktuelles Phänomen ist das Entstehen neuer politischer Parteien, die ihren Ursprung in der sozialen Bewegung haben. Auf nationaler Ebene ist Podemos von Bedeutung, der es wenige Monate nach seiner Gründung gelang, bei den EU Parlamentswahlen von 2014 7,98 Prozent der Stimmen zu gewinnen. Bei den Regionalwahlen im Mai 2015 erzielte Podemos (die nicht unter eigenem Namen kandidierte, sondern Listen mit verschiedenen Namen – z.B. Ahora Madrid in der Hauptstadt – unterstützte) eine hohe Stimmenzahl: In fünf der zehn größten Städte Spaniens (Madrid, Barcelona, Zaragoza, Cádiz, A Coruña) regieren Bürgerlisten unter Beteiligung von Podemos. Zwei Kandidatinnen von lokalen Podemos-Bündnissen, Manuela Carmena und Ada Colau, wurden in Madrid und Barcelona zu neuen Bürgermeisterinnen gewählt. Der konservativen Regierung brachten die Regionalwahlen das schlechteste Ergebnis seit 1991 ein (Wandler 2015).

Im Zuge der Entwicklung der Protestpartei wurden die Ziele der Bewegung auf fünf Kernthemen fokussiert, nämlich Beendung der Bankenrettungen, Sicherung des öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystems, Recht auf angemessenes Wohnen, die Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse sowie die Einführung eines Grundeinkommens (Delclós/Viejo 2012: 97). Dem Anspruch nach ist Podemos sehr basisorientiert und inklusiv, die stärksten Richtungsdiskussionen finden gegenwärtig aber entlang der Frage statt, wie straff Strukturen der Partei gestaltet sein sollen und welchen Einfluss der medial sehr bekannte Leiter Pablo

Iglesias und sein Team nehmen können (Castro 2014; Mestre 2014). Die Partei weckt große Hoffnungen, gleichzeitig aber auch viel Skepsis und Kritik. Einerseits werden von ihrer Präsenz in der kommenden Regierung wesentliche Änderungsimpulse erwartet, andererseits wird der Verlust des Kontaktes zur Basis kritisiert, die geringe Erfahrung der KandidatInnen, die straffe Führung und generell die Entfernung von den Prinzipien der Bewegung.

Gegenwärtig findet ein intensiver Prozess der Formierung neuer Parteien auf Regional- und Gemeindeebene statt. Obwohl den Parteien im Kontext der Bewegung kein einheitliches Programm zugrunde liegt, lassen sich Gemeinsamkeiten erkennen. Es handelt sich um Basisinitiativen, die partizipative Demokratie forcieren und ähnliche Ziele wie die Partei Podemos vertreten. Während die nationalen Parteien stärker kritisiert werden, wird den regionalen Parteien mehr Basisorientierung und zivilgesellschaftliche Partizipation zugeschrieben, die v.a. durch die Verankerung auf lokaler Ebene einzelner Stadtteile ermöglicht wird (Guanyem 2014).

3 | Spannungsfelder

Das von Crouch attestierte postdemokratische Desinteresse an Politik (Crouch 2004) ist in Spanien also nicht beobachtbar. Das postdemokratische Paradox, das Blühdorn diagnostiziert als gleichzeitigen Wunsch, zu partizipieren, ohne sich den Verbindlichkeiten eines demokratischen Engagements zu beugen, und das sich äußert im „Widerspruch zwischen der spärlichen Unterstützung für demokratische Institutionen auf der einen und dem starken Bekenntnis zu demokratischen Werten auf der anderen Seite“ (Blühdorn 2013: 161; Eberl et al. 2014), wird hier aufgelöst. Es wird ein „sowohl-als auch“ gelebt, nämlich eine partielle Institutionalisierung der Bewegung in Form von neuen Parteien und gleichzeitig ausgeprägte zivilgesellschaftliche, weniger formalisierte Aktivitäten. Dies birgt Chancen, aber auch typische Spannungen.

Ein Dilemma ist der in allen sozialen Bewegungen beobachtbare (Gerhard 2008) Konflikt zwischen Institutionalisierung versus Beibehaltung des informellen Charakters. Die Erfolge von Podemos sowie die Neugründungen regionaler Parteien binden derzeit viel Energie um das Thema weiterer Institutionalisierungen. Es wird viel diskutiert, ob und in welcher Form am politischen System mitgewirkt werden soll. Viele berichten vom Dilemma zwischen der gewohnten, selbstkritisch als „Phobie vor Organisation“ bezeichneten Distanz zum System und dem „window of opportunity“, der Chance auf institutionelle Mitsprache. Das zentrale Merkmal der Identität vieler Initiativen neuer sozialer Bewegungen, die Distanz zu traditionellen Institutionen der Politik und der Zivilgesellschaft (Kaldor/Selchow 2013; Simsa 2013; Simsa/Mar Gálvez Rodríguez 2015), die in Spanien traditionell besonders ausgeprägt ist (Fishman 2012; Flesher 2007), wird somit in Frage gestellt.

Ein weiteres Dilemma besteht in der Balance von Hierarchie und Partizipation. Der Widerspruch zwischen Entscheidungsfähigkeit und der Notwendigkeit klarer, nicht immer egalitärer Strukturen einerseits und dem Anspruch auf Basisdemokratie und Legitimation durch „die Straße“ führt zu Konflikten. Auch wenn die neuen Parteien partizipative Methoden der Entscheidungsfindung, etwa über offene Internetabstimmungen, erproben, stoßen wir in diesem Zusammenhang auf Slogans wie „Kämpfe statt zu wählen“, „Die Revolution verträgt sich nicht mit Macht und Führung“ u.ä.

Einhergehend mit der Institutionalisierung und dem Wunsch nach politischer Macht steht auch der Konflikt zwischen Radikalität und Mehrheitsfähigkeit. Während Podemos zu Beginn eine von übrigen Institutionen des politischen Systems verschiedene Philosophie vertrat und weniger Macht erringen als Probleme aufzeigen wollte (Feeenstra/Keane 2014: 1275), haben erste Erfolge bei der Europawahl und bei aktuellen spanischen Umfragen zur Änderung der Identität geführt. Ziel ist es nun, die kommenden Wahlen zu gewinnen. Gekoppelt

mit der überaus großen medialen Präsenz und Popularität des Parteisprechers führt dies zu Identitäts- und Loyalitätskonflikten. Die Logik von Parteien ist eine grundsätzlich andere als jene von Protestbewegungen: Statt Protest führt der Anspruch auf Mehrheitsgewinnung vielen AktivistInnen zufolge zum Verlust an inhaltlicher Radikalität.

Die gegenwärtige Entwicklung wird sehr unterschiedlich beschrieben und ist wohl auch nicht eindeutig. So kam es zwischen 2011 und 2014 zu einem starken Anwachsen der Mobilisierung (Feenstra/Keane 2014), die sich in der Parallelität von Institutionalisierung und starker basisorientierter zivilgesellschaftlicher Aktivitäten äußerte. Neben dadurch entstehenden Spannungsfeldern hatte diese Gleichzeitigkeit des Agierens auf unterschiedlichen Bühnen auch zu weiteren Mobilisierungen und einer generellen Stärkung der Zivilgesellschaft geführt. So wird berichtet, dass Erfolge von Podemos bei der Europawahl die Gründung lokaler und basisorientierter Initiativen befürworteten. Viele AktivistInnen berichten gegenwärtig aber auch davon, dass die Bedeutung der neuen Parteien zu einer Verringerung des Aktivismus geführt hat. Nach fast vier Jahren intensiver zivilgesellschaftlicher Aktivität besteht demnach eine gewisse „Müdigkeit“. Kritisch werden auch große Hoffnungen auf die Lösungskompetenz der neuen Parteien angeführt, welche die Dringlichkeit zivilgesellschaftlichen Protests verringerten. Man verlässt sich demnach, so eine kritische Aussage einer Aktivistin, „zu sehr auf die neuen Helden“. Sozial orientierte Initiativen sind von dieser Entwicklung nicht betroffen, wohl aber protestorientierte Teile der Bewegung.

Wie weit die Bewegung zu nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen führt, ist noch offen. Das der Zivilgesellschaft mitunter zugeschriebene große transformative Potenzial (Fioramonti/Thümler 2013a) zeigt sich bei allen Widersprüchen jedenfalls stark ausgeprägt auf der Ebene von Deutungen und Werten sowie auf der Ebene kollektiver Verhaltensweisen: Fast alle Befragten berichten von einer deutlichen Zunahme der Vernetzung,

der Solidarität und der wechselseitigen Unterstützung. Bisher nicht Aktive begannen sich zu engagieren und die Anliegen vormaliger Bewegungen, AkteurInnen und Netzwerke wurden zusammengeführt innerhalb eines von 15M konstruierten „meta-political frame“ (Morell Fuster 2012: 390).

a.o.Univ.Prof. Dr. Ruth Sims arbeitet an der Wirtschaftsuniversität Wien; a.o.Univ. Professorin am Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wissenschaftlicher Beirat des Kompetenzzentrums für NPO-Management und Social Entrepreneurship, Vorstand des Instituts für Nonprofit-Forschung. Derzeit leitet sie den österreichischen Teil des internationalen Projekts “Third Sector Impact” (Europe FP7) und das Projekt “Civil Society in Spain”. Kontakt: Ruth.Sims@wu.ac.at.

Mag. Marion Totter, MSc(WU), ist Mitarbeiterin im Projekt “Civil Society in Spain”; Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien. Kontakt: mtotter@wu.ac.at.

Mag. Marlene Heinrich, BA, ist Mitarbeiterin im Projekt “Civil Society in Spain”; Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien. Kontakt: marlene.heinrich@wu.ac.at.

Anmerkungen

¹ <http://wko.at/statistik/eu/europa-verschuldung.pdf>; [17.3.2015]; Österreich: 87,0 Prozent; Deutschland: 74,5 Prozent.

² <http://afectadosporlahipoteca.com/2014/10/10/los-datos-del-cgpi-confirman-que-siguen-aumentando-los-desahucios-en-espana/>; [17.3.2015].

³ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17327/umfrage/arbeitslosenquote-in-spanien/> [17.3.2015].

⁴ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/> [17.3.2015].

⁵ <http://www.bancodealimentos.es/noticias/noticias/documentos/espana/132-30000-fa>

milias-espaolascon-nios-pasan-hambre [04.12.2014].

Literatur

Abellán, J./Sequera, J./Janoschka, M. 2012: Occupying the #Hotelmadrid: A Laboratory for Urban Resistance. In: Social Movement Studies, Jg. 11, Heft 3-4, 320-326.

Asensi, C. 2014: Die Rückkehr der Politik durch den Kampf für Grundbedürfnisse: Der Fall der Bewegung gegen Deregulierungen in Spanien. Kurswechsel, Heft 1/2014, 62-70.

Banyuls, J./Recio, A. 2012: Der Albtraum des mediterranen Neoliberalismus – Spanien nach dem „Scheitern des dritten Weges“. In: Lehndorff, S. (Hg.): Der Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt. Zehn Länder-Fallstudien. Hamburg: VSA-Verlag.

Benski, T. 2011: Emotion maps of participation in protest: The case of women in black against the occupation in Israel. In: Coy, P. G. (Hg.): Research in Social Movements, Conflicts and Change. Bingley: Emerald, 3-34.

Blühdorn, I. 2013: Simulative Demokratie – Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.

Candeias, M./Völpel, E. 2014: Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Hamburg: VSA.

Castañeda, E. 2012: The Indignados of Spain: A Precedent to Occupy Wall Street. In: Social Movement Studies, Jg. 11, Heft 3-4, 309-319.

Castells, M. 2012: Networks of outrage and hope: Social movements in the internet age. Cambridge: Polity Press.

Castro, I./Pais Beiro, M. 2014: Quién es quién de la lista de Pablo Iglesias para dirigir Podemos el diario. El Diario, 10.11.2014. http://www.eldiario.es/politica/lista-Pablo-Iglesias-dirigir-Podemos_0_323018381.html [24.07.2015].

Crouch, C. 2004: Post-democracy. Cambridge et al.: Polity.

Delclós, C./Viejo, R. 2012: Beyond the Indignation: Spain's Indignados and the Political Agenda. In: Policy&Practice. A Development Education Review, Heft 15 (Herbst 2012), 92-100.

Eberl, O./Salomon, D./Quednau, T. 2014: Editorial. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 26, Heft 1, 2-7.

Feeistra, R. A./Keane, J. 2014: Politics in Spain: A Case of Monitory Democracy. In: Voluntas, Jg. 25, Heft 5, 1262-1280.

Fioramonti, L./Thümmler, E. 2013a: Accountability, Democracy, and Post-growth: Civil Society Rethinking Political Economy and Finance. In: Journal of Civil Society, Jg. 9, Heft 2, 117-128.

Fioramonti, L./Thümmler, E. 2013b: Citizens vs. Markets. How Civil Society is Rethinking the Economy in a Time of Crisis. New York: Routledge.

Fishman, R. M. 2012: On the Significance of Public Protest in Spanish Democracy. In: Jordana, J./Navarro, V./Pallarés, F./Requejo F.: Democràcia, política i societat. Homenatge a Rosa Virós. Barcelona: Universitat Pompeu Fabra.

Flesher, F. 2007: Autonomous Movements and the Institutional Left: Two Approaches in Tension in Madrid's Anti-globalization Movement. In: South European Society & Politics, Jg. 12, Heft 3, 335-358.

García, O. J. M. 2013: Soft Repression and the Current Wave of Social Mobilisations in Spain. In: Social Movement Studies, Jg. 13, Heft 2, 303-308.

Gerhard, U. 2008: Frauenbewegung. In: Roth, R./Rucht, D. (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/New York: Campus, 187-217.

Guamán, A. 2013: Mareas. In: Bustinduy, P./Lago, J. (Hg.): Lugares Comunes. Trece Voces Sobre la Crisis. Madrid: Lengua de Trapo.

Guanyem, B. 2014: Por qué queremos ganar Barcelona? <https://guanyembarcelona.cat/es/compromisos/> [22.12.2014].

- Hughes, N.* 2011: Young People Took to the Streets and all of a Sudden all of the Political Parties Got Old: The 15M Movement in Spain. In: *Social Movement Studies*, Jg. 10, Heft 4, 407-413.
- Janoschka, M./Sequera, J.* 2012: Zur symbolischen Rückeroberung des öffentlichen Raums. Eine Analyse der Raumpolitiken des Movimiento 15-M. In: *PROKLA* 166 (März 2012), 151-162.
- Jasper, J. M.* 2011: Emotions and Social Movements: Twenty Years of Theory and Research. In: *Annual Review of Sociology*, Jg. 37, 285-303.
- Kaldor, M./Selchow, S.* 2013: The 'Bubbling Up' of Subterranean Politics in Europe. In: *Journal of Civil Society*, Jg. 9, Heft 1, 78-99.
- Koehler, H.-D.* 2010: Spanien in Zeiten der globalen Weltwirtschaftskrise. <http://www.bpb.de/apuz/32536/spanien-in-zeiten-der-globalen-wirtschaftskrise?p=all> [10.08.2015].
- Lara, F.* 2012: Las ninas y los ninos también están indignados. Madrid: Editorial Popular.
- Madrilonia, C.* 2012: Cuando la gente reinventa la política. Lenguajes y actitudes del movimiento 15M. In: Fernandez, J./Sevilla, C./Urbán, M. (Hg.): ¡Ocupemos el Mundo! Occupy the world!. Barcelona: Icaria, 53-67
- Mestre, S.* 2014: „Sumando Podemos“ vs „Claro que podemos“: diferencias clave. http://www.reddit.com/r/podemos/comments/2k2xww/sumando_podemos_vs_claro_que_podemos_diferencias/ [10.08.2015].
- Morell Fuster, M.* 2012 The Free Culture and 15M Movements in Spain: Composition, Social Networks and Synergies. In: *Social Movement Studies*, Jg. 11, Heft 3-4, 386-392.
- Pianta, M.* 2013: Democracy Lost: The Financial Crisis in Europe and the Role of Civil Society. In: *Journal of Civil Society*, Jg. 9, Heft 2, 148-161.
- Santamaría, A.* 2011: La rebelión de los Indignados. Reflexiones a pie de acampada. In: *El Viejo Topo* 282/283, 20-25.
- Save the Children* 2014: Pobreza infantil y exclusión social en Europa. Una cuestión de derechos, 42. Brüssel: Save the Children.
- Simsa, R.* 2013: Protest ohne Organisation? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 26, Heft 4, 4-13.
- Simsa, R./Mar Gálvez Rodríguez, M.* 2015 La protesta sin organización? Nuevas tendencias en los movimientos sociales frente a las entidades no lucrativas. In: *Revista Española del Tercer Sector* 28, 149-166.
- Taibo, C.* 2013: The Spanish Indignados: A movement with two souls. In: *European Urban and Regional Studies*, Jg. 20, Heft 1, 155-158.
- Unicef* 2014: Children of the Recession: The impact of the economic crisis on child well-being in rich countries. Innocenti Report Card 12. Florenz: Unicef Office of Research.
- Wieland, L.* 2011: Aufstand im Sitzen. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/jugendproteste-aufstand-im-sitzen-1651222.html> [10.08.2015].

Zwischen Ermöglichung und Kontrolle

Kollektive Formationen im Web

Ulrich Dolata/Jan-Felix Schrape

Von spontanem Massenverhalten über den Zusammenschluss von Gleichgesinnten in Interessengemeinschaften bis hin zu Äußerungen politischen Protests im Rahmen sozialer Bewegungen – die Realitäten moderner Gesellschaften werden seit jeher durch die Aktivitäten kollektiver Formationen der verschiedensten Art mitgeprägt. So, wie das gesellschaftliche Leben im Allgemeinen zunehmend von den Onlinetechnologien durchdrungen wird, hat sich allerdings auch die Entstehung und Institutionalisierung kollektiven Verhaltens und Handelns verändert. Kollektive formieren und stabilisieren sich heute nicht mehr allein über soziale Prozesse, sondern zugleich über die technischen Infrastrukturen des Internets: über ubiquitär genutzte Kommunikationsdienste wie Facebook und Twitter oder auch – wie etwa im Falle von WikiLeaks, Anonymous oder Wikipedia – über eigene Plattformen.

Die sozialen Effekte, die mit dieser technischen Einbettung kollektiver Aktivitäten einhergehen, sind ausgesprochen ambivalent. Die Plattformen und Dienste des Internets stellen nicht nur „technological tools that fundamentally enhance connectivity among people“ (Bimber et al. 2012: 3) bereit und erhöhen die Sichtbarkeit von politischem Protest bzw. gemeinschaftlichem Engagement, sondern zeichnen sich darüber hinaus durch eine in der Literatur lange unterschätzte verhaltensstrukturierende sowie regelsetzende Kraft aus und machen kollektives Verhalten und Handeln auf neue Weise observier- und auswertbar.

Wie sich dieses Spannungsfeld von Ermöglichung und Kontrolle konkret darstellt, variiert angesichts des mittlerweile sehr breiten

Spektrums an Kollektivitäten im Onlinekontext erheblich. Vor diesem Hintergrund möchten wir in diesem Aufsatz zu einer Systematisierung kollektiven Verhaltens und Handelns im Web beitragen und die Rückwirkungen diskutieren, die für nicht-organisierte Kollektive und kollektive Akteure mit der Nutzung onlinebasierter Kommunikationsdienste einhergehen.

1 | Nicht-organisierte Kollektive

In vielen Fällen handelt es sich bei kollektiven Formationen im Netz um wenig mehr als eine schlichte Ansammlung individueller Akteure, die sich durch ein schwarmartiges Verhalten auszeichnen. Derartige nicht-organisierte Kollektive können in der Beobachtung zwar als Einheit beschrieben werden. Ihre Beteiligten interagieren aber nicht absichtsvoll miteinander und bilden keine überindividuellen Handlungsdispositionen aus. Sie verfügen über keinen organisierenden Kern, sondern fußen auf geteilten individuellen Wahrnehmungen oder (Konsum-)Äußerungen, die sich zu gleichgerichtetem sozialem Verhalten verdichten. Mit derart massenhaften Auswahlleistungen können, darauf hat schon Herbert Blumer (1939) hingewiesen, durchaus weitreichende Effekte erzielt werden. Allerdings lassen sie sich nicht auf die Entscheidung eines kollektiven Akteurs zurückführen: „The aggregate effect is then a result of individual choices, but it is not itself an object of anyone's purposeful choice“ (Scharpf 1997: 54). Nicht-organisierte Kollektive sind daher keine strategiefähigen Akteure eigener Art, sondern zeichnen sich durch spontane Formen

kollektiven Verhaltens aus. Im Onlinebereich lassen sich entlang Blumers (1939) klassischer Taxonomie drei idealtypische Ausprägungen solcher Kollektive identifizieren.

Die nichtorganisierte Masse kann als Aggregat anonymer Individuen beschrieben werden, die nicht bewusst miteinander interagieren, aber durch ihre einzelnen Selektionen in der Summe nichtsdestotrotz einen erheblichen Einfluss auf Wirtschaft, Politik und Technikentwicklung nehmen können. Im Bereich der Social-Networking-Dienste etwa mussten MySpace und StudiVZ geradezu ohnmächtig erleben, wie sie aufgrund der massenhaften Umorientierung ihrer Nutzer zu Facebook in kurzer Frist obsolet wurden. In vielen Mediensektoren haben sich millionenfach auftretende Filesharer zu einer ernsthaften Bedrohung für etablierte Anbieter entwickelt. Und auch die Zentralstellung der freien Enzyklopädie Wikipedia als meist genutztes Lexikon unserer Zeit ist das Resultat massenhafter individueller Nutzerentscheidungen, die ohne organisierenden oder orientierenden Nukleus auskommen.

Gegenüber solchen Massenphänomenen lassen sich Internetnutzer, die ihre Aufmerksamkeit gezielt auf bestimmte Themen konzentrieren, als Crowd im eigentlichen Sinne charakterisieren. Diese zeichnet sich durch elementare Ausprägungen kollektiven, durch ein Ereignis ausgelösten oder ein Thema zusammengehaltenen Verhaltens aus, das aber noch keine dauerhafteren sozialen Formen angenommen hat. Facebook- oder Twitter-User, die einen Beitrag hunderttausendfach teilen, Youtube-Nutzer, die einem Video durch ihre Klicks temporär zu allgemeiner Aufmerksamkeit verhelfen, oder Clicktivisten, die sich an politischen Kampagnen beteiligen, ohne intensiver in die Thematik einzusteigen, interagieren zwar ebenfalls nicht direkt oder auf der Basis organisierter Strukturen miteinander (Kavada 2012). Sie richten sich jedoch an identifizierbaren, oft affektiv aufgeladenen Bezugspunkten aus, die ihrem Handeln Kontur geben. Ab einem gewissen Schwellenwert bietet ein derart fokussiertes Verhalten eine ideale Referenz für

die mediale Berichterstattung und kann so – wie etwa im Falle eines ‚Shitstorms‘ – kurzfristig übergreifende Sichtbarkeit erlangen.

Die Crowd kann sich wiederum zu einer mehr oder weniger eingegrenzten volatilen Teilöffentlichkeit verdichten, wenn sich die jeweiligen Onliner nicht bloß punktuell, sondern intensiver in die Diskussion um einen Sachverhalt einbringen und sich an der Erarbeitung einer Position oder Haltung beteiligen (Schrape 2011). Auch Teilöffentlichkeiten sind im Netz oft zeitlich befristet und verflüchtigen sich am Ende der Aufmerksamkeitskarriere des anlassgebenden Problems wieder: „It comes into existence not as a result of design, but as a natural response to a certain kind of situation“ (Blumer 1939: 189). Ein Beispiel hierfür sind um ‚Hashtags‘ gruppierte Diskussionsfelder zu viral verdichteten Themenstellungen. Aber auch Diskursconfigurationn, die stabilere Kollektivitäten umlagern, lassen sich als solche Teilöffentlichkeiten fassen. Im Falle des GuttenPlag-Wikis etwa trug ein kleiner engagierter Kern an Plagiatsuchern ebenso zu dessen Wirkung bei wie eine sehr viel größere Gruppe an darüber diskutierenden Onlinern (Reimer/Ruppert 2013), die mit dazu beigetragen haben, das Thema auch jenseits der Netzöffentlichkeit bekannt zu machen.

Alle drei Varianten kollektiven Verhaltens zeichnen sich im Gegensatz zu stabileren Phänomenen kollektiven Handelns durch das Fehlen distinkter Koordinations- und Identitätsstrukturen aus, die über den konkreten Moment hinausgehen. Sie werden geprägt durch eine situative Formierung des Kollektiven, verflüchtigen sich nach dem anlassgebenden Ereignis oft ebenso schnell wieder wie sie entstanden sind und bilden sich im Web meist im Kontext bestehender Plattformen wie etwa Facebook, YouTube oder Twitter heraus.

Durch ihre ermöglichen Eigenschaften können diese Dienste nicht nur die übergreifende Sichtbarkeit nicht-organisierter Kollektive erhöhen, sondern überdies die Interaktivität und Geschwindigkeit kollektiver Austauschformen steigern, die Beobachtung

des Verhaltens fremder Individuen erleichtern, ortsungebundene kollektive Abstimmungs- und Koordinationsprozesse ohne größeren Aufwand ermöglichen und die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung erweitern. All dies vereinfacht die situative Formierung nicht-organisierter Kollektive, erweitert deren Aktivitätsradius und erhöht darüber hinaus die Wahrscheinlichkeit der öffentlichen Wahrnehmung entsprechender Dynamiken.

Gleichzeitig zeichnen sich die Webplattformen, auf denen sich kollektives Verhalten äußert, aber auch durch koordinierende und regelsetzende Eigenheiten aus. Mit ihren vorgegebenen und reproduzierbaren Anwendungen bzw. Funktionen, die wie technisch vermittelte soziale Ordnungsmuster wirken (Dolata/Werle 2007: 21f.), tragen sie maßgeblich zur Strukturierung und Koordination nicht-organisierter Kollektive bei. Schon die Einbettung eines ‚Like‘-Buttons (und der Verzicht auf einen ebenso problemlos implementierbaren ‚Dislike‘-Button) ist nicht einfach eine technische Spielerei, sondern ein in die Technik eingeschriebenes regelsetzendes und handlungsorientierendes soziales Strukturelement. Auf diese Strukturierungsleistungen, die jede Plattform im Web anbietet, können Kollektive durchaus variabel zugreifen. Sie werden von ihnen aber nicht selbst entwickelt oder gesteuert (van Dijck 2013).

Darüber hinaus eröffnen die Netzinfrastrukturen deutlich erweiterte Möglichkeiten sozialer Kontrolle. Die Bewegungsprofile nicht-organisierter Kollektive und Ausprägungen kollektiven Verhaltens lassen sich mit ihnen erheblich exakter und effektiver observieren, auswerten, sanktionieren und im Zweifelsfall auch politisch verfolgen, als dies zuvor möglich war (Fuchs 2012) – sowohl durch staatliche Nachrichtendienste, die (wie mittlerweile allgemein bekannt) die Aktivitäten der Onlinenutzer nahezu lückenlos beobachten, als auch durch einige wenige global agierende Konzerne wie Google, Apple oder Facebook, die inzwischen fast alle zentralen kommunikativen Infrastrukturen im Web betreiben (Dolata 2015). Als

alleinige Gatekeeper ihrer privatwirtschaftlich regulierten Plattformen definieren sie den alltäglichen Erfahrungsraum der meisten Onliner wesentlich mit und bestimmen die Bedingungen, auf die sich User wie auch nicht-organisierte Kollektive einzulassen haben, sofern sie deren Angebote nutzen wollen.

2 | Kollektive Akteure

Wenn sich die skizzierten Formen elementarer Kollektivität situationsübergreifend stabilisieren, kann demgegenüber von handlungs- und strategiefähigen kollektiven Akteuren gesprochen werden. Das sind zum einen Communities of Interest, die sich in verschiedenen Varianten auch im Internet herausgebildet haben – von epistemischen Gemeinschaften über Brand Communities bis hin zu subversiven Gruppierungen, die beispielsweise Infrastrukturen für den illegalen Austausch von Produkten bereitstellen (z.B. The Pirate Bay). Ihre übergreifenden Kennzeichen bestehen in einer über Ad-hoc-Aktivitäten deutlich hinausgehenden Fokussierung auf ein Thema sowie der Entwicklung einer Gruppenidentität mit geteilten Grundsätzen unter den aktiven Teilnehmern, die ohne den Unterbau ausgeprägter formaler Organisationsstrukturen gemeinsame Projekte verschiedenster Art betreiben (Mayntz 2010). Zum anderen sind das soziale Bewegungen als politisch motivierte Protestgruppen mit organisationsfähigen Kernen, die sich durch geteilte Handlungsziele und gefestigte kollektive Identitäten auszeichnen, ihre Positionen durch öffentliche Inszenierungen sichtbar machen und sich entlang ihrer Überzeugungen nach außen abgrenzen (Della Porta/Diani 2006).

Bei aller Heterogenität dieser verschieden ausgerichteten kollektiven Akteure lassen sich drei wesentliche Merkmale identifizieren, die sie von nicht-organisierten und volatilen Kollektiven unterscheiden: (1) Institutionalisierungsmuster, die kollektives Handeln auf der Basis (oft informeller) Regeln, Normen und Organisierungsmuster strukturieren; (2) die

sukzessive Herausbildung einer eigenen kollektiven Identität, die handlungsorientierend wirkt und die Aktivitäten nach außen abgrenzt; sowie (3) interne Differenzierungsprozesse, in denen sich organisierende Kerne und menungsführende Aktivisten herausbilden.

Derartige Dynamiken, welche die Entstehung und Verfestigung jeder Gemeinschaft und Bewegung begleiten, sind traditionell als vornehmlich soziale Vorgänge konzipiert worden - als Herausbildung sozialer Regeln, sozialer Identitäten, sozialer Organisationsmus-

ter und sozialer Differenzierungen. Die Rolle und Bedeutung technischer Infrastrukturen für die Institutionalisierung strategiefähiger kollektiver Akteure ist dagegen lange allenfalls am Rande wahrgenommen worden (Hess et al. 2007; Davis et al. 2005). Das ist den entsprechenden Arbeiten auch gar nicht vorzuwerfen: Es war einfach nicht notwendig, sich damit auseinanderzusetzen.

Mit dem Web hat sich das signifikant geändert. Vieles, was soziale Bewegungen und Gemeinschaften auszeichnet, hat sich

Tabelle 1: Formen sozialer Bewegungen und Gemeinschaften im Online-Kontext

	Kennzeichen	Online-Bezug
,Klassische‘ soziale Bewegungen z.B. Proteste gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (2012)	Thematisch fokussierte Protestaktionen; getragen von bereits etablierten Kernakteuren	Ergänzende Nutzung vorhandener Plattformen zur Koordination und Mobilisierung
Lose gekoppelte Bewegungen z.B. Occupy (USA 2011); 15-M (Spanien 2011); Umbrella (Hong Kong 2014)	Allgemein gehaltene Dachidentität; Organisation der Straßenproteste durch menungsführende Aktivisten	Etablierte Webplattformen werden intensiv zur Kommunikation genutzt
Onlineaffine <i>issue generalists</i> z.B. MoveOn.org (*1998); Avaaz (*2007)	Breites Spektrum unterschiedlicher politischer Aktivitäten; organisiert durch ein kleines Kernteam	Organisation und Mobilisierung über eine Vielzahl medialer Kanäle
Elitär strukturierte Gruppierungen z.B. Wikileaks (*2006); The Pirate Bay (*2003)	Konzentration auf subversive Aktivitäten; oft hermetisch abgeschlossene Kernstrukturen	Eigene, oftmals nicht öffentlich zugängliche technische Infrastrukturen
Dezentrale Kollektive z.B. Anonymous (*2004)	Kein organisierender Kern; Operation durch verteilte Einheiten unter einem gemeinsamen Label, meritokratische Ordnungsmuster	Interne Kohäsion durch eigene Plattformen; öffentliche Kommunikation via Facebook, Twitter etc.
Produktionsorientierte Gemeinschaften z.B. Wikipedia (*2001); freie Open Source Communities	Ausdefinierte kollektive Identitäten, Rollenverteilungen, Partizipations- und Koordinationsstrukturen	Eigene technologische Plattformen zur Kollaboration und Kommunikation

Eigene Darstellung

mittlerweile dorthin verschoben: kollektive Meinungsbildung und Abstimmung, politische Kampagnen und Mobilisierung, Organisierung und Koordination der Aktivitäten, fachlicher Austausch und gemeinschaftliche Produktion. Insofern lässt sich die Institutionalisierung des Kollektiven heute nicht mehr als rein sozialer, sondern nur noch als soziotechnischer Prozess auf angemessene Weise analysieren: als systematische Verschränkung von sozialen und technischen Strukturierungsleistungen, deren Zusammenspiel allerdings von Fall zu Fall erheblich variiert (Tab. 1).

Auch heute noch gibt es zahlreiche soziale Bewegungen im eher klassischen Sinne, die in ihren grundsätzlichen Organisationsmodi Ähnlichkeiten zu ihren Offline-Pendants aufweisen und nun zur internen Koordination sowie zur Steigerung der eigenen Sichtbarkeit auch auf internetbasierte Kampagnen- und Mobilisierungsstrukturen zurückgreifen, aber nach wie vor zumeist durch Straßendemonstrationen allgemeine öffentliche Aufmerksamkeit erlangen. Sie werden von eigenständig operierenden, projektbezogen kooperierenden Parteien, Vereinen, Nichtregierungsorganisationen und Einzelaktivisten getragen, die thematisch fokussiert Protestaktionen planen und durchführen. In der Regel übernehmen dabei einige der beteiligten Akteure federführend die Koordination der Aktivitäten (Earl/Kimport 2011: 147). Die Massenproteste gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) sind dafür ein Beispiel: Koordiniert und öffentlichkeitswirksam vertreten wurden die Proteste durch eine breite Koalition aus etablierten linken und grünen Parteien, NGOs wie Attac, Vereinen wie dem Chaos Computer Club und bereits bekannten Netzaktivisten (Losey 2014).

Davon lassen sich offene und lose gekoppelte Bewegungen wie das Occupy Movement unterscheiden, die unter einem sehr allgemein gehaltenen identitätsstiftenden Dach etwa gegen soziale und ökonomische Ungleichheit protestieren und zur Kommunikation und Mobilisierung vornehmlich bereits bestehende

de Internetplattformen wie Facebook oder Twitter nutzen (Anduiza et al. 2014). Obgleich Social-Web-Dienste in diesem Falle in einem weit stärkeren Maße zu zentralen Bezugspunkten der Formierung, Kommunikation und Mobilisierung geworden sind, werden auch solche Formationen nicht einfach durch die digitalen Infrastrukturen selbst organisiert, wie das bisweilen vermutet wurde (so z.B. Bennett/Segerberg 2012). Auch sie sind – sofern sie sich dauerhaft stabilisieren – auf die organisierenden und mobilisierenden Leistungen von meinungsführenden Aktivisten bzw. Gruppierungen angewiesen, die identitätsstiftend wirken und die konkreten Proteste auf die Straße bringen. Bildet sich kein allgemein akzeptierter organisierender Kern der Bewegung heraus, fällt der Protest schnell wieder in sich zusammen (Milkman et al. 2013: 35ff.).

Neben diesen Spielarten sozialer Bewegungen gibt es onlineaffine Themengeneralisten (issue generalists), die sich als Mischform aus politischer Organisation und sozialer Bewegung charakterisieren lassen. Sie initiieren oder unterstützen unterschiedlich ausgerichtete Kampagnen, werben in politischen Wahlkämpfen Gelder für Kandidaten ein und koordinieren eine große Bandbreite weiterer politischer Aktivitäten – von E-Petitionen über klassische Demonstrationsmärsche bis hin zu regelmäßigen Versammlungen. Themengeneralisten wie die US-amerikanische Interessenvereinigung und Kampagnenplattform MoveOn.org, ihre internationale Ausgründung Avaaz oder Campact als deren deutschsprachiges Pendant zeichnen sich durch gut organisierte Kerngruppen und eine weitläufige Peripherie an Unterstützern aus, die fallbezogen über Onlinenetzwerke und Mailinglisten mobilisiert werden können. Darüber hinaus kommt insbesondere in der Anfangsphase ihrer Initiativen oft auch eine Vielzahl traditioneller Medienkanäle zum Einsatz (Karpf 2012).

Im Zwischenfeld von Bewegung und Gemeinschaft lassen sich überdies elitär strukturierte und klar fokussierte Gruppierungen identifizieren, die sich durch subversive oder

illegalen Aktivitäten auszeichnen, dazu eigene technologische Plattformen entwickelt haben und über kleine, zum Teil hermetisch abgeschottete Kernstrukturen und -akteure mit umliegenden Unterstützerkreisen verfügen. WikiLeaks etwa kann als eine solche personenzentrierte Gruppierung beschrieben werden, die sich um eine für demokratische Einflussnahme kaum zugängliche nichtkommerzielle Organisation gebildet hat, die geheime Dokumente aufbereitet und öffentlich zugänglich macht. Sie wird von Julian Assange als Führungsperson repräsentiert, beschäftigt ein sehr kleines Team von Mitarbeitern, verfügt über einen größeren Pool an zuarbeitenden Aktivisten und eine Peripherie von Sympathisanten, die aber nicht aktiv in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden (Roberts 2012; Davis/Mekkel 2012).

Demgegenüber lässt sich das international agierende ‚hacktivist movement‘ Anonymous als eher dezentral strukturiertes Online-Kollektiv einordnen. Anonymous verfügt zwar anders als WikiLeaks über keinen von allen Beteiligten akzeptierten organisierenden Kern, dafür aber über kleine, für sich jeweils gut organisierte und nicht unbedingt untereinander bekannte Gruppierungen, die Hackerangriffe durchführen und dann unter dem gemeinsamen Label Anonymous öffentlich machen. Sie bilden in diesem Fall verschiedene dezentral organisierte Kerne der Bewegung. Internen Zusammenhalt bieten neben öffentlichen Kanälen wie Twitter oder Facebook vor allen Dingen formationspezifisch genutzte Internetplattformen, auf denen Anonymous-Projekte diskutiert werden. Das ist allerdings ebenfalls alles andere als eine egalitäre Veranstaltung: Auch hier haben sich meritokratische Ordnungsmuster und mit ihnen Meinungsführer herauskristallisiert, welche die Kommunikation dominieren und strukturieren (Dobusch/Schoeneborn 2015; Coleman 2013).

Schließlich finden sich insbesondere im Open-Source- und Open-Content-Bereich mittlerweile eine Reihe sehr gefestigter produktionsorientierter Gemeinschaften, deren

soziale wie technische Institutionalisierung weit fortgeschritten ist. Sie verfügen nicht nur über selbst entwickelte technologische Plattformen, auf denen sie arbeiten und kommunizieren, sondern auch über klar umrissene kollektive Identitäten und haben, wie sich am Beispiel der Wikipedia zeigen lässt, überaus strukturierte Formen der Selbstorganisation auf der Arbeitsebene ausgebildet – mit klaren Qualitätsnormen, Arbeitsregeln, Partizipations- und Kontrollstrukturen sowie eindeutigen Rollenverteilungen, die durch die Etablierung von assoziierten Organisationen wie der Wikimedia Foundation, der Creative Commons oder der Linux Foundation abgesichert werden. Diese garantieren die Rahmenbedingungen, unter denen die selbstorganisierten Produktionsprozesse stattfinden, und übernehmen oft auch die Repräsentation der Gemeinschaft nach außen (Niederer/Van Dijck 2010).

Einerseits sind die technischen Infrastrukturen des Netzes also zu einem zentralen handlungsorientierenden Bezugspunkt sozialer Bewegungen und Communities geworden, die im Gegensatz zu nicht-organisierten Kollektiven allerdings nicht nur über allgemein zugängliche Dienste kommunizieren, sondern fallweise formationseigene Plattformen entwickeln und betreiben. Andererseits durchlaufen aber auch onlineaffine kollektive Akteure im Zuge ihrer situationsübergreifenden Stabilisierung klassische Prozesse der sozialen Institutionalisierung ihrer Aktivitäten (O’Mahony/Ferraro 2007): Sie entwickeln kollektiv akzeptierte Regeln und Werte, mit der Zeit verfestigt sich eine kollektive Identität, sie bilden aktive Kerne mit umliegenden Peripherien aus und mit dieser internen Ausdifferenzierung geht regelmäßig auch die Stabilisierung mehr oder minder verfestigter Machtasymmetrien einher. Neu sind insofern nicht die sozialen Formationen im Web an sich, sondern das mit ihnen einhergehende Zusammenspiel sozialer und technischer Strukturierungsleistungen (Dolata/Schrape 2014). Mit dieser aufgewerteten Rolle der technischen Infrastrukturen gehen für die jeweiligen Bewegungen und Gemeinschaften

eine Reihe an Potentialen, aber auch an Risiken und Herausforderungen einher.

Zum ersten steigern die Onlinetechnologien die allgemeine Visibilität kollektiver Akteure, wodurch sich einerseits die Möglichkeiten zur Skandalisierung von empfundenen Missständen sowie die Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung und Mobilisierung neuer Teilnehmer erweitern. Mit dieser Sichtbarkeit kollektiven Handelns im Web geht andererseits aber auch ein bislang ungekanntes Maß an Observierbarkeit und sozialer Kontrolle einher, das durch private Infrastrukturbetreiber bzw. staatliche Nachrichtendienste intensiv ausgeschöpft wird und insbesondere von subversiv orientierten Communities und politischen Protestbewegungen beständig mitreflektiert werden muss, denn auf Onlineplattformen wie Twitter oder Facebook liegt nicht nur die bewusst veröffentlichte, sondern die gesamte dort getätigte Kommunikation offen und kann über Jahre hinweg rekonstruiert werden.

Zum zweiten findet die Formierung von Gemeinschaften und Bewegungen heute primär über onlinebasierte Kommunikationskontexte statt. Als neue Infrastrukturen des Kollektiven erleichtern die Dienste und Plattformen im Netz nicht nur die spontane Entstehung und Bewegung nicht-organisierter Kollektive, sondern sie tragen durch eine Verringerung der Transaktionskosten, eine Steigerung der Austauschgeschwindigkeiten und ihre koordinierenden Eigenschaften überdies wesentlich zur situationsübergreifenden Stabilisierung des kollektiven Handelns bei. Allerdings begünstigt das Web bzw. der damit einhergehende verminderte Beteiligungsaufwand auch ein pünktuelles (und mitunter anonymes) Engagement ohne längerfristige Bindung, wodurch sich die Volatilität vor allem rein onlinebasierter Bewegungen und Communities erhöht und sich ihre Erosion in Phasen zurückgehender öffentlicher Aufmerksamkeit beschleunigen kann.

Zum dritten werden auch die Binnenstrukturen gefestigter sozialer Bewegungen und Gemeinschaften zunehmend von den technischen Möglichkeiten des Internets mitgeprägt. Durch

sie eröffnen sich nicht nur niedrigschwellige Möglichkeiten der Vernetzung kollektiver Aktivitäten. Sie ermöglichen auch eine intensivere wechselseitige Beobachtung der Teilnehmer, erweitern deren Interaktionsmöglichkeiten, können zur Transparenz der Bewegungsaktivitäten beitragen, die durch die organisierenden Kerne gegenüber Unterstützern immer wieder neu legitimiert werden müssen, und bilden die zentrale Grundlage ortsungebundener kollektiver Arbeits- und Produktionsprozesse, die ohne das Web so gar nicht möglich wären. Gleichzeitig aber ist keine Onlineplattform einfach nur ein technisches Angebot, das beliebig genutzt und eingesetzt werden könnte. In ihre technischen Spezifikationen werden durch ihre Betreiber immer auch Regeln, Normen und Handlungsorientierungen eingeschrieben, die die dortigen Aktivitäten präformieren und kanalisieren.

Insofern übernimmt die Technik selbst nur vorderhand jene Koordinations-, Strukturierungs- und Kontrollleistungen, die kollektives Verhalten und Handeln im Internet ermöglichen und prägen. So unzureichend es ist, kollektive Formationen heute mit rein sozialen Kategorien zu analysieren, so problematisch wäre es, die technischen Infrastrukturen des Netzes als alles Soziale aus dem Feld schlagende Einflussgröße zu überhöhen. Die technischen Grundlagen selbst, unter denen agiert wird, schälen sich in genuin sozialen Prozessen heraus – dies gilt sowohl für die Dienste privatwirtschaftlicher Betreiber als auch für die eigenständig betriebenen Plattformen, die im Kontext von Communities of Interest oder sozialen Bewegungen entwickelt werden. Infrastrukturelle Angebote müssen zudem von individuellen Nutzern und Kollektiven aufgegriffen bzw. angenommen werden und dies geschieht in oft sehr eigenwilligen Auswahlprozessen. Und auch die Institutionalisierung kollektiver Akteure im Netz kann nicht einfach an die koordinationsfördernden Eigenheiten der Technik übergeben werden. Die Herausbildung überindividueller Identität und

Intentionalität, die Entwicklung kollektiv akzeptierter Normen, Regeln und Werte sowie die Etablierung organisatorischer Strukturen und Rollendifferenzierungen bleiben sozial voraussetzungsreiche Prozesse, die durch die Onlinetechnologien erleichtert, aber nicht ersetzt werden können.

3 | Bilanz

Ermöglichung, Koordination und Kontrolle – das sind die ambivalenten Effekte, die die technischen Infrastrukturen des Netzes auf die Formierung nicht-organisierter Kollektive sowie auf die Stabilisierung und Bewegung strategefähiger kollektiver Akteure ausüben. Sie fungieren nicht einfach als kommunikationserleichternde und konnektivitätssteigernde „organizing agents“ (Bennett/Segerberg 2010: 752), sondern wirken zugleich wie soziale Institutionen, indem sie ähnlich wie Gesetze, Vorschriften, Verhaltensnormen oder Werte individuelles wie kollektives Verhalten und Handeln mitstrukturieren, kontrollieren oder auch sanktionieren und von den Nutzern nicht einfach ignoriert oder hintergangen werden können.

Welche dieser Eigenschaften von Fall zu Fall in den Vordergrund treten, hängt wesentlich von dem Grad der Ausdifferenzierung der jeweils betrachteten kollektiven Formationen ab. Während sich nicht-organisierte Kollektive letztlich einzig an den Strukturierungsmustern der verfügbaren, in der Regel von führenden IT-Konzernen betriebenen Plattformen im Web ausrichten können, haben stabilisierte kollektive Akteure mit ausdifferenzierten internen Koordinations- und Entscheidungsstrukturen die Möglichkeit, kollektiv akzeptierte Kriterien für den strategischen Umgang mit den Onlinediensten, die sie nutzen, auszuarbeiten, eigene webbasierte Infrastrukturen zur Kommunikation und Kollaboration aufzubauen oder – auch wenn es anachronistisch erscheinen mag – wichtige Abstimmungsprozesse aus der virtuellen Sphäre heraus wieder zurück in die sprich-

wörtlichen Hinterzimmer der realen Welt zu verlagern. Angesichts der staatlichen Repressalien, die Online-Aktivisten z.B. im Kontext der Gezi-Park-Proteste in der Türkei (2013), der Occupy-Central-Bewegung in Hong Kong (2014) und dem ‚Arabischen Frühling‘ (2011) erfahren mussten, scheint dies nicht die fernliegendste Option zu sein.

Ulrich Dolata ist Professor für Organisations- und Innovationssoziologie an der Universität Stuttgart. Kontakt: ulrich.dolata@sowi.uni-stuttgart.de.

Jan-Felix Schrape, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung für Organisations- und Innovationssoziologie an der Universität Stuttgart. Kontakt: felix.schrape@sowi.uni-stuttgart.de.

Literatur

Anduiza, Eva/Cristancho, Camilo/Sabucedo, José M. 2014: Mobilization Through Online Social Networks: The Political Protest of the Indignados in Spain. In: *Information, Communication & Society*, Jg. 17, Heft 6, 750-764.

Bennett, W. Lance/Segerberg, Alexandra 2012: The Logic of Connective Action. Digital media and the personalization of contentious politics. In: *Information, Communication & Society*, Jg. 15, Heft 5, 739-768.

Bimber, Bruce/Flanigan, Andrew J./Stohl, Cynthia 2012: Collective Action in Organizations. Interaction and Engagement in an Era of Technological Change. Cambridge: Cambridge University Press.

Blumer, Herbert 1939: Collective behavior. In: Lee McClung, Alfred (Hg.): *New Outline of the Principles of Sociology*. New York: Barnes & Noble, 166-222.

Coleman, Gabriella 2013: Anonymous in Context: The Politics and Power behind the Mask. *Internet Governance Papers* 3/2013. Waterloo: Centre for International Governance Innovation.

Davis, Gerald/McAdam, Doug/Scott, Richard W./Zald, Mayer N. (Hg.) 2005:

- Social Movements and Organization Theory. Cambridge: University Press.
- Davis, James W./Meckel, Miriam* 2012: Political Power and the Requirements of Accountability in the Age of WikiLeaks. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 22, Heft 4, 463-491.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario* 2006: Social Movements: An Introduction. London: Blackwell.
- Dobusch, Leonhard/Schoeneborn, Dennis* 2015: Fluidity, Identity, and Organizationality: The Communicative Constitution of Anonymous. In: Journal of Management Studies. Online First. DOI: 10.1111/joms.12139.
- Dolata, Ulrich* 2015: Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 24, Heft 4, 505-529.
- Dolata, Ulrich/Schrape, Jan-Felix* 2014: Kollektives Handeln im Internet. Eine akteurtheoretische Fundierung. In: Berliner Journal für Soziologie Jg. 24, Heft 1, 5-30.
- Dolata, Ulrich/Werle, Raymund* (Hg.) 2007: Gesellschaft und die Macht der Technik. Frankfurt a.M.: Campus.
- Earl, Jennifer/Kimport, Katrina* 2011: Digitally enabled Social Change. Cambridge: MIT Press.
- Fuchs, Christian* 2012: Dallas Smythe Today. The Audience Commodity, the Digital Labour Debate, Marxist Political Economy and Critical Theory. In: tripleC, Jg. 10, Heft 2, 692-740.
- Hess, David/Breyman, Steve/Campbell, Nancy/Martin, Brian* 2007: Science, Technology, and Social Movements. In: Hackett, Ed/Amsterdamska, Olga/Lynch, Michael/Wajcman, Judy (Hg.): Handbook of Science and Technology. Cambridge: MIT Press, 473-498.
- Karpf, David* 2012: The MoveOn Effect. The Unexpected Transformation of American Political Advocacy. Oxford: Oxford University Press.
- Kavada, Anastasia* 2012: Engagement, Bonding, and Identity across multiple Platforms: Avaaz on Facebook, YouTube, and MySpace. In: MedienKultur. Journal of Media and Communication Research, Jg. 28, Heft 52, 28-48.
- Losey, James* 2014: The Anti-Counterfeiting Trade Agreement and European Civil Society: A Case Study on Networked Advocacy. In: Journal of Information Policy, Jg. 4, 205-227.
- Mayntz, Renate* 2010: Global Structures: Markets, Organizations, Networks – and Communities? In: Djelic, Marie-Laure/Quack, Sigrid (Hg.): Transnational Communities. Cambridge: Cambridge University Press, 37-54.
- Milkman, Ruth/Luce, Stephanie/Lewis, Penny* 2013: Changing the Subject. A Bottom-up Account on Occupy Wall Street in New York City. New York: Murphy Institute.
- Niederer, Sabine/Van Dijck, José* 2010: Wisdom of the Crowd or Technicity of Content? Wikipedia as a Sociotechnical System. In: New Media & Society, Jg. 12, Heft 8, 1368-1387.
- O'Mahony, Siobhán/Ferraro, Fabrizio* 2007: The Emergence of Governance in an Open Source Community. In: Academy of Management Journal, Jg. 50, Heft 5, 1079-1106.
- Reimer, Julius/Ruppert, Max* 2013: GutenPlag-Wiki und Journalismus. Das Verhältnis eines neuen Medienakteurs im Social Web zu den traditionellen Massenmedien. In: Dolata, Ulrich/Schrape, Jan-Felix (Hg.): Internet, Mobile Devices und die Transformation der Medien. Berlin: Edition Sigma, 303-329.
- Roberts, Alasdair* 2012: WikiLeaks: The Illusion of Transparency. In: International Review of Administrative Sciences, Jg. 78, Heft 2, 116-133.
- Scharpf, Fritz W.* 1997: Games Real Actors Play. Actor-Centered Institutionalism in Policy Research. Oxford: Westview.
- Schrape, Jan-Felix* 2011: Social Media, Massenmedien und gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 21, Heft 3, 407-429.
- Van Dijck, José* 2013: The Culture of Connectivity. A Critical History of Social Media. Oxford: Oxford University Press.

Feministischer Hashtag-Aktivismus

Ricarda Drüeke

Twitter kann einen öffentlichen Diskursraum darstellen, in dem Meinungen geäußert und Erfahrungen geteilt werden. Im deutschsprachigen Raum war #aufschrei – ein Hashtag, mit dem alltäglicher Sexismus und sexuelle Gewalt thematisiert wurde – die Twittermeldung des Jahres 2013. Dieser Hashtag reiht sich ein in eine schon lange vor allem online stattfindende Debatte über Sexismus (vgl. Meßmer 2014). Auch die New Yorker Initiative „Hollaback!“ thematisierte sexuelle Belästigung, zunächst in einem Blog, später auch durch einen Hashtag. In Großbritannien wurde durch das „Everyday Sexism Project“ eine Webseite ins Leben gerufen, über die zwei international wahrgenommene Hashtags (#shoutingback und #EverydaySexism) verbreitet wurden und auf der Nutzer_innen ihre Erfahrungen mit Sexismus teilen können (vgl. Bates 2014). In Australien thematisierte der Hashtag #destroythejoint sexistische Kommentare im nationalen Radio und beleuchtete allgemein Sexismus und Misogynie (vgl. McLean/Maalsen 2015; McLean/Maalsen 2013). Gewalt gegen Frauen wird im Hashtag #YesAllWomen verhandelt, der nach einer Schießerei mit sechs Toten in Isla Vista in Kalifornien durch einen Täter mit misogyinen Motiven entstand (vgl. Rodino-Colocino 2014). Der Hashtag #sendeanlat in der Türkei thematisiert den Mord an einer jungen Frau und teilt ebenfalls Erfahrungen über sexuelle Gewalt an Frauen. Diese und andere feministische Initiativen in und durch Social Media können, so McLean und Maalsen (2015), einen globalen und verlinkten diskursiven Raum bilden, der es erlaubt „for distributed feminist networks to converge in online spaces

to focus support on contemporary gender issues and create a community around this“ (ebd.: o.S.). Solche feministischen Protestartikulationen gegen Sexismus und Gewalt an Frauen, die sich über Twitter und weitere Social Media-Anwendungen bilden, ermöglichen es, gesellschaftliche Normierungsstrategien zu diskutieren, indem Normen und Werte des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie Zuschreibungen an Männlichkeit und Weiblichkeit reflektiert werden. Dies kann zu einer kritischen Hinterfragung von Geschlechterrollen und den damit verbundenen Konstruktionen führen.

Aktivismus im Internet und Artikulationen über Hashtags sind jedoch nicht nur ausschließlich emanzipatorisch; es zeigt sich eine Dominanz elitärer Akteur_innen und damit eine Verstärkung sozialer Ungleichheiten, gleichzeitig sind auch rechtsextremistische und antifeministische Akteur_innen und Positionen sichtbar, die ebenfalls durch das Internet einfache und schnelle Verbreitungs- und Agitationskanäle gefunden haben (vgl. Drüeke/Klaus 2014; Gruber 2012; Zillien/Hargittai 2009).

Ziel des Beitrags ist es, ausgehend vom deutschsprachigen Hashtag #aufschrei, zu diskutieren, wo die Chancen und Risiken des gegenwärtigen feministischen Hashtag-Aktivismus liegen. Als theoretischer Rahmen dienen emanzipatorische und hegemoniekritische Öffentlichkeitsmodelle, die Formen und Ebenen von Öffentlichkeit benennen, die für den Selbstverständigungsprozess einer Gesellschaft bedeutsam sind, aber auch agonistische Formen des Politischen in den Blick nehmen. Online-Öffentlichkeiten, die durch Social Media-Anwendungen wie

Twitter gebildet werden, können feministische Protestartikulationen ermöglichen und machen damit die Potenziale alternativer Formen des Politischen und die Chancen feministischer Protestartikulationen deutlich. Gleichzeitig werden gerade im Internet feministische und geschlechterpolitische Positionen sowie deren Protagonist_innen häufig angegriffen und delegitimiert. Mit einer Diskussion dieser Ambivalenzen schließt der Beitrag.

1 | Öffentlichkeiten im Internet

Seit den 1990er Jahren wird immer wieder der demokratiefördernde Nutzen des Internets diskutiert. Vielfach wird vermutet, dass das Internet eine bessere Teilnahme an politischen Debatten ermöglicht, eine größere Meinungsvielfalt erlaubt und durch interaktive Kommunikation eine breite Beteiligungsmöglichkeit für viele Bevölkerungsgruppen schafft (z.B. Münker 2009). Hervorgehoben wird, dass soziale Bewegungen im Internet verstärkt sichtbar werden und Räume für Diskussionen entstehen sowie Kontakte und Informationssuche einfacher sind. Durch Social Media erfuhr der Öffentlichkeitsbegriff eine Revitalisierung, indem Online-Öffentlichkeiten häufig als eine virtuelle Agora angesehen wurden, die der Vervielfältigung demokratischer Räume dienen. Insbesondere in den traditionellen Medien wurde angesichts der Proteste in verschiedenen arabischen Ländern, wie Ägypten und Tunesien im Jahr 2011, häufig von einer „Twitter-Revolution“ oder „Facebook-Revolution“ gesprochen. Wulf et al. (2013) zeigen allerdings auf, dass in Tunesien die Mobilisierung auf ein Zusammenspiel von Aktivismus in Sozialen Medien und der Berichterstattung des TV-Senders Al Jazeera zurückzuführen ist. Inwieweit über Twitter deliberative Kommunikationsprozesse ermöglicht werden, diskutieren Thimm, Einspänner und Dang-Anh (2012) anhand verschiedener Fallstudien. Die Autor_innen

kommen zwar zu dem Schluss, dass nicht von Twitter als Teil einer deliberativen Diskurskultur gesprochen werden kann, dennoch könnte Twitter als ein „Baustein (...) zur Online-Deliberation (...) gegen den Willen von Regierungen eigenständige Informationskanäle zur Partizipation bereitstellen“ (ebd.: 302). Allerdings ist Twitter nicht nur ein partizipatorisches Werkzeug, sondern ebenfalls eingebunden in ökonomische, politische und soziale Prozesse. Dies zeigt sich beispielsweise in ökonomischen Verflechtungen der Internetanbieter sowie in politischer Zensur und Zugangsbeschränkungen von Twitter und YouTube wie in der Türkei (vgl. Hakura 2014; Fuchs 2014).

Somit sind auch diesen „neuen“ demokratischen Räumen Ein- und Ausschlüsse inhärent und Online-Öffentlichkeiten mit unterschiedlichem Durchsetzungsvermögen sowie Macht ausgestattet. Konzeptionell beziehen dies vor allem Öffentlichkeitsmodelle ein, die auch zivilgesellschaftliche Bewegungen, proletarische Öffentlichkeiten und antihegemoniale Öffentlichkeiten als Teil der öffentlichen Sphäre begreifen (vgl. Fraser 2001; Klaus 2006; Negt/Kluge 1972; Warner 2002). In verschiedenen Öffentlichkeiten findet eine Verständigung über akzeptierte und akzeptable Verhaltensmuster statt, traditionelle Haltungen werden gefestigt oder gelockert und Handlungsweisen bestärkt oder verworfen. Diese öffentliche Sphäre lässt sich dann als ein Selbstverständigungsprozess der Gesellschaft über sich selbst definieren (vgl. Klaus 2006). Die Formierungsbedingungen von Öffentlichkeit, also die Interessendurchsetzung und Festbeschreibung von Identitäten, stehen in einem engen Zusammenhang mit Hegemonien, die – wie von Laclau und Mouffe (2006) ausgeführt – nicht statisch sind, sondern sich fortentwickeln. Damit wird der Fokus nicht auf deliberative und konsensorientierte Kommunikationsformen gelegt, die als rationale Kommunikation im Mittelpunkt bürgerlicher Öffentlichkeitsmodelle stehen, sondern

es werden ebenso die Artikulation von Emotionen und Erfahrungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sowie Ein- und Ausschlussprozesse als Teil öffentlicher Diskurse einbezogen (vgl. Scott 2001). Chantal Mouffe (2007) weist auf den agonistischen Charakter solcher Öffentlichkeiten hin, in denen auch Konflikte ausgehandelt werden und so das Politische konstituiert wird. Damit wird die Bedeutung des Dissenses und von Machtbeziehungen für eine demokratische Gesellschaft betont und der daraus folgende permanente Widerstreit zwischen sozialen Positionen als Grundbestandteil öffentlicher Aushandlungsprozesse hervorgehoben (vgl. Mouffe 2007: 42). Öffentlichkeiten erfüllen damit soziale Funktionen, die sich in gesellschaftlichen Prozessen – und damit auch Hegemonien und Hierarchien – abbilden und durch Diskurse legitimiert werden (vgl. Laclau/Mouffe 2006). Auch Geschlechterverhältnisse sind eine diskursive Formation des Sozialen, die durch Machtbeziehungen hegemonial werden (vgl. Wilde 2014). Der Dissens um und nicht der Konsens über Vorstellungen von Gleichheit und Freiheit schlägt sich somit auch in Artikulationen über Bedeutungszuschreibungen an Geschlechterverhältnisse sowie deren Normierungen nieder (vgl. Mouffe 2007). In diesen werden gesellschaftliche Verhältnisse reproduziert, modifiziert und umgedeutet. In Öffentlichkeiten sind damit nicht nur emanzipatorische Praktiken, sondern auch antifeministische Artikulationen vorzufinden – solche öffentlichen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse stellen auch immer ein „Machtdispositiv dar, das durch diskursives Handeln hervorgebracht wird“ und „von oben nach unten wirkt“ (Wilde 2014: 213). Damit sind öffentliche Diskurse um Feminismus und um Geschlechterthemen einerseits Ergebnis von Hegemonien, andererseits auch Gegenstand agonaler Politik – denn gerade Geschlechterthemen sind darin als „Trennungs-, Disziplinierungs- und Diskriminierungdispositive“ eingeschrieben (ebd.).

2 | Feministischer Online-Aktivismus

Feministische Bewegungen und feministische Protestformen haben sich seit dem Beginn der Frauenbewegung vielfältiger Medien bedient (vgl. Wischermann 2003). Mit dem Internet sind darüber hinaus Visionen eines vernetzten Feminismus bzw. eines Cyberfeminismus entwickelt worden. Die Debatten um das Verhältnis von Gender und Internet sind noch einmal durch das Social Web erneuert worden, da weitere Formen und Plattformen für politischen Aktivismus entstanden. Knappe und Lang (2014: 362) verdeutlichen den „communicative turn“ in den Repertoires von Bewegungen: Dieser äußert sich in einer Entwicklung von einem Offline- zu einem Online-Aktivismus sowie von Massenprotesten hin zu einzelnen Protesten und Kampagnen. Daraus entstehen ebenfalls neue Formen von Feminismus; Valenti (2009) prognostiziert in diesem Zusammenhang, dass die vierte Welle des Feminismus ein Online-Feminismus sei. Nach Schachtnner (2012: 97f.) sind die Funktionen des damit entstehenden Online-Aktivismus vor allem darin zu sehen, dass gemeinsam eine kritische Position entwickelt wird, gesellschaftliche Alternativen diskutiert werden und nach Lösungen gesucht wird. So ist es möglich, sich mit relativ wenigen Ressourcen schnell und flexibel politisch zu beteiligen sowie durch kollaborative Produktionen wirkungsvolle Aktionen gebündelt im virtuellen Raum zu präsentieren (vgl. Baringhorst 2014: 106). Durch Webseiten wie „the fbomb“ und weitere feministische Blogs wird beispielsweise eine feministischen Blogosphäre unterstützt (vgl. Keller 2012). Neben feministischen Blogs sind es vor allem feministische Hashtags, die in den letzten Jahren in den Fokus von traditionellen Massenmedien und Wissenschaft gerückt sind.

3 | Feministische Hashtags

Im Folgenden wird anhand des Hashtags #aufschrei und weiterer internationaler feministischer Hashtags, die Gewalt an Frauen bzw. alltäglichen Sexismus thematisieren, diese Form

feministischen Online-Aktivismus' diskutiert. Deutlich werden neue Möglichkeitsräume für Feminist_innen, allerdings zeigen gerade anti-feministische Reaktionen und *Hate Speech* die Verwundbarkeit dieser Räume.

3.1 | Potenziale

Am 24.01.2013 initiierte Anne Wizorek in Reaktion auf eine schon länger online stattfindende Debatte über Sexismus den Hashtag #aufschrei, um diesbezügliche Erfahrungen zu sammeln und zu teilen. Allein am Tag nach dem Start wurde in 38.387 Tweets geantwortet. In der ersten Woche folgten etwa 10.000 Tweets pro Tag und in den ersten vier Tagen waren fast 17.000 verschiedene Personen auf #aufschrei aktiv.¹ Online wurde so durch die Follower des Hashtags und die geteilten Links ein Netzwerk gebildet (vgl. Maireder/Schlögl 2014). Diese Schilderungen sexistischer Erfahrungen zeigen die Relevanz einer öffentlichen Debatte über Sexismus und lassen deutlich werden, dass es sich nicht um einzelne Betroffene, sondern um kollektive Erfahrungen handelt. Durch den Erfahrungsaustausch und die Bündelung von Themen und Positionen findet eine Mobilisierung statt, die in weiteren Öffentlichkeiten wie den traditionellen Massenmedien und der Politik wahrgenommen wurde. Damit kann ein Hashtag wie #aufschrei als Auslöser einer feministischen Protestartikulation dienen, durch die gesellschaftliche Forderungen entwickelt werden, die in bestehende Wertvorstellungen eingreifen und damit öffentlich Kritik formulieren. Um eine solche feministische Protestartikulation bilden zu können, ist es vor allem notwendig, verschiedene Ebenen von Öffentlichkeit zu erreichen. Diese Ebenen umfassen zunächst die „Bewegungskultur“, also die Netzwerke, Räume und persönlichen Beziehungen der Akteur_innen, als auch die „Bewegungsöffentlichkeit“, die sich durch feministische Medien konstituiert – mit dem Ziel, die hegemoniale Öffentlichkeit zu erreichen (vgl. Wischermann 2003). #aufschrei bildet demnach eine Plattform des Erfahrungsaus-

tausches, die jedoch gleichzeitig mit einer „Bewegungsöffentlichkeit“ verbunden ist, die sich über weitere Hashtags, feministische Blogs und Medien formiert. #aufschrei und weitere Hashtags wie #YesAllWomen und #EverydaySexism, die ebenfalls sexistische Gewalt thematisieren, konnten also eine feministische Mobilisierung in verschiedenen Netzwerken erreichen. Dabei wurden traditionell privat konnotierte Themen ebenso öffentlich verhandelt wie öffentlich sichtbar. So werden einerseits persönliche Beziehungen über Twitter geschaffen, gleichzeitig aber auch Öffentlichkeit hergestellt. Diese Protestartikulationen nehmen damit eine wichtige Funktion innerhalb feministischer Bewegungen ein. Darin zeigt sich auch eine Inklusion verschiedener feministischer Wellen und die Relevanz des Themas, wie Sady Doyle, die Gründerin des Hashtags #YesAllWomen formulierte: „When we all speak up, it doesn't sound like self-pity any more, and it's not hurt fee fees. It's structural oppression“ (zit. n. Megarry 2014: 51). Aufgrund großer Medienresonanz und Aufmerksamkeit, die diesem feministischen Hashtag-Aktivismus zuteil wurde, erscheint er als wirkungsvolles Instrument, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Solche Protestartikulationen dienen damit „der Skandalisierung, der Deutung beklagter Problemursachen und geforderter Problemlösungen“ (Baringhorst 2014: 96). Die Hashtags kennzeichnen sich dabei sowohl durch eine nach innen als auch nach außen gerichtete Kommunikation. Da sie nicht von organisierten Akteur_innen ausgegangen sind, wird insbesondere durch die Protestpraktiken einzelner Akteur_innen Aufmerksamkeit und damit auch Erfolg erreicht. Doch dieser Erfolg ist durchaus auch ambivalent, wie die im Folgenden diskutierten Herausforderungen zeigen.

3.2 | Herausforderungen

Die bei #aufschrei geschilderten sexistischen Erfahrungen sind zumeist in einem heteronormativen Rahmen eingeordnet. Anne Wizorek wies in einer Podiumsdiskussion darauf hin,

dass intersektionale Verschränkungen, d.h. das Zusammenwirken verschiedener Differenzkat-egorien wie beispielsweise Geschlecht, *race*, Sexualität und Klasse, in diskriminierenden Erfahrungen weniger benannt wurden (vgl. Kelishadi 2013). Die Notwendigkeit einer intersektionalen Perspektive wurde daraufhin in einem von den #aufschrei-Initiator_innen geschriebenen Buch mit dem Titel „Ich bin kein Sexist, aber...“ diskutiert (vgl. Banaszczuk et al. 2013). Die Autor_innen betonen, dass die zen-tralen Fragen der Diskussion um Sichtbarkeit und die Besetzung von Räumen sowie um das Recht zu sprechen kreisen müssen (vgl. ebd.: 44). Ähnliche Diskussionen fanden in Bezug zu weiteren feministischen Hashtags statt. Im US-amerikanischen Kontext wurde vor allem darauf hingewiesen, dass in diesen Hashtags se-xuelle Gewalt gegen Frauen thematisiert wurde,

die weiß sind, aus der Mittelklasse stammen, sowie in heteronormativen Kontexten leben. So bezog sich der Hashtag #YesAllWomen auf ein aus misogynen Beweggründen durchge-führtes Massaker an einem US-amerikanischen College; nicht thematisiert wurde, dass es sich um ein College handelte, das stark in einer schwarzen Tradition verankert ist und somit auch die Kategorie *race* eine Rolle spielte. Deutlich wurden in den Tweets jedoch vor allem die sexistischen Erfahrungen weißer heterosexueller Frauen (vgl. Rodino-Colocino 2014: 1114). Als Reaktion darauf wurde der Hashtag #YesAllWhiteWomen ins Leben gerufen. Auf Ausschlüsse in den an weißen, der Mittelklasse entstammenden (CIS)-Frauen orientierten feministischen Bewegungen wurde bereits früh hingewiesen. So themisierte beispielsweise bell hooks (1990) die Diskrimi-



nierungsformen, von denen schwarze Frauen betroffen sind. Annahmen über Teilhabe und Partizipation reflektieren solche intersektionalen Verschränkungen selten, dies führt durch die Nicht-Berücksichtigung von Privilegien zu Ausschlüssen (vgl. Hasinoff 2014: 271). Ebenfalls wenig diskutiert werden Fragen danach, mit welchen Folgen eine durch Aktivismus entstehende Publizität und Sichtbarkeit für die Beteiligten verbunden ist. So fordert beispielsweise Larisa Kingston Mann (2014) mehr Forschung über Sichtbarkeit und Partizipation, da zumeist nur die positiven Auswirkungen von Online-Aktivismus thematisiert werden. Für feministische Akteur_innen kann Sichtbarkeit jedoch auch Verletzbarkeit bedeuten (vgl. den Beitrag von Magdalena Freudenschuß in diesem Heft). Reflektiert werden müssen also zum einen Privilegien und Fragen nach der Inklusivität von Online-Öffentlichkeiten, zum anderen Fragen danach, wie für Online-Aktivismus ein sicherer Raum bereitgestellt werden kann.

Des Weiteren ziehen feministische Forderungen, wie sie auf #aufschrei und in weiteren feministischen Hashtags geäußert wurden, auch Reaktionen nach sich, die die Notwendigkeit solcher Forderungen negieren. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne „Women against feminism“, bei der auf Twitter, Facebook, YouTube und anderen sozialen Medien Frauen* Bilder von sich selbst posten. Dabei halten sie ein selbstgemachtes Schild hoch, auf dem sie nach dem beginnenden Satz „I don't need feminism“ Gründe benennen, warum sie Feminismus ablehnen. Damit werden gesellschaftliche Ungleichheiten negiert und neoliberalen Tendenzen einer Gesellschaft, die sich in Individualisierung und Entsolidarisierung ausdrücken, unterstützt. Dies äußert sich in einer Art postfeministischem Diskurs; in der von Angela McRobbie (2009) vertretenen Perspektive kennzeichnet sich dieser durch ein Verständnis, das sich zwar teilweise auf die Erfolge des Feminismus beruft, ihn aber für nicht mehr notwendig erachtet. Schmincke (2013: 159) betont den Zusammenhang einer „entkollektivierenden Wirkung“ durch „neoliberalen

Ausrichtungen“, da Sexismus nicht in kollektive Muster und Strukturen einordnet, sondern als individuelles Problem gekennzeichnet wird.

Auch ist die Sichtbarkeit feministischer Hashtags wie #aufschrei in den traditionellen Massenmedien durchaus ambivalent. In der massenmedialen Berichterstattung über #aufschrei zeigen sich Verkürzungen und Vereinnahmungen. Durch eine Fokussierung auf wenige – als zentral erachtete – Personen wird die große Zahl der beteiligten Akteur_innen verdeckt (vgl. Meßmer 2014; Banaszczuk et al. 2013). Auch findet im massenmedialen Diskurs häufig eine Sexualisierung der Debatte statt. Exemplarisch titelt beispielsweise die österreichische Tageszeitung „Die Kronen Zeitung“ in Reaktion auf #aufschrei: „Sexismus ist ein sexy Thema“.² Ähnlich hat dies schon Sauer (2007: 114) zur Präsentation von Frauen- und Gleichstellungspolitik in den Medien angemerkt: „Sex sells – gender does not“. In der massenmedialen Berichterstattung zu #aufschrei wird darum gerungen, was heutzutage noch ein Flirt sein kann. Damit wird verhindert, dass aus den gesammelten persönlichen Erfahrungen Muster erkennbar werden und damit Strukturzusammenhänge de-thematisiert. Eine solche De-Thematisierung stützt normalisierte Deutungsmuster und entledigt sich kritischer Momente (vgl. Flicker 2008). Sichtbarkeit frauenpolitischer bzw. feministischer Anliegen bedeutet also nicht gleich Anerkennung derselben, sondern kann auch eine Einbindung in normative Identitätsvorgaben und eine Disziplinierung im Sinne einer hegemonialen Kanalisierung der Debatte nach sich ziehen (vgl. Schaffer 2008).

Darüber hinaus sind Geschlechterthemen und Feminismus nicht nur im Internet, aber dort besonders sichtbar, umkämpft. Auf Twitter wurden mit #gegenschrei und #tittenbonus sexistische Hashtags als direkte Reaktion auf #aufschrei ins Leben gerufen, zudem finden sich zahlreiche antifeministische und sexistische Tweets auf #aufschrei selbst. In der zweiten Woche nach dem Beginn des Hashtags sind bereits 20 Prozent der Tweets antifeministisch

oder sexistisch (vgl. Drüeke/Zobl 2015). In diesen Tweets zeigen sich Relativierungen sexueller Gewalt, verbale Angriffe gegen die Teilnehmer_innen der Kampagne sowie eine Abqualifizierung der Wissenschaftlichkeit der Genderforschung im Allgemeinen. Der in Reaktion auf den Hashtag #YesAllWomen ins Leben gerufene Hashtag #YesAllWhiteWomen – beides Hashtags, die sexistische bzw. sexistische und rassistische Gewalt thematisieren – wurde ebenfalls von Trollen unterlaufen, was dazu führte, dass die Gründerin Jenn M. Jackson den Hashtag nicht mehr nutzte (vgl. Rodino-Colocino 2014: 1114). Auch die Initiatorin von #YesAllWomen zog sich aufgrund von Todesdrohungen zurück (vgl. ebd.). Belästigungen, die online stattfinden – so zeigt eine neue Studie des Pew Research Center (2014) – haben bereits 40 Prozent aller Internetnutzer_innen erfahren. Von diesen 40 Prozent wiederum sind 6 Prozent sexuell belästigt worden (vgl. ebd.: 2). Bei bestimmten Akteursgruppen, insbesondere bei jungen Frauen, wird deutlich, dass Sexismus und sexuelle Belästigung mit 25 Prozent eine der zentralen Formen von Online-Belästigung darstellt (vgl. ebd.: 5). Diese Anfeindungen sind kein neues Phänomen, so diagnostizierte Susan Herring schon 1999 eine „rhetoric of online gender-harassment“ in Chats und eine stetig zunehmende Anzahl von Trollen in feministischen Online-Foren, die sich abwertend und beleidigend äußern. Insbesondere, so Megarry (2014), werden Frauen angegriffen, wenn ihr Verhalten aus Sicht der antifeministischen Akteur_innen nicht den tradierten Geschlechterrollen entspricht. Zunehmend finden sich solch misogyne Haltungen in Social-Media-Anwendungen, die teilweise die Diskurse auf diesen Seiten dominieren (vgl. Jane 2014). Im Hashtag #mencallmethings werden solche Anfeindungen und Belästigungen diskutiert und die Situation für Frauen im Internet kritisch reflektiert (vgl. Megarry 2014: 51).

Als Reaktion auf antifeministische Reaktionen und *Hate Speech* wurden vielfältige Initiativen und künstlerische Interventionen ins Leben gerufen. Um mit Drohungen, beleidi-

gende E-Mails und Kommentare insbesondere bei feministischen Blogbeiträgen umzugehen, wurde die deutschsprachige Seite „hatr.org“ gegründet, auf der misogyne Beiträge gesammelt werden damit sie nicht auf den Blogs selbst sichtbar sind. Durch das Anklicken von „hatr.org“ werden Werbeeinnahmen generiert, die dann feministische Projekte unterstützen können.³ Als künstlerische Intervention angelegt richtet sich der Hashtag #zerotolerance gegen *Hate Speech* auf Twitter und antwortet sexistischen Trolls mit „therapeutischen“ Videos auf ihre sexistischen Tweets.

4 | Fazit

Bei der Preisverleihung des Grimme Online Awards an #aufschrei formulierte die Jury die Hoffnung, dass „weitere gesellschaftlich virulente Themen eine digitale Diskussionsheimat finden, gestützt von einer neuen, verzahnten On- und Offline-Debattenkultur“.⁴ Feministischer Hashtag-Aktivismus kann also gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit erhalten. Twitter als eine öffentliche Diskursosphäre bietet für feministische Protestartikulationen die Möglichkeit, weitere Öffentlichkeiten zu erreichen. So ist es feministischen Hashtags in der letzten Zeit gelungen, gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf marginalisierte Themen zu richten und eine Debatte über Sexismus und Gewalt an Frauen anzustoßen. Zugleich zeigen sich online jedoch auch deutlich Angreifbarkeiten und Verletzlichkeiten feministischer Themen und Akteur_innen. Darin wird der agonistische Charakter von Öffentlichkeiten deutlich, der sich in diesen Artikulationspraxen zeigt und die Ambivalenzen des Internets deutlich macht: Als verachteter Raum auf der einen Seite, der jedoch auf der anderen Seite auch Nischen bereitstellt, in denen sich neue Kommunikationsformen etablieren sowie gesellschaftliche Verhältnisse reflektiert und umgedeutet werden können. Darin zeigen sich neben Ambivalenzen vor allem die Gefahren gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozesse, denn der von Mouffe (2007: 158) postulierte

„konfliktuale Konsens“, d.h. ein Konsens über ethisch-politische Werte der Freiheit und Gleichheit aller, ein Dissens aber über die Interpretation dieser Werte, wird zunehmend in Frage gestellt.

Ricarda Drücke ist promovierte Kommunikationswissenschaftlerin und arbeitet an der Universität Salzburg. Kontakt: ricarda.druecke@sbg.ac.at.

Anmerkungen

- ¹ <http://www.soviet.tv/blog/2013/01/der-aufschrei-daten-dump/> [30.01.2015].
- ² Die Kronen Zeitung vom 31.1.13: 2.
- ³ www.hatr.org [30.05.2015].
- ⁴ <http://derstandard.at/1371170418289/aufschrei-gewinnt-Grimme-Online-Award> [15.10.2014].

Literatur

Banaszczuk, Yasmina/von Horst, Nicole/Sanyal, Mithu M./Strick, Jasna Lisha 2013: Ich bin kein Sexist, aber...: Sexismus erlebt, erklärt und wie wir ihn beenden. Berlin: Orlanda.

Baringhorst, Sigrid 2014: Internet und Protest. Zum Wandel von Organisationsformen und Handlungsrepertoires - Ein Überblick. In: Voss, Kathrin (Hg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: Springer: VS, 91-114.

Bates, Laura 2014: Everyday Sexism. London: Simon & Schuster.

Drücke, Ricarda/Klaus, Elisabeth 2014: Öffentlichkeiten im Internet: Zwischen Feminismus und Antifeminismus. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. Jg. 23, H. 2, 59-70.

Drücke, Ricarda/Zobl, Elke 2015: Online Feminist Protest against Sexism: The German-language hashtag #aufschrei. In: Feminist Media Studies (im Erscheinen).

Flicker, Eva 2008: Der Diskurs „Frauenbewegung“ in den Medien. In: Dorer, Johanna/

Geiger, Brigitte/Köpl, Regina (Hg.): Medien - Politik - Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung. Wiesbaden: VS, 124-139.

Fraser, Nancy 2001: Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fuchs, Christian 2014: Social Media. A Critical Introduction. London/Thousand Oaks/New Delhi/Singapore: Sage.

Gruber, Laura 2012: Maskulinisten im Internet. In: Maier, Tanja/Thiele, Martina/Linke, Christine (Hg.): Medien, Öffentlichkeit und Geschlecht in Bewegung. Forschungsperspektiven der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Bielefeld: transcript, 163-176.

Hakura, Fadi 2014: “Twitter ban batters Turkey’s image, but does Erdogan care?” In: Special to CNN, 24. März 2014. <http://edition.cnn.com/2014/03/24/opinion/turkey-twitter-ban-hakura/> [30.05.2015].

Hasinoff, Amy Adele 2014: Contradictions of Participation: Critical Feminist Interventions in New Media Studies. In: Communication and Critical/Cultural Studies, Jg. 11, H. 3, 270-272.

Herring, Susan C. 1999: The Rhetorical Dynamics of Gender Harassment On-Line. In: The Information Society: An International Journal, Jg. 15, H. 3, 151-167.

Hooks, Bell 1990: Yearning: Race, Gender and Cultural Politics. Toronto: Between the lines Press.

Jane, Emma Alice 2014: ‘Back to the kitchen, cunt’: Speaking the unspeakable about online misogyny. In: Continuum: Journal of Media & Cultural Studies, 28. Jg., H. 4, 558-570.

Kelishadi, Dena 2013: Sexismus: More than meets the Eye. <http://missy-magazine.de/2013/05/29/sexismus-more-than-meets-the-eye/> [30.01.2015].

Keller, Jessalynn 2012: ‘It’s a Hard Job Being an Indian Feminist’: Mapping feminist identities and ‘close encounters’ on the feminist blogosphere. In: Zobl, Elke/Drücke, Ricarda (Hg.): Feminist Media: Participatory Spaces, Networks, and Cultural Citizenships,

Bielefeld: transcript, 136-145.

Klaus, Elisabeth 2006: Von der Beschränktheit unserer Öffentlichkeitstheorien im europäischen Kontext. In: Langenbucher, Wolfgang R./Latzer, Michael (Hg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS, 93-106.

Knappe, Henrike/Lang, Sabine 2014: Between whisper and voice: Online women's movement outreach in the UK and Germany. In: European Journal of Women's Studies, Jg. 21, H. 4, 361-381.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2006: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. 3. Auflage. Wien: Passagen Verlag.

Maireder, Axel/Schlögl, Stephan 2014: 24 hours of an #outcry: The networked publics of a socio-political debate. In: European Journal of Communication, Jg. 29, H. 6, 687-702.

Mann, Larisa K. 2014: What Can Feminism Learn from New Media? In: Communication and Critical/Cultural Studies, Jg. 11, H. 3, 293-297.

McLean, Jessica/Maalsen, Sophia 2013: Destroying the Joint and Dying of Shame? A Geography of Revitalised Feminism in Social Media and Beyond. In: Geographical Research, Jg. 51, H. 3, 243-256.

McLean, Jessica/Maalsen, Sophia 2015: From #destroythejoint to far reaching digital activism: Feminist revitalisation stemming from social media and reaching beyond. <http://civicmediaproject.org/works/civic-media-project/fromdestroythejointtofarreachingdigitalactivism-fmfeministrevitalisation> [30.05.2015].

McRobbie, Angela 2009: The Aftermath of Feminism: Gender, Culture and Social Change. London: Sage.

Megarry, Jessica 2014: Online incivility or sexual harassment? Conceptualising women's experiences in the digital age. In: Women's Studies International Forum, Jg. 47, Part A, 46-55.

Meßmer, Anna-Katharina 2014: Aufschrei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Jg. 64, H.8, 3-6. <http://www.bpb.de/apuz/178658/sexismus> [26.9.2014].

Mouffe, Chantal 2007: Pluralismus, DisSENS und demokratische Staatsbürgerschaft. In: Nonhoff, Martin (Hg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld: transcript, 41-53.

Münker, Stefan 2009: Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien des Web 2.0. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Negt, Oskar/Kluge, Alexander 1972: The proletarian public sphere. In: Mattelart, Armand/Siegelaub, Seth (Hg.): Communication and class struggle. Volume 2: Liberation, Socialism. New York: International General, 92-94.

Pew Research Center 2014: Online Harassment. <http://www.pewinternet.org/2014/10/22/online-harassment/> [30.05.2015].

Rodino-Colocino, Michelle 2014: #YesAllWomen: Intersectional Mobilization against Sexual Assault is Radical (Again). In: Feminist Media Studies, Jg. 14, H. 6, 1113-1115.

Sauer, Birgit 2007: Soll das Private öffentlich werden? Überlegungen zur Präsentation von Frauen- und Gleichstellungspolitik in den Medien. In: Koch-Baumgarten, Sigrid/Mez, Lutz (Hg.): Medien und Policy. Neue Machtkonstellationen in ausgewählten Politikfeldern. Frankfurt am Main: Peter Lang, 101-120.

Schachtner, Christina 2012: Transnationale Netzöffentlichkeiten als neue politische Öffentlichkeiten – Das kritische Potential digitaler Medien am Beispiel arabischer Online-Plattformen. In: International Review of Information Ethics, Jg. 18, H. 12, 93-100.

Schaffer, Johanna 2008: Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuellen Strukturen der Anerkennung. Bielefeld: transcript.

Schmincke, Imke 2013: Feminismus, Sex und ‚Zickenkrieg‘. Zur Konstruktion öffentlicher Feminismen in den (traditionellen) Massenmedien. In: Riegraf, Birgit/Hacker, Hanna/Kahlert, Heike/Liebig, Brigitte/Peitz, Martina/Reitsamer, Rosa (Hg.): Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven. Münster: Westfälisches Dampfboot, 144-162.

Scott, Joan 2001: Phantasie und Erfahrung. In: Feministische Studien, Jg. 19, H. 2, 74-88.

Thimm, Caja/Dang-Anh, Mark/Ein-spänner, Jessica 2012: Mehr Zivilgesellschaft durch Soziale Netzwerke? Medienethische Perspektiven auf Twitter als Diskursmedium. In: Filipovic, Alexander/Jäckel, Michael/Schicha, Christian (Hg.): Medien- und Zivilgesellschaft. Weinheim: Juventa, 200-214.

Valenti, Jessica 2009: Fourth-wave feminism. Questioned by New York Times journalist Deborah Solomon. New York Times Magazine, 15. November 2009. http://www.nytimes.com/2009/11/15/magazine/15fob-q4-t.html?_r=0 [30.05.2015].

Warner, Michael 2002: Publics and Counterpublics. In: Public Culture, Jg. 14, H. 1, 49-90.

Wilde, Gabriele 2014: Der Kampf um Hegemonie. Potentiale radikaler Demokratie aus feministisch-theoretischer Perspektive. In: Zeitschrift für politische Theorie, Jg. 5, H. 2, 203-216.

Wischermann, Ulla 2003: Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke - Gegenöffentlichkeiten - Protestinszenierungen. Königstein: Ulrike Helmer.

Wulf, Volker/Misaki, Kaoru/Atam, Meryem/Randall, Dave/Rohde, Markus 2013: 'On the Ground' in Sidi Bouzid: Investigating Social Media Use during the Tunisian Revolution. In: Proceedings of ACM Conference on Computer Supported Cooperative Work (CSCW 2013). New York: ACM Press.

Zillien, Nicole/Hargittai, Eszter 2009: Digital Distinction. Status-specific Types of Internet Usage. In: Social Science Quarterly, Jg. 90, H. 2, 274-291.

Zehn Jahre Netzbewegung

Konflikte um Privatheit im digitalen Bürgerrechtsaktivismus vor und nach Snowden

Kathrin Ganz

Während sich die politische Dramatik der Enthüllungen im Zuge des NSA-Skandals überschlägt, bleiben überwachungskritische Proteste hierzulande weitgehend aus. Die seit den Snowden-Leaks fortwährend aufgedeckte systematische und umfassende Verletzung der Privatsphäre scheint weder dazu geeignet, Bürgerrechtliche Traditionenbestände der Republik zu aktivieren, noch stärkt sie in nennenswertem Maße die hiesige Netzbewegung. Deren geradezu paradoxe Mobilisierungsschwäche erschließt sich mit einem Blick auf die Verschiebungen und wachsenden Widersprüchen ihres zentralen Diskurses über Privatsphäre. Zugespitzt lässt sich sagen, dass sich digitaler Bürgerrechtsaktivismus in Bezug auf den Schutz der Privatsphäre zu verlaufen droht, weil die Protagonist_innen

zu sehr an klassisch-liberalen Konzeptionen von Privatsphäre festhalten, während sich in der digitalen Welt selbst bereits neue soziale Praxen, aber auch neue Konzepte von Privatsphäre entwickeln. Um diesem Gedanken nachzugehen, untersucht der vorliegende Artikel die Konfliktlinien zwischen den sogenannten Datenschutzmaximalisten und Post-Privacy-Apologeten, die in der Netzbewegung bereits seit längerem bestehen. Betrachtet werden soll dabei insbesondere der Widerspruch zwischen dem Subjektverständnis des Datenschutzparadigmas und der Subjektposition, die durch den politischen Diskurs der Netzbewegung artikuliert wird. Was dies für eine digitale Bürgerrechtspolitik „nach Snowden“ bedeutet, werde ich am Ende des Textes erörtern.

1 | Fünf Phasen der Netzbewegung

Die skizzierte Lage verwundert zunächst, denn die Kritik an Überwachung und der Kampf für Privatsphäre stehen historisch im Zentrum der Agenda der Netzbewegung. Deren Entwicklung beschreibe ich entlang von fünf Phasen. Die erste Phase umfasst die Vorgeschichte der Netzbewegung. Sie reicht von der Gründung des Chaos Computer Clubs (CCC) in den frühen 1980ern bis zum Beginn der Netzbewegung in ihrer heutigen Form im Zuge der Proteste gegen die Vorratsdatenspeicherung. Am 21. September 2005 legte die EU-Kommission den Entwurf zur EU-Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten vor.¹ Infolgedessen gründeten Internetaktivist_innen, Hacker_innen und Bürgerrechtler_innen auf dem 22. Chaos Communication Congress 2005 den Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat), ein Protestbündnis gegen die anlasslose Speicherung von Kommunikationsdaten.² In der damit beginnenden zweiten Phase konstituierte sich die Netzbewegung als informelles Netzwerk, das Themen wie Überwachung und Datenschutz in der digitalen Welt, Zensur, Urheberrecht und Netzneutralität auf die Agenda setzt (vgl. Hensel et al. 2013; Wendelin/Löblich 2013). Es setzt sich aus Organisationen wie dem CCC und dem FoeBuD (heute Digitalcourage e.V.) sowie neuen Protestnetzwerken wie dem AK Vorrat und dem AK Zensur sowie Akteuren zusammen, die sich in den Medien des Web 2.0 herausgebildet haben, wie beispielsweise das Blog Netzpolitik.org. Auch die Gründung der Piratenpartei Deutschland 2006 fiel in diese Phase. In der dritten Phase von 2008 bis 2011 gelang es der Netzbewegung, zahlreiche Anhänger_innen zu mobilisieren. Die Proteste gegen staatliche Überwachung unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ ab 2006, gegen das Netzsperrengegesetz der Großen Koalition (2009) sowie gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA, 2011) bildeten die Höhepunkte netzpolitischer Mobilisierung in Deutschland. Im Zuge dessen konnten auch einige politische Erfolge verzeich-

net werden. Aus einer Verfassungsklage gegen die Vorratsdatenspeicherung resultierte ein Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Vorratsdatenspeicherung „mit Art. 10 GG schlechthin unvereinbar“ und damit verfassungswidrig sei.³ Im Anschluss an die Proteste, darunter eine große E-Petition beim Deutschen Bundestag, und die ersten Wahlerfolge der Piratenpartei hob die Schwarz-Gelbe Regierung das 2010 durch die Große Koalition eingeführte und nie zur Anwendung gekommene Zugangserschwerungsgesetz im Dezember 2011 wieder auf – die von Ursula von der Leyen vorangetriebenen Netzsperrungen wurden damit vorerst Geschichte. Schließlich gelang es durch europaweite Proteste das europäische Parlament dazu zu bewegen, von einer Ratifizierung des transatlantischen Handelsabkommens ACTA abzusehen. Der Bundestag hatte auf das gestiegene gesellschaftliche Interesse an Netzpolitik bereits 2010 mit der Einrichtung der Enquête-Kommission Internet und digitale Gesellschaft reagiert. Dieser gehörten einige prominente Aktivist_innen der Netzbewegung an, darunter Netzpolitik.org-Blogger Markus Beckedahl und CCC-Sprecherin Constanze Kurz. Ab 2011 trat die Netzbewegung in eine vierte Phase ein, in der einerseits eine Konsolidierung ihrer Aktivitäten zu verzeichnen war, andererseits aber auch Konfliktlinien zwischen Akteur_innen hervortraten, die auch für die Eskalation der internen Konflikte der Piratenpartei eine Rolle spielten. Die ersten Veröffentlichungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden im Juni 2013 markieren den Übergang zur fünften Phase. Was ein Teil der Aktivist_innen der Netzbewegung schon immer ahnte, wurde nunmehr öffentlich: International kooperierende Geheimdienste betreiben eine umfangreiche Überwachung und Erforschung digitaler Kommunikation. Doch obwohl die fortlaufenden Snowden-Leaks ins thematische Herz der netzpolitischen Organisierung treffen, kann die Netzbewegung in dieser Situation bis heute nicht an ihre alten Erfolge anknüpfen (Dobusch 2014). Wie es zu dieser ernüchternden Situation kommen konnte, werde ich

nun mit Blick auf den politischen Diskurs der Netzbewegung diskutieren.

2 | Der politische Diskurs der Netzbewegung

Soziale Bewegungen lassen sich mit Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2001) als politische Diskurse untersuchen, die Subjektpositionen hervorbringen. Deren Analyse dient der Verortung von kollektiver und pluraler Subjektivität in einem von multiplen Machtverhältnissen geformten Feld. Das Politische wird in den Arbeiten der diskursanalytischen Hegemonietheorie als eine spezifische Formation des Diskursiven verstanden, die in allen sozialen Praxen präsent ist. Das Spezifische des Politischen liegt in den Konflikten um den leeren Ort des Universellen. „The universal is an empty place, a void which can be filled only by the particular, but which, through its very emptiness, produces a series of crucial effects in the structuration/destructuration of social relations“ (Laclau 2000: 58). Die spezifische Partikularität, welche die Netzbewegung an die Stelle des Universellen setzt, ist das *freie Internet*. In der Funktion des leeren Signifikanten nimmt die Vorstellung, das Internet sei ein Freiraum, eine zentrale Rolle ein. Es ist aus Sicht der Netzbewegung zugleich etwas, das bereits da war, etwas, das ist, als auch, im Derrida-schen Sinne, ein freies Internet à venir. In zwölf qualitativen problemzentrierten Interviews, die ich zwischen Ende 2011 und Mitte 2013 geführt habe, beschreiben Netzaktivist_innen ihre politischen Aktivitäten als Abwehrkampf gegen einen Angriff auf das freie Internet durch staatliche und privatwirtschaftliche Akteure. Projekte wie die Vorratsdatenspeicherung, Netzsperren oder Sanktionen gegen die Verletzung des Urheberrechtes werden dabei als Formen der Regulierung und Kontrolle betrachtet, die das freie Internet unterminieren. Wie der Konflikt um „Internetpiraterie“ zeigt, werden auch privatwirtschaftliche Akteure der Gegenseite zugeordnet. Darunter Teile des Verlagswesens, auf Abmahnungen spezialisierte

Anwaltskanzleien oder auch Provider, die mit ihren Geschäftsmodellen gegen das Prinzip der Netzneutralität verstößen. Die Bewertung von Unternehmen wie Google, Apple, Facebook und Twitter ist dagegen ambivalent: Einerseits werden diese – gerade in Hinblick auf die Verwertung von Nutzerdaten und mögliche Kooperationen mit Geheimdiensten – durchaus kritisch betrachtet. Andererseits sind diese Unternehmen auch in der Netzszenen für ihre Innovationen anerkannt, und nur ein Teil der Aktivist_innen setzt konsequent auf die Alternativen Freie Software und Open Source. Vor allem wenn es um Konflikte zwischen privatwirtschaftlichen Akteuren geht, sieht sich die Netzbewegung häufig auf der Seite der großen Player aus dem Silicon Valley, wie das Beispiel Leistungsschutzrecht zeigt, während gleichzeitig die Kommodifizierung digitaler Kommunikation kritisiert wird.

Die Netzbewegung verfolgt jedoch nicht nur einen Abwehrkampf. Über die Beschäftigung mit Netzpolitik hinaus artikuliert sie eine post-digitale Agenda, die eine nach den Prinzipien des freien Internets ausgerichtete Gesellschaft zum Ziel hat. Leitende Ideen sind dabei zum Beispiel Dezentralität, Peer-to-Peer, Nutzungsautonomie und offene Schnittstellen. Das Gesellschaftsverständnis, das hier aufscheint, ist inspiriert von Metaphern der Informationstechnologie. Gesellschaft wird als ein Ensemble von Plattformen begriffen, auf denen Bürger_innen als Nutzer_innen interagieren. So schreibt der polnische Dichter Piotr Czerski, die „Netz-Kinder“ seien „als Nutzer des Staates, zunehmend verärgert über seine archaische Benutzeroberfläche“ (Czerski 2012). Die Netzbewegung sieht ihre Aufgabe darin, dem „Geist des Internets“, wie es eine Aktivistin nennt, zur Entfaltung zu verhelfen. „Es kann“, so die Aktivistin weiter, „der Gesellschaft meines Erachtens nur gut tun, wenn Menschen mit einem Mindset, das durch das Internet geprägt ist, gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.“ Als Subjekte, die die Vernetzung im Freiraum Internet als zentrale Momente ihrer Biographie beschrei-

ben, verstehen sich die Netzbewegten als Menschen, die bereits heute in der Zukunft leben. Ein Interviewpartner zitiert in diesem Sinne den Cyberpunk-Autor William Gibson als paradigmatischen Stichwortgeber: „The future is already here – it's just not very evenly distributed.“⁴

Der politische Diskurs der Netzbewegung artikuliert damit die Subjektposition einer Avantgarde vernetzter Individuen. Der Begriff „networked individualism“ (Castells 2001; Rainie/Wellman 2012) bezeichnet die Subjektform einer von digitalen Kommunikationsnetzwerken geprägten, globalisierten Welt. In diesem Erfahrungsraum knüpfen Subjekte „me-centered networks“ und bilden „personalized communities“ (Castells 2001: 128) entlang ihrer individuellen Präferenzen und Bedürfnisse. „Somit ist Individualität“, so Stalder (2014) „das Ergebnis einer einzigartigen Verschmelzung verschiedener kollektiver Identitäten innerhalb einer und derselben Person“ (ebd.: 14). Vernetzter Individualismus entwickelt sich auf dem technisch-medial geprägten Nährboden von Internetcommunities, in denen Eigeninitiative, horizontale Netzwerke und Autonomie zentrale Strukturmerkmale sind (Castells 2009: 124), aber auch im Kontext einer gubernementalen Anrufung von Flexibilität und Eigenverantwortung (Lemke et al. 2000). Die notwendigerweise partikularen Erfahrungen der Vernetzung und Kollaboration sowie die Formen „digitaler Solidarität“ (Stalder 2014), von denen Aktivist_innen berichten, werden zu einem politischen Projekt universalisiert. So beschreibt eine Aktivistin: „Netzpolitik (ist) meistens Beschäftigung mit dem, was privilegierte Menschen tun können“ (Interview, 2013). Die Aktivist_innen hatten in der Regel schon früh Zugang zum Internet und konnten im Laufe der Zeit viel praktisches Wissen und eine umfangreiche Kenntnis netzpolitischer Debatten sammeln. Sie sind Subjekte des globalen Nordens, ganz überwiegend weiße Angehörige der (akademischen) Mittelschicht, häufiger Männer als Frauen.

Zusammengefasst lässt sich der politische Diskurs der Netzbewegung folgendermaßen charakterisieren: Ausgehend von dem Eindruck, das Internet als Freiraum erlebt zu haben, wehrt sich die Netzbewegung gegen Angriffe auf das freie Internet in Form von gesetzlichen Regulierungen und fortschreitenden Formen der Kommodifizierung. Die Netzbewegung versteht sich als Avantgarde vernetzter Individuen, die schon heute Praxen der Kollaboration nutzen, welche die Welt von morgen prägen werden. Sie universalisiert ihre spezifische Position zu einer hegemonialen Forderung nach einer Gesellschaft, die nach den Prinzipien ihrer Erfahrungswelt gestaltet ist. Diese Partikularität der Subjektposition hat einen dekonstruktiven Effekt auf den universellen Anspruch des politischen Projektes der Netzbewegung (vgl. Ganz 2014), der sich auch in der bewegungsinternen Konfliktlinie zwischen verschiedenen Positionen zu Datenschutz und Privatsphäre in der digitalen Welt widerspiegelt.

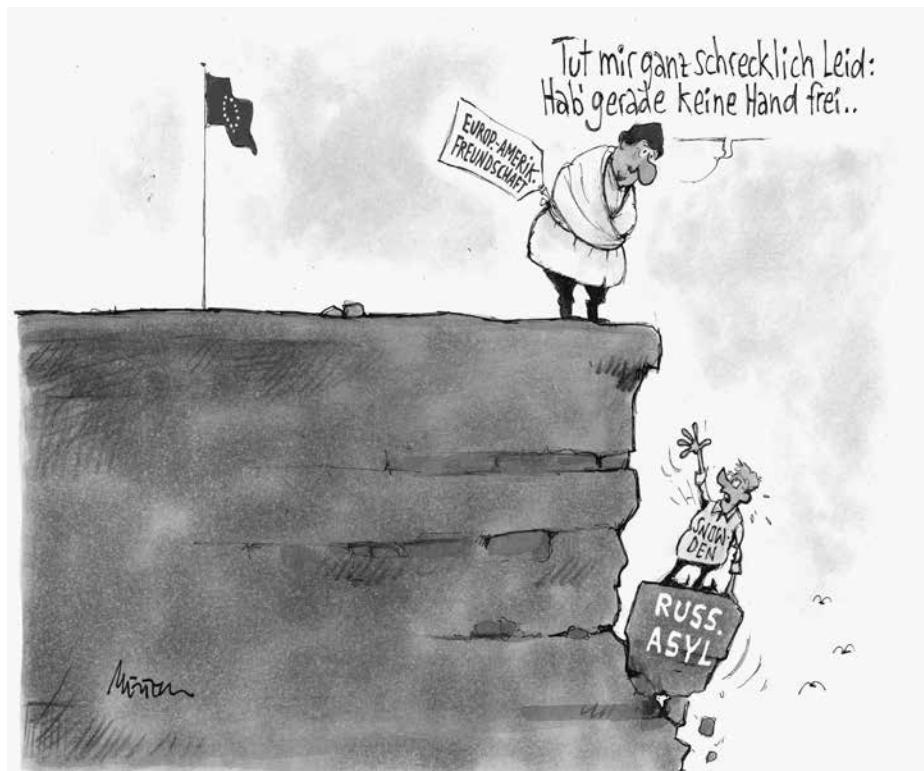
3 | Zwischen Datenschutz und Post-Privacy

Das Konzept und der rechtliche Schutz der Privatsphäre sind historisch mit der Verwertung von technisch erzeugten Daten eng verbunden. So beziehen sich die Väter des „rights to privacy“, Samuel Warren und Louis Brandeis (1890), auf das noch junge Medium der Fotografie. Die heutige Datenschutzgesetzgebung wurde in den 1970ern unter dem Eindruck der aufkommenden elektronischen Datenverarbeitung formuliert. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts veränderten sich jedoch nicht nur die Technologien und technosozialen Praxen, sondern auch die staatlichen und kapitalistischen Rationalitäten. In der Informationsökonomie werden Profite unter anderem durch die Auswertung und den Verkauf von Daten realisiert, die zum Beispiel durch den User Generated Content des Web 2.0 und die Sensorik des Internet der Dinge anfallen. In Bezug auf den Staat haben wir es

mit einer gouvernementalen Neuausrichtung der Sicherheitsarchitektur (Krasmann et al. 2014) zu tun. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die 1983 durch das Bundesverfassungsgericht formulierte Norm der informationellen Selbstbestimmung⁵, welche vorsieht, dass eine Person wissen können muss, welche Daten von ihr gesammelt werden und was damit gemacht wird, angesichts dieser veränderten Bedingungen überhaupt noch als Orientierungspunkt dient.

Bezüglich dieser Frage identifiziere ich in der Netzbewegung vier Positionen. Auf der Seite der Datenschutzmaximalisten beziehungsweise „privacy purists“ (Burkart/Andersson Schwarz 2013) stehen, erstens, die Vertreter_innen des klassisch-liberalen Datenschutzverständnisses. Sie verstehen die Privatsphäre und informationelle Selbstbe-

stimmung als notwendige Voraussetzung für die freie Entfaltung des Subjektes und dessen politische Handlungsfähigkeit und orientieren sich vor allem an Zielen der Datenschutz-Policy. Ebenfalls zu den Datenschutzmaximalisten gehört, zweitens, die Hacker-Position, die sich von ersteren nur in Nuancen unterscheidet. Zu den Grundpfeilern der Hackerethik gehört das von CCC-Gründer Wau Holland formulierte Diktum, „Öffentliche Daten nutzen, private Daten schützen“. Dies zeigt bereits die Differenz in der Position gegenüber den Datenschützer_innen an: Hacker_innen sehen sich als diejenigen, die potentiell die Privatsphäre anderer verletzen könnten, unterwerfen sich aber einer ethischen Selbstverpflichtung zum Schutz privater Daten. Im Jahr 2005 formulierten der niederländische Hacktivist Rop Gonggrijp und CCC-Sprecher Frank Rieger eine programma-



tische und gleichzeitig visionäre Position der Hacker-Gemeinde für das 21. Jahrhundert. Nach 9/11 sei der „Krieg“ um die Privatsphäre und Freiheit verloren. Es gelte darum, Überlebensstrategien im Überwachungsstaat zu entwickeln. Neben dem „politics and lobby game“ sehen sie die Aufgabe in der Gestaltung von Technologie „with surveillance abuse in mind“ sowie in einem ethischen Umgang mit den eigenen Fähigkeiten. Dies beinhaltet, geheime Informationen über den Missbrauch staatlicher Macht an die Öffentlichkeit zu bringen, wie später durch WikiLeaks, Chelsea Manning und Edward Snowden geschehen, sowie die individuelle Entscheidung, seine Talente nicht in den Dienst des „Feindes“, also etwa des BND oder der NSA, zu stellen (Rieger 2005). Die Hackerposition unterscheidet sich von der liberalen Datenschutzposition hinsichtlich der spezifischen Rolle, die man sich zuschreibt, sowie in der distanzierten Haltung gegenüber dem politischen Betrieb, mit dem strategisch interagiert werden soll, ohne sich damit zu identifizieren. Hacker_innen und Datenschützer_innen sind gute Verbündete, auch weil sich die technische und die juristische Perspektive ergänzen. Die dritte Position nehmen Pragmatist_innen ein, die als „Realos“ zwar eine grundsätzlich zustimmende Haltung zu gesetzlichem Datenschutz teilen, sich aber sowohl von den Datenschutz-„Dogmatikern“ als auch zur Post-Privacy-Position abgrenzen. „Pragmatists will acknowledge post-privacy condition by negotiating privacy praxis“. (Burkart/Andersson Schwarz 2013: 223) Ihr Fokus liegt auf Praxisfeldern wie der Medienbildung, mit dem Ziel, dass Subjekte dazu in die Lage versetzt werden, informierte Entscheidungen über den Umgang mit persönlichen Daten zu treffen. Die vierte Position bilden Post-Privacy-Vertreter_innen, oder „post-privacy purists who are cognizant of surveillance but abandon privacy praxis altogether“ (Burkart/Andersson Schwarz 2013: 223). Innerhalb der Netzbewegung bildet die explizit „datenschutzkritische“ Position eine radikale Minderheit.⁷ Diese Aktivist_innen gehen davon aus, dass

rechtliche und technische Regulierung unter den gegenwärtigen Bedingungen zur Farce verkommen sei. Statt diesen Umstand zu betrütern, fokussieren sie die positiven Aspekte von „totaler Vernetzung“: Daten teilen lohne sich, denn es bedeute mehr Informationen für alle und mehr Gelegenheiten, Netzwerke zu knüpfen. Die Existenz im post-privaten Netzwerk ermögliche es, sich anderen gegenüber zu offenbaren, Gleichgesinnte zu finden und so den Zwängen der bürgerlichen Konformität zu entgehen. Dies könne zu einer Solidarisierung der Beherrschten führen, die darin münden müsse, den Herrschenden ebenfalls Transparenz abzuringen. Post-Privacy versteht sich selbst als emanzipatorische Perspektive, eine Sichtweise, der das Gros der Netzbewegung nur mit Kopfschütteln begegnet. Interessant ist aber, dass der Post-Privacy-Diskurs es trotzdem geschafft hat, eine gewisse Wirkungsmacht zu entfalten: Von zwölf der von mir interviewten Aktivist_innen nehmen immerhin elf Personen Bezug auf die Diskussion und formulieren ihre eigene Position in Abgrenzung oder Auseinandersetzung mit Post-Privacy. Damit legen deren Vertreter_innen den Finger auf einen wunden Punkt, indem sie sich, zugespitzter als die Pragmatist_innen es tun, mit den Widersprüchen einer von Kontrollverlusten geprägten sozialen Praxis im Netz und informationeller Selbstbestimmung auseinandersetzen und dabei das Subjektverständnis des Datenschutzbegriffes herausfordern.

4 | Gefährdungen im vernetzten Individualismus

„Die gute Nachricht ist, dass wir nicht wehrlos sind gegenüber der Informationsmagie und -gier, dass wir unser Schicksal in die eigene Hand nehmen können,“ leiten Constanze Kurz und Frank Rieger ihren 2011 erschienenen „Wegweiser zur digitalen Mündigkeit“ ein. Angesichts der „kommerziellen und staatlichen Datenfresser“ sei es notwendig, „dass man sich zuallererst um seine eigene Datensouveränität kümmert“ (ebd.: 11). Das von den Sprecher_innen des Chaos Com-

puter Clubs entwickelte Konzept der digitalen Mündigkeit zielt darauf ab, „Handlungsspielräume (zu erhalten), nicht heute für alle Zukunft zu entscheiden, wer was wissen soll“ (ebd.: 202). Es basiert auf dem souveränen Subjektverständnis der liberalen Moderne, also auf der Prämisse, dass das Individuum die Privatsphäre als „Bereiche oder Dimensionen (braucht), um die in modernen Gesellschaften beanspruchte und rechtlich gesicherte individuelle Freiheit leben zu können“ (Rössler 2001: 138). Demgegenüber argumentiert der bislang prominenteste Vertreter des Post-Privacy-Diskurses, Christian Heller, unter Bezug auf den Foucaultschen Begriff der Techniken des Selbst mit der Kontingenz von Subjektivität und Privatheitspraxen. Die Privatheit der liberalen Moderne habe „kein Monopol darauf, wie Menschen sich selbst erfinden“ (Heller 2011: 46). Hellers Auseinandersetzung mit den post-privaten Techniken des Selbst der digitalen Kultur verschiebt den Fokus darauf, dass die Arbeit am Selbst nicht ohne Öffentlichkeit auskommt (ebd.). Damit bezieht er sich auf ein subjektives Begehr nach Öffentlichkeit und Vernetzung – eine Überlegung, die anschlussfähig ist an die zeitgenössische Diagnose der Netzwerkgesellschaft. In dieser, so Felix Stalder (2014: 11), verlagere sich der Bezugsrahmen von Individualität von der Privatsphäre in das Netzwerk. Post-Privacy adressiert damit eine Leerstelle des Datenschutzzirkels. Das Subjekt wird dort lediglich in einer vertikalen Beziehung zur Macht gedacht, während die ebenfalls machtvollen horizontalen Relationen ausgeblendet werden.

In diesem Sinne entlarvend ist folgende Warnung: „der soziale Umgang mit Menschen, die keine Privatsphären-Manieren haben oder gar offensiv Post-Privacy-Ideologien vertreten, kann im Ernstfall ähnlich riskant sein wie intimer Umgang mit habituellen Safe-Sex-Verweigerern“ (Kurz/Rieger 2011: 205). Sie verweisen damit auf die von digitalen Medien ausgehenden Herausforderungen für soziale Normbildung. Der Ratschlag, keinen Kontakt mit Menschen zu pflegen, die einen lockeren Umgang mit ihrer und der Privatsphäre

re anderer praktizieren, ist in der Praxis aber ungleich schwerer umzusetzen als Safer-Sex. So ist es beispielsweise kaum zu verhindern, dass Bekannte die eigene Telefonnummer der Datenbank von WhatsApp hinzufügen, in dem sie den Zugriff auf ihr Telefonbuch erlauben. Das Modell der souveränen Entscheidung lässt sich nicht ohne Weiteres auf komplexe soziale Interaktionen übertragen, und diese finden heute eben nicht mehr nur in gesellschaftlich definierten Dimensionen wie Stammtisch oder Schlafzimmer statt, sondern sind immer häufiger medial vermittelt und dadurch entgrenzt. Die von beiden Diskursparteien ins Feld geführten sexuellen Metaphern offenbaren überdies die differenten Perspektiven auf die Lage des Individuums. Während zum Beispiel Markus Beckedahl und Falk Lüke (2012) mit rhetorischen Fragen wie „Sind Sie gleichzeitig in einem katholischen Forum und einer Swinger Community?“ (ebd.: 36) die Sensibilität ihrer Leser_innen gegenüber staatlicher Überwachung schärfen wollen, verweist Heller (2011: 124ff) auf die Lehren der sexuellen Revolution und das Coming-Out als emanzipatorischer Praxis. Er verbindet mit den post-privaten Techniken des Selbst die Hoffnung auf eine solidarische Gesellschaft. Weil der Staat den Bürger_innen nur unter dem Vorbehalt des angepassten Verhaltens eine Privatsphäre gewähre, werde der vertikale Zugriff auf das Subjekt durch die Privatsphäre sogar gestärkt. Unangepasstes Verhalten bleibe dagegen im Verborgenen. Auf diese Weise schneide die Privatsphäre Solidarität in der Horizontalen ab (ebd.: 123).

Wenn Privatsphäre als Bedingung von Subjektivität angesehen wird, geht vom Verlust der Privatsphäre eine ganz grundsätzliche Gefahr aus. Im Gegensatz dazu denkt Post-Privacy Subjektivität als Resultat von Netzwerkprozessen. Das Subjekt wird hier letztlich durch die Verbindungen zu anderen Netzwerkpunkten konstituiert. Entscheidend für die Selektion der Verbindungen seien persönliche Präferenzen, und nicht das Eingebundensein des Subjektes in soziale Milieus (Rainie/Wellman 2012: 15).

Folglich riskiert das Netzwerksubjekt seine Individualität nicht in der Öffentlichkeit, sondern dann, wenn es von der Öffentlichkeit abgeschnitten wird. Damit stellt sich die Frage nach der Gefährdung des Subjektes neu: „Weil warum sollen denn meine Daten denn geschützt werden? Damit ich meinen Job nicht verliere, damit die Krankenkasse mich nicht übern Tisch zieht. (...) wenn man herausfindet, dass ich homosexuell bin, dass ich ne Krankheit habe, (...) Das sind die Sachen, die ich viel wichtiger finde als das alte Konzept Datenschutz zu erhalten.“ Das Ziel meiner hier zitierten Interviewpartnerin ist es, allen Menschen die Teilhabe an digitalen Öffentlichkeiten zu ermöglichen. Aus subjektivierungstheoretischer Perspektive ist allerdings auch die Subjektwerdung im Netzwerk als ein Resultat von Machtverhältnissen, und damit als Subjektivierungsform zu betrachten. Der „Drang nach Öffentlichkeit“, entsteht, so Zygmunt Bauman (Bauman/Lyon 2013: 161), „aus dem verbreiteten Gefühl, marginalisiert und übersehen zu werden und inmitten eines Basars farbenfroher und verlockender Bilder zur Unsichtbarkeit verurteilt zu sein“. Subjekte müssen sichtbar, wiedererkennbar und unterscheidbar sein, um sich mit anderen verknüpfen zu können und dauerhafte Netzwerkbeziehungen einzugehen. Das Leben in Netzwerken erfordert außerdem die Fähigkeit, widersprüchliche Anforderungen zu managen und sich den Spielregeln des jeweiligen Netzwerks zu unterwerfen (Stalder 2014: 13). Insofern reiht sich Post-Privacy durchaus auch in einen neoliberalen Diskurs über die Freiheit des selbstunternehmerischen Subjektes ein. Heller und andere Vertreter_innen der Post-Privacy-Schule berücksichtigen dahingehend zu wenig, dass Subjektivität in die gegenwärtigen Regierungslogiken kapitalistischer Hegemonie eingebunden ist. Demgegenüber stellen Kurz und Rieger (2011: 9) die Frage, „wer profitiert“ an den Anfang ihrer Argumentation, schlagen aber eine Widerstandsstrategie vor, die aus meiner Sicht an gegenwärtigen Subjektivierungsweisen vorbei zielt.

5 | Nach Snowden

Zwei Jahre nach den Veröffentlichungen und der Selbstdarstellung Edward Snowdens fördert die journalistische Aufarbeitung der NSA-Dokumente immer neue Erkenntnisse über den umfassenden Zugriff der Geheimdienste auf die digitalen Kommunikationsströme zu Tage und führt zu einer Intensivierung der politischen Auseinandersetzung. Der politische Spin der Anfangstage – „Spionage unter Freunden geht gar nicht“ (Angela Merkel) – ist ins Leere gelaufen. Neue Enthüllung über die Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes mit der NSA führen allerdings nicht zu einer Abkehr von der sicherheitspolitischen Strategie. Im Gegenteil: Auf dem Höhepunkt der BND-Affäre einigt sich das Kabinett auf ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, und trotzdem bleibt ein Revival netzbewegter Mobilisierung aus. Auf Basis meiner Auseinandersetzung mit dem politischen Diskurs der Netzbewegung und der Debatte um Post-Privacy möchte ich abschließend meine Analyse mit Blick auf die andauernde Mobilisierungsschwäche zuspitzen.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben oberflächlich gesehen bestätigt, was die Netzbewegung schon immer gesagt hat: Das Internet wird angegriffen, die Freiheit ist bedroht. Gleichzeitig hat die Netzkultur ihre Leichtigkeit verloren, den Glauben an den gesellschaftsverändernden Impuls, der mit dem „Geist des Internets“ verbunden war. „The values of the internet generation have been dashed to pieces: decentralization, peer-to-peer, rhizomes, networks. Everything you have ever clicked on can and will be used against you“. (Lovink 2014) Die Hoffnung, dass mit dem Internet alles anders wird, weil es sich staatlicher Kontrolle ultimativ entzieht, ersetzte in den Anfangsjahren der Netzbewegung die konkreten Lösungsstrategien eines prognostischen Framings (vgl. Dobusch 2014). Das ist heute nicht mehr der Fall, der leere Signifikant des freien Internets hat seine universalisierende Wirkung verloren. Es ist jedoch nicht die digitale Mündigkeit des Datenschutz-Subjektes,

die an die Stelle einer umfassenden Forderung rückt. Dazu ist die Lücke zwischen der sozialen Praxis des vernetzten Individualismus und dem, was im Sinne des Selbstdatenschutzes zu tun wäre (vgl. hierzu den Beitrag von Carsten Ochs in diesem Heft), zu groß. Zwar interessieren sich nach den Snowden-Leaks mehr Menschen für sichere Kommunikation und Verschlüsselung, die Praxis der Massenkommunikation ändert dies, trotz vielfältiger Aufklärungsinitiativen⁸, jedoch nicht grundlegend. Diese hat zu Ernüchterung und Ratlosigkeit bei vielen Datenschutz-Aktivist_innen geführt. Aber auch die Vision der Post-Privacy realisiert sich ganz offenkundig nicht, denn die überwiegende Zahl der Nutzer_innen setzt nicht darauf, ihre Kommunikation frei und für alle transparent ins Netz zu stellen. Stattdessen nutzen sie Plattformen, um kontrollieren zu können, wer auf welche Informationen zugreifen kann, wohl wissend, dass gegenüber den Plattformbetreibern, dem Staat und Geheimdiensten nichts verborgen bleibt. Plattform-Privacy, wie Michael Seemann diese Praxis nennt, „reicht den meisten Menschen, denn im Gegensatz zur Datenschützer-Szene war für sie Privacy nie ein Selbstzweck, sondern immer Tool zur alltäglichen Lebensführung“ (Seemann 2015).⁹ Hinzu kommt, dass auch Plattformen zunehmend Verschlüsselungstechnologien anbieten, um dem gestiegenen Bedürfnis nach ‚sicherer‘ Kommunikation nachzukommen. Die Beschäftigung mit den Selbsttechnologien vernetzter Individuen im Kontext von „social media commodification“ (Fuchs 2014: 58) zeigt also, dass weder die normativen Erwartungen des klassisch-liberalen Datenschutzes noch die von Post-Privacy zutreffen. Eine solche Analyse politisch stärker zu berücksichtigen, könnte der Netzbewegung notwendige neue Impulse geben. Schließlich kann die derzeitige Situation als Anlass für eine Neuausrichtung genutzt werden – sowohl in Hinblick auf die Paradigmen des Diskurses als auch die Form des Aktivismus, dessen Stärke derzeit nicht in der Mobilisierung von Massenprotest liegt, wohl aber in kritischer Begleitung parlamenta-

rischer Prozesse wie des NSA-Untersuchungsausschusses.

Kathrin Ganz, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Arbeit-Gender-Technik an der TU Hamburg-Harburg. Kontakt: kathrin.ganz@tuhh.de.

Anmerkungen

¹ EU-Richtlinie 2006/24/EG. Eine Vorratsdatenspeicherung war zwar seit 2002 im Gespräch; entscheidend für die Durchsetzung des Vorhabens auf europäischer Ebene war aber die Verschiebung des Vorhabens aus dem Bereich der polizeilichen und justizielten Zusammenarbeit in Strafsachen („Dritte Säule“) in den Bereich der Harmonisierung des Binnenmarktes in diesem Entwurf.

² Der AK Vorrat koordiniert Protestaktionen gegen die Vorratsdatenspeicherung, darunter Demonstrationen unter dem Motto „Freiheit statt Angst“, bei denen im September 2008 bis zu 50.000 Personen teilnahmen, sowie eine Sammel-Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (Az. 1 BvR 256/08).

³ BVerfG, Urteil vom 02.03.2010 - 1 BvR 256/08 u.a.

⁴ Siehe <http://quoteinvestigator.com/2012/01/24/future-has-arrived/> [29.5.2015].

⁵ BVerfG, Urteil vom 15. Dezember 1983, 1 BvR 209/83 u. a. – Volkszählung -, BVerfGE 65, 1.

⁶ <http://www.ccc.de/en/hackerethik> [29.5.2015].

⁷ Die datenschutzkritische Spackeria hatte zu den Hochzeiten zwölf Mitglieder, heute betreiben nur noch zwei Personen das Blog.

⁸ Zum Beispiel <https://prism-break.org/en/>; <https://myshadow.org>; <https://digitalcourage.de/support/digitale-selbstverteidigung> [29.5.2015].

⁹ Siehe auch „Von der Netzwerk- zur Plattformgesellschaft“, Vortrag von Sebastian Gießmann und Michael Seemann auf der re:

publica 2015, 6.5.2015, Berlin, siehe <http://www.ctrl-verlust.net/was-ist-eine-plattform-ein-neuanfang/> [29.5.2015].

Literatur

Bauman, Zygmunt/Lyon, David 2013: Daten, Drohnen, Disziplin. Berlin: Suhrkamp.

Beckedahl, Markus/Lüke, Falk 2012: Die digitale Gesellschaft: Netzpolitik, Bürgerrechte und die Machtfrage. München: DTV.

Brandeis, Louis D./Warren, Samuel D. 1890: The Right to Privacy. In: Harvard Law Review, Jg. 4, Heft 5, 193.

Burkart, Patrick/Andersson Schwarz, Jonas 2013: Post-Privacy and Ideology, in: Jansson, André/Christiansen, Miyase (Hg.): Media, Surveillance and Identity: A Social Perspective, New York, NY: Peter Lang, 218-237.

Castells, Manuel 2001: The Internet Galaxy. Oxford: University Press.

Castells, Manuel 2009: Communication power. Oxford: University Press.

Czerski, Piotr 2012: Wir, die Netz-Kinder. <http://www.zeit.de/digital/internet/2012-02/wir-die-netz-kinder> [29.5.2015].

Dobusch, Leonard 2014: Digitale Zivilgesellschaft in Deutschland. Stand und Perspektiven 2014. FU Berlin, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft: Diskussionsbeiträge 2014/7. http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCS_deprivate_00000003411/discpaper2014_7.pdf [29.5.2015].

Fuchs, Christian 2014: Critique of the Political Economy of Informational Capitalism and Social Media. In: Fuchs, Christian/Sandoval, Marisol (Hg.): Critique, Social Media and the Information Society. New York: Routledge, 51-65.

Ganz, Kathrin 2014: Nerd-Pride, Privilegien und Post-Privacy: Eine intersektional-hegemonietheoretische Betrachtung der Netzbewegung. In: *femina politica* 2/2014, 47-59.

Heller, Christian 2011: Post Privacy: Prima leben ohne Privatsphäre. München: C.H. Beck.

Hensel, Alexander/Klecha, Stephan/Schmitz, Christopher 2013: „Vernetzt euch – das ist die einzige Waffe, die man hat“. Internetproteste. In: Walter, Franz/Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie. Reinbek: Rowohlt, 267-300.

Krasmann, Susanne/Kreissl, Reinhart/Kühne, Sylvia/Paul, Bettina/Schleper, Christina 2014: Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. Zur medialen Vermittlung und Wahrnehmung von Terrorismusbekämpfung. Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit 13. www.sicherheit-forschung.de/schriftenreihe/sr_v_y/sr_13.pdf [29.5.2015].

Kurz, Constanze/Rieger, Frank 2011: Die Datenfresser: Wie Internetfirmen und Staat sich unsere persönlichen Daten einverleiben und wie wir die Kontrolle darüber zurückerlangen. Frankfurt a. M.: S. Fischer.

Laclau, Ernesto 2000: Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics. In: Žižek, Slavoj/Laclau, Ernesto/Butler, Judith (Hg.): Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left. London/New York: Verso, 44-89.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2001: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. London/New York: Verso.

Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich 2000: Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 7-40.

Lovink, Gert 2014: Hermes on the Hudson: Notes on Media Theory after Snowden. In: e-flux 54 (4/2014). <http://www.e-flux.com/journal/hermes-on-the-hudson-notes-on-media-theory-after-snowden/> [6.6.2015].

Rainie, Lee/Wellman, Berry 2012: Networked. The New Social Operating System. Cambridge, MA: MIT Press.

Rieger, Frank 2005: We Lost the War. Welcome to the World of Tomorrow. <https://www.mail-archive.com/nettime-l@bbs.thing.net/msg03217.html> [29.5.2015].

Rössler, Beate 2001: Der Wert des Privaten, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Seemann, Michael 2015: Plattformprivacy. <http://www.ctrl-verlust.net/plattformprivacy/> [29.5.2015].

Stalder, Felix 2014: Digitale Solidarität.

Solidarity. ANALYSEN. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_DigitaleSoli.pdf [6.6.2015].

Wendelin, Manuel/Löblich, Maria 2013: Netzpolitik-Aktivismus in Deutschland. Deutungen, Erwartungen und Konstellationen zivilgesellschaftlicher Akteure. In: Medien und Kommunikationswissenschaft, Jg. 61, Heft 1, 58-75.

„Selbstdatenschutz“, oder: Kollektive Privatspraktiken als politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten

Carsten Ochs

„Vielmehr muß die Verantwortung für ein Handeln unter den verschiedenen Akteuren verteilt werden.“

Bruno Latour (2000: 219)

1 | Selbstdatenschutz im globalen Überwachungsgefüge¹

Als der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich 2013 im Zuge der sogenannten NSA-Affäre nach seiner Aussage beim Parlamentarischen Kontrollgremium vor die Presse trat, nahm er die deutschen Bürger_innen in die Pflicht: „Verschlüsselungstechniken, Viren-abwehrprogramme – all diese Fragen müssen noch mehr in den Fokus gerückt werden. Die Menschen müssen sich bewusst werden, dass auch Kommunikation im Netz eines Schutzes bedarf. Und auch das ist eine Diskussion, die wir vorantreiben werden.“² Der Minister war also gerade zum Generalangriff auf die globale Internet-Kommunikation durch die NSA, die weltweit vielleicht am besten ausgestattete Spi-

onageorganisation überhaupt, befragt worden. Es ging somit um die kollektiv orchestrierte Erzeugung eines massiven *Advanced Persistent Threat*, wie es in der Informatik heißt. Warum fiel Friedrich angesichts dieses global tätigen Überwachungsgefüges³ der Verweis auf das Individuum so erstaunlich leicht – warum war er *überhaupt möglich*?

Was im obigen Zitat angepriesen wird, trägt üblicherweise den Namen „Selbstdatenschutz“: „Unter Selbstdatenschutz versteht man die durch den Einzelnen zum Schutz seiner Datenschutzgrundrechte ergriffenen technischen, organisatorischen und rechtlichen Maßnahmen.“⁴ Hinsichtlich der technischen Komponente zu unterscheiden sind dabei einerseits passive (Vermeidung der Herausgabe von Daten), andererseits aktive Maßnahmen (Nutzung von datenschutzfreundlicher Technik, von Verschlüsselungs-, Anonymisierungs-, Pseudonymisierungstechnik etc.). Daneben gehören rechtlich geregelte, ex post ergriffene Maßnahmen zum Selbstdatenschutz. In Reaktion auf die sogenannte NSA-Affäre empfehlen

viele Diskursteilnehmer_innen die Ausbildung *aktiver, technischer* Selbstdatenschutzpraktiken. Sogenannte „Cryptoparties“, die darauf abzielen, Durchschnittsnutzer_innen bei der Ausbildung solcher Praktiken zu assistieren, erhalten denn auch seit 2013 regen Zulauf. Die Hoffnung, die sich mit ihnen verbindet, drückt der Aktivist Jurre van Berg so aus: „Erst besuchen die Leute Cryptoparties, dann helfen sie anderen Anfängern, bis wir an einen Punkt kommen, an dem sich das Wissen von selbst verbreitet“ (zitiert nach Reißmann 2012).

Für so wünschenswert man das Eintreten einer solchen Entwicklung auch halten mag, die wenigen verfügbaren Daten zu Verbreitung des Selbstdatenschutzes geben wenig Anlass zur Hoffnung, dass es tatsächlich dazu kommt. Beispielsweise ließ der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) noch 2011 eine repräsentative Umfrage durchführen, in der nur 14 Prozent der Befragten angaben, Verschlüsselungstools zu verwenden, und zehn Prozent, dass sie auf Anonymisierungsdienste zurückgriffen (BITKOM 2011: 36); 2013, also „post-NSA“, ergaben sich Werte von neun Prozent für E-Mailverschlüsselung und 13 Prozent für Anonymisierungsdienste (BITKOM 2013a). Die Gesellschaft für Konsumforschung stellte 2014 als „Frage des Monats“: „Haben Sie Ihren Umgang mit persönlichen Daten seit dem NSA-Skandal geändert?“ – 76,9 Prozent antworteten mit „nein“, 12,2 Prozent mit „ja“. Besonders aufschlussreich dürfte sein, dass die Antwortmöglichkeit „Ja, ich benutze andere Programme oder Geräte“ lediglich 3,8 Prozent wählten (DIE WELT 2014). Selbstverständlich sind derlei Statistiken durchaus mit Vorsicht zu genießen, sie werfen aber doch die Frage auf, wieso die Zahl derer, die als Reaktion auf die sogenannte NSA-Affäre Selbstdatenschutz betreiben, nicht zügig und signifikant anwuchs.

Die These, die ich zur Beantwortung dieser Frage entwickeln werde, setzt mit der Behauptung an, dass der *individualistische Selbstdatenschutzbalkurs* und die (notwendig) *kollektiven Selbstdatenschutzpraktiken* gewis-

sermaßen auseinanderfallen. Dies ermöglicht es zum Beispiel der Politik, eine kollektiv zu erzeugende Praxis einzufordern, ohne auch nur annähernd die dafür erforderlichen Ressourcen bereitzustellen. Stattdessen wird das sogenannte Individuum mit der Verantwortung für die Erzeugung entsprechender Praktiken überfordert. Um der These Plausibilität zu verleihen, werde ich zunächst den Individualismus des Selbstdatenschutzbalkurses darstellen, daraufhin den Selbstdatenschutz (am Beispiel der *Cyberpunks*) als kollektive Praxis analysieren und schließlich aus dem so identifizierten Auseinanderfallen von Diskurs und Praxis einige theoretisch-politische Folgerungen ziehen.

2 | Der Selbstdatenschutzbalkurs

Diskursiv werden die technischen Aspekte des Selbstdatenschutzes ebenso thematisiert wie die oben genannten anderweitig gelagerten Maßnahmen, jedoch liegt der Schwerpunkt des Diskurses klar auf dem technischen Bereich. Im Vordergrund der hier präsentierten Analyse⁵ steht nun vor allem die Frage, wie all diese (aktiven, technischen, rechtlichen usw.) Aspekte im Diskurs adressiert werden (sofern sie empirisch auftreten). Festzustellen ist dabei zunächst, dass sich im Zuge der Bildung und Auswertung des Materialkorpus eine Sortierung der Diskursbeiträge nach vier hauptsächlich diskursiv aktiven Gruppen ergab:

- (1) selbstorganisierte Initiativen und Aktivist_innen, wie der Chaos Computer Club, Digital Courage e.V. oder Jacob Applebaum;
- (2) institutionalisierte Datenschutzbeauftragte unter anderem des Bundes und der Länder;
- (3) parlamentarisch vertretene Parteien;⁶
- (4) Interessenverbände der Informationswirtschaft.

All diese Gruppen unterscheiden sich grundlegend hinsichtlich Weltbild, Nutzer_innenbild, Interessen und normativem Rahmen – und doch adressieren sie alle das Individuum als maßgebliche Instanz der Ausbildung von Selbstdatenschutzpraktiken.

Die *Initiativen und Aktivist_innen* tendieren zum Beispiel dazu,⁷ sowohl auf Seiten staatlicher wie auch ökonomischer Akteur_innen eine intrinsische Motivation zur Überwachung auszumachen, um auf diese Weise entweder Bevölkerungsmanagement oder datengetriebene Profitgenerierung zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund dieser Interessenkonstellation obliegt es dann – wohl oder übel – individuellen Bürger_innen, die „eigenen“ Daten zu schützen. Exemplarisch und stellvertretend vor Augen führen lässt sich dieser generelle Tenor anhand eines Zitates von der Website *selbstdatenschutz.info*: „Alles muss mensch selber machen. Selbstdatenschutz und digitale Selbstverteidigung ist [sic] nötig!“⁸

Datenschützer_innen rufen indes das Individuum als Inhaber_in von Bürger_innenrechten an. Wenig überraschend ist ihre Perspektive normativ maßgeblich durch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bestimmt; demzufolge gilt: „Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichte Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen.“ (BVerfG 1983: 45) Während der zweite Teil des Zitats deutliche Parallelen zu Panoptikon-theoretischen Argumenten aufweist, gilt es zu berücksichtigen, dass Verfassungsjurist_innen aus dem individualistischen Kern der Argumentation⁹ mitunter durchaus Verantwortlichkeiten kollektiver Instanzen ableiten¹⁰. Dennoch mündet die rechtliche Fundierung des Selbstdatenschutzbegriffs auf Seiten der Datenschützer_innen in eine Adressierung des Individuums – beispielhaft ein Zitat von der Website des Berliner Datenschutzbeauftragten: „Der Datenschutz verwirklicht Ihr Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Von den vielfältigen Gesetzen, die zum Datenschutz

inzwischen geschaffen worden sind, können Sie jedoch nur profitieren, wenn Sie (...) Ihre Rechte selbst wahrnehmen.“¹¹

Der Auftrag der *politischen Parteien* besteht bekanntlich dem Ideal gemäß darin, unterschiedliche Positionen im Parlament zu vertreten, jedoch müssen sie, wollen sie Entscheidungen durchsetzen, Macht erlangen. Ist dies einmal geschehen, so repräsentieren sie den Staat, und dieser ist von einem gewissen „Überwachungstelos“ geprägt (Giddens 1995: 180; 238). Folgerichtig sind die diskursiven Positionen der Parteien trotz aller Unterschiede von einer überparteilichen Gemeinsamkeit geprägt, die darin besteht, dass sie rhetorisch Selbstdatenschutz als erstrebenswert propagieren, um damit dann aber auch „die Verantwortung für den Schutz der Privatsphäre dem Individuum“ zuzuweisen (Baumann 2015: 87).¹² Illustrieren lässt sich diese Haltung an einer Stellungnahme der CDU/CSU auf eine Anfrage des Bundesverbands Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. im Vorfeld der letzten Bundestagswahl: „Der Staat kann dem Bürger beim Surfen, Mailen, Chatten oder Posten seine Eigenverantwortung nicht abnehmen. (...) Die Grundpfeiler für die Datenschutzpolitik von CDU und CSU sind daher: 1. Eigenverantwortung und Selbstdatenschutz der Bürgerinnen und Bürger. 2. Selbstverpflichtung und Eigeninitiative der Wirtschaft“ (CDU/CSU 2013: 5; vgl. auch 6-7).

Wenden wir uns abschließend den *Interessenverbänden der Informationswirtschaft* zu, die mit dem Selbstdatenschutz in einem generellen Interessenkonflikt stehen. Sofern die Geschäftsmodelle der Akteur_innen der Informationswirtschaft maßgeblich darauf basieren, „persönliche Daten“ zu sammeln, zu verarbeiten und daraus ausbeutbare Informationen zu generieren, kann es notwendigerweise kaum in ihrem Interesse liegen, dass sich Selbstdatenschutzpraktiken massenhaft verbreiten. Gleichwohl scheint es für diese Gruppe wenig risikoreich, die Etablierung solcher Praktiken zu propagieren – wohlwissend, dass sich diese unter den aktuell gegebenen soziotechnischen Umständen (für die die Informationswirtschaft

selbst ja maßgeblich verantwortlich zeichnet) als reichlich unwahrscheinlich darstellt. Das Lob des Selbstdatenschutzes verbleibt somit im Status rhetorischer Floskeln, wie etwa in einer Verlautbarung des Bundesverbands Informati onswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM): „Auch Verbraucher können ihre Daten besser schützen. Eine weitere Sensibilisierung, Medienkompetenz, öffentliche und private Initiativen zur Erhöhung der Sicherheit begrüßt BITKOM ausdrücklich (...) aus diesem Grund werden auch Schulungen oder ähnliche Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt, die Unternehmensmitarbeiter und Bürger in die Lage versetzen, mit sensiblen Daten richtig umzugehen“. (BITKOM 2013b: 6)

Ich habe diese Zitat-Collage offenkundig so arrangiert, dass sie das Umkippen des Selbstdatenschutzes von Selbstermächtigung in gubernementale Anforderung an das Individuum (Foucault 2000: 66), das heißt „in einen faktischen Zwang zum Handeln oder eine Entscheidungszumutung“ (Lemke et al. 2000: 30) nachzeichnet. Aber unabhängig davon, ob sich tatsächlich in allen Diskursfiguren des Selbstdatenschutzes die Regierungstechnik der Gouvernementalität äußert (was noch zu zeigen wäre), liegt doch allen dargestellten Diskurs-Positionierungen ein Aktivierungsimperativ zugrunde, der in erster Linie das Individuum adressiert. Warum der so verstandene Individualismus des Selbstdatenschutzdiskurses fragwürdig ist, werde ich im folgenden Abschnitt zeigen.

3 | Selbstdatenschutz als Praxis

Der Selbstdatenschutzdiskurs weist, sofern er von Massenmedien und Bewegungen (wie z.B. der „Cryptoparty“-Bewegung) getragen wird, vielfach Bezüge zu den sogenannten *Cypherpunks* der 1990er Jahre auf, die oftmals als „Erfinder_innen“ des aktiven Selbstdatenschutzes porträtiert werden (vgl. stellvertretend für viele andere Belegquellen Reißmann 2012). Unabhängig davon, ob die Markierung eines solchen historischen *point of origin* mög-

lich ist,¹³ kann die *Cypherpunk*-Bewegung als frühe und prominente Verfechterin des Selbstdatenschutzes gelten. Ihre Bekanntheit gründet sich nicht zuletzt auf das im Kontext der sich ausbreitenden Internetnutzung verfasste „*Cypherpunk's Manifesto*“ durch den amerikanischen Mathematiker Eric Hughes (1993). Darin wird radikaler Selbstdatenschutz ausdrücklich in Zusammenhang mit einem gewissen „Privatheitsfundamentalismus“¹⁴ propagiert, weshalb sich das Manifest als frühes Dokument der in den Selbstdatenschutz eingelassenen diskursiven Privatheitsvorstellungen interpretieren lässt. Eine solche Interpretation will ich hier nun vornehmen, und zwar indem ich einen praxistheoretisch justierten Blick auf die *Cypherpunks* und ihre Propagierung des Selbstdatenschutzes werfe. Praxistheoretisch lässt sich erst einmal kategorisch konstatieren, dass diskursiv explizierte Vorstellungen und empirisch beobachtbare Praktiken keineswegs notwendig kongruent sein müssen (Giddens 1995: 54), und wie sich an einer Analyse der *Cypherpunk*-Bewegung besonders gut veranschaulichen lässt, ist bezüglich des Selbstdatenschutzes denn auch eher von einer Inkongruenz auszugehen. Um diese sichtbar zu machen, bestimme ich die *Cypherpunk*-Bewegung zunächst als soziale Welt. Bei sozialen Welten handelt es sich nach Strauss (1978) um skalierbare Sozialformationen mit flüssigen Grenzen, die über kollektives Handeln gebildet und aufrechterhalten werden, in diesem Sinne also um „groups with shared commitments to certain activities, sharing resources of many kinds to achieve their goals, and building shared ideologies about how to go about their business. Social worlds form fundamental building blocks of collective action and are the units of analysis in many interactionist studies of collective action. (...) Society as a whole, then, can be conceptualized as consisting of a mosaic of social worlds“ (Clarke 1991: 131). Soziale Welten bilden sich jeweils um eine Kernpraktik herum, und sie können sich in Subwelten untergliedern. So lässt sich etwa eine soziale Welt des Alpinen Wintersports

identifizieren, die sich in die Subwelten der Snowboarderinnen, Skifahrer, Langläuferinnen und so weiter untergliedert.¹⁵ Akteur_innen gehören zumeist gleichzeitig verschiedenen Welten an. Elemente dieser Welten sind (neben der Kernpraktik) Technologien, virtuelle oder physische Orte sowie für die Welt spezifische Organisationsmodi.

Die soziale Welt der *Cypherpunks* dürfte all diese Kriterien erfüllen. Im oben genannten Manifest der Bewegung, einem ihrer historischen Meilensteine, heißt es nun: „Privacy is the power to selectively reveal oneself to the world.“ (Hughes 1993) Anonyme Transaktionssysteme, basierend auf elektronischen Kommunikationstechnologien, ermöglichen eben

dies und wären daher geeignet, die „essence“ von Privatheit zu gewährleisten. Grundsätzlich herrscht im „Cypherpunk-Manifesto“ eine ausgeprägte Skepsis in Bezug auf große staatliche und wirtschaftliche Organisationen vor, denen gegenüber eine Schutzhaltung eingenommen werden müsse: „We cannot expect governments, corporations, or other large, faceless organizations to grant us privacy out of their beneficence. It is to their advantage to speak of us, and we should expect that they will speak. (...) We must defend our own privacy if we expect to have any. We must come together and create systems which allow anonymous transactions to take place. People have been defending their own privacy for centuries with



whispers, darkness, envelopes, closed doors, secret handshakes, and couriers. The technologies of the past did not allow for strong privacy, but electronic technologies do“ (ebd.). Der *Cyberpunk*-Diskurs versteht darüber hinaus technische Verfahren als Selbstdatenschutz, und letzteren wiederum als Voraussetzung für Privatheit: „We the Cyberpunks“, so heißt es, „We are defending our privacy with cryptography, with anonymous mail forwarding systems, with digital signatures, and with electronic money“ (ebd.).

Analysiert man nun die *Cyberpunk*-Bewegung mit den Mitteln der Theorie sozialer Welten, so lässt sich als erstes ihre Kernpraktik bestimmen: verschlüsselte Kommunikation. Ort der Praktiken sind offenkundig digitale Netze wie das Internet, während Verschlüsselungstools, Anonymisierungsdienste, digitale Signaturen und elektronische Währungen die entsprechenden Technologien darstellen. Privatheit gilt in dieser Welt als intrinsischer Wert, und sofern sich im *Cyberpunk*-Umfeld libertaristische Ideen, die ihrerseits auf dem Konzept des Selbsteigentums („self-ownership“) gründen, großer Beliebtheit erfreuen, ist die Bewegung tiefgreifend von einem äußerst individualistischen Weltbild geprägt. Letzteres spiegelt sich nicht zuletzt in der Hoffnung wider, kryptographische Techniken würden sich gewissermaßen automatisch von Individuum zu Individuum verbreiten: „Cryptography will ineluctably spread over the whole globe, and with it the anonymous transaction systems that it makes possible“ (ebd.).

Dass sich dies so nicht bewahrheitet hat, stellt Eric Hughes nun, gut 20 Jahre nach der Äußerung dieser Hoffnung, unumwunden fest. So meinte er 2012 im Rahmen einer Cryptoparty: „Die Leute verschlüsseln ihre Emails nicht selbstverständlich. (...) Niemand wird plötzlich mit Verschlüsselung anfangen, weil es cool ist“ (zitiert nach Reißmann 2012). Mit dieser Aussage deutet Hughes schon die praxissoziologischen Gründe für das Ausbleiben der erhofften Praxisdiffusion an. Dass „die Leute“ ihre Emails nicht „selbstverständlich“

verschlüsseln, verweist darauf, dass Verschlüsselung in den meisten sozialen Welten keine im praktischen Bewusstsein (Giddens 1995: 55-58) verankerte, quasi-automatisch abgespulte Routine – keine Praxis – darstellt. Dass es nicht als „cool“ gilt, betrifft derweil die semiotische Ebene: Der Akt der Verschlüsselung wird außerhalb der sozialen Welt der *Cyberpunks* nicht mit der gleichen Bedeutung aufgeladen, wie innerhalb dieser Welt, und er wird daher auch nicht auf die gleiche Weise normativ bewertet. Denkbar wäre etwa, dass in der sozialen Welt der *Cyberpunks*, die ja eine Welt der Kryptographie-Expert_innen ist, die Erfindung und Anwendung spezifischer Verschlüsselungsverfahren Ansehen bringt bzw. dass umgekehrt etwa das Versenden unverschlüsselter Emails negativ sanktioniert wird.¹⁶ Sogenannten Durchschnittsnutzer_innen gilt Verschlüsselung dagegen als kompliziert und lästig.¹⁷ Schließlich kann auch begründet angenommen werden, dass die meisten Mitglieder der sozialen Welt der *Cyberpunks* über gewisse Mindestkompetenzen im mathematisch-technischen Bereich der Kryptographie verfügen.

Offenkundig weist das Handeln der Mitglieder der sozialen Welt der *Cyberpunks* also kollektive Muster auf. Sofern die Akteur_innen dieser Welt eine Praxis ausüben, handelt es sich mithin um *kollektives Handeln*: Wer mit seinen Peers verschlüsselt kommunizieren will, muss Schlüssel austauschen, also interagieren; wer Tor verwenden will, um anonym zu surfen, verlässt sich auf eine kollektiv erzeugte soziotechnische Infrastruktur.¹⁸ Teil dieser Infrastruktur sind kollektive Normgefüge und Sanktionssysteme, spezifische Kompetenzniveaus, gemeinsame Bedeutungsraster, gegebenenfalls auch politische Überzeugungen, wobei die kollektiv getragenen semiotischen und politischen Anteile der Infrastruktur im Falle der *Cyberpunks* paradoxe Weise gerade zur diskursiven Predigt eines radikalen Individualismus führen. Der an Praxistheorie und Theorie sozialer Welten geschulte Blick enthüllt in diesem Sinne, dass selbst solche Akteure, für die Individualismus und Privatheit gleichsam intrinsische Werte

darstellen, Selbstdatenschutz (Privatheitspraktiken) kollektiv ausbilden (müssen). Das hier anzutreffende Auseinanderfallen von Diskurs und Praxis (oder diskursivem und praktischem Bewusstsein) ist nicht ungewöhnlich (Giddens 1995: 54), führt jedoch im hier behandelten Fall dazu, dass die mit der Kollektivität der Praxis einhergehende Kollektivverantwortung individualisierend verdeckt und auf den Einzelnen „abwälzbar“ wird. Eben diese Problematik prägt das Phänomen des Selbstdatenschutzes insgesamt und erzeugt einerseits durch die unglückliche Diskurs-Praxis-Diskrepanz die schon mehrfach angesprochenen politischen Probleme. Aufhebbar ist die Diskrepanz andererseits nur durch eine fundamentale theoretische Revision unserer Privatheitsvorstellungen und -konzepte – eben dieses Erfordernis fördert die Analyse zutage.

4 | Theorie und Politik der digitalen Privatheit

Wer eine kollektiv zu erzeugenden Praxis einfordert, ohne die dafür nötigen Ressourcen bereitzustellen, um stattdessen dem sogenannten Individuum die Verantwortung zuzuschieben, argumentiert weder stringent noch handelt sie/er konsequent – und dies hat politisch fragwürdige Konsequenzen. Der individualistische Privatheitsdiskurs, den wir aktuell antreffen, hat seine historischen Wurzeln im Bürgertum des späten 17. bis ins frühe 20. Jahrhundert, weshalb er den zeitgenössischen Praktiken der Digitalvernetzung offenkundig nicht gerecht zu werden vermag (Ochs 2015). Setzt man diese Feststellung mit der hier vorgelegten Analyse in Beziehung, so lässt sich eine ganze Reihe von Schlüssen ziehen:

1. Auch beim Selbstdatenschutz handelt es sich um kollektive Privatheitspraktiken in digital vernetzten Umgebungen. Um diesen gerecht zu werden, benötigen wir ein post-individualistisches, auf Kollektivität abstellendes Privatheitsverständnis, weil nur so einer Abwälzung von Verantwortung auf das Individuum die Grundlage entzogen wird.

2. Die geänderten Anforderungen an unsere Privatheitsvorstellungen verdeutlichen die multiple Ontologie der Privatheit, woraus folgt, dass wir ebenso ein plurales Privatheitsverständnis benötigen: Die Privatheit gibt und gab es nicht, auch nicht im Sinne einer Sequenz historisch aufeinander folgender Privatheiten. Stattdessen ist von einer Simultanität der Privatheiten auszugehen – welche Privatheit meinen/praktizieren/sagen wir jeweils tot, wenn wir das Konzept aufrufen?
3. Dies führt auch politisch zu einer Neu-Perspektivierung von Privatheit. Indem das Private als politisch markiert wurde, wurde einstmals eine spezifische Privatheitsform völlig zu Recht der Kritik unterstellt. Das heißt jedoch nicht, dass die Privatheit in toto patriarchal, bourgeois oder was auch immer war, ist oder sein wird. Als zum Beispiel die in Sachen Bürgerlichkeit eher unverdächtige Petra Pau kürzlich einen besseren Schutz ihrer Privatsphäre verlangte, weil sich vor ihrer Wohnung permanent Neonazis zusammenrotteten,¹⁹ ging es kaum um die Reproduktion patriarchaler Strukturen oder von Bürgerlichkeit – aber vielleicht doch um eine Privatheitsform, die man politisch für durchaus erhaltenswert befinden mag.

Aus alldem folgt offensichtlich kein Plädoyer gegen Verschlüsselung und dergleichen, sondern eine Sichtbarmachung der politischen Dimension des sogenannten Selbstdatenschutzes. Wie zu sehen war, ermöglichen Begriffe wie „Selbstdatenschutz“ allzu leicht die „Entpolitisierung eines zutiefst politischen Themas“ (Baumann 2015: 87). Um zu einer notwendigen Repolitisierung des Phänomens beizutragen, will ich in diesem Sinne abschließend zugespitzt festhalten: Es gibt keinen Selbstdatenschutz. Was es dagegen gibt, sind ausgeübte und ausgehandelte, immer kollektive Privatheitspraktiken.

Carsten Ochs ist Soziologe und arbeitet am Fachgebiet Soziologische Theorie der Universität Kassel. Kontakt: carsten.ochs@uni-kassel.de.

Anmerkungen

¹ Die Arbeit, die im vorliegenden Text dokumentiert ist, wurde im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten interdisziplinären Projektes Forum Privatheit und selbstbestimmtes Leben in der Digitalen Welt geleistet. Die soziologische Komponente des Projektes wird vom Fachgebiet Soziologische Theorie der Universität Kassel (Prof. Jörn Lamla) betreut. Ich danke dem BMBF für die Förderung der (u.a.) soziologischen Arbeit, und meinen Kolleg_innen im Projekt und im Fachgebiet Soziologische Theorie für die intensiven und erkenntnisreichen Diskussionen. Vgl. im Übrigen <https://www.forum-privatheit.de/forum-privatheit-de/index.php>

² http://www.deutschlandradiokultur.de/spionageabwehr-ist-keine-privatsache.996.de.html?dram:article_id=254644 [21.05.15]

³ Mit „globalem Überwachungsgefüge“ verweise ich auf die mehr oder weniger ubiquitär, zu politischen und/oder ökonomischen Beobachtungszwecken vollzogenen Überwachungspraktiken ökonomischer, politischer, militärischer und sonstiger Akteur_innen. Die Gefüge bestehen aus heterogenen Elementen, wie etwa menschlichen Akteur_innen, avancierten Technologien und Techniken und ressourcenstarken Organisationen.

⁴ Alle hier zitierten oder referenzierten Bestimmungen finden sich auf der Website des Sächsischen Datenschutzbeauftragten unter <http://www.saechsdsb.de/daten-schutz-fuer-buerger/112-selbstdatenschutz> [21.05.15].

⁵ Die Analyse basiert auf einem Material-Korpus, der zwischen dem 1. Januar und dem 15. April 2014 im Zuge einer intensiven Internetrecherche aus öffentlich zugänglichen Quellen erhoben (Websites, Informationsmaterial, offizielle Dokumente usw.), daraufhin systematisch kodiert und schließlich ausgewertet wurde. Dabei ging es nicht darum, eine „umfassende“ Diskursanalyse zum Selbstdatenschutz vorzulegen; vielmehr

sollte festgestellt werden, ob eine Kongruenz zwischen diskursiver Adressierung des Selbstdatenschutzes und der praxistheoretischen Bestimmung des letzteren vorliegt. Ich bezeichne die Analyse als kurзорisch, weil sie sich an diesem vergleichsweise bescheidenen Ziel orientierte und dementsprechend nur bis an den durch das genannte Ziel definierten Punkt vorangetrieben wurde.

⁶ Natürlich haben mitunter auch nicht im Parlament vertretene Parteien einiges zum Thema zu sagen (so etwa Die Piraten). Um den Materialkorpus überschaubar zu halten, wurde jedoch Parlamentszugehörigkeit als Selektionskriterium bestimmt.

⁷ Ich rede hier von Idealtypen, die den Selbstdatenschutzbildkurs nachhaltig prägen.

⁸ <http://www.selbstdatenschutz.info/daten-schutzprobleme> [21.05.15]

⁹ Der individualistische Kern des Urteils-spruchs kommt in folgender Passage zum Ausdruck: „Individuelle Selbstbestimmung setzt aber (...) voraus, dass dem Einzelnen Entscheidungsfreiheit über vorzunehmende oder zu unterlassende Handlungen einschließlich der Möglichkeit gegeben ist, sich auch entsprechend dieser Entscheidung tatsächlich zu verhalten.“ (BVerfG 1983: 45)

¹⁰ Ich habe das große Glück, in regelmäßigen Abständen mit Alexander Rossnagel diskutieren zu können, der mich auf die in der Rechtsprechungspraxis aufzufindende kollektivistische Lesart der hier anzutreffenden individualistischen Idealisierung hingewiesen hat.

¹¹ <http://www.datenschutz-berlin.de/content/service/selbstdatenschutz> [21.05.15]

¹² „Seit Jahren vertritt die Politik die Ansicht, dass eine Hebung des Datenschutzniveaus sich am besten über eine Stärkung der Medienkompetenz im Rahmen des ‚Rechts auf informationelle Selbstbestimmung‘ verwirklichen lasse. Die Strategie ‚Datenschutz durch Medienkompetenz‘ wird von allen Parteien propagiert (...) Medienkompetenz hat in Bezug auf den Datenschutz zwei Komponenten: nämlich erstens ‚Selbstdaten-

schutz‘ und dies, zweitens, auf der Grundlage (teilweise auch darüber hinausgehend) des existierenden Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Mit ihrer Kombination aus gefälliger liberaler Rhetorik und Grundrechtsbegrifflichkeit erzielt die Rede von der Medienkompetenz jedoch vor allem eine Blendwirkung. (...) Medienkompetenz ist praktisch kaum umsetzbar, und vor allem ist sie, insofern sie die Verantwortung für den Schutz der Privatsphäre dem Individuum zuweist, ein Arrangement, das eines modernen Rechtsstaats unwürdig ist.“ (Baumann 2015: 86, 87)

¹³ Will man die Herkunft des Selbstdatenschutzes historisch bestimmen, muss zum Beispiel der Umstand Berücksichtigung finden, dass bereits in den 1980er Jahren IT-Sicherheits-expert_Innen aus der deutschsprachigen Forschungslandschaft entsprechende Konzepte entwickelten.

¹⁴ Als „Privatheitsfundamentalismus“ bezeichne ich Positionen, die Privatheit essentialistisch mit einem intrinsischen Wert versehen. Aus fundamentalistischer Perspektive gilt also schon Privatheit als solche als schützenswert, d.h. noch bevor sie im Sinne eines funktionalen Garanten anderer Werte (z.B. Autonomie, Entlastung von Normdruck, Ausbildung von Moralität, freie Meinungsausußerung, Demokratie) ins Spiel gebracht wird.

¹⁵ Ich borge mir dieses Beispiel von Jörn Lamla (mündl. Kommunikation).

¹⁶ Garfinkel gehört vermutlich zu den bekanntesten Praxistheoretiker_innen, die auf die normative Qualität dessen hingewiesen haben, was soziale Akteure als „the world of daily life“ wahrnehmen: „They refer to this world as ‚natural facts of life‘ which, for members, are through and through moral facts of life. For members not only are matters so about familiar scenes, but they are so because it is morally right or wrong that they are so.“ (Garfinkel 1984: 35) Insofern sind Verstöße gegen die „normal courses of action“ (ebd.) immer normative Verstöße, und die ethnomethodologischen Studien lassen

auch keinerlei Zweifel daran, wie subtil und nicht-intentional Sanktionen wirken können.

¹⁷ Die Verwunderung darüber, dass „die Leute“ keinen technischen Selbstdatenschutz betreiben, und die Suche nach Gründen dafür treibt die informative und benachbarte Forschung seit langem um. Vgl. dazu klassisch Whitten/Tygar 1999; stellvertretend für viele andere aktuelle Studien außerdem Shirazi/Volkamer 2014.

¹⁸ Betont werden muss hier, dass eine Praxis selbst bei Abwesenheit solch offensichtlicher kollektiver Bestandteile, sofern sie kollektiv geformt wird, immer kollektives Handeln darstellt. So schreibt etwa Reckwitz über den Fall des Lesens: „Auch wenn Lesen ein monologisches Verhalten in Einsamkeit und damit auf den ersten Blick gar nicht sozial ist, lässt es sich nun als eine kollektiv geformte, im Hinblick auf das in ihr enthaltene know how höchst voraussetzungssreiche Aktivität rekonstruieren“ (Reckwitz 2003: 286).

¹⁹ <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-aufmarsch-von-rechten-linke-petra-pau-fordert-mehr-schutz-fuer-privatsphaere-von-politikern/11505730.html> [21.05.15].

Literatur

Baumann, Max-Otto 2015: Datenschutzversagen. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 69, Heft 5, 86-92.

BITKOM 2011: Datenschutz im Internet. Eine repräsentative Untersuchung zum Thema Daten im Internet aus Nutzersicht. http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_Publikation_Datenschutz_im_Internet.pdf [21.05.15].

BITKOM 2013a: NSA-Affäre bringt Verschlüsselung in Mode. http://www.bitkom.org/de/markt_statistik/64026_78217.aspx [21.05.15].

BITKOM 2013b: Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.: Positionspapier zu Abhörmaßnahmen der Geheimdienste und Sicherheitsbehörden, Datenschutz und Datensicherheit.

- http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_Positionspapier_Abhoermassnahmen.pdf [21.05.15].
- BVerfG* 1983: Bundesverfassungsgericht: Volkszählungsurteil. https://web.archive.org/web/20101116085553/http://zensus2011.de/fileadmin/material/pdf/gesetze/volkszaehlungsurteil_1983.pdf [21.05.15].
- CDU/CSU* 2013: Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen des Bundesverbandes Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. www.bvdw.org/mybvdw/media/download/02-bvdw-cdu-csu-antworten-wahlpruefsteine.pdf?file=2946 [25.4.14].
- Clarke, Adele* 1991: Social Worlds/Arenas Theory as Organization Theory. In: Maines, David (Hg.): Social Organization and Social Process: Essays in Honor of Anselm Strauss. New York: de Gruyter, 119-158.
- DIE WELT* 2014: GfK-Umfrage: Deutsche unterschätzen den Wert persönlicher Daten. <http://www.welt.de/wirtschaft/article126882276/Deutsche-unterschaetzen-den-Wert-persoenlicher-Daten.html> [21.05.15].
- Foucault, Michel* 2000: Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 41-67.
- Garfinkel, Harold* 1984: Studies in Ethnomethodology. Los Angeles: Polity Press.
- Giddens, Anthony* 1995: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hughes, Eric* 1993: A Cypherpunk's Manifesto. <http://activism.net/cypherpunk/manifesto.html> [21.05.15].
- Latour, Bruno* 2000: Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich* 2000: Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 7-40.
- Ochs, Carsten* 2015: Die Kontrolle ist tot – lang lebe die Kontrolle! Plädoyer für ein nach-bürgerliches Privatheitsverständnis. In: Mediale Kontrolle unter Beobachtung, Ausgabe 4.1, www.medialekontrolle.de (im Erscheinen).
- Reckwitz, Andreas* 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken: Eine sozialtheoretische Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 32, Heft 4, 282-301.
- Reißmann, Ole* 2012: Cryptoparty-Bewegung: Verschlüsseln, verschleiern, verstecken. <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/cryptoparty-bewegung-die-cypherpunks-sind-zurueck-a-859473.html> [21.05.15].
- Shirazi, Fatemeh/Volkamer, Melanie* 2014: What Deters Jane from Preventing Identification and Tracking on the Web?. In: Proceedings of the 13th Workshop on Privacy in the Electronic Society, ACM New York: 107-116.
- Strauss, Anselm* 1978: A Social World Perspective. In: Studies in Symbolic Interaction 1, 119-128.
- Whitten, Alma/Tygar, J.D.* 1999: Why Johnny Can't Encrypt: a Usability Evaluation of PGP 5.0., In: Cranor, Lorry F./Simson, Garfinkel (Hg.): Security and Usability: Designing Secure Systems that People Can Use. Sebastopol: O'Reilly: 669-692.

Paradoxe Dynamik

Aktivismus zwischen Anonymität und Sichtbarkeit

Magdalena Freudenschuß

„Surveillance. Well, it's not a big issue because we are always under surveillance. (...) So we are not afraid of being under surveillance because of the things that we do. We believe in the things that we do and they are not against the law. If we are under surveillance, so what?“

(Menschenrechtsaktivist_in/Palästina)

„Jedes meiner Konten im Internet hat einen anderen Namen, sodass die nicht miteinander in Verbindung gesetzt werden können. Ja, ich bin ein ganz großer Unterstützer von falschen Identitäten.“

(Hacker_in/USA, Deutschland)

Überwachung als Normalität, Sichtbarkeit als Strategie. Diese beiden Momente definiert die, der hier eingangs zitierte Menschenrechtsaktivist_in als zentrale Rahmenbedingungen für die Arbeit ihrer_seiner Organisation. Das zweite Zitat verweist scheinbar konträr dazu auf die absolute Notwendigkeit von Anonymität für politische Arbeit in digitalisierten Zeiten. Sichtbarkeit und Anonymität erscheinen als gegenläufige, unvereinbare Strategien, die von Aktivist_innen als leitend für ihr politisches Handeln angesehen werden. Beide, so das im Folgenden dargelegte Argument, lassen sich verstehen als Bearbeitungsstrategien von aktivistischer Verletzbarkeit und sind in diesem Sinne weniger Gegensatz als komplementäre Fluchtrouten aktivistischer Praxen unter digitalisierten Bedingungen. Dies zeige ich in drei Schritten: Wie Verletzbarkeit einerseits als Herausforderung und Problem, andererseits aber

auch als politischer Einsatz in aktivistischen Kontexten theoretisch denkbar ist, erläutere ich im ersten Abschnitt. Anschließend wende ich mich den beiden hier schon angesprochenen Fluchtrouten aktivistischer Bearbeitungsweisen von Verletzbarkeit zu, bei denen ich mich auf empirisches Material von zehn qualitativen Interviews stütze.¹ Diese beiden Dimensionen von spezialisiertem Wissen – theoretisches wie Expert_innenwissen aus der politischen Praxis – verwebe ich abschließend in der Reflexion des Verhältnisses von Sichtbarkeit und Anonymität als paradoxe Dynamik.

1 | Kein Aktivismus ohne Verletzbarkeit

Verletzbarkeit ist grundlegend für aktivistisches Handeln, sie fungiert als motivierendes, anstoßendes Moment, sie ist Herausforderung und politischer Einsatz zugleich. In aktivistischen Praxen wird Verletzbarkeit bearbeitet. Ich rekurriere hier auf Judith Butlers Skizze von Verletzbarkeit. Sie bringt auf theoretischer Ebene den Begriff der Verletzbarkeit mit ihrem 2010 erschienen Buch ‚Raster des Krieges‘ (erneut) in die wissenschaftliche Debatte um politische und soziale Aufmerksamkeits- und Empathieökonomien ein. Verletzbarkeit verwendet Butler im Kontext von Prekarität und der ungleichen, politisch induzierten Verteilung von Gefährdetheit. Diese Gefährdetheit oder Verletzbarkeit bezieht Butler auf die Existenz des Subjekts (ebd.) und nimmt gleichzeitig die politischen Prozesse in den Blick, die Verletzbarkeit bei den anderen ansiedeln, für sich selbst aber von einem souveränen, unangreifbaren Sub-

jekt ausgehen (Butler/Villa/Hark 2011:196). Verletzbarkeit ist in diesem Zusammenhang ein Begriff, der auf Relationalität verweist und damit nicht das Individuum für sich allein, sondern das Individuum im Kontext sozialer Verhältnisse und Beziehungen im Blick hat.

Darauf aufbauend lässt sich Verletzbarkeit als ein zentraler Modus von Sozialität verstehen, der sich zwischen Offenheit und Exponiertheit entfaltet. Verletzbarkeit verweist immer auf soziale Verhältnisse: Butler folgend bedeutet dies, dass das eigene Leben immer nur in Bezug und in Verbindung mit anderen verstanden und überhaupt erst gelebt werden kann. Genau diese Verhältnisse, so unterschiedlich sie im Konkreten auch sein mögen, adressieren politische Aktivist_innen mit ihren Interventionen. Häufig geht es darum, in hegemoniale Aufmerksamkeitsökonomien zu intervenieren, um konkrete Verletzbarkeiten und Verletzungen zum politischen Verhandlungsgegenstand zu machen. „Thus, vulnerability – which entails finitude, contingency, and openness to external forces – is characteristic of the body in its presentation to and with others. Further, our incapacity to wholly coincide with our corporeality conditions social relations by necessarily entangling us in the lives of others, though it does not determine the shape those entanglements take“ (Mills 2007: 145).

Konkretisiert in Bezug auf politischen Aktivismus generiert Verletzbarkeit häufig erst das politische Projekt, schafft Handlungsbedarf ebenso wie -potential. Gleichzeitig ist Verletzbarkeit, verwoben mit Exponiertheit, jenes Moment, das für aktivistische Praxen Ausdruck für die kontinuierliche Potentialität von konkreten physischen, emotionalen, sozialen und anderen Verletzungen steht.

Politischer Aktivismus, so meine diesem Text zugrunde gelegte These, interveniert in diese Verwobenheiten und gestaltet diese und damit auch die davon tangierten Verletzbarkeiten gezielt mit. Verletzbarkeit bedeutet Exponiertheit ebenso wie Offenheit und kann deshalb nicht polarisierend nur als Defizit oder nur als Potential gedacht werden (vgl.

Freudenschuss 2015). Vielmehr legt die fundamentale Ambivalenz von Verletzbarkeit nahe, dass politische Strategien ihrer Bearbeitung im Digitalen ebenfalls uneindeutig, komplex und vielleicht auch widersprüchlich angelegt sind. Sichtbarmachung und Anonymisierung sind in diesem Sinne zwei Strategien der Intervention, deren Implikationen in Bezug auf Verletzbarkeit hier nachgegangen wird.

Gehe ich mit dem Konzept von Verletzbarkeit davon aus, dass Subjektivität ebenso wie politisches Handeln als relationale Gefüge zu sehen sind, so gilt dies auch für die zur Diskussion gestellten politischen Strategien. Anonymität und Sichtbarkeit verstehe ich demnach ebenfalls als notwendig relational. Sie funktionieren als soziales Verhältnis zwischen verschiedenen Akteur_innen. Während in der konkreten Konstellation, die hier als Ausgangspunkt für die Reflexionsarbeit steht, Aktivist_innen die eine Seite in diesem Verhältnis stellen, ist nach der oder vielleicht den anderen Seiten – und in weiterführenden Analyse nach ihren jeweiligen Verwobenheiten – zu fragen. Erst angesichts einer Konkretisierung der Antwort auf die Frage, welche Akteur_innen involviert sind, lässt sich letztlich verstehen, wie Sichtbarkeit und Anonymität als Bearbeitungsweisen von Verletzbarkeit funktionieren (können). Neben den naheliegenden Akteur_innen wie dem Staat oder einer konkreten Institution des Staates – wie beispielsweise der Polizei oder einem Geheimdienst – ist die politische Öffentlichkeit häufig zentral in diese Konstellation involviert. Spätestens unter digitalen Bedingungen tritt aber auch die Technik als Akteurin auf den Plan. Technologien sind ihrerseits politisch aktiv, sie sind eine Form politischen Handelns (vgl. Howe/Nissenbaum 2009: 430), die für die Nutzer_innen nicht immer unmittelbar nachvollziehbar und präsent sind. Weder Soft- noch Hardware sind neutral, im Gegenteil werden sie auf der Basis bestimmter sozialer, politischer und ökonomischer Prämissen geschaffen und organisieren darüber Nutzungsmöglichkeiten, Subjektivierungsweisen und politische Handlungsfähigkeit (vgl. u.a. Chun 2006: 20).

Wird das In-Beziehung-Sein, wird Relationalität als zentral für politisches Handeln verstanden, so bietet das Konzept von Verletzbarkeit für die Analyse von politischem Aktivismus zweierlei Potential: Zum einen weist es über eng gesetzte Dichotomien zwischen verschiedenen Akteur_innen hinaus. Zum anderen sensibilisiert das Konzept für das Spannungsfeld zwischen Offenheit und Exponiertheit, das wiederum für die Dynamiken zwischen Anonymität und Sichtbarkeit prägend ist.

2 | Anonymität versus Sichtbarkeit?

Das politische Potential von Online-Vernetzungen und -Organisierungen entsteht nicht zuletzt über den Schutz, den Anonymität bieten kann. So schaffen beispielsweise Online-Foren neue Räume anonymisierten Austausches für LGBT-QI-Menschen², die in ihren Gesellschaften auf repressive Rahmenbedingungen treffen (vgl. O Clunaigh 2013; McLean 2014). In solchen Fällen ermöglicht das Netz Organisierung. In

anderen Fällen bilden sich neue Kollektivitäten, die mit Anonymität spielen und individuelle Identität überschreiten, wie dies Anonymous tut (vgl. Halpin 2012). Anonymität wird dabei zur Strategie, um politisches Handeln zu ermöglichen, ohne Verletzungen zu riskieren. Sie dient der Absicherung individueller wie kollektiver Unversehrtheit, indem sie politisches Handeln individueller Zuordenbarkeit entzieht.

So berichtet ein_e Aktivist_in aus der Türkei von alternativen Informationsstrukturen bei den Demonstrationen der letzten Jahre, bei der sich die Mitglieder kannten und auf Facebook Informationen im persönlichen Vertrauen zueinander, gekoppelt mit einem transparenten Verifizierungssystem, veröffentlichten. Dieses alternative Informationssystem basierte auf der Zuordenbarkeit von Informationen. Die Angst, auf Basis von im Internet dokumentierten Aussagen polizeilich verfolgt zu werden, hatte allerdings zur Folge, dass ex post der Versuch gestartet wurde, potentiell kompromittierende Inhalte zu löschen. Jenseits der Problematik



technischer Realisierbarkeit von Löschvorgängen, beispielsweise bei Facebook – hier zeigt sich ein politisches Moment technologischer Infrastrukturen –, verweist diese Erzählung auf den Balanceakt, der in der Bearbeitung von Verletzbarkeiten durch Sichtbarkeiten liegt. Nicht immer sind die Konsequenzen im Moment des Geschehens absehbar, die Möglichkeiten, rückwirkend zu gestalten, sind ebenfalls begrenzt. Anonymität ist als politische Strategie voraussetzungsvoll – sie verlangt umfassende Kenntnis und Planung. Die technologischen Bedingungen schaffen gleichzeitig neue, beschleunigte Rahmenbedingungen. Aus solchen Szenarien lassen sich Strategien der Anonymität als complexes zeitliches Gefüge denken. So richtet diese_r Aktivist_in sein_ihr Handeln danach aus, „dass es keinen zukünftigen Schaden bringen kann. Also zum Beispiel, dass irgendwie, dass im Internet Informationen wieder zu mir zurückkommen könnten“ (Hacker_in/USA, Deutschland).

Gegenwart und Zukunft werden zeitgleich zu Schauplätzen, auf denen Verletzbarkeit verhandelt wird. Anonymität in der Gegenwart wird als Versicherung gegenüber einer unwägbaren Zukunft verstanden. So ist also Anonymität im Sinne einer Nicht-Identifizierbarkeit (Ponesse 2013; Marx 1999) unmittelbar mit politischem Aktivismus und insbesondere der fundamentalen physischen wie psychischen Verletzbarkeit von Aktivist_innen verbunden. Insofern übersetzt sich in diesem Feld das Identifizierbar-Sein schnell in existentielle Bedrohungen: „Two days after that [event, mfl] I get an sms, a death threat. And I was asking myself who is this who got my number, how did they get my number, and then the next day my husband gets a death threat. My husband not even was on the location, you know, so I was asking myself, who - because I have literally exposed my whole family, because who knows, the next thing it will be my son, you know, or my mother, and I felt very vulnerable“ (Menschenrechtsaktivist_in/Kenia).

Exponiert zu werden, aus der zumindest partiellen Anonymität in die Sichtbarkeit

gerückt zu werden, ist im Hinblick auf die Konsequenzen eine Frage des Kontexts: Wem gegenüber bleibt der _die Aktivist_in anonym, wem gegenüber wird die eigene Identität enthüllt? Julie Ponesse (2013) legt mit ihrem philosophisch ausgearbeiteten Konzept von Anonymität nahe, diese nicht als Gegensatz von Sichtbarkeit zu denken, sondern als Gegensatz von Zuordenbarkeit. Die Verknüpfung des _der Aktivisten_in mit einer Telefonnummer, mit anderen Menschen sowie einer physischen Adresse ist jenes Moment, in dem der Verlust von Anonymität zur Bedrohung wird. Die Zuordenbarkeit wird als Bedrohung erfahren und damit möglichst vermieden: „Also meine richtige Aktivistenarbeit, davon weiß keiner, da weiß ich, dass es keiner weiß. Weil man da eine Verschlüsselung benutzt. Und man kann sicher sein, dass wenn man eine verschlüsselte Email verschickt, dass keiner es lesen kann. Zum Beispiel. Also es gibt so ein paar sichere Sachen und davor habe ich auch keine Angst. Natürlich ist das von Angst beeinflusst, da hat es angefangen, aber (...) jetzt fühle ich mich ermächtigt.“ (Hacker_in/USA, Deutschland)

In der Netzkultur selbst wird Anonymität innerhalb des Netzes als essentielles Moment verstanden, um die Autonomie von Aktivitäten im Netzwerk zu wahren (Woo 2006: 962). Gleichzeitig ist hoch umstritten, wie Anonymität im digitalen Kontext einzuordnen ist. Es wird zu einer politisch-normativen Frage. Während Jisuk Woo (2006) ein Recht auf Anonymität einfordert, fürchten und konstatieren angesichts der Möglichkeit zur Anonymisierung viele das Aufheben aller moralischen Beschränkungen im sozialen Miteinander (kritisch dazu: Ponesse 2013). Anonymität, wie sie in den bislang angeführten aktivistischen Praxen eingesetzt wird, ist eine Antwort auf ein soziales Verhältnis, innerhalb dessen die eigene Verletzbarkeit gegenüber einer äußerer Bedrohung durch politische Gegner_innen abgesichert werden muss. Auch der Blick auf Praxen der Sichtbarmachung zeigt, dass sich mit dem analytischen Fokus auf Verletzbarkeiten die normative Einordnung von Anonymität und

Sichtbarkeit schnell der Eindeutigkeit entzieht.

Aktivist_innen bearbeiten ihre Verletzbarkeiten nämlich nicht allein in Form defensiver Strategien der Absicherung, des Rückzugs oder der Unsichtbarkeit. Sie setzen mitunter gezielt auf Sichtbarkeit, auf ein sich Öffnen und Exponieren, auf ein Zeigen der eigenen Verletzbarkeiten. „Es ist eine Art bewusste Entscheidung, welche Verletzbarkeiten ich ein-gehe oder zeige“ (Trainer_in und Aktivist_in/ Deutschland).

Sichtbarkeit als Strategie in Bezug auf die Bearbeitung eigener Verletzbarkeiten als Aktivist_in meint, dass über den Grad des Sich-Exponierens und Sich-Öffnens gezielt entschieden wird. Verletzbarkeit zu zeigen, sich selbst bewusst einer möglichen Verletzung auszusetzen, spielt in vielen Formen von politischer Aktion eine Rolle, die weit über die normative Einordnung von Sichtbarkeit als positives Moment hinausgeht. In der Regel ist diese Strategie eingebettet in ein Abwägen von Risiken sowie in eine Reihe von Vorsichtsmaßnahmen. Im Folgenden soll exemplarisch gezeigt werden, in welcher Form Sichtbarkeit Verletzbarkeiten und Verletzungsoffenheiten abfedern und strategisch wenden kann.

3 | Sichtbarkeit als Strategie

Die Möglichkeiten, Sichtbarkeiten zu schaffen, haben sich in digitalen Zeiten vervielfacht. Die darüber entstehenden Handlungsspielräume werden von Aktivist_innen genutzt. Onlinekampagnen werden in großem Stil als Aktionsinstrument genutzt, um international wie lokal Solidarität zu organisieren und Wissen zu diffundieren. Sichtbarkeit spielt als Bearbeitung von Verletzbarkeit dabei mehrere Rollen.

Eine Weise, um politisch die eigene Sache voran zu bringen, kann darin bestehen, sich selbst zu exponieren, mit der eigenen Verletzbarkeit bewusst öffentlich zu spielen. Dabei wird Verletzbarkeit durch Sichtbarkeit zum politischen Einsatz. Exemplarisch mag dies an der Kampagne „Yo soy 132“ nachvollzogen werden: Mit einem Zusammenschnitt von

131 Kurzstatements reagierten Studierende der Iberoamerikanischen Universität in Mexiko-Stadt auf die Berichterstattung des staatlichen Fernsehens, das spontane Proteste von Studierenden im Rahmen eines Auftritts des damaligen Präsidentschaftskandidaten Enrique Pena Nieto in eine Inszenierung der Opposition umdeutete. Nicht Studierende hätten gegen seine Positionen protestiert, sondern von der Opposition eingeschleuste Agitator_innen. 131 Studierende gaben daraufhin den Protesten vor der Kamera ihren Namen. Sie setzten auf ihre eigene Verletzbarkeit. Sie exponierten sich mit Informationen zur eigenen Person, die sie individuell identifizierbar machte. Und traten damit einen Sturm der Solidarisierung los. Unter dem Motto „Yo soy 132“ („Ich bin die Nummer 132“) erklärten sich andere Studierende per Twitter zum Teil der Kampagne, die in diesem Moment bereits für mehr stand als einen lokalen Protest.

Nicht im Sinne individuellen Einstehens, sondern als öffentlichkeitsgenerierende Praxis angesichts schweigender Mainstream-Medien ist eine andere Strategie der Sichtbarmachung über digitale Kanäle zu verstehen. Diese setzt auf Sichtbarkeit im Sinne von Wissen: „And people started posting that. Because 2.000, 3.000 people were posting photos, what's happening there. And people were sharing it. Even people who would never demonstrate - and you know the social media mentality, like you know, even if people don't do anything, they think they are helping while sharing. At that time it happened though“ (Demonstrant_in/Türkei).

Politische Proteste schaffen sich durch Sichtbarkeit, durch das Verbreiten von Informationen eine Öffentlichkeit, die Mainstream-Medien verweigern. Sichtbarkeit, die in ihrer spezifischen Form an digitale Formate und Handlungsmöglichkeiten gebunden ist, begleitete politischen Aktivismus auf der Straße hier auf essentielle Weise: Das Wissen um die konkreten Verhältnisse wird als Voraussetzung politischer Solidarisierung gesehen.

Sichtbarkeit als Strategie der Bearbeitung der eigenen Verletzbarkeit kann sich schließlich

auch als ein Sichtbarmachen dessen ausdrücken, wogegen gekämpft wird. An dieser Stelle wird deutlich, dass Sichtbarkeit als soziales Verhältnis zu denken ist, bei dem in eine Beziehung interveniert wird und ein bestehendes politisches Verhältnis konkreter Akteur_innen verändert werden soll. Die Dokumentation von Hate Speech, Aufrufen zu Gewalt und konkreten Menschenrechtsverletzungen, hakt hier ein. „But because everybody was told, have your mobile phone, record these speakers as they speak, use the technology, use the mobile phone and record them. And bring the hate speech to the national cohesion commission. You know. They had to watch their words, because now they felt vulnerable, because they knew somebody is going to crack the whip. And this acts as a very good deterrent and brought down the level of hatred, hate speech and even brought down the level of political violence“ (Menschenrechtsaktivist_in/Kenia).

Auch folgende Interview-Aussage bezieht das Verhalten des politischen Gegenübers ein: „So, this is one of the ways how to resist the occupation non-violently because in this way we show the world what the occupation is doing in the occupied territories. (...) Documenting human rights' violations is something very important. Because first, when the soldiers see a camera that is pointed toward them this makes them less violent because they don't want to be caught. So they become less violent. Or they leave what they are doing. They care about the camera, so they start to take the camera from us or they start to put their hands in front of the camera. Still, many times they don't care, but when they don't care and when they do all these things it is important to show the world what is happening“ (Menschenrechtsaktivist_in/Palästina).

Dokumentiert wird, was das politische Gegenüber tut. In zweifacher Weise spielen hier normative Bezüge eine Rolle. Zum einen wird in beiden Kontexten Sichtbarkeit deshalb als Strategie gewählt, weil darüber ein normativer Rahmen erst angerufen werden kann. Im ersten Zitat liegt dieser in der nationalen

Gesetzgebung, im zweiten Fall adressiert die Intervention einen zur bestehenden Situation vor Ort alternativen normativen Rahmen. Zum anderen versteht die im zweiten Zitat erwähnte Organisation ihr Tun als Widerstand in gewaltfreier Tradition und begründet über dieses normative Bekenntnis zur Gewaltfreiheit die Wahl ihres Mittels. Sichtbarkeit ist, so wird hier deutlich, insbesondere dann ein relevantes, moralisch starkes politisches Instrument, wenn normative Bezüge hergestellt werden können.

Die Technik selbst eröffnet in den genannten Kontexten Möglichkeiten der Bearbeitung von Verletzbarkeiten. Sie macht aber gleichzeitig auch Vorgaben. Technik ist damit als Akteur mitzudenken, der Einfluss auf die Entscheidungen und Handlungen von Aktivist_innen nimmt. „Also für mich meint Kommunikation Daten. Also das ist dasselbe. Also ich spreche eher von der Seite von so 'hem Techie. Und für den besteht sowieso alles aus Nullen und Einsen, die durch das Internet gehen. Das war vielleicht zu generell, aber für Aktivistengruppen, die so zusammenarbeiten, oder Leute, die für Menschenrechte kämpfen, da muss man natürlich auch miteinander kommunizieren, man muss Dateien verschicken und so sharen können, miteinander öffentlich arbeiten können, sodass man das machen kann. Aber die falschen Leute sollen das nicht sehen können“ (Hacker_in/Deutschland, USA).

Digitale Kommunikation, so argumentiert diese_r Hacker_in, ist zwangsläufig in das Netz von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit, von Teilen und Verstecken können, verstrickt. Insofern erscheint das Spannungsfeld von Sichtbarkeit und Anonymität aus der Perspektive aktivistischer Praxen nicht zwangsläufig als eines von normativen Grundsatzentscheidungen, ob Anonymität ethisch vertretbar ist oder nicht. Vielmehr erscheint die Praxis als eine, in der Verletzbarkeiten gezielt (mitunter) entlang dieser beiden Linien bearbeitet werden. Zur Disposition steht ein gekonntes Navigieren zwischen diesen Fluchten, das die in Technologien eingeschriebenen Machtverhältnisse mit berücksichtigt.

4 | Komplementär und paradox

Aktivistische Strategien sind immer kontextgebunden. Die hier entwickelten Perspektiven auf die Dynamiken von Sichtbarkeit und Anonymität als Bearbeitungsweisen von Verletzbarkeiten in aktivistischen Kontexten sind in diesem Sinne nicht als Verallgemeinerungen gedacht. Vielmehr gilt es zu berücksichtigen, in welchen makro-politischen und gesamtgesellschaftlichen, aber auch familiären, sozialen und mikropolitischen Strukturen die verschiedenen Akteur_innen positioniert sind. Dagegen verfolgt diese Intervention den Anspruch, Anhaltspunkte für eine konzeptionelle Reflexion von Verletzbarkeiten als bewegendes Prinzip aktivistischer Praxen zu liefern.

Der Zugang über das Konzept von Verletzbarkeit erschließt dabei neue Denkräume, die über einfache Dichotomisierungen hinausweisen. Sichtbarkeit und Anonymität verstehen sich insofern als komplementäre und dabei dennoch paradoxe Dynamiken. Die Brücke zwischen den beiden Fluchlinien schafft Handlungsfähigkeit. Es geht, sagt ein_e interviewte_r Hacker_in, um die Fähigkeit, zu entscheiden, was privat und was öffentlich³ ist.

„Empowerment. (...) Dass man das Gefühl hat, dass man Autonomie hat im digitalen Raum, in der digitalen Umgebung. Im Reich des Digitalen. Also weil man kann empowered sein und immer noch verletzbar sein, aber ich glaube, das ist trotzdem das Gegenteil“ (Hacker_in/ USA, Deutschland). Empowerment als Gegenbegriff zu Verletzbarkeit verweist darauf, dass auch ein Navigieren zwischen Sichtbarkeit und Anonymität nicht allein auf politischen oder normativen Entscheidungen beruht, sondern vielmehr mit konkreten Fähigkeiten und Kenntnissen verbunden ist. Darüber hinaus spielen Emotionen eine zentrale Rolle. Es geht um das Gefühl, handlungsfähig zu sein, um das Gefühl, nicht zu wissen, was zu tun ist, und untätig am Schreibtisch festzuhangen, um das Gefühl, ausgesetzt und verletzbar zu sein. Emotionen schreiben sich fundamental in dieses Spannungsfeld der Bearbeitung von Ver-

letzbarkeiten ein. Sie sind nicht das Gegenteil von rationalem Wissen, das Handlungsfähigkeit begründet, sondern Teil jenes Gefüges, das die beiden Fluchlinien von Anonymität und Sichtbarkeit verwebt.

Magdalena Freudenschuß ist Politikwissenschaftlerin und promovierte Soziologin, Post-Doc am Centre for Digital Cultures der Leuphana Universität Lüneburg. Sie ist Redaktionsmitglied der Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft und von spheres. Journal for Digital Cultures. Kontakt: m_freudenschuss@web.de.

Anmerkungen

¹ Die Interviews wurden von der Autorin im Zeitraum von 2013 bis 2015 mit zehn Aktivist_innen geführt, die sich selbst als solche definieren, geopolitisch und in Bezug auf ihre Aktionsfelder unterschiedlich positioniert sind, aber die Einschätzung teilen, gewaltfrei zu agieren. Die leitfadengestützten Interviews fokussierten auf die aktivistischen Praxen der Befragten, die Relevanz digitaler Technologien für und in diesen sowie abschließend ihre Reflexionen zu Verletzbarkeiten. Alle hier verwendeten Zitate von Aktivist_innen stammen aus diesen Interviews.

² Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer or Questioning, and Intersex individuals.

³ Damit schließt das strategische Navigieren zwischen Sichtbarkeit und Anonymität unmittelbar an Fragen von privacy an. Neben der Frage individueller und hier insbesondere aktivistischer Praxen rückt über diesen Blickwinkel auf das angekoppelte Spannungsfeld von Privatheit und Öffentlichkeit die Frage nach einer politischen Regulierung ins Feld unserer Aufmerksamkeit.

Literatur

Butler, Judith 2010: Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt/New York: Campus.

- Butler, Judith/Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene* 2011: „Confessing a Passionate State...“ – Judith Butler im Interview. In: Feministische Studien, Jg. 29, Heft 2, 196-205.
- Chun, Wendy Hui Kyong* 2006: Control and Freedom. Power and Paranoia in the Age of Fiber Optics. Cambridge: MIT Press.
- Freudenschuss, Magdalena* 2015: Embracing Vulnerability – Challenging Control Society. What a Shift in Key Concepts Allows Us to Think and Do in Digital Times. Manuscript, Lüneburg.
- Halpin, Harry* 2012: The Philosophy of Anonymous. Ontological Politics Without Identity. In: Radical Philosophy, Nr. 176, 19-28.
- Howe, Daniel C./Nissenbaum, Helen* 2009: TrackMeNot. Resisting Surveillance in Web Search. In: Kerr, Ian/Steeves, Valerie/Lucock, Carole (Hg.): Lessons from the Identity Trail. Anonymity, Privacy and Identity in a Networked Society. New York: Oxford University Press, 417-436.
- Marx, Gary T.* 1999: What's in a Name? Some Reflections on the Sociology of Anonymity. In: The Information Society, Jg. 15, Heft 2, 99-112.
- McLean, Nyx* 2014: Considering the Internet as Enabling Queer Publics/Counter Publics. In: spheres. Journal for Digital Cultures, Ausgabe 1: http://cdc.leuphana.com/publications/spheres/themes/article/considering_the_internet_as_enabling_queer_publics_counter_publics/ [23.06.2015].
- Mills, Catherine* 2007: Normative Violence, Vulnerability, and Responsibility. In: Differences. A Journal of Feminist Cultural Studies, Jg. 18, Heft 2, 133-156.
- O Clunaigh, Daniel* 2013: Supporting Lesbian Gay Bisexual Transgender and Intersex Human Rights Defenders in the Digital Age. In: Feminist Africa 18, 124-130.
- Ponesse, Julie* 2013: Navigating the Unknown: Towards a Positive Conception of Anonymity. In: The Southern Journal of Philosophy, Jg. 51, Heft 3, 320-344.
- Woo, Jisuk* 2006: The Right not to be Identified: Privacy and Anonymity in the Interactive Media Environment. In: New Media & Society, Jg. 8, Heft 6, 949-967.

Selfie-Proteste zwischen Personalisierung und Anonymisierung

Miriam Grohmann/Layla Kamil Abdulsalam/Eva L. Wyss

#brelfie / #occupotty / #wrinkledselfie / #blackoutday / #mombody / #dadbod / #no-makeup / #inmyshoes / #distractinglysexy - in den letzten Jahren hat sich in sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter oder Tumblr eine Kommunikationsform Bahn gebrochen, welche auch für Proteste an Relevanz gewinnt: Selfies. Ein Selfie ist – grob gesprochen – ein Selbstporträt, das typischerweise mit der Frontkamera des Smartphones aufgenommen und anschließend

in einem sozialen Netzwerk hochgeladen wird (Grohmann et al. 2015). Mit jener Praktik scheint sich in kurzer Zeit nicht nur eine neue Gattung der Selbstdarstellung, sondern auch ein neuer Trend des Fotografierens herausgebildet zu haben. Selfies werden bei ihrer Veröffentlichung in sozialen Netzwerken oftmals mit sogenannten Hashtags verbunden, worunter ein „mit einem vorangestellten Rautezeichen markiertes Schlüssel- oder Schlagwort in einem

[elektronischen] Text“¹ zu verstehen ist, das sowohl Texten als auch Bildern beigefügt wird. Auf diese Weise werden Beiträge markiert, „so that others can follow conversations centering on a particular topic“ (Boyd et al. 2010: 1). Inzwischen hat sich in diesem Zusammenhang auch eine eigene Form der Protestkommunikation gebildet – der sogenannte Selfie-Protest.

Die Kultur der Selfie-Proteste erinnert durchaus an die der Alternativpresse, welche sich im Kontext der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahren entwickelte (Beywl/Brombach 1983). Auch damals versuchte man durch Zeitungen, Zeitschriften und andere Medien Partizipationsmöglichkeiten für noch vage definierte Gemeinschaften und Leserschaften zu etablieren und dabei die Trennlinie von Öffentlichem und Privatem zu überwinden (Reichardt 2014: 247ff). Vor allem die Politisierung des Privaten war – als Teil einer „Politik der ersten Person“, die sich auch gegen Repräsentation, also eine sogenannte „Stellvertreterpolitik“ aussprach – ein wichtiges Merkmal dieser neu entstandenen Gegenöffentlichkeiten (Fraser 1990). Diese zielten auch darauf ab, dass Individuen ihre privaten Belange preisgaben, um sie in der Öffentlichkeit politisch zu thematisieren (Vogt 1985: 209f).

Auch im Web 2.0 wird oftmals das Private politisiert. Allgemein lässt sich konstatieren, dass es sich bei den Protestinhalten häufig um Themen der Körperpolitik und Diskriminierung handelt. Ob es um das Stillen von Babys in der Öffentlichkeit geht (#breselfie-Proteste), diskriminierende Verordnungen zur Benutzung öffentlicher Toiletten für Trans-Menschen (#occupoty- oder auch #wejustneedtopee-Protest) oder die Unterrepräsentanz positiv-konnotierter Bilder von People of Colour² in den Massenmedien (#blackoutday-Protest). Mit privaten Fotos geben User_innen nicht nur Einblicke in ihr Leben, sondern sie initiieren zugleich Protest oder schließen sich solchem an. Dass es sich bei diesen Fotos zu einem beachtlichen Teil um Selfies handelt, ist augenscheinlich. Allerdings scheint bei jenen Protest-Selfies nicht unbedingt die ästhetische Selbstdarstellung im

Mittelpunkt zu stehen, sondern vielmehr die personalisierte Übermittlung einer Nachricht, die durchaus auch unter Beachtung ästhetischer Gesichtspunkte erfolgen kann. Anders als bei passiveren Formen politischer Handlungen im Web 2.0, wie etwa dem bloßen Distributieren von Inhalten (etwa durch liken oder teilen), wird das ‚Zeigen des Gesichts‘ zu einer wirkungsvollen Geste, die anonymen Formen des Netzaktivismus durchaus gegenübersteht. Gleichsam ist diese Offenheit auch mit Risiken verbunden. Vor allem besteht die Gefahr, vom näheren Umfeld identifiziert, dem Spott der Netzcommunity ausgesetzt oder aus politischen Gründen sanktioniert zu werden. Aus diesen oder ähnlichen Gründen scheinen sich auch innerhalb des Genres des Selfie-Protests Anonymisierungspraktiken entwickelt zu haben.

Im ersten Teil dieses Textes soll zunächst das Selfie als Medium der Selbstdarstellung und der (Protest-)Kommunikation betrachtet werden. Hierauf folgt eine eingehende Analyse der Formen und Strategien der Anonymisierung bzw. Personalisierung am Beispiel einer Auswahl von Selfie-Protesten aus unserem Protest-Selfie-Korpus an der Universität Koblenz-Landau, das derzeit 45 verschiedene Selfie-Proteste mit insgesamt 8349 Protest-Selfies aus den Jahren 2011-2014 erfasst. Erste Vorstudien hieraus sind bereits publiziert worden.

1 | Selfies, Proteste und Selfie-Proteste

Das Selfie als Kommunikationsform hat in den vergangenen Jahren rasant an Popularität gewonnen. Während das Oxford Dictionary 2013 „Selfie“ noch zum Wort des Jahres kürte,³ bezeichnete Lewis Wiltshire (Twitter UK) Ende 2014 gleich das ganze vorangegangene Jahr als „Year of the Selfie“ (Griffin 2014). Der prominenteste Grund hierfür dürfte das Oscar-Selfie der US-amerikanischen Schauspielerin Ellen DeGeneres vom März 2014 gewesen sein, welches im sozialen Netzwerk Twitter über drei Millionen Mal weiterverschickt wurde und damit den damaligen allgemeinen Retweet-Rekord brach (Wendling 2014). Sicherlich lässt sich eine

Vielzahl an Beispielen aufzählen, in denen das Selfie als Vehikel für die sprichwörtlichen 15 Minutes of Fame fungierte. So fand der 16-jährige französische Schüler Tom Bittmann im Mai 2015 zumindest in den Social-Media-Präsenzen diverser, auch internationaler Zeitungen für einen kurzen Moment Erwähnung, weil er mit 2.530 Menschen im Hintergrund das größte Selfie der Geschichte produzierte – und es daraufhin selbstverständlich twitterte.⁴

Auf den ersten Blick scheint das Selfie in seiner Form zunächst kaum etwas Neues darzustellen. Das fotografische Selbstporträt ist immerhin schon so alt wie die Fotografie selbst und etablierte sich bereits vor Jahrzehnten in Form von Fotoautomatenbildern als jugendkulturelle Praktik (Autenrieth 2014: 52f; Mathys 2006: 254). Die Kultur des Selfies hingegen scheint jedoch einem digitalkulturellen Zeitgeist zu folgen, dessen zentrales Merkmal eine umfassende Vernetzung darstellt. Hierauf verweist auch die aktuelle Definition des Oxford Dictionary: „A photograph that one has taken of oneself, typically one taken with a smartphone or webcam and shared via social media“.⁵ Autenrieth (2014) merkt hierzu an, dass weder die in den Spiegel hineinfotografierten Porträts des 19. Jahrhunderts noch die Fotostreifen aus dem Automaten somit als Selfies bezeichnet werden können. Das ausschlaggebende Charakteristikum ist vielmehr die digitale Distribution über Messenger und soziale Netzwerke: „Konstituierend für das Selfie ist damit vorrangig seine Verwendung als Kommunikationsmittel.“ (Authenrieth 2014: 52)

Diese Verwendung folgt einer Logik räumlicher und sozialer Entgrenzung. Werden in Fotoalben gesammelte Bilder häufig in körperlicher Präsenz ihrer Urheber angesehen und durch mündlich übertragene, kommunikative Rahmungen ergänzt, wird das Selfie einer kaum eindeutig erfassbaren Rezipient_innengruppe präsentiert, welche sie in sozialen Netzwerken durch Likes, Shares und Kommentare im Idealfall rasant verbreiten. Bleiben diese aus, wird das Selfie als „fehlgeschlagener Kommunikationsakt“ gewertet (Autenrieth 2014: 52f).

In seiner Form wird das Selfie damit vorrangig zu einem Vehikel einer narzisstischen Selbstdarstellung. Tatsächlich identifizieren Astheimer et al. (2011) in ihrer Studie zu Selbstdarstellungen in sozialen Netzwerken vor allem Posen des Flirts bzw. des Models bei Userinnen sowie des Denkers bzw. betonter Gestikulation bei Usern. Das Selfie zeichnet sich nach Astheimer et al. (2011: 113) in Bezug auf die Selbstdarstellung gar durch einen „Gewinn an Kontrolloptionen“ aus – die User_innen sind „Darsteller, Regisseure und Fotografen in einer Person“, welche Pose und Herstellungsprozess selbstständig vollziehen. Es kann also konstatiert werden, dass dem Selfie als Porträtgattung ein Moment der Selbstdarstellung inhärent ist.

Zugleich aber lassen sich ebenfalls Selbstdarstellungsposen finden, die auf politisches Interesse und Kritik hindeuten. Gerade dies lässt sich anhand von Protest-Selfies beobachten, einem Selfie-Genre, das sich etwa seit 2011 vor allem im Rahmen der Occupy-Bewegung etablierte (Shifman 2013: 132f). User_innen halten dabei typischerweise ein Schild in der Hand, auf dem eine meist handschriftlich verfasste Protestäußerung zu lesen ist. Das Protest-Selfie wird dabei in der Regel durch einen Hashtag ergänzt, unter dem es in sozialen Netzwerken gepostet wird. Dieser wirkt dabei als eine Art unverwechselbares Label des gesamten Protests und vernetzt damit auch die einzelnen Protest-Selfies miteinander. Je nachdem in welchem sozialen Netzwerk der jeweilige Protest stattfindet (z.B. Twitter, Facebook, Tumblr), werden die Protest-Selfies zusätzlich auf einer eigens für den Protest eingerichteten Seite hochgeladen. Damit reihen sich User_innen gewissermaßen in einen digitalen Protestzug ein, ohne dabei Rücksicht auf Lokalität und Mobilität nehmen zu müssen (Grohmann et al. 2015: 41). Zu den bekanntesten Selfie-Protesten zählt sicherlich #bringbackourgirls, eine Kampagne, die Solidarität mit den im April 2014 in Nigeria entführten Schülerinnen und deren Angehörigen demonstriert. Prominente Unterstützung erhielt dieser Selfie-Protest unter anderem von der US-amerikanischen First Lady

Michelle Obama (Abb. 1)⁶ und Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai.

Eine breitere Bekanntheit erlangte außerdem der an der amerikanischen Elite-Universität Harvard entstandene Protest #Itooamharvard, in dem Formen des Alltagsrassismus gegenüber People of Colour angeprangt wurden. International entstanden in der Folge über 40 #Itooam-Aktionen⁷, die ebenfalls auf Alltagsrassismus hinweisen. Einige ersetzten dabei den universitären durch einen nationalen Rahmen, dies tut unter anderem der deutsche Protest #auchichbindeutschland⁸ (Abb. 2).⁹

Andere Selfie-Proteste wiederum, darunter die eingangs aufgeführten, setzen vielmehr auf eine klare Bildsprache und kommen ohne verschriftlichte Botschaft aus. Insbesondere im Kontext von Themen der Körperpolitik scheint die fotografisch erfasste physische Erscheinung in Kombination mit einem Hashtag schon für sich zu sprechen: Indem Frauen etwa Fotos ihrer Bauchzone hochladen und diese ausschließlich mit der Aussagekraft des Hashtags #mombod (in etwa „Mamakörper“) versehen,

sprechen sie sich gegen medial vermittelte Idealbilder von Frauenkörpern aus.

Tatsächlich kann aus der Rezipient_innen-sicht heraus gar nicht entschieden werden, wann ein Protest-Selfie primär ein politisches Protestkommunikat ist und wann Politik (nur) als Pose¹⁰ dient. Im zweiten Fall wäre die Funktion des Protestierens zwar nicht intendiert, was sich jedoch nicht unbedingt auf die Rezeption des Selfies auswirkt. Jene User_innen, die sich an einem Selfie-Protest beteiligen, als reine Selbstdarsteller_innen abzutun, erweist sich bei eingehender Betrachtung jedoch als zu kurz gegriffen. Einerseits steht der reinen Selbstdarstellung die Tatsache entgegen, dass ein beachtlicher Teil der fotografischen Protestbeiträge zu unterschiedlichen Graden anonym gestaltet ist. Andererseits wird bei einer Reihe von Selfie-Protesten die schriftlich verfasste Botschaft so sehr ins Zentrum gerückt, dass nur noch entfernt zu erkennen ist, dass ein Individuum dahinter steht. Um dies zu veranschaulichen, soll im Folgenden anhand einer Auswahl von Protestkommunikaten die

Abb. 1: Michelle Obama nimmt am Selfie-Protest #bringbackourgirls teil



Quelle: commons.wikimedia.org/wiki/File:Michelle-obama-bringbackourgirls.jpg; Lizenz: gemeinfrei.

Bandbreite von Selbstinszenierung und Anonymisierung vorgestellt werden.

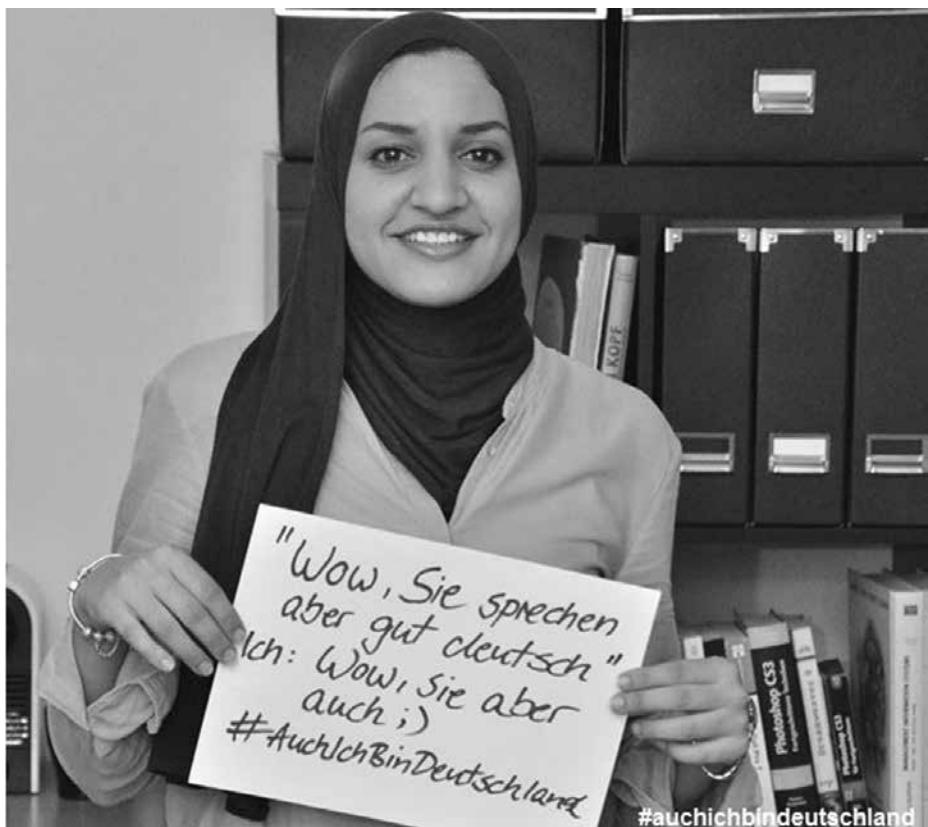
2 | Anonymisierte Protest-Selfies

Im Gegensatz zu anderen Formen des Netzaktivismus wirkt der Selfie-Protest insgesamt eher personalisierend: Botschaften und Be lange bekommen ein Gesicht, werden durch konkrete Gestik oder Körpersprache ihrer Urheber_innen präsentiert. Die Protestkampagne #occupotty etwa gibt eine Antwort auf die Frage, wer konkret vom sogenannten bathroom bill betroffen ist, bei dem es sich um einen kanadischen Gesetzentwurf handelt,

der regeln will, dass Trans-Menschen das öffentliche WC benutzen müssen, das für ihr Geburtsgeschlecht vorgesehen ist (McGregor 2015). Zahlreiche Menschen protestieren gegen diesen als diskriminierend wahrgenommenen Gesetzentwurf, indem sie Fotos von sich vor oder auf öffentlichen Toiletten posten.

Der Social-Media-Blogger Ben Valentine stellte bereits 2013 in einer kurzen Studie über Selfie-Proteste fest, dass dieser mehr sei als nur eine Möglichkeit, mit der wachsenden Geschwindigkeit von Kommunikation mitzuhalten, indem er unmittelbare Partizipation ohne physische Anwesenheit und sogar anonymisierte Teilnahme erlaube (Valentine 2013).

Abb. 2: Selfie-Protest #auchichbindeutschland



Quelle: auchichbindeutschland.tumblr.com/post/92621910087; Lizenz: privat.

Obwohl die individuelle Ausgestaltung für Selfie-Proteste charakteristisch ist, findet sich in den untersuchten Selfie-Protesten immer auch eine große Anzahl anonymisierter Bildbeiträge. So stellt sich die Frage, inwiefern eine „Politik der ersten Person“ funktionieren kann, wenn sie anonym geschieht und welche Strategien entwickelt werden, um das anonymisierte Protestkommunikat dennoch personalisiert zu halten.

Von Anonymität wird gemeinhin gesprochen, wenn Personen (oder Gruppen) nicht identifiziert werden können. Spezifischer wird Anonymität im Sinne einer fehlenden Zuordnung bis hin zur absichtlichen Geheimhaltung von Personen zu Handlungen oder Werken verwendet.¹¹ Aus welchen Gründen sich die User_innen im Einzelnen für eine Anonymisierung entschieden haben, lässt sich anhand der Beiträge nur mutmaßen. Wie in der Einleitung bereits angedeutet, lässt sich eine Anonymisierung vermutlich entweder auf den Wunsch nach Schutz der Privatsphäre oder auf die Angst vor politischen und/oder gesellschaftlichen Sanktionen zurückführen. Des Weiteren können verschiedene Ebenen der Anonymisierung unterschieden und Aspekte identifiziert werden, die eine Anonymisierung begünstigen oder erschweren: Eine wichtige Strategie der Anonymität ist das „Verschweigen des Namens“¹². Innerhalb der digitalen Logik der sozialen Medien kann strategisch Anonymität hergestellt werden, indem auf den Hinweis der Urheberschaft verzichtet wird: So kann z.B. ein Beitrag von einer User_in hochgeladen werden, die gerade nicht selbst auch Urheber_in des Beitrags ist. Diese Möglichkeit ist jedoch nicht in allen sozialen Medien gleichermaßen gegeben. Auf den Plattformen Tumblr¹³ und Facebook beispielsweise wird häufig eigens für den Protest eine Seite eingerichtet, auf der die Bilder von einem Administrator hochgeladen werden¹⁴, sodass der Benutzername der Protestierenden nicht mit dem Bild in Verbindung gebracht werden kann. Eine vergleichbare Möglichkeit besteht beispielsweise bei Twitter nicht.¹⁵ Hier sind die individuellen Beiträge

unmittelbar mit dem User oder der Userin verknüpft. In diesem Fall werden auch die Follower_innen der User_innen über den neu hochgeladenen Beitrag automatisch informiert.

Augenscheinlicher als die Anonymität des Benutzernamens ist jedoch die Unkenntlichmachung der Protestierenden durch ein (teilweises) Verdecken oder Nicht-Zeigen des Gesichts. Da Rezipient_innen wegen des globalen Rahmens, in dem Selfie-Proteste stattfinden, ohnehin selten in der Lage sind, die Protestierenden zu identifizieren, bildet sich hier ein Graubereich, in welchem die an das Web angepassten Formen der Anonymisierung vorgenommen werden. Aufgrund der räumlichen Entgrenzung im digitalen Raum scheint daher bereits eine teilweise Unkenntlichmachung auszureichen, zumindest um vor dem entfernten Bekanntenkreis unerkannt zu bleiben. Und schließlich sind einige Protestkommunikate nahezu ad absurdum anonymisiert, etwa wenn nicht mehr als eine mit einer Textverarbeitungssoftware erstellte und ausgedruckte Nachricht abfotografiert wird und lediglich die Struktur der Tischplatte eine Form von Individualität repräsentiert. Damit steht der digitale Protest auch ganz im Gegensatz zum Vermummungsverbot des Straßenprotests. So findet sich etwa im Gesetz über Versammlungen und Aufzüge im §17a das Verbot einer „Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern“ (Versammlungsgesetz der BRD, ursprüngliche Fassung von 1953).

Offensichtlich entscheidet nicht allein die Plattform, ob sich innerhalb eines Protests mehr oder weniger anonymisierte Protest-Selfies finden. Vielmehr hängt die semiotische Ausführung der Anonymisierung mit Fragen des Inhalts, des Stils, aber auch der spezifischen Protestform zusammen: Unter den über 40 Itooam-Aktionen¹⁶ in der Nachfolge von #Itooamharvard sind beispielsweise nur einige wenige Ausnahmen anonymisiert. Dies erklärt sich aus dem Umstand, dass hier konkret Betroffene gegen Alltagsdiskriminierung von Minderheiten¹⁷ an Universitäten protestieren.

Die Schildtexte erhalten erst im Kontext von Text und Bild ihre eindeutige Bedeutung. So wird die Protestaussage „Nein, wir haben uns nicht im Urlaub kennengelernt.“¹⁸ erst verständlich, wenn man die südostasiatische Frau und ihren weißen Partner im Bild sieht, die auf das Vorurteil verweisen, sie sei eine dieser jüngeren Frauen, die von weißen Männern von Südostasien nach Europa gebracht worden sind. Für eine Anonymisierung eignen sich überdies auch solche Selfie-Proteste kaum, deren Hauptaussage durch den Hashtag transportiert wird. Appellativ formulierten Hashtags wie #bringbackourgirls oder #freeajstaff evozierten Protest-Selfies, die die Hashtag-Aussage nicht durch weitere Aussagen differenzieren, sondern vielmehr die Funktion erfüllen, dem Protest „ein Gesicht zu geben“ (Grohmann et al. 2015: 38). Eine explizite Anonymisierung durch Unkenntlichmachung würde diese Funktion offensichtlich unterminieren.

Ganz im Gegensatz zu solch eher bildbentonnten Protesten weisen einige der frühesten Selfie-Proteste einen starken Fokus auf das individuelle Statement des Protestierenden auf. Beispielsweise im Fall von #wearethe99percent oder #whoneedsfeminism finden sich zum Teil Seitenlange Protest-Schilder, die nur wenig Raum für das protestierende Subjekt lassen, weil nur auf diese Weise der Text lesbar bleibt. Damit rückt die Textaussage in den Fokus, das protestierende Subjekt hingegen in den Hintergrund.¹⁹ In einigen Fällen führt die besonders ausführliche schriftliche Darstellung des Anliegens gar dazu, dass selbst die Protestäußerung nicht mehr lesbar ist und auf eine Transkription des Textes verwiesen werden muss (Grohmann et al. 2015: 30). So kann man festhalten, dass die umfangreichen Texte (teilweise) dazu führen, dass weder das protestierende Subjekt zu erkennen ist, noch der Protestinhalt zuverlässig kommuniziert wird, sodass gefolgert werden kann, dass das Protest-Selfie nicht das richtige Medium ist, um sehr umfangreiche Protestbotschaften zu kommunizieren.

Derart textbetonte Proteste finden sich unter den jüngeren Selfie-Protesten zwar kaum mehr, eine Anonymisierung ist allerdings weiterhin festzustellen. Bei dem um den Jahreswechsel 2013/2014 begonnenen Protest #notamartyr²⁰ etwa reichen die verschiedenen Grade der Anonymisierung von einer teilweisen Verdeckung des Gesichts (durch das Protestschild) über einen Bildausschnitt, der knapp unterhalb des Gesichts ansetzt, bis hin zu Fotografien, auf denen nur eine das Protest-Schild haltende Hand zu sehen ist. Einige Protest-Selfies kommen ganz ohne körperliche Präsenz des protestierenden Subjekts aus – in diesen Fällen geschieht eine Personalisierung auf anderen Wegen, beispielsweise durch die Handschriftlichkeit des Textes. Da die Texte im #notamartyr-Protest im Schnitt signifikant kürzer sind als diejenigen des amerikanischen Protests #wearethe99percent, tritt deutlich hervor, dass die hier (#notamartyr) erfolgte Anonymisierung keine Notwendigkeit ist, die sich aus den technischen Rahmenbedingungen und den Besonderheiten des Protests ergibt. Vielmehr scheinen sich die Protestierenden den Maximen einer im Web 2.0 gängigen *ästhetischen* Visualität verpflichtet zu fühlen, die auch eine Art ästhetische Anonymisierung hervorbringt. Im Gegensatz zu den frühen Selfie-Protesten nutzen viele Protestierende trotz der Anonymisierung das visuelle Potential der Fotografie stärker, indem sie unter anderem verschiedene Filter einsetzen, Hell-Dunkel-Kontraste nutzen oder den sichtbaren Teil ihres Gesichts auf besondere Weise betonen.²¹

In jedem Fall tritt das Individuum durch Anonymisierung hinter die Botschaft zurück: Wenn das Protestschild das Gesicht verdeckt, handelt es sich um ein tatsächliches *Zurücktreten* des Protestsubjekts, um der expliziten Textaussage mehr Raum zu geben. Dennoch bleibt dabei keine reine Textaussage übrig. Denn trotz Anonymisierungsbestrebungen finden sich zumeist einige dezidierte Merkmale, die das Bild individualisieren. Auch bei anonymisierten Beiträgen liegt damit eine personalisierte Inszenierung vor, die sich den Sehge-

wohnheiten des Web 2.0 anpasst, indem sie die Bildkomponenten so kompakt arrangiert, dass der visuelle und sprachliche Inhalt mit einem Blick erfasst werden kann. So ist hier, wie bereits erwähnt, durchaus ein handgeschriebener Text möglich, der mit persönlichen Dingen gerahmt wird, etwa durch einen daneben liegenden Kugelschreiber oder dem Wohnzimmer im Hintergrund. Ebenso finden sich Bilder, die sich als Hand-Selfies beschreiben lassen könnten: Hände, die ein Poster oder einen Schreibblock halten, obgleich das Schriftstück einfacher hätte auf einer Tischplatte arrangiert werden können. In einzelnen Fällen wird das protestierende Subjekt geradewegs ersetzt, indem das Protest-Bild so aufgestellt wird, dass es den Anschein erweckt, eine Puppe bzw. ein Tier hielten das Bild aufrecht.

Anonymisierte Protest-Selfies ganz ohne – wie auch immer geartete – Personalisierung kommen in der Tat nicht vor. So scheint die Anonymisierung einzelner Protestkommunikate nur in einem Kontext zu funktionieren, der ansonsten eine überwiegende Personalisierung aufweist. Diese Feststellung gilt im Übrigen nicht nur für das einzelne Protestkommunikat, sondern ebenfalls in der Gesamtschau eines Selfie-Protests. Das bedeutet einerseits, dass eine Anonymisierung eines einzelnen Protest-Selfies meist mit einer irgendwie gearteten Personalisierung einhergeht. Andererseits kann auch der gesamte Selfie-Protest diesen personalisierten Kontext bilden, der dann wiederum von einzelnen anonymisierten Protest-Selfies durchbrochen werden kann. Diese Beobachtung führt zu der Vermutung, dass ein Selfie-Protest mit ausschließlich anonymisierten und wenig personalisierten Protest-Selfies nicht funktioniert.

Insgesamt ist festzustellen, dass (bisher) keine textbetonten Selfie-Proteste vorkommen, die überwiegend aus stark anonymisierten Protest-Selfies bestehen. *Textbetont* meint in diesem Zusammenhang, dass sich die Gesamtaussage des Protests aus den einzelnen individuell formulierten Aussagen der Protestierenden zusammensetzt. Im Gegensatz dazu

finden sich auch solche Selfie-Proteste, deren Hauptaussage sich im Hashtag bzw. einigen wenigen die Kommunikate begleitenden Kotexten erschöpft. Diese könnten analog als *bildbetont* bezeichnet werden. Insbesondere unter den jüngeren Selfie-Protesten finden sich unter anderem #inmyshoes²², #mombod, #dadbod und *Ma dignité n'est pas dans la longueur de ma jupe*²³, deren User_innen verschiedene Körperteile (Füße, Bauch, Beine) fotografieren und auf diese Weise gleichzeitig anonym und personalisiert sind.²⁴

3 | Schlussbemerkungen

Das Selfie – und damit auch das Protest-Selfie – ist immer auch ein Medium der Selbstdarstellung. Es bietet dem Akteur oder der Akteurin einen hohen Grad an Kontrolle über Inhalt und Inszenierung, wodurch in erhöhtem Maße bestimmt werden kann, wie andere ihn oder sie wahrnehmen sollen. Das Protest-Selfie lässt sich dabei auf zwei unterschiedliche analoge Situationen beziehen: Einerseits wirkt es als medial-vermittelte Teilnahme an einem Protest. Andererseits wird durch Protest-Selfies bewusst vormals Privates öffentlich preisgegeben, um die politische Aussage des Protests zu grundieren und zu erweitern.

Die große Anzahl der Protest-Selfies, deren Subjekte sich nur teilweise verdecken und somit auch ihre Identität nur teilweise (und nicht völlig) unkenntlich machen, zeigt offensichtlich, dass Anonymisierung nicht in jedem Fall zum Schutz der Identität eingesetzt wird. Vielmehr kann sie ebenfalls Teil einer politischen Pose sein. Andererseits zeigen die anonymisierten Beiträge, die sich um ein visuell ansprechendes Arrangement bemühen, dass sie sich – anders noch als der #wearethe99percent-Protest – gekonnt den Rahmenbedingungen des Selfie-Protests anpassen.

Die Protestform des Selfie-Protests funktioniert typischerweise vor allem durch das Mittel der Personalisierung – das Protest-Selfie verbindet idealerweise ein politisches Statement mit einer konkreten physischen Erscheinung, etwa

dem Gesicht, welches der Absender der Botschaft offensiv präsentiert. In Fällen einer Anonymisierung wird dieser persönliche Charakter von der Protestbotschaft zwar überlagert, ohne dass dabei das personalisierte Moment jedoch gänzlich verschwindet. Es ist gerade dieses personalisierte Moment, das den Selfie-Protest von anderen Formen des häufig als anonym empfundenen Netzaktivismus unterscheidet. Die Personalisierung schlägt sich einerseits in der Sichtbarkeit des protestierenden Subjekts, andererseits in dem individuellen Statement niedergeschlagen, wodurch eine aktive Partizipation ermöglicht und gefordert wird, die über ein bloßes Reproduzieren oder Distribuieren hinaus geht. Wie gezeigt werden konnte, lässt dieser personalisierte Kontext durchaus auch Anonymisierung zu. Man könnte sagen: Erst die Sichtbarkeit der Einen ermöglicht es den Anderen, ihre Identität zu verbergen.

Miriam Grohmann studierte bis 2015 an der Universität Koblenz-Landau (Campus Koblenz) Germanistik und Anglistik (Master of Education, Gymnasium). Kontakt: mgrohmann@uni-koblenz.de.

Layla Kamil Abdulsalam absolvierte an der Universität Koblenz-Landau (Campus Koblenz) ein Studium der Germanistik und Mathematik (Master of Education, Gymnasium). Kontakt: lkabdulsalam@googlemail.com.

Eva L. Wyss ist Professorin der Sprachwissenschaft und Sprachdidaktik an der Universität Koblenz-Landau (Campus Koblenz). Kontakt: wyss@uni-koblenz.de.

Anmerkungen

¹ <http://www.duden.de/rechtschreibung/Hashtag> [10.06.2015].

² Obwohl er sich im deutschsprachigen Raum bisher nicht etabliert hat, verwenden wir an dieser Stelle den Begriff People of Colour, da es keine alternative Bezeichnung gibt, die nicht rassistisch konnotiert ist: „Als Begriff bezieht sich ‚People of Color‘ auf alle rassifizierte [sic!] Menschen, die in un-

terschiedlichen Anteilen über afrikanische, asiatische, lateinamerikanische, arabische, jüdische, indigene oder pazifische Herkünfte oder Hintergründe verfügen. Er verbindet diejenigen, die durch die weiße Dominanzkultur marginalisiert sowie durch die Gewalt kolonialer Tradierungen und Präsenzen kollektiv abgewertet werden.“ (Ha 2013)

³ <http://blog.oxforddictionaries.com/press-releases/oxford-dictionaries-word-of-the-year-2013/> [31.05.2015].

⁴ <http://www.zeit.de/news/2015-05/27/frankreich-schueler-in-nizza-stellt-weltrekord-fuer-das-groesste-selfie-auf-27105608> [03.06.2015].

⁵ <http://www.oxforddictionaries.com/definition/english/selfie> [31.05.2015].

⁶ Aus Abbildung 1 geht bereits hervor, dass es sich bei Protest-Selfies keinesfalls immer um Selfies im engeren Sinne handelt. Grohmann et al. argumentieren, dass der Begriff „Protest-Selfie“ trotzdem angemessen ist: „Der Ausdruck Protest-Selfie passt dennoch gut, weil es als Protestkommunikat des Gesicht-Ziegens, des Sich-Positionierens fungiert, sowohl im physischen als auch im metaphorischen Sinne.“ (Grohmann et al. 2015: 27) Weitere Bildbeispiele finden sich in Grohmann et al. 2015.

⁷ Teilweise weicht der Hashtag von diesem Formulierungsmuster ab, etwa bei #wearealloxford bzw. #wetooarecambridge.

⁸ Der Protest #auchichbindeutschland findet auf einem Tumblr-Blog statt: <http://auchichbindeutschland.tumblr.com/> [10.06.2015].

⁹ Einen nationalen Fokus haben außerdem #ookikbennederland und #Itooamfinland, während der Selfie-Protest #Itooamsydney wiederum nur eine Stadt in den Blick nimmt.

¹⁰ Pose wird hier verstanden als eine Form der fotografisch-politischen Selbstinszenierung, die sich durch eine Musterhaftigkeit und kulturelle Verortung (jugendkulturelle, feministische, revolutionäre, etc. Pose) auszeichnet (Oevermann/Tykwer 1991).

¹¹ Im Internet hingegen gehen viele Personen fälschlicherweise davon aus, dass sie un-

bemerkt, unerkannt und daher ‚anonym‘ bleiben. Sie ahnen in der Regel nicht, dass sie beim Surfen oder Posten von Nachrichten so genannte Spuren hinterlassen, da einige Webseiten bekanntlich die IP-Adresse von Nutzern unbemerkt protokollieren oder andere Plattformen des Social Web sogar Daten sowohl an kommerzielle Interessenten sowie auch an Spionageabwehrorganisationen (z.B. NSA) weitergeben (vgl. Brodnig 2014).

¹² Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, online. <http://dwds.de/> [10.06.2015].

¹³ Tumblr ist eine Blogging-Plattform, auf der Benutzer_innen Inhalte wie Texte, Fotos, Zitate, Links und Videos mit anderen Nutzer_innen der Plattform teilen können.

¹⁴ Zuvor werden sie ihm zumeist per E-Mail zugeschickt. Das bedeutet allerdings auch, dass der Administrator die Möglichkeit hat, den Protest zu manipulieren, indem er etwa einige Beiträge zurückhält.

¹⁵ Für eine anonyme Protestpartizipation müsste sich der jeweilige Benutzer eine alternative anonyme User-Identität anlegen.

¹⁶ Insgesamt entstanden innerhalb dieser Selfie-Proteste über 2300 Protest-Selfies.

¹⁷ Zwar handelt es sich bei der Ursprungsaktion #Itooamharvard in erster Linie um Alltagsdiskriminierungen von People of Colour – in den Nachfolgeaktionen finden sich allerdings auch Hinweise auf nicht-ethnisch begründeten Alltagsrassismus.

¹⁸ <http://auchichbindeutschland.tumblr.com/>

¹⁹ Siehe dazu: <http://wearethe99percent.tumblr.com/> [10.06.2015]

²⁰ Zu dem Protest rufen einige junge Libanes_innen auf, die sich dagegen wehren, dass ihr bei einem Terroranschlag ums Leben gekommener Freund von den Zeitungen als Märtyrer bezeichnet wird.

²¹ Etwa durch Hervorhebung der Augen oder Lippen mit Make-up.

²² Verwirrenderweise werden zwei verschiedene Aktionen mit diesem Hashtag kombiniert. Gemeint ist an dieser Stelle ein Protest, der geschlechtsspezifische Schuhmoden bei Kinderschuhen kritisiert.

²³ Dieser Selfie-Protest findet auf Facebook statt, ein Hashtag konnte bisher nicht identifiziert werden. Vgl. <https://www.facebook.com/pages/Ma-dignit%C3%A9-nest-pas-dans-la-longueur-de-ma-jupe/683432101802568?ref=ts> [06.06.2015].

²⁴ Es ist zu vermuten, dass solche und eingangs aufgeführte bildbetonte Protest-Selfies wegen des fehlenden expliziten Statements gar nicht als einen politischen Inhalt transportierend erkannt werden.

Literatur

Astheimer, Jan/Neumann-Braun, Klaus; Schmidt, Axel 2011: MyFace: Die Porträtfotografie im Social Web. In: Neumann-Braun, Klaus/Autenrieth, Ulla (Hg.): Freundschaft und Gemeinschaft im Social Web. Bildbezogenes Handeln und Peergroup-Kommunikation auf Facebook & Co. Baden-Baden: Nomos, 79-122.

Autenrieth, Ulla 2014: Das Phänomen „Selkie“ – Handlungsorientierungen und Herausforderungen der fotografischen Selbstinszenierung von Jugendlichen im Social Web. In: Lauffer, Jürgen/Röllecke, Renate (Hg.): Lieben, Liken, Spielen – Digitale Kommunikation und Selbstdarstellung Jugendlicher heute. München: kopaed, 52-59.

Beywl, Wolfgang/Hartmut Brombach 1983: Kritische Anmerkungen zur Theorie der Alternativpresse. In: Publizistik, Jg. 27, Heft 4, 551-569.

Brodnig, Ingrid 2014: Der unsichtbare Mensch. Wie die Anonymität im Internet unsere Gesellschaft verändert. Wien: Czernin Verlag.

Boyd, Danah/Golder, Scott/Lotan, Gilad 2010: Tweet, Tweet, Retweet. Conversational Aspects of Retweeting on Twitter. <http://www.danah.org/papers/TweetTweetRetweet.pdf> [02.07.2015].

Fraser, Nancy 1990: Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. In: Social Text 25/26, 56-80.

Griffin, Andrew 2014: Twitter: 2014 was year of the selfie. <http://www.independent.co.uk/life-style/gadgets-and-tech/twitter-2014-was-year-of-the-selfie-9914402.html> [10.06.2015].

Grohmann, Miriam/Kamil Abdulsalam, Layla/Wyss, Eva L. 2015: Selfie-Proteste – eine emergente Praktik des Protests im Web 2.0, In: Aptum Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur, Jg. 11, Heft 1, 21-47.

Ha, Kien Nghi 2013: „People of Color“ als Diversity-Ansatz in der antirassistischen Selbstbenennungs- und Identitätspolitik. <http://heimatkunde.boell.de/2009/11/01/people-color-als-diversity-ansatz-der-antirassistischen-selbstbenennungs-und> [13.07.2015]

Mathys, Nora 2006: „Herumverschenken, austauschen, sammeln – was man mit Fotos halt so macht.“ Automatenfotos im Dienste der Freundschaft. In: Ziehe, Irene/Hägele, Ulrich (Hg.): Fotos – „schön und nützlich zugleich.“ Das Objekt Fotografie. Berlin: Lit Verlag, 251-266.

McGregor, Janyce 2015: Transgender rights bill gutted by ‘transphobic’ Senate amendment. <http://www.cbc.ca/news/politics/transgender-rights-bill-gutted-by-transphobic-senate-amendment-1.2975024> [10.06.2015].

Oevermann, Ulrich/Tykwer, Ulrich 1991: Selbstinszenierung als reales Modell der Strukturlogik von Fernsehkomunikation. Eine Analyse der >Tagesthemen< vom 2. Oktober 1990. In: Müller-Doohm, Stefan/Neumann-Braun, Klaus (Hg.): Öffentlichkeit, Kultur, Massenkomunikation: Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie. Oldenburg: BIS, 267-315.

Reichardt, Sven 2014: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren. Berlin: Suhrkamp.

Shifman, Limor 2013: Memes in Digital Culture. Cambridge, Mass./London: MIT Press.

Valentine, Ben 2013: A Survey of the Protest Selfie. <http://reader.thecivicbeat.com/2013/11/the-protest-selfie/> [05.06.2015].

Vogt, Rüdiger 1985: Peepshows – Nein danke! Subkulturelle Schreibweisen über Sexualität. In: Januschek, Franz (Hg.): Politische Sprachwissenschaft – Zur Analyse von Sprache als kultureller Praxis. Opladen: Westdeutscher Verlag, 207-232.

Wendling, Mike 2014: Twitter declares 2014 the year of the ‘selfie’. <http://www.bbc.com/news/blogs-trending-30394875> [03.06.2015]

Wie öffentlich ist das Private?

Sozialforschung in digitalen Welten zwischen Sichtbarkeit und Anonymität

Ina Alber

Der Begriff „Social Media“ – im deutschen häufig mit soziale Medien übersetzt – impliziert bereits seine Bedeutung für die Sozialforschung: In digitalen Welten, die durch Facebook, Blogs oder thematische Foren empirisch erfassbar werden, lassen sich soziales Handeln, soziale Ordnung und sozialer Wandel als Forschungsgegenstände der Soziologie untersuchen. Anders als beispielsweise bei einer durch die Sozialforschenden initiierten fokussierten Gruppendiskussion, zu der Teilnehmende eingeladen, das Gespräch moderiert und die Daten aufgezeichnet werden müssen, bieten Facebook-Gruppen oder Forumsdiskussionen bereits vorhandenes Datenmaterial, das – Zeit und Forschungsgelder schonend – den Sozialforschenden zur Verfügung steht. Auch biographische Daten, Einstellungen oder Meinungen lassen sich hier finden. Besonders zur Untersuchung des Diskurses zu aktuellen politischen Ereignissen oder der Organisation und Mobilisierung von zivilgesellschaftlich Engagierten haben die im Internet verfügbaren Daten den forschungspragmatischen Vorteil, sofort vorhanden und abrufbar zu sein.¹

Bei der Analyse dieser Daten stellt sich die forschungsethische Frage, inwiefern das teils private Material, welches (weitgehend) öffentlich zugänglich ist, auch für Forschung genutzt werden kann und soll (Saunders et al. 2015; McKee/Porter 2008). Oder anders formuliert: Wie lassen sich die im Ethikkodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) festgelegten Vereinbarungen zur Anonymisierung von Datenmaterial zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der Untersuchten (und ihrer Netzwerke)

mit der dem Internet eigenen Sichtbarkeit und Identifizierbarkeit vereinbaren?² Wie lässt sich beispielsweise politischer Aktivismus in diesem Spannungsfeld von Anonymität und Sichtbarkeit untersuchen? Und welche Chancen und Risiken ergeben sich bei der Triangulation von Methoden und Daten, die sowohl online als auch offline gewonnen wurden?

Diese forschungsethischen Fragen möchte ich im Folgenden anhand des Beispiels meiner wissenssoziologischen, qualitativen Studie zum zivilgesellschaftlichen Engagement von Menschenrechtsaktivist_innen in Polen nach 1989 (Alber 2014) diskutieren. Zunächst soll dazu das Forschungsprojekt zu zivilgesellschaftlichem Engagement in Polen kurz vorgestellt werden. Denn im Sinne der Gütekriterien einer qualitativen Sozialforschung, die Erhebungs- und Auswertungsmethoden sowie den gesamten Forschungsprozess stets gegenstandsangemessen gestaltet, können forschungsethische Fragen nur im Zusammenhang mit den jeweiligen Entstehungskontexten verständlich werden. Nach der Diskussion des Spannungsfeldes zwischen Anonymisierung und Sichtbarkeit werde ich ausgehend vom konkreten Kontext mit einem Plädoyer für einen stärkeren Einbezug einer forschungsethischen Perspektive in die Sozialforschung schließen.

1 | Forschungskontext und Projekt

Anfang der 1980er Jahre beschäftigten sich Sozialforschende wie der französische Soziologe Alain Touraine und sein Team geradezu euphorisch mit der Oppositionsbewegung der

Solidarność in Polen als basisdemokratische und zivilgesellschaftliche Handlungsmacht gegen den sozialistischen Staat (Touraine 1990). In den 1990er Jahren galt die Bedeutung der sozialen Bewegungen für den Wandel zur Demokratie und deren Konsolidierung in Polen als hervorragendes Beispiel (Merkel 2000). Doch ab den 2000er Jahren wurde im eher pessimistischen Duktus die Schwäche der ostmitteleuropäischen Zivilgesellschaften – und damit auch Demokratien – beschworen (Howard 2002; Zimmer/Priller 2004). Die meisten der letztgenannten Erkenntnisse basierten auf quantitativen Vergleichsdaten, die kaum die Perspektive der Akteur_innen einnehmen (vgl. Freise 2010). Doch wie könnte erklärt werden, dass sich innerhalb weniger Jahre der Diskurs³ über zivilgesellschaftliches Engagement in Polen so negativ entwickelt hat?

Ausgehend von dieser Beobachtung stand im Mittelpunkt meines Projektes die Forschungsfrage, wie soziale Akteur_innen, die sich im heutigen Polen selbst als zivilgesellschaftlich engagiert bezeichnen, diesen Diskurs erleben, gestalten und transformieren. Grundlegend für die Forschungsperspektive auf die Interdependenz von Akteur_innen und Diskursen ist die wissenssoziologische Prämisse einer interpretierten und intersubjektiv geteilten Sozialwelt, in die Menschen hinein sozialisiert werden. Die soziale Ordnung ist stets als objektiviertes Wissen vorhanden. Sie wird durch die typisierten und routinierten sozialen Handlungen immer wieder reproduziert und dabei aber auch transformiert, was sozialen Wandel bedingt (Schütz/Luckmann 2003; Berger/Luckmann 2004).

Zur Untersuchung dieser Transformation von Deutungs- und Handlungsmustern auf Ebene der Aktivist_innen sowie des wissenschaftlichen Diskurses wurde ein Forschungsdesign gewählt, das biographietheoretische (Rosenthal 1995) und diskursanalytische Methoden (Keller 2008) trianguliert (Flick 2004). Für das Fallbeispiel der polnischen Zivilgesellschaft ist der Faktor des sozialen Wandels durch die um 1989 auftretenden gesellschaftlichen Transformationen der politischen und wirtschaftlichen Ord-

nungen verstärkt. Doch trotz dieser veränderten Rahmenbedingungen handeln die Menschen weiterhin auf Grundlage ihrer biographisch etablierten und bewährten Handlungs- und Deutungsmuster (Oevermann 1973; Fischer et al. 2002; Schetsche/Schmied-Knittel 2013). Die diskurstheoretische Perspektive legt den Fokus darauf, Macht- und Wissensordnungen zu rekonstruieren, die Positionierungen und Handlungsmöglichkeiten im Diskurs der Zivilgesellschaft vorgeben. Im sozialen Konstrukt der Biographie werden Erfahrungen im dialektischen Verhältnis mit intersubjektiv geteilten Wissensbeständen in ein soziales Ordnungs- und Orientierungsmuster integriert. In biographischen Erzählungen können diese empirisch erhoben werden (Fischer 1978: 313ff; Fischer-Rosenthal/Rosenthal 1997: 406; Schiebel 2011: Abs. 25). Durch biographische Fallrekonstruktionen besteht die Möglichkeit, nicht nur Aussagen über aktuelle Motivationslagen, beispielsweise für zivilgesellschaftliches Engagement, zu treffen. Auch die Genese der Deutungs- und Handlungsmuster, die zu diesem spezifischen sozialen Handeln führten, kann rekonstruiert werden.

Konkreter heißt das, dass ich zum einen in Form von biographisch-narrativen Interviews mit Zivilgesellschaftsaktivist_innen Daten erhoben habe, die dann unter Einbezug weiterer Quellen ausgewertet wurden. Zum anderen habe ich fallnahe Diskursmaterialien wie Informationsbroschüren, Berichte, wissenschaftliche Literatur oder Homepages von Menschenrechtsorganisationen in Polen untersucht. Als besonders wertvolles fallnahe Datenmaterial erwiesen sich dabei die zahlreichen Blogs, Facebook-Gruppen und thematischen Foren, auf die mich meine Interviewpartner_innen verwiesen und in denen sie selbst aktiv sind⁴. Es konnte rekonstruiert werden, dass der Diskurs der Zivilgesellschaft durch die neuen Möglichkeiten der sozialen Medien in verstärktem Maße von den Zivilgesellschaftsaktivist_innen selbst bestimmt, gestaltet und transformiert werden kann. Im Hinblick auf die Publikation dieser fruchtbaren Ergebnisse ergaben sich durch die

Verwendung der Onlinequellen jedoch Herausforderungen bei der Anonymisierung, die im Folgenden näher beleuchtet werden.

2 | Das Prinzip der Anonymisierung

Zur Praxis der Sozialforschung gehört es, die persönlichen Daten der Interviewten oder Beobachteten, die in der qualitativen Sozialforschung den Forschenden selbst in der Regel bekannt sind, zu anonymisieren, d.h. die Forschungspartner_innen sind in Publikationen und wissenschaftlichen Vorträgen nicht zu identifizieren. So werden auch Rückschlüsse auf ihre jeweiligen Verwandten, Bekannten und Kolleg_innen verhindert, über die wir in der Datenerhebung viele Informationen erhalten, die aber niemals der Veröffentlichung ihrer Daten zugestimmt haben. Sollten aus einem sozialen Netzwerk mehrere Personen interviewt worden sein (beispielsweise nach dem Schneeballprinzip), dann sollten sie sich auch untereinander nicht erkennen (Saunders et al. 2014: 2ff.; Tolich 2004). Diese Vereinbarungen haben Eingang in die Ethikkodizes verschiedener Berufsverbände auf nationaler und internationaler Ebene gefunden und gehören zum Common Sense der internationalen Forschungsgemeinschaft (DGS 2014; BSA 2002; ISA 2001). So heißt es im Ethikkodex der DGS (2014) unter §2 „Rechte der Proband_innen“: „Die Anonymität der befragten oder untersuchten Personen ist zu wahren.“

Über diese fixierten generellen Regeln und Empfehlungen hinaus entstehen im Laufe von Forschungsprojekten häufig weitere forschungsethische Fragen, die jeweils am konkreten Fall gegenstandsangemessen diskutiert und lösungsorientiert behandelt werden sollten (Unger et al. 2014: 2; Saunders et al. 2014). Für mein Forschungsprojekt war für die Praxis der Biographieanalyse von Beginn an klar, dass die Namen der Interviewpartner_innen bereits im ersten Konservierungsschritt, den Gesprächsnoten, durch ein Pseudonym ersetzt werden sollten. Dies galt auch für die Namen von Familienangehörigen und Freund_innen.

Orte und andere Daten wurden als wichtige Kontextinformationen für die Analyse beibehalten. Bei der gemeinsamen Auswertung in Interpretationsgruppen setzte dies auch gegenseitiges Vertrauen der Forschenden voraus (Alber 2015). Für die mündliche oder schriftliche Veröffentlichung wurden gegebenenfalls Orte verändert oder nicht erwähnt. Denn es interessierte der soziologische Fall und nicht die konkrete, historische Person. Da die in den biographisch-narrativen Interviews erhobenen Daten als Audiodatei vorlagen, transkribiert wurden und Textausschnitte zum Beleg von Argumenten oder Hypothesen in der Regel nicht zugeordnet werden konnten, war eine Anonymisierung und Unkenntlichmachung auch hier möglich.

Ungleicher schwieriger gestaltete sich dies jedoch bei der Verwendung von fallnahen Diskursmaterialien wie Facebook-Postings oder den Homepages der Organisationen, in denen die jeweiligen Aktivist_innen engagiert sind. Hier hätte ein publiziertes Zitat durch eine einfache Internetsuchanfrage sofort auf die jeweilige Seite verwiesen. Gerade bei kleineren Organisationen, die oft nur aus wenigen hauptamtlichen Mitgliedern bestehen, wäre ein Rückschluss auf die interviewte Person sehr leicht möglich gewesen (Saunders et al. 2015). Dies hätte bedeutet, dass nicht nur die im öffentlich zugänglichen Internet verfügbaren Daten über diese Person bekannt geworden wären, sondern durch die Triangulation dieses Materials mit den Interviewtranskripten auch Details über die Aktivist_innen verfügbar gewesen wären, die niemals un-anonymisiert für die Veröffentlichung gedacht waren.

Gerade wenn die öffentlich im Internet verfügbaren Daten durch die sozialforscherische Triangulation zu weiteren Erkenntnissen über Personen(kreise) und Familien führen, die ansonsten in der privaten Sphäre geschützt gewesen wären, kann ich dies als Wissenschaftlerin moralisch nicht vertreten. Ich folge damit für die qualitative Sozialforschung einem aus der Medizinethik (Beauchamp/Childress 2001) stammenden Prinzip, das Autonomie, Wohl der

Forschungspartner_innen und Schadensvermeidung in das Zentrum stellt. Mit anderen ethischen Konzepten wird hingegen argumentiert, dass es wichtiger sei, den Erkenntnisgewinn für die Allgemeinheit über den Schutz persönlicher Rechte einzelner zu stellen (vgl. Wiles 2013).⁵ Besonders im historischen Kontext Polens mit der Geschichte von staatlicher Überwachung durch den kommunistischen Staat war eine besondere Sensibilität im Umgang mit privaten Informationen gefragt. Einige der Befragten hatten in ihrer eigenen Familien- oder Lebensgeschichte durch Bespitzelung das Veröffentlichen von privaten Informationen und staatliche Repressions- und Einschüchterungsversuche (48-Stunden-Haft, Berufsverbot) erlebt, weshalb dem Schutz der Privatsphäre hier eine besondere Bedeutung zukommt.

Die Sozialforschung steht also gerade in einem Bereich wie der Untersuchung zivilgesellschaftlichen Engagements, das von Sichtbarkeit und Publicity lebt, in dem aber das Prinzip der Anonymisierung für digital verfügbares Textmaterial kaum durchführbar ist, vor großen Herausforderungen. Dies möchte ich anhand des Beispiels der polnischen Krytyka Polityczna (dt. Politische Kritik) und der dort Engagierten diskutieren.

3 | Engagementforschung zwischen Sichtbarkeit und Anonymität

Wie bereits dargestellt, ist der sozialwissenschaftliche Diskurs zur polnischen Zivilgesellschaft von Interpretationen geprägt, die dem postkommunistischen Land im internationalen Vergleich eine negative Entwicklung im Hinblick auf zivilgesellschaftliche Prozesse bescheinigen. Bei meiner qualitativen Sozialforschung zum Deutungsmuster zivilgesellschaftlichen Engagements in Polen konnte ich jedoch feststellen, dass sehr viele Aktivitäten stattfinden, die durch den Diskurs der Zivilgesellschaft geprägt werden und selbigen gestalten, die aber nicht immer in die traditionellen (westlichen) Kategorien fallen. Ein Beispiel liefert dafür das Netzwerk der Krytyka Polityczna, das seit 2002

in Polen in der Tradition der „engagierten polnischen Intelligenz“ – so die Eigenbezeichnung – für die Herstellung von Öffentlichkeit, die Schaffung eines linken politischen Diskurses, für soziale Gerechtigkeit und vielfältige politische sowie künstlerische Aktivitäten eintritt. Charismatischer ‚Kopf‘ des in lokalen Clubs, verschiedenen Vereinigungen oder einem eigenen Verlagshaus organisierten Netzwerkes ist der Soziologe und Publizist Sławomir Sierakowski (Krytyka Polityczna 2015). Alle Informationen über ihn stammen aus Quellen, die für die Öffentlichkeit gedacht sind. Ich gehe davon aus, dass sich Sławomir Sierakowski als Person des öffentlichen Interesses der Konsequenzen dieser Veröffentlichungen im Rahmen des Möglichen auch bewusst ist.⁶

Neben ihm habe ich andere Aktivist_innen aus dem Umfeld der Krytyka Polityczna untersucht, die mit mir den *informed consent* eingegangen waren, dass ihre Daten nur in maskierter Form genutzt werden. Hier möchte ich das (in Teilen fiktive) Beispiel von Magda Kowalska⁷ anführen, mit der ich ein biographisch-narratives Interview geführt habe. In dieser vertraulichen Situation des Offline-Interviews habe ich viele Details über ihre Familiengeschichte, traumatisierende Ereignisse und von Drogenkonsum in der Familie erfahren. Sie verwies auf die Antiglobalisierungsnetzwerke, in denen sie aktiv ist und ermutigte mich, die Aktionen, die dort on- und offline veranstaltet wurden, näher anzuschauen. Diese Erkenntnisse über ihr zivilgesellschaftliches Engagement waren für die Rekonstruktion ihrer Deutungs- und Handlungsmuster von zentraler Bedeutung. Wie auch bei den anderen untersuchten Zivilgesellschaftsaktivist_innen ist die Herstellung von Öffentlichkeit für ihre Interessen und Ziele essentieller Bestandteil des Engagements: Soziale Medien werden nicht nur genutzt, um sich mit ähnlich Interessierten aus anderen Städten oder Ländern zu vernetzen, sondern auch, um aus der Alltagswelt bekannte Menschen untereinander zu organisieren. Sie stellen nicht bloß eine Digitalisierung von materiellen Papierflugblättern oder Pamphleten

dar, sondern bieten die technischen Möglichkeiten eines viel schnelleren Kommunizierens und Interagierens. Jedoch werden gerade bei Facebook die privaten und öffentlichen Inhalte, Themen und Informationen auf neue Art und Weise vermischt.⁸ Hier lässt sich also das Phänomen der digitalen Sichtbarkeit gut beobachten.

Aus Gründen der Anonymisierung habe ich darauf verzichtet, Texte oder Bilder von diesen Aktivitäten als Belege für meine Hypothesen anzuführen, da diese ein leichtes Auffinden der historischen Person, die hinter dem soziologischen Fall „Magda Kowalska“ steht, ermöglicht hätten. Diese Entscheidung wurde dadurch bestärkt, dass auch wissenschaftliche Ergebnisse nicht länger nur in Offline-Bibliotheken aufbewahrt werden. Vielmehr sind sie über Open-Access-Formate und Plattformen wie academia.edu oder researchgate.net immer leichter aufzufinden – was im Sinne der öffentlichen Förderung der meisten Projekte sehr begrüßenswert ist. Doch damit haben auch Internetsuchmaschinen zu bestimmten Zitaten und ‚Profilen‘ weitaus mehr Möglichkeiten als noch vor einigen Jahren. Die Folgen dieser erweiterten Informationsmöglichkeiten sind für die Zivilgesellschaftsaktivist_innen oder Sozialforschenden zwar noch nicht absehbar, zwei mögliche Szenarien möchte ich dazu aber kurz ausführen:

Das erste Szenario betrifft die Rekonstruktion von persönlichen Details im Rahmen der Recherchen von anderen politischen Gruppierungen. Nicht nur Vertreter_innen einer inklusiven, toleranten Auffassung von Zivilgesellschaft haben Zugriff auf wissenschaftliche Informationen, auch exklusive und gewaltbereite Organisationen nutzen selbiges für Gegenaktionen. In Polen kam es beispielsweise im Zusammenhang mit den „Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag“ seit November 2011 zu massiven Ausschreitungen zwischen linken Organisationen wie Anhänger_innen der Krytyka Polityczna und nationalistischen, rechten Organisationen wie der Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska) oder des Nationalra-

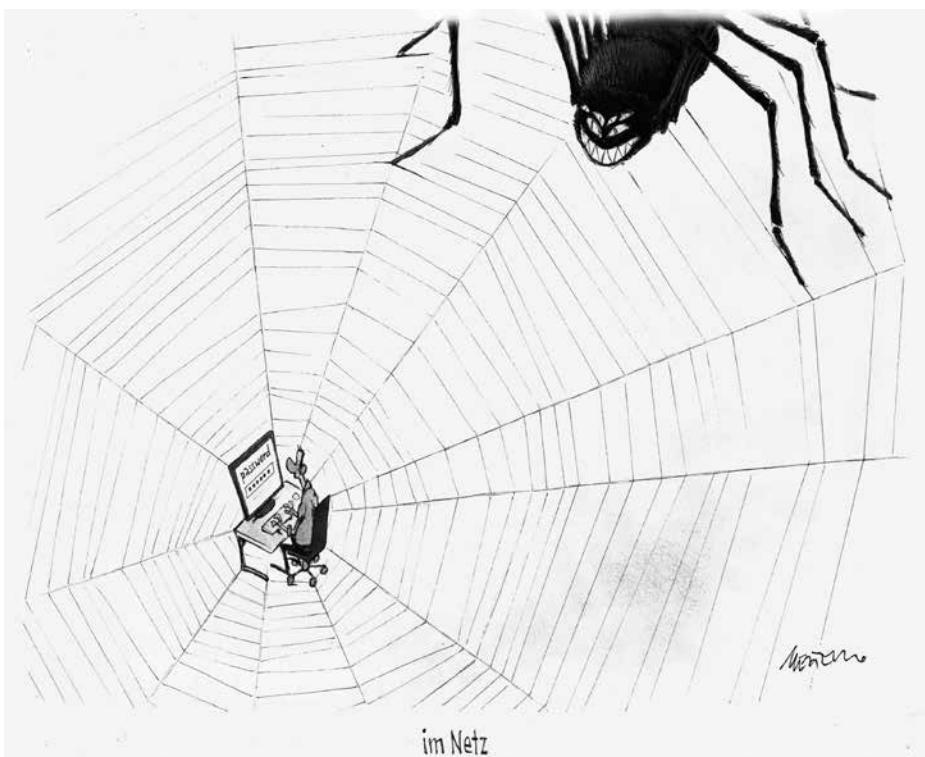
dikalen Lagers (Obóz Narodowo-Radykalny). Pro- und Epilog zu diesen materiellen Auseinandersetzungen finden sich auch in der digitalen Welt.⁹ Diese Beiträge bieten eine wichtige und gute Quellenbasis zur Untersuchung von Diskursen und sozialen Bewegungen, sobald sie aber Rückschlüsse auf konkrete Personen zulassen, die wiederum Angriffsziele von Hasskampagnen o.ä. werden könnten, ist ein sensibler Umgang gefragt.

Das zweite Szenario zielt auf die Rekonstruktion von persönlichen Profilen durch staatliche Behörden. Magda Kowalska berichtete im Interview davon, dass sie vom polnischen Verfassungsschutz mehrfach aufgrund ihrer Antiglobalisierungsaktivitäten zu „Treffen“ eingeladen wurde. Bei den Recherchen fand ich weitere Hinweise darauf, wie sie sich nach diesem staatlichen Einmischungsversuch auf pl.indymedia.org und in einschlägigen Foren äußerte. Es hätte die Möglichkeit bestanden, auch die Netzwerkkontakte zu rekonstruieren, die ihr Solidarität zusichern, und aus diesen Zusammenhängen zu zitieren, um die Organisation von Zivilgesellschaft gegen staatliche Repression nachzuzeichnen. Diese Informationen sind Teil der Internetöffentlichkeit, wären aber auf die konkrete Person zurück zu verfolgen. Wenn ich dies nun in Verbindung mit meinen Kenntnissen über die Familiengeschichte und Drogenkonsum in einem Open-Access-Journal unter dem Stichwort „Biographies of anti-globalist activists in Poland“ veröffentliche, liest vielleicht auch jemand aus Magdas Bekanntenkreis die Fallrekonstruktion. Die Person findet das Online-Zitat im Forum, kombiniert Pseudonym und konkreten Fall, postet den Link auf Magdas Blog als Kommentar und spricht sie auf den Drogenkonsum an. Stünde Magda weiterhin unter Verfassungsschutzbeobachtung, würden hier Informationen zur Verfügung gestellt, die niemals für die Öffentlichkeit gedacht und zwar pseudonymisiert, aber nicht unkenntlich gemacht worden waren. Selbst die Forscherin könnte ins Visier der Verfassungsbehörde gelangen und um die Herausgabe weiteren Materials gebeten werden.

Dass dies kein rein fiktives Beispiel ist, sondern tatsächlich passieren kann, zeigt das Beispiel des „Boston College (USA) Belfast Projects“. Die in einem Oral-History-Projekt gesammelten und am Boston College archivierten Geschichten von ehemaligen Irish Republican Army (IRA)-Mitgliedern wurden von der britischen Staatsanwaltschaft angefordert. Nach einem langen internationalen Rechtsstreit gab das College die Bänder frei. Der universitären Einrichtung drohen nun Klagen von Seiten der Forschungspartner_innen, und in der (institutionalisierten) Wissenschaftswelt bleibt die Frage, wie mit dem immer umfassenderen Gebot der Archivierung von Daten einerseits und den nicht abzusehenden rechtlichen Folgen andererseits umzugehen sei.¹⁰ Ganz grundsätzlich besteht also das forschungsethische und juristische Problem, wie besonders bei der Forschung mit gefährdeten Gruppen eine Balance

zwischen Veröffentlichung, Vertraulichkeit und Wissenschaftsfreiheit im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit gefunden werden kann.

Als genereller Lösungsansatz bleibt meines Erachtens, bei der Darstellung der Ergebnisse von qualitativen Studien keine im Internet auffindbaren Textzitate zu verwenden, sondern verfremdet¹¹ oder zusammenfassend zu zitieren¹². Die akademische Leser_innenschaft kann so zwar nur abstrakt nachvollziehen, was ich als Forscherin an Datenmaterial aus der digitalen Welt untersucht habe, aber das von mir untersuchte Sampling bleibt weiterhin durch Anonymisierung geschützt. Wie in Zukunft generell mit diesen Datenmaterialien umzugehen ist, bleibt eine für die (qualitative) Sozialforschung zu diskutierende Frage. Abschließend möchte ich daher einige Schlussfolgerungen zum Umgang mit Sozialforschungsdaten aus digitalen Welten ziehen.



3 | Plädoyer

Für die Sozialforschung stellen in digitalen Welten verfügbare Daten wertvolles Material dar. Doch bei der Kombination von on- und offline erhobenen Daten kommt es zur Herausforderung, zwischen Anonymisierung und Sichtbarkeit von Forschungsergebnissen abzuwählen. Ich möchte daher mit drei Argumenten für einen sensiblen Umgang mit digital verfügbaren Sozialforschungsdaten plädieren.

1. Die im World Wide Web verfügbaren Informationen sind in der Regel an Öffentlichkeiten adressiert. Daraus kann gefolgt werden, dass sie auch den Sozialforschenden prinzipiell zur Verfügung stehen. Doch im Bereich der sozialen Medien mit Registrierungen für bestimmte Bereiche von Websites, bei Facebook mit den Unterscheidungen von öffentlich und „nur für Freunde“ oder bei Blogs, die passwortgeschützt sind, begeben wir uns in eine Grauzone. Denn wenn ich mich als Forscherin mit meinen Forschungspartner_innen zur Kontaktaufnahme oder auch zum weiteren Austausch bei Facebook befreunde und dann auch Einblicke in deren Privatleben erhalte, liefert mir dies zwar aufschlussreiche Erkenntnisse über den soziologischen Fall. Aber ich würde bei der Veröffentlichung dieser Ergebnisse unter Umständen das Vertrauen missbrauchen, weil diese Daten nicht in einem klar geregelten Rahmen (wie im Interview mit einem informed consent) erhoben wurden. Selbst wenn ich mich in vielen Fällen an Anonymisierungspraktiken halte, dem Ethikkodex und vor allem den juristischen Datenschutzrichtlinien folge, besteht immer noch ein großer Spielraum, in dem ich als Sozialforscherin selbst entscheiden muss, inwiefern mir spektakuläre Ergebnispräsentationen und Enthüllungen oder auch nur die lückenlose Nachvollziehbarkeit der Forschungsergebnisse wichtiger wären als der Schutz der Privatsphäre meiner Forschungspartner_innen. Hier plädiere ich für eine mit allen an der Forschung Beteiligten auszuhandelnde Vorgehensweise, die Regelungen anstrebt, die

in bestimmten Fällen über die bislang anerkannten Datenschutzrichtlinien hinausreichen.

2. Gerade bei der Triangulation von Methoden und Daten, die on- und offline erhoben wurden, ist es von Bedeutung, dass Personenangaben maskiert werden. Auch wenn politische Aktivist_innen ein Interesse an Sichtbarkeit – sogar in wissenschaftlichen Publikationen – haben, so stehen hier die Sozialforschenden in der Verantwortung, die nicht absehbaren und nicht intendierten Folgen von Forschung abzuschätzen und deshalb das bewährte Anonymisierungsprinzip anzuwenden. Denn zum einen werden Daten immer nur als Analysen veröffentlicht, die wiederum von anderen, vor allem Gegner_innen, anders interpretiert und gegen die Verfasser_innen verwendet werden können. Zum anderen werden häufig auch Informationen über Familienangehörige, Kolleg_innen oder Freund_innen der untersuchten preisgegeben, deren Veröffentlichung diese niemals zugestimmt haben. Die Folgen sind für das soziale Alltagsleben nicht absehbar, weshalb Anonymisierung auf verschiedenen Ebenen für an der Forschung Beteiligte und deren jeweilige Netzwerke eine Schutzfunktion erfüllt.

3. Ausgehend von den zuvor genannten Punkten plädiere ich abschließend dafür, forschungsethische Fragen in alle Sozialforschungsprojekte in digitalen (und materiellen) Welten von der Antragsstellung bis zur Endpublikation einzubeziehen. Da sich technische Möglichkeiten, Gesetzeslagen oder Forschungspartnerschaften immer wieder verändern, kann meines Erachtens eine generelle Regel nur lauten, forschungsethischen Betrachtungen genügend Raum zu geben. Pragmatische Antworten und Lösungen sollten jeweils gegenstandsangemessen bezogen auf das konkrete Forschungsprojekt gefunden werden (Unger 2014; Saunders et al. 2014). Diese müssen ebenso wie auch die inhaltlichen Aspekte der Forschung publiziert und damit anderen zugänglich gemacht werden, um für die Nachvollziehbarkeit der angewendeten (Anonymisierungs-)Methoden zu sorgen und gegebenenfalls auch als Inspi-

ration und Diskussionsgrundlage für weitere Sozialforschung zu dienen. Keinesfalls aber sollte Forschung in digitalen Welten vorsorglich unterlassen oder gar verhindert werden, nur um keine forschungsethischen Probleme hervorzurufen. Vielmehr ist es geradezu die Pflicht der Sozialforschung, auch diese digitalen sozialen Ordnungen, Handlungen und Wandlungen in den Fokus der Analyse zu rücken.

Ina Alber ist Sozialwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Ostmitteleuropaforschung an der Universität Göttingen. Kontakt: ina.alber@sowi.uni-goettingen.de

Anmerkungen

¹ Dies trifft in verschärfter Form für Twitter-Beiträge (Siri/Seßler 2013) oder auf Live-Coverage politischer Veranstaltungen zu (vgl. bspw. Untersuchungen zum EURO-MAIDAN (Contemporary Ukraine Research Forum 2014)). In diesem Beitrag beschränke ich mich jedoch auf Facebook, Blogs und Webseiten.

² Der gemeinsame Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und des Berufsverbandes Deutscher Soziologinnen und Soziologen (BDS) existiert seit 1992 mit dem Ziel, ein Bewusstsein für die „ethischen Implikationen soziologischer Wissensproduktion, -verwendung und -weitergabe“ zu schaffen (Präambel). In Bezug auf die „Rechte der Proband/innen“ wird unter anderem gefordert, dass „Personen, die in Untersuchungen als Beobachtete oder Befragte oder in anderer Weise, z.B. im Zusammenhang mit der Auswertung persönlicher Dokumente, einbezogen werden, [...] durch die Forschung keinen Nachteilen oder Gefahren ausgesetzt werden“ dürfen (DGS 2014 § 2, Abs. 5).

³ Diskurse verstehe ich im Sinne der wissenschaftssoziologischen Diskursanalyse (Keller 2008) als historisch institutionalisierte Rede- und Handlungsweisen, die soziale Ordnung schaffen, soziales Handeln strukturieren und durch selbiges hervorgebracht werden.

In diesem Verständnis wird auch Zivilgesellschaft als Diskurs konzipiert, der durch soziale Akteur_innen und durch den vice versa soziale Wirklichkeit konstruiert wird (Alber 2014). Für eine ausführliche Darstellung der politischen und ideengeschichtlichen Entwicklung des Diskurses der Zivilgesellschaft im Sinne einer Begriffsgeschichte vgl. Klein 2001.

⁴ Diese digitalen Welten fungierten aber nicht als Ersatz für Engagement ‚auf der Straße‘, sondern sollten als komplementäre Elemente in der zivilgesellschaftlichen Kommunikation verstanden werden. Im Internet wird zu einer Aktion aufgerufen, die in einem Park stattfindet, anschließend wird über das Ereignis mit Posts und Bildern berichtet und von anderen das Handeln kommentiert.

⁵ Hierzu gelten als Beispiele aus der (qualitativen) Sozialforschung Laud Humphreys Undercover-Studie zu Homosexuellen in den USA oder das Milgram-Experiment (Wiles 2013).

⁶ Dabei nehme ich an, dass er für die Veröffentlichungen auf eigenen Seiten über sich selbst auch verantwortlich ist. Gerade im Umfeld von politisch Aktiven und professionellen Politiker_innen ist diese Deckungsgleichheit zwischen Off- und Online-Personen keine Selbstverständlichkeit (vgl. etwa Siri/Seßler 2013: 28ff).

⁷ Name und Angaben zur Biographie maskiert.

⁸ Vgl. zu den unterschiedlichen privaten und öffentlichen Sphären in der digitalen Welt bspw. die Untersuchung zu „Massively multiplayer online games“ wie Second Life von McKee/Porter 2008.

⁹ Vgl. für die politisch linken Seiten: 11listopada.org (2013): Dlaczego demonstруємо [Deshalb demonstrieren wir], www.11listopada.org/dlaczego [26.05.2015]; Krytyka Polityczna (2011): Artyści zapraszają na wiec Kolorowa Niepodległa [Künstler laden zur „Bunten Unabhängigkeitversammlung“], www.krytykapolityczna.pl/Opinie/Artysci-zapraszajana-wiec-Kolorowa-Niepodlegla-menuid-183.html [26.05.2015]; für die nati-

onalistischen, rechten Seiten: Narodowcy.net (2011): Ekstremizm i kłamstwa Krytyki Politycznej [Extremismus und Lügen der Krytyka Polityczna], narodowcy.net/archiva/4427-ekstremizm-i-klamstwa-krytyki-politycznej [05.05.2012]; MarszNiepodleglosci.pl: Historia Marszu Niepodległości [Geschichte des Unabhängigkeitsmarsches], marszniepodleglosci.pl/historia-marszu-niepodleglosci/ [26.05.2015].

¹⁰ Vgl. dazu ausführlicher den Blog „The Belfast Project, Boston College, and a Sealed Subpoena“. bostoncollegesubpoena.wordpress.com/ [28.05.2015]; auch: Marcus 2014.

¹¹ Vgl. zu verschiedenen Techniken wie die Zuordnung verschiedener Zitate zu unterschiedlichen Personen oder die Nennung von [Religion] statt „Buddhist“ oder „Katholikin“ Saunders et al. 2014.

¹² Somit würde das Gütekriterium der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit um den Aspekt des Textbelegs gekürzt – zu Gunsten der Anonymisierung (vgl. dazu ausführlich Alber 2015).

Literatur

Alber, Ina 2014: Zivilgesellschaftliches Engagement unter Transformationsbedingungen in Polen. Ein biographietheoretischer und diskursanalytischer Zugang (Georg-August-Universität: Dissertation). Göttingen.

Alber, Ina 2015 [im Erscheinen]: BiographInnen als DiskursakteurInnen. Forschungs-ethische Überlegungen zur biographischen Webpräsenz. In: FQS – Forum Qualitative Sozialforschung.

Beauchamp, Tom L./Childress, James F. 2001: Principles of biomedical ethics. New York, N.Y.: Oxford University Press.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas 2004: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer.

British Sociological Association (BSA) 2002: Statement of Ethical Practice for the British Sociological Association. www.britsoc.

co.uk/about/equality/statement-of-ethical-practice.aspx [27.05.2015].

Contemporary Ukraine Research Forum 2014: Maydan 2013-2014. Role of social media in societal transformation. euromaidan-researchforum.ca/affiliated-projects/maydan-2013-2014-role-of-social-media/ [28.05.2015].

Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) 2014: Ethik-Kodex. www.sozиologie.de/de/die-dgs/ethik-kommission/ethik-kodex.html [10.03.2015].

Fischer, Ute L./Großer, Caroline/Liebermann, Sascha 2002: Die Beharrlichkeit der Deutungsmuster. Handlungsprobleme und erwerbsbezogene Deutungsmuster unter Bedingungen der Transformation in Sachsen. In: Journal für Psychologie, Jg. 10, Heft 3, 249-278.

Fischer, Wolfram 1978: Struktur und Funktion erzählter Lebensgeschichten. In: Kohli, Martin (Hg.): Soziologie des Lebenslaufs. Darmstadt [u.a.]: Luchterhand, 311-336.

Fischer-Rosenthal, Wolfram/Rosenthal, Gabriele 1997: Warum Biographieanalyse und wie man sie macht. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssociologie, Jg. 17, Heft 4, 405-427.

Flick, Uwe 2004: Triangulation. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.

Freise, Matthias 2010: Zivilgesellschaft und Engagementpolitik in den neuen Mitgliedsstaaten der EU. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuss, Birger (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS Verlag, 437-456.

Howard, Marc M. 2002: The weakness of civil society in post-communist Europe. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

International Sociological Association (ISA) 2001: Code of Ethics. Approved by the International Sociological Association Executive Committee. www.isa-sociology.org/about/isa_code_of_ethics.htm [27.05.2015].

Keller, Reiner 2008: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: VS Verlag.

Klein, Ansgar 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und de-

- mokratietheoretische Bezüge der neueren Begegnungsverwendung. Opladen: Leske + Budrich.
- Krytyka Polityczna* 2015: O NAS [Über uns]. www.krytykapolityczna.pl/krytykapolityczna [24.05.2015].
- Marcus, Jon* 2014: Oral history: where next after the Belfast Project? In: Times Higher Education vom 05.06.2014. <https://www.timeshighereducation.co.uk/features/oral-history-where-next-after-the-belfast-project/2013679.article> [29.05.2015].
- McKee, Heidi A./Porter, James E.* 2008: Playing a Good Game. Ethical Issues in Researching MMOGs and Virtual Worlds. In: International Journal of Internet Research Ethics, Jg. 2, Heft 1, 6-37.
- Merkel, Wolfgang* (Hg.) 2000: Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske + Budrich.
- Overmann, Ulrich* 1973: Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern. <http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/volltexte/2005/533/pdf/Struktur-von-Deutungsmuster-1973.pdf> [23.11.10].
- Rosenthal, Gabriele* 1995: Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen. Frankfurt/Main: Campus-Verlag.
- Saunders, Benjamin/Kitzinger, Jenny/Kitzinger, Celia* 2014: Anonymising interview data. challenges and compromise in practice. In: Qualitative Research, online before print 23.09.2014, DOI: 10.1177/1468794114550439.
- Saunders, Benjamin/Kitzinger, Jenny/Kitzinger, Celia* 2015: Participant Anonymity in the Internet Age. From Theory to Practice. In: Qualitative Research in Psychology, Jg. 12, Heft 2, 125-137.
- Schetsche, Michael/Schmied-Knittel, Ina* 2013: Deutungsmuster im Diskurs. Zur Möglichkeit der Integration der Deutungsmusteranalyse in die Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Zeitschrift für Diskursforschung, Jg. 1, Heft 1, 24-45.
- Schiebel, Martina* 2011: Diskursive und biografische Konstruktion politischer Staatsfeind/innen. Kommunistinnen und Kommunisten in der frühen Bundesrepublik Deutschland. In: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, Jg. 12, Heft 2, Art. 27.
- Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas* 2003: Strukturen der Lebenswelt. Konstanz: UVK.
- Siri, Jasmin/Sefler, Katharina* 2013: Twitterpolitik. Politische Inszenierungen in einem neuen Medium. medienpolitik.eu/cms/media/pdf/Twitterpolitik.pdf [25.09.2015].
- Tolich, Martin* 2004: Internal Confidentiality: When Confidentiality Assurances Fail Relational Informants. In: Qualitative Sociology, Jg. 27, Heft 1, 101-106.
- Touraine, Alain* 1990: Solidarity. The analysis of a social movement. Poland, 1980-1981. Cambridge: Cambridge Univ. Pr.
- Unger, Hella v.* 2014: Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Grundsätze, Debatten und offene Fragen. In: Unger, Hella v./Narimani, Petra/M'Bayo, Rosaline (Hg.): Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Reflexivität, Perspektiven, Positionen. Wiesbaden: VS Verlag, 15-39.
- Unger, Hella v./Narimani, Petra/M'Bayo, Rosaline* 2014: Einleitung. In: Unger, Hella v./Narimani, Petra/M'Bayo, Rosaline (Hg.): Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Reflexivität, Perspektiven, Positionen. Wiesbaden: VS Verlag, 1-14.
- Wiles, Rose* 2013: What are qualitative research ethics? London: Bloomsbury Academic.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard* (Hg.) 2004: Future of civil society. Making Central European nonprofit organizations work. Wiesbaden: VS Verlag.

Verschlüsselt, vernetzt, verletzlich – Aktivist_innen über Sichtbarkeit und Anonymität¹

Kurzinterviews mit Volker und Stefan, Antje Schrupp, Stephan Urbach und yetzt

Jana Ballenthien/Alexander Hensel

Der Austausch von Bewegung und Forschung ist, so auch das Credo dieser Zeitschrift, elementar. Während Forscher_innen für Bewegungen Außenbeobachtungen, Detailanalysen oder historische Reflexionen zur Verfügung stellen können, profitiert auch Wissenschaft vom Austausch mit Aktivismus: Etablierte Perspektiven und Wissensbestände müssen überprüft, aktualisiert und weiterentwickelt werden, denn nicht selten hinkt Forschung den sozialen, politischen oder kulturellen Veränderungen aufgrund ihrer Produktionsbedingungen und Routinen schlicht hinterher. Dies gilt für Bewegung und Protest im Internet umso mehr, deren technische und kulturelle Entwicklungen sich oftmals rasant und schubhaft vollziehen, während soziale und politische Formationen im Netz nicht selten kurzlebig und fragil erscheinen.

Während in früheren Phasen der Netzkultur eher Potenziale und neue Möglichkeiten des Internets beschrieben wurden, stehen derzeit eher Herausforderungen und Probleme im Vordergrund (vgl. die Beiträge von Kathrin Ganz sowie Ulrich Dolata/Jan-Felix Schrape in diesem Heft), die sich sowohl aus Sichtbarkeit als auch aus Anonymität ergeben: Persönliche Verletzbarkeit, Wellen anonymer An- und Übergriffe von politischen Gegner_innen, die Erosion der Grenzen von Subkultur und Teilöffentlichkeiten, privatwirtschaftliche wie staatliche Überwachung oder gar politische Verfolgung. Die Umgangsweisen von Aktivist_innen mit diesen Herausforderungen

der digitalen Sichtbarkeit, ihre konkreten Befürchtungen und Erfahrungen variieren jedoch erheblich.

Für uns als Forschende wirft das Phänomen der digitalen Sichtbarkeit nicht nur eine Reihe von inhaltlichen Fragen, sondern weist ebenso auf derzeit unbeantwortete Herausforderungen für die empirische Sozialforschung hin (vgl. den Beitrag von Ina Alber in diesem Heft). Vor diesem Hintergrund wurde bereits auf der diesem Themenschwerpunkt vorausgehenden Tagung „Politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten – Grassroots zwischen Autonomie, Aufschrei und Überwachung“, die im November 2014 in Göttingen stattfand, ein Austausch zwischen Forschung und Aktivismus organisiert.² Der damit begonnene Dialog soll hier in Form von Kurzinterviews mit Aktivist_innen weitergeführt werden, die aus unterschiedlichen inhaltlichen und politischen Perspektiven auf das Kontinuum zwischen Sichtbarkeit und Anonymität blicken.

Techniken der Unsichtbarkeit

Das Verhältnis von Protest und Bewegung zu Fragen von Anonymität und Datenschutz ist gelinde gesagt ambivalent: Obgleich sich beispielsweise in linksautonomen Bewegungen eine gewisse Tradition des Selbstdatenschutzes findet (vgl. den Beitrag von Carsten Ochs in diesem Heft), werden damit verbundene Forderungen und Ansprüche im aktivistischen Alltag oftmals vernachlässigt oder bewusst ignoriert,

um von etwaigen Potenzialen digitaler Kommunikation stärker profitieren zu können. Volker und Stefan, privat wie beruflich in die Netzkultur involviert und seit rund zwanzig Jahren in Bürgerrechtsbewegungen aktiv, bringen die Probleme der gelebten digitalen Bequemlichkeit auf den Punkt.

Stefan und Volker, ihr engagiert euch in der Krypto-Bewegung. Was ist das überhaupt und was macht ihr konkret?

„Krypto-Bewegung“? Keine Ahnung was das ist... Sollte es eine „Bewegung“ geben, kennen wir sie nicht und sind auch kein Teil davon. Krypto ist, gerade gesellschaftlich gesehen, eher ein Randthema und weit von einer Bewegung entfernt. Wir kennen und nutzen aber seit den Anfängen Computer und das Netz, sind auf der einen Seite neugierig auf die tollen Möglichkeiten, sehen aber auch die Gefahren der deutlich einfacheren Überwachung und Kontrolle. Wir machen uns also Gedanken darüber, wie sich elektronische Medien wie Mail, Usenet oder Chats sowohl für lokale wie auch überregionale linke Gruppen und Aktivitäten verwenden lassen und versuchen unser Wissen zu teilen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Frage, wie sich über solche Kanäle eine vor Abhören „sichere“ Kommunikation erreichen lässt und wie beziehungsweise unter welchen Voraussetzungen sich die jeweilige Technik auch für klandestine Zusammenhänge eignet. Im Gegensatz zu der amerikanischen Tradition der Cypherpunks³ sehen wir uns weder als „Technik-Nerds“ (auch wenn Stefan an einer Linux-Oberfläche für die Verschlüsselungssoftware PGP mitprogrammiert hat) noch als Anhänger eines politischen Libertarismus.

Ihr bietet schon länger Verschlüsselungs-Workshops für Aktivist_innen aus ganz verschiedenen Bereichen an. Wie steht es denn generell um deren „Kryptokompetenz“?

In politischen Kreisen treffen wir in der Regel auf Menschen, die sich sowohl der möglichen Gefahr, als auch der Notwendigkeit zu verschlüsseln bewusst sind. Gewünscht wird sich dann aber die Diskette (früher), der USB-Stick

(heute) mit einem oder zwei Programmen, die den Rechner sicher machen. Das gab es nie und wird es nie geben. Um zu verstehen, wie bestimmte Kommunikationsformen technisch funktionieren, mit welchen Werkzeugen man die Vertraulichkeit der Daten sicherstellen kann, worauf man dabei achten muss und was man auf keinen Fall tun darf, ist einiges an Wissen notwendig. Und hier ist nicht nur das Vorwissen sehr unterschiedlich, sondern leider auch die Motivation, sich auf die teilweise komplexe Materie einzulassen. Dieses Wissen versuchen wir immer wieder leicht verständlich zu vermitteln. Die eigentlichen Werkzeuge zum Beispiel zur Mailverschlüsselung mit GnuPG (kostenlose Software mit offenem und dadurch transparenten Quellcode ohne Überwachungshintertüren des/der Hersteller_in) sind in den letzten Jahren aber deutlich komfortabler geworden, da muss niemand mehr zu Kommandozeilen-Befehlen greifen. Trotzdem ist das Einrichten und konsequente Nutzen von Verschlüsselung in einer größeren Gruppe immer noch eine logistische Herausforderung, deshalb unterbleibt es oft aus Bequemlichkeit, wider besseres Wissen...

Der Schutz vor staatlicher Überwachung wird bislang vor allem individuell, also als „Selbstdatenschutz“ betrieben. Müsste dieser nicht eigentlich kollektiv politisch geregelt werden? Das ist eine spannende Frage. Wir erleben es immer wieder, dass politische Gruppen, gerade solche, die mit einer gewissen Repression rechnen, sich viele Gedanken um eine sichere Kommunikation machen. Die gleichen Menschen und Gruppen aber greifen, sobald die explizit politische Ebene verlassen wird, für ihre Kommunikation oftmals bedenkenlos auf Facebook & Co zurück und „übersehen“ dabei, dass so ebenfalls sehr viele relevante Daten an die Überwachungsbehörden geliefert werden. Es geht also auch um die Frage „Was von mir will ich öffentlich machen, was will ich auf jeden Fall vertraulich halten und wo ist es mir egal?“. Hier kann wohl nur „Selbstdatenschutz“ greifen, diese Entscheidungen kann mir nie-

mand abnehmen oder für mich treffen. Und ohne ein gewisses Mindestmaß an individueller „Kryptokompetenz“ sind alle Maßnahmen leicht zu unterlaufen oder auszuhebeln. Eine kollektive politische Aufgabe ist aber sicher, überhaupt erst mal ein Problembewusstsein zu schaffen, Angebote zum Kompetenzerwerb zur Verfügung zu stellen, die notwendige Technik zu entwickeln und vorzuhalten und auf die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen hinzuarbeiten. Die aktuelle Bundespolitik geht ja leider mit Vorratsdatenspeicherung, man gelhafter Kontrolle von Geheimdienstschnüffeleien und Diskussionen zum Verbot starker Verschlüsselung in genau die entgegengesetzte Richtung.⁴ Umso wichtiger ist es, Initiativen wie digitalcourage, freiheitsfoo, freifunk und ähnliche zu unterstützen.⁵

Ambivalenz der Sichtbarkeit

Während an der Verbreitung und Weiterentwicklung von Möglichkeiten zur anonymen Kommunikation und des Datenschutzes gearbeitet wird, nutzen andere Aktivist_innen bewusst und offensiv die Vorteile und Potenziale digitaler Sichtbarkeit. Hiermit jedoch sind gerade in sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter oftmals Probleme und Herausforderungen verbunden, wie beispielsweise Shitstorms oder persönliche politische Anfeindungen und Nachstellungen (vgl. die Beiträge von Magdalena Freudenschuss und Ricarda Drieke in diesem Heft). Zu dieser Ambivalenz der Sichtbarkeit haben wir Antje Schrupp befragt, die sich als Journalistin und Aktivistin in verschiedenen netzfeministischen Zusammenhängen engagiert.

Antje, wie andere feministische Aktivist_innen bist du sehr präsent in sozialen Netzwerken. Welche Erfahrungen hast du dort gemacht?
Das Wichtigste ist für mich der Austausch mit Menschen, die an ähnlichen Themen interessiert, aber in anderen Szenen und Kontexten zuhause sind. Dabei lerne ich viel Neues und bekomme Debatten mit, die ansonsten

vielleicht an mir vorbeigegangen wären. Das Internet ermöglicht es ja, mit viel mehr Menschen in Kontakt zu sein, als es über Mail oder persönliche Begegnungen möglich war und ist. Insofern erweitert es meinen Horizont. Außerdem diskutiere und argumentiere ich gerne. Kommentardebatten in meinem Blog machen mir Spaß, aber genauso „Nebenbei-Diskussionen“ auf Twitter und auf Facebook, wenn ich gerade Zeit und Lust dazu habe.

Welche Stärken resultieren deiner Meinung nach daraus, im netzfeministischen Diskurs so sichtbar zu sein?

Zum einen bedeutet es für mich, dass mich interessante Informationen, Projekte und Ereignisse tatsächlich erreichen. Auch weil Leute mir inzwischen aktiv Links schicken oder mich auf Sachen hinweisen, von denen sie wissen, dass es mich interessiert. Super finde ich es zum anderen auch, Positionen und Ansichten kontextbezogen in den Diskurs einzubringen. Wenn gerade alle über ein Thema reden und ich sage etwas, das ich von meinem feministischen Hintergrund her daran wichtig finde, bekommt das natürlich eine größere Aufmerksamkeit, als wenn ich ohne bestimmten Anlass einfach mal einen theoretischen Text schreibe. Es geht im Internet nicht nur um „Content“, sondern immer auch um „Kontext“, das heißt, theoretische Überlegungen, konkrete Ereignisse und persönliche Standpunkte kommen zusammen. Genau das ist übrigens schon immer die Praxis der Frauenbewegung, von daher gefällt mir das.

Welche Strategien nutzt du, um mit Anfeindungen und Verletzbarkeiten umzugehen, die aus der Sichtbarkeit entstehen?

Der wichtigste Punkt ist meiner Ansicht nach, sich klarzumachen, wessen Meinung mir etwas bedeutet und wessen nicht. Man darf nicht zu viel auf die Zustimmung der „Vielen“ geben, denn es geht bei inhaltlichen Debatten um Qualität und nicht um Quantität. Was die destruktiven Kommentare angeht, so braucht man einerseits ein dickes Fell, andererseits aber auch die Entschlossenheit, schnell zu entscheiden, worüber und mit wem man diskutieren

möchte und worüber und mit wem nicht. In meinem Blog sind die meisten Störer irgendwann von selbst weggeblieben, nachdem ich sie über lange Zeit konsequent gelöscht und absolut gar nicht auf sie reagiert habe. Das ist natürlich keine Garantie, nicht doch irgendwann bedroht und beschimpft zu werden. Ich glaube, wenn das passiert, ist es vor allem wichtig, gut vernetzt zu sein und sich auf einen Kreis von Freundinnen und Freunden stützen zu können, und zwar innerhalb und außerhalb des Netzes. Da ich schon älter bin, ist mein Vorteil vielleicht, dass das Internet nicht meine hauptsächliche politische Basis ist, sondern dass ich auch vorher schon gut vernetzt war. Viele meiner feministischen Freundinnen sind im Internet gar nicht anzutreffen. Das heißt, wenn „das Internet“ mich morgen rausmobben würde, wäre ich nicht allein und müsste auch nicht bei Null anfangen. Ich glaube, das macht mich ein Stück gelassener, wobei ich es aber nicht wirklich beurteilen kann, weil ich einen sehr schlimmen Shitstorm, der echt an die Substanz geht, bisher nicht erlebt habe.

Staatliche Repression und Verfolgung

Die besonderen Herausforderungen der digitalen Sichtbarkeit entstehen oftmals erst aus der komplexen Dynamik zwischen individueller Sichtbarkeit, kollektivem Engagement und Vernetzung. Stephan „tomate“ Urbach, beruflich als Buchhalter in Hanau tätig, ehemaliges Mitglied der Piratenpartei und Teil der netzaktivistischen Gruppe Telecomix⁶, unterstreicht die konkreten Gefahren von Sichtbarkeit im Kontext autoritärer Regimen sowie die individuelle Überforderung, welche aus einem intensiven transnationalen Aktivismus resultieren kann.

Stephan, du hast sowohl im europäischen als auch arabischen Kontext Erfahrungen mit der Verletzbarkeit durch digitale Sichtbarkeit gemacht. Wo liegen hier konkrete Unterschiede?

Aus meiner persönlichen Erfahrung liegt der Unterschied vor allem in der staatlichen

Repression und der Bedrohung für Leib und Leben von staatlicher Seite. In einigen repressiven Staaten der arabischen Welt bringt Sichtbarkeit die konkrete Gefahr, eingesperrt oder gar getötet zu werden – und zwar von staatlicher Seite. In meiner Wahrnehmung sieht es in Europa danach aus, als dass Repression gegenüber Aktivistinnen (und manchmal auch Aktivisten) eher von nicht-staatlicher Seite ausgeht: Maskulist_innen, Rassist_innen und ähnliches Pack warten nur darauf, dass sich aktivistisch arbeitende Personen exponieren um sie dann anzugreifen – online wie offline (vgl. den Beitrag von Magdalena Freudenschuss in diesem Heft). Wir wissen mittlerweile auch von europäischen Aktivist_innen, die in einige Länder dieser Erde nicht mehr einreisen sollten, da ihnen dort durch ihre aktivistische Arbeit in Europa konkrete Gefahr droht. Auf der anderen Seite tun sich europäische Staaten schwer, Aktivist_innen aus der arabischen Welt in Europa Schutz zu gewähren, wenn diese sich entscheiden, ihre Heimatstaaten zu verlassen.

Wenn du auf deine biographischen Erfahrungen mit digitalem Aktivismus zurückblickst, was würdest du Aktivist_innen empfehlen? Als weißer Mann mit regelmäßigm Einkommen in Deutschland ist das natürlich recht leicht zu sagen: Auszeiten nehmen, Erholung einplanen, soziales Leben mit Menschen außerhalb des Aktivismus. Das funktioniert unter meinen Voraussetzungen. Betroffene, die aktivistisch arbeiten, können aber keine Auszeit nehmen: Der Kampf von Feministinnen, People of Color⁷, Trans⁸Menschen und anderen, deren Aktivismus auch Überlebenskampf bedeutet, haben diese Möglichkeit einfach nicht. Ich kann nur hoffen, dass diese Aktivist_innen Unterstützung erhalten, um wenigstens zwischendurch in Räumen leben zu können, in denen sie nicht ihren täglichen Überlebenskampf kämpfen müssen und somit die Chance haben, wenigstens kurzzeitig Energie zu tanken.

Trotz allem: Wo liegen die positiven Aspekte eines großen Sichtbarkeitsradius?

Netzwerkeffekte und spontane Verknüpfungen mit anderen Aktivist_innen sind super. Sei es, um sich zu koordinieren oder aber um sich gegenseitig den Rücken zu stärken, wenn man von Gegner_innen des Anliegens angegriffen wird. Natürlich sorgt eine große Sichtbarkeit auch für eine breitere Streuung des Anliegens, für das aktivistisch gearbeitet wird, und spontane Meldungen von Menschen, die helfen wollen, sind keine Seltenheit. Aus Netzwerkeffekten ergeben sich viele Möglichkeiten für Vorträge, Diskussionsrunden und auch Interviews in der Tagespresse: alles Möglichkeiten, das Anliegen weiter zu befördern und Menschen dafür zu gewinnen. Sichtbarkeit ist ein Gewinn für die Sache, so lange die sichtbare Person nicht sich selbst, sondern die Sache in den Vordergrund stellt. Natürlich gehören die Person und die Sache immer zusammen, aber das ist ein nicht auflösbares Dilemma. Mit der Sichtbarkeit kommt auch Verantwortung für das Handeln in anderen Kontexten. Ich glaube aber, dass die Vorteile die Nachteile aufwiegen.

Strategien der Sichtbarmachung

Ein anders gelagertes Potenzial der Sichtbarkeit findet sich in einem noch recht neuen Bereich des Netzaktivismus, dem sogenannten Datenjournalismus. Hier geht es nicht um die Sichtbarkeit von Aktivist_innen, sondern um die Sichtbarmachung von Daten, die über Verknüpfungs- und Darstellungsstrategien in leicht verständliches, investigatives Wissen transformiert werden können. Der Berliner Aktivist jetzt berichtet über diesen Ansatz, welcher von der Initiative Open Data City erfolgreich praktiziert wird.⁸

Was tun Datenaktivist_innen und was ist das Besondere daran?

Datenaktivismus versucht, maschinenlesbare digitale Informationen zugänglich zu machen. Das kann auf viele Arten geschehen und hat unterschiedliche Aspekte. Es gibt zum einen den klassischen NGO-Aktivismus, bei dem es vor allem um die legale Offenlegung von Daten

und die Aufklärung über offene Daten und freie Lizenzen geht. Dieser Aktivismus reicht von der Beratung von Unternehmen und nicht-staatlichen Organisationen zum Umgang mit Transparenz und offenen Daten, dem Lobbying für die Freigabe von privatisierten Datenhaltern bis zum Erstreiten von Daten nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Zum anderen gibt es Menschen und Organisationen, die für die direkte Verfügbarkeit von Daten sorgen, etwa durch Leaks, die Veröffentlichung von Daten nach Hacks oder das Programmieren von sogenannten Scapern, die Daten aus öffentlichen, aber in ihrer Form kaum oder nicht nutzbaren Datenquellen zusammentragen, indem sie zum Beispiel automatisiert Websites kopieren.

Mal ganz konkret: Was ist ein typisches datenaktivistisches Projekt und wie wird hier genau Sichtbarkeit hergestellt?

Unser Vorgehen ist einfach. Wir veröffentlichen Daten, die entweder vorher schon zugänglich, in ihrer Form aber langweilig oder unverständlich waren (beispielsweise Datenkolonnen) oder aber erst auf Anfragen hin öffentlich gemacht werden. Wir bereiten diese dann verständlich auf. Unsere Ziele sind, etwas verständlich zu machen, was vorher nicht verständlich war; etwas sichtbar zu machen, was vorher nicht sichtbar war und damit neue Blickwinkel auf Themen zu schaffen. Manchmal nutzen wir die neuen Perspektiven auf Informationen, die sich ergeben, wenn Daten aus verschiedenen Quellen miteinander kombiniert werden. Durch die Aufarbeitung soll das investigative und gesellschaftlich relevante Potenzial der Daten freigesetzt werden. Ich nenne euch mal zwei typische Projekte. Das eine ist das Plagiatsuche-Portal Lobbyplag⁹, das dokumentiert, wie häufig EU-Abgeordnete wörtliche Formulierungen von Lobbygruppen bei Datenschutzrichtlinien übernehmen. Als Datengrundlage nutzen wir dafür die Gesetzesertexte, die zwar öffentlich sind, normalerweise aber nicht von vielen Menschen gelesen werden, und unveröffentlichte Lobbypapiere, die wir von uns positiv gesonnenen Parlamentarier_innen,

von NGOs und aus Leaks aus dem Internet zusammenstellen. Ein zweites schönes Beispiel ist unser Projekt zur Vorratsdatenspeicherung. Wir machten die von Providern gesammelten Daten, die ja Bewegungsprofile darstellen, in Karten sichtbar, um den Eingriff in die Privatsphäre zu verdeutlichen. Bekannt ist vielleicht das

Bewegungsprofil des Grünen-Politikers Malte Spitz, in dem wir frei im Internet zugängliche Daten unter anderem mit den Geodaten seines Smartphones kombiniert haben.¹⁰ Schön visualisieren lässt sich auch der Umgang von YouTube mit der Sperrung von Videos (Abb. 1). In einer interaktiven App haben wir die Top 1000 der

Abb. 1: GEMA versus YouTubes Top 1000 (Screenshot; gesperrte Videos dunkel hinterlegt)

GEMA versus YouTubes Top 1000

Ein großer Teil der YouTube-Videos ist nicht überall zu sehen. Fast 19% der weltweiten Top 1000-Videos sind in einem oder mehreren Ländern außerhalb Deutschlands gesperrt. In Deutschland jedoch sind über **60%** der 1000 beliebtesten Videos nicht verfügbar, weil YouTube davon ausgeht, dass die Musikrechte „**möglicherweise**“ bei der Musikverwertungsgesellschaft GEMA liegen.

deutsch | english

Twittern | 625

+1 | 368

Gefällt mir | 4,2 Tsd.

Einbetten



Unterstützt durch MyVideo. Realisiert von OpenDataCity. Anwendung steht unter CC-BY 3.0.

Stand: 26.01.2015, Daten, Mehr zur App.

Weitere Informationen

Eine genauere Analyse der Daten so wie ein Making-of befindet sich auf datenjournalist.de. Außerdem bieten wir die gesammelten Daten zum Download an:

[Download Data](#)

Weiterverwendung

Die Applikation kann frei verwendet werden. Der HTML-Code, um die Applikation in die eigene Webseite oder den eigenen Blog einzubetten, kann hier generiert werden:

[Code zum Einbetten](#)

Quelle: https://opendatacity.de/download/highres/gema_youtube/images/webpage_rank_de.png (CC-BY OpenDataCity; 26.08.2015).

You Tube-Videos gesammelt und gezeigt, welche mit welcher Begründung für Deutschland und andere Länder gesperrt wurden.¹¹

Um Daten sichtbar zu machen und aus ihnen möglichst plakative oder skandalöse Informationen zu gewinnen, sind oftmals Vereinfachungen notwendig. Was ist dabei zu beachten?

Das eigene Vorgehen muss transparent und nachvollziehbar sein. Wenn die verwendeten Daten und die angewandte Methodik zugänglich sind, im Idealfall in Form offener Daten und freier Software, sind die Ergebnisse reproduzierbar und ein eigenes Urteil möglich.

Jana Ballenthien ist Soziologin und Naturpädagogin. Sie promoviert an der Universität Gießen zu Umweltaktivismus im digitalisierten Zeitalter. Kontakt: umweltaktivismus@riseup.net.

Alexander Hensel ist Politikwissenschaftler und arbeitet am Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen. Kontakt: alex.hensel@demokratie-goettingen.de.

Anmerkungen

¹ Die Inhalte der eingefügten Fußnoten stammen von Jana Ballenthien und Alexander Hensel.

² Damit befindet sich die Tagung in guter Gesellschaft. Kürzlich fand etwa im irischen Limerick die internationale Konferenz „Communities and Technologies 2015“ statt, an der ebenfalls Netzaktivist_innen und Bewegungsforscher_innen teilnahmen.

³ Die sogenannten Cypherpunks der 1990er Jahre werden in der Hacker_innenszene als die „Erfinder_innen“ des aktiven Selbstdenschutzes dargestellt (vgl. den Beitrag von Carsten Ochs in diesem Heft).

⁴ Noch repressiver geht es aktuell in England zu. Unter Federführung von Premierminister David Cameron wird derzeit ein Gesetzesentwurf verhandelt, der jegliche verschlüsselte Kommunikation verbieten will, wenn nicht

die Geheimdienste einen „Generalschlüssel“ erhielten.

⁵ Dabei handelt es sich um netzpolitische Gruppen und Vereine, welche sich unter anderem für den Erhalt von informationeller Selbstbestimmung und Privatsphäre und einen freien Zugang zum Netz engagieren. Vgl. <https://digitalcourage.de>; <https://freiheitsfoo.de>; <http://freifunk.net> [21.07.2015].

⁶ Das Ziel der ehemaligen internationalen Gruppe Telecomix war die Verteidigung der Meinungsfreiheit. Während des arabischen Frühlings stellte die Gruppe in verschiedenen arabischen Ländern über alte Modem-Hardware Interneteinwahlpunkte zur Verfügung und half so ortsansässigen Aktivist_innen, die Internetzensur zu umgehen. Vgl. <http://telecomix.org> [21.07.2015].

⁷ *People of Color* ist ein Begriff für und von Menschen, die von der Mehrheitsgesellschaft als nicht-weiß angesehen werden und die sich aufgrund ethnischer Zuschreibungen alltäglichen, institutionellen und diversen weiteren Formen von Rassismus ausgesetzt fühlen. Vgl. z.B. <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/lexikon/p/people-color> [21.07.2015].

⁸ Vgl. <https://opendatacity.de/> [21.07.2015].

⁹ Vgl. die Website <http://lobbyplag.eu/governments> [21.07.2015].

¹⁰ Das für Die Zeit/Zeit Online durchgeföhrte Projekt registrierte sechs Monate lang das Bewegungsprofil, die Anzahl der eingehenden und ausgehenden Anrufe und Nachrichten und die Dauer der Internet-Verbindung des Smartphones des Grünen-Politikers Malte Spitz. Weitere frei im Internet zur Verfügung stehenden Informationen des Abgeordneten wurde mit den Geodaten verknüpft und können in einem Player (geo-)graphisch nachvollzogen werden. Vgl. <http://www.zeit.de/datenschutz/malte-spitz-vorratsdaten> [21.07.2015].

¹¹ Stand 2013. Die App ist im Internet nutzbar unter <https://apps.opendatacity.de/gema-vs-youtube/> [26.08.2015].

ANALYSE

Das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA: Hintergrund, Kritik, Protest

Das Freihandelsabkommen *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) ist eines der umfassendsten (bilateralen) Freihandelsprojekte in der Geschichte. Seit 2013 verhandeln die EU und die USA über das umstrittene Abkommen. Der Start der Verhandlungen hat eine öffentliche politische Debatte über Handelspolitik und ihre Folgen ausgelöst und neu belebt. Sowohl in Europa als auch in den USA wird über den Nutzen und Schaden von TTIP diskutiert. Die Kritik geht häufig noch über TTIP hinaus und bezieht sich auch auf die allgemeine Handelspolitik. In diesem Artikel sollen folgende Fragen näher beleuchtet werden: Woran entzündet sich die Kritik an TTIP? Welche Akteure stehen sich in der Debatte gegenüber? Und warum wurde gerade dieses Thema in die Öffentlichkeit und die sozialen Bewegungen katapultiert, während die EU schon zahlreiche andere bilaterale Freihandelsabkommen verhandelt und zum Teil auch abgeschlossen hat? Um diese Fragen zu beantworten, soll zunächst auf die aktuellen handelspolitischen Rahmenbedingungen eingegangen werden. Im darauf folgenden Abschnitt werden die Argumente der Befürworter_innen von TTIP sowie die Kritikpunkte analysiert und am Ende die Rolle der Protestbewegung dargestellt.

Einordnung in den Kontext: handelspolitische Rahmenbedingungen

TTIP ist Ausdruck einer sich wandelnden globalen Handelsarchitektur und einer Handelspolitik, welche die Liberalisierungsagenda der letzten Jahrzehnte fortsetzt und intensiviert. Im Folgenden sollen zwei dieser Merkmale diskutiert werden: erstens die Entwicklung vom Multilateralismus hin zum Bilateralismus und zweitens die immer weitreichenderen Auswirkungen von Handelsabkommen.

In den vergangenen Jahren erlebte die internationale Handelswelt eine schleichende „Bilateralisierung“, die sich mit dem Stocken der seit 2001 laufenden Doha-Verhandlungsrunde in der World Trade Organization (WTO) noch verstärkte. Nach mehreren „erfolgreichen“ Liberalisierungsrunden kam es – ausgelöst durch die verschiedenen Interessen insbesondere von Entwicklungs- und Industrieländern in der WTO – zu einem Stillstand in der Doha-Runde. In der Konsequenz wandten sich immer mehr Staaten bilateralen Abkommen oder „Avantgarde-Gruppen“ zu – wie aktuell bei dem Dienstleistungsabkommen TISA¹ –, weil beim Wettlauf um die Erschließung neuer Märkte niemand hinten anstehen wollte. In den letzten Jahren sind eine Reihe von bilateralen Abkommen zwischen der EU und anderen Staaten verhandelt und teilweise abgeschlossen worden, hierzu gehören die Abkommen mit Korea, Kanada, Singapur, Japan, Thailand, Peru und Kolumbien, Vietnam, Indien, China, Myanmar² und nun mit den USA. Zwar gab es auch schon vor dem Stillstand in der WTO umfassende Projekte außerhalb der WTO wie z.B. die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA, aber deren Anzahl und die Intensität hat seit den „Nullerjahren“ zugenommen³. Eine Folge dieser „Bilateralisierung“ ist der Übergang von den Verhandlungen über Handelsliberalisierung mit allen Beteiligten zu Kleingruppen. Bei Verhandlungen innerhalb der WTO saßen alle Staaten an einem Tisch – auch wenn die Treffen von den Interessen der finanzstarken Staaten häufig dominiert wurden. Nun werden bestimmte Regeln zwischen zwei oder einigen wenigen Staaten ausgehandelt, die trotzdem weitreichende Folgen für den Rest der Welt mit sich bringen. Insbesondere bei TTIP wird dies – aufgrund der schieren ökonomischen und politischen Machtfülle der beiden Handelsblöcke EU und USA – der Fall sein. Die globale Standardsetzung durch TTIP ist erklärtes Ziel der Befürworter_innen. Auch deshalb stehen viele Entwicklungsländer TTIP skeptisch gegenüber, weil es gerade für ihr Wirtschaften weitreichende Konsequenzen

mit sich brächte⁴. Diese „Bilateralisierung“ hatte auch Auswirkungen auf die sozialen Bewegungen und handels- bzw. globalisierungskritischen Kräfte in der Politik. Während man mit der WTO noch einen Gegner hatte, den man leicht kritisieren konnte, hatte durch die „Bilateralisierung“ und Vervielfältigung der Verhandlungen auch die Fokussierung abgenommen.

Ein weiteres Merkmal der neuen Generation von Handelsabkommen ist, dass diese immer mehr Themen bzw. Sparten umfassen und tiefer in politische und wirtschaftliche Prozesse eingreifen als zuvor. Die ersten Handelsliberalisierungsrunden im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT betrafen alleine den Abbau von Zöllen für bestimmte Waren bzw. Warengruppen sowie das Verbot mengenmäßiger Beschränkungen⁵. In den 1990er Jahren kamen mit der Gründung der WTO und GATS (General Agreement on Trade in Services) sowie TRIPS (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) die Liberalisierung von Dienstleistungen und der Schutz von Geistigen Eigentumsrechten, also z.B. Patente und Urheberrechte, hinzu. Inzwischen haben so genannte WTO-Plus-Themen wie Beschaffung, öffentliche Auftragsvergabe, Investitionen und Wettbewerb Einzug in viele Verhandlungsmandate genommen: Die Themenfelder der Freihandelsabkommen werden also immer breiter. Immer öfter ist das Ziel von Handelsabkommen die Beseitigung so genannter nicht-tarifärer Handelshemmnisse, was neben der Verbreiterung der Themen eine „tiefer“ Liberalisierung zur Folge hat. Nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind Maßnahmen, die - trotz eines Abbaus von Zöllen - den Marktzugang für ausländische Produkte erschweren können, aber häufig gleichzeitig gesellschaftliche Funktionen wie Verbraucher- oder Umweltschutz erfüllen. Beispiele dafür sind technische Normen oder Standards, Vorgaben für lokal gefertigte Anteile am Produkt, Sozial- und Umweltstandards oder auch Ausschreibungsmodalitäten. Während diese Art von „Handelshemmnissen“ vielen

Unternehmen ein Dorn im Auge ist, befürchten Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbände den Abbau von Standards.

Diese Entwicklung wird mit den aktuellen Verhandlungen zu TTIP noch verschärft. Das betrifft z.B. eine weitere Liberalisierungsstufe bei Dienstleistungen oder die regulatorische Zusammenarbeit. Auf beide Punkte wird weiter unten noch eingegangen.

Die Ausführungen zeigen, dass seit Anfang der „Nullerjahre“ weitreichende Veränderungen in der globalen Handelsarchitektur zu beobachten sind. Doch erst mit dem Freihandelsabkommen TTIP hat sich diese Kritik wirklich entzündet. Im Folgenden soll daher die Debatte über TTIP dargestellt werden.

Argumente für und wider TTIP

Die Initiator_innen von TTIP, also Europäische Kommission, die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten und die US Regierung, sowie Befürworter_innen wie Wirtschaftsverbände argumentieren mit besseren Exportchancen für europäische Unternehmen. Damit verbunden erhoffen sich die Befürworter_innen eine Wiederbelebung der kriselnden europäischen Wirtschaft und werben dabei sogar mit konkreten Wachstumsraten bzw. konkreten Gewinnen pro europäischem Haushalt, sollte TTIP in Kraft treten⁶. Die Befürworter_innen weisen außerdem darauf hin, dass TTIP der „Goldstandard“ für weitere globale Abkommen und weltweit Vorreiter bei der Setzung von Standards sein könnte. Viele erklärte Transatlantiker_innen, insbesondere in der EU, die bereits eine Abwendung der USA in Richtung Asien und eine abnehmende Relevanz der „transatlantischen Partnerschaft“ beobachten konnten, erhoffen sich durch TTIP neuen Schwung für ebendiese Partnerschaft.

Die Kritikpunkte beziehen sich dagegen insbesondere auf folgende Aspekte: Ein grundsätzliches Infragestellen des Nutzens von TTIP, die Investor-Staat-Klagen (Investor State Dispute Settlement, kurz ISDS), die regulatorische Zusammenarbeit sowie die Liberalisierung von Dienstleistungen, im Energie- und im Agrar-

bzw. Verbraucherschutzbereich. Gegner_innen stellen die Wachstumsprognosen grundsätzlich in Frage und weisen auf die Problematik der Konzentration des Wachstums bei bestimmten gesellschaftlichen Gruppen hin, während andere durch verstärkten Konkurrenzdruck o.Ä. im Schnitt sogar verlieren könnten. TTIP soll im Rahmen der Regeln zum Investitionsschutz auch Vorgaben für Investor-Staat-Klagen enthalten. Diese ermöglichen es jetzt bereits durch zahlreiche bilaterale Investitionsabkommen weltweit, dass Unternehmen das Gastland seiner Investitionen vor einem privaten internationalen Schiedsgericht verklagen können, wenn deren Gewinnerwartungen durch politische Entscheidungen geschmälert werden. Betraf dies anfangs in den 1960er Jahren noch wirkliche Härtefälle wie willkürliche Enteignungen, hat sich das Instrument seit den 1990er Jahren zu einer Allzweckwaffe für Unternehmen entwickelt, wenn diese mit politischen Entscheidungen im Land ihrer Investitionen nicht einverstanden sind. Viel zitierte Beispiele betreffen die Einführung eines Mindestlohns, den Atomausstieg, Fracking-Verbote oder Warnhinweise auf Zigarettenpackungen. In der Anfangsphase waren diese Klagemöglichkeiten vor allem für den Schutz von Investitionen in Krisenregionen oder instabilen Staaten gedacht. Die Unterstützer_innen für die Aufnahme von ISDS-Vorgaben in TTIP (und auch in das schon fertig verhandelte Abkommen mit Kanada, CETA) argumentieren auch hier mit der bestehenden Rechtsunsicherheit von Unternehmen, was angesichts der hohen Rechtsstandards in den USA, Kanada und EU nicht plausibel scheint. Vielmehr spielt hier vermutlich die Strategie der globalen Standardsetzung eine Rolle - wenn ISDS nicht in TTIP aufgenommen würde, so könnten sich zukünftig andere Länder wie China der Aufnahme leichter verwehren.

Eine weitere Neuerung von TTIP betrifft die so genannte regulatorische Kooperation. Wirklich im Detail definiert ist dieses Konzept noch nicht. Um frühzeitig so genannte Handelsbarrieren zu verhindern, sollen in einem

„Regulierungsrat“ die Handelspartner über die Gesetzesvorhaben der jeweils anderen Seite informiert werden. Kritiker_innen befürchten eine Art Veto-Recht des Handelspartners bzw. von Unternehmen, wenn diese mit den Gesetzesinitiativen nicht einverstanden sind, also z.B. ein Veto der US-Regierung, wenn in der EU strengere Verbraucherstandards eingeführt werden sollen. Dies würde demokratische Verfahren de facto unterlaufen und Unternehmen einen überdimensionierten Einfluss auf die politische Standardsetzung erlauben.

TTIP würde einen deutlichen Liberalisierungsschub bei Dienstleistungen mit sich bringen. Analog zu CETA soll eine Negativliste dafür sorgen, dass alle Dienstleistungen liberalisiert werden, es sei denn, sie werden explizit aufgelistet. Unter anderem ist dabei problematisch, dass so zukünftige Dienstleistungen nicht erfasst werden. Bis dato galt der Positivistenansatz: nur aufgeführte Dienstleistungen unterliegen dem Liberalisierungzwang. Wo Befürworter_innen hier auf mehr Wettbewerb und Preissenkungen hoffen, weisen Kritiker_innen auf die Gefahren dieser Maßnahmen hin: Privatisierungsdruck öffentlicher Dienstleistungen, Abnahme von Qualität durch stärkeren Konkurrenzdruck und Abnahme von Regulierungskompetenzen durch die öffentliche Hand.

Auch der Energiebereich soll einer weitreichenderen Liberalisierung als bisher unterworfen werden. Bisher gibt es kaum energiespezifische Vorgaben in Handelsabkommen. Das Kapitel zu Energie und Rohstoffen in TTIP soll daher als Blaupause für zukünftige Abkommen dienen. Ein erklärt Ziel ist es, eine internationale „Energie-Governance“ zu schaffen. Dabei soll unter anderem der Handel mit fossilen Brennstoffen erleichtert werden, wodurch die Förderung in den USA weiter beschleunigt werden würde. Bisher müssen Exporte fossiler Energie in den USA genehmigt werden; das Verhandlungsziel der EU für TTIP ist es, diese Vorgabe abzuschaffen. Gleichzeitig würden sich die Bedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien verschlechtern. Local content

requirements – also die Vorgabe, einen bestimmten Anteil von z.B. Anlagen der Erneuerbaren Energien lokal zu produzieren – sollen verboten werden. Viele Länder nutzen diese Möglichkeit, um den Aufbau einer lokalen Erneuerbaren Industrie zu fördern. Solche Möglichkeiten sollen laut Willen der Verhandler_innen mit TTIP wegfallen⁷. Insbesondere auf der europäischen Seite fürchten Kritiker_innen, dass die Verbraucherschutzstandards aus den USA anerkannt werden und so Produkte wie Gen-Food oder Hormonrindfleisch mit TTIP einen (leichteren) Zugang zum europäischen Markt erhalten würden. Hinzu kommt, dass die US-amerikanische Landwirtschaft noch industrialisierter ist als die europäische und von wenigen Großbetrieben dominiert wird. Die europäischen Produzent_innen fürchten also die Konkurrenz der wettbewerbsfähigeren amerikanischen landwirtschaftlichen Produkte.

Der Protest gegen TTIP

Mit TTIP ist nun erstmals wieder eine breite Debatte in der Öffentlichkeit zu Handelspolitik entbrannt. In den USA diskutieren Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit zwar stärker über TPP – das große Transpazifische Abkommen, was in den Verhandlungen schon weiter vorangeschritten und demnach viel konkreter ist. In der EU hat die Debatte im Europaparlament (EP) und den Institutionen, aber auch „auf der Straße“ an Fahrt aufgenommen. Am stärksten kann man eine öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland und Österreich beobachten. Aber auch z.B. in Frankreich, Belgien, Spanien oder Großbritannien wird zunehmend gegen TTIP mobilisiert. Träger_innen des Widerstands in Deutschland sind einerseits politische Parteien (Bündnis 90/Grüne, die Linke), zivilgesellschaftliche Organisationen (wie Campact, der BUND oder PowerShift), zum Teil Gewerkschaften und Vertreter_innen des Kultursektors. Der große Widerstand gegen TTIP lässt sich einerseits damit erklären, dass dieses Handelsabkommen weitaus umfassendere Konsequenzen für Bürger_innen der EU haben wird als andere zuvor. Gleichzeitig

haben sich die Möglichkeiten der Mobilisierung durch die mit dem Vertrag von Lissabon gewachsene Kompetenz des Europäischen Parlaments bei der Handelspolitik erweitert: Dies wurde von der Zivilgesellschaft genutzt. Auf diese beiden Aspekte soll im Folgenden eingegangen werden.

Bei vielen vorherigen Handelsabkommen waren die negativen Folgen vor allem in Entwicklungsländern zu spüren. Wegen des Umfangs aber auch, weil der Handelspartner nun die Wirtschaftsmacht USA ist, wird sich TTIP viel stärker auch auf Europa auswirken. Das gilt insbesondere für ISDS: Früher haben hauptsächlich Firmen der Industrienationen andere Staaten verklagt, weil es in vielen Ländern, mit denen Investitionsschutzabkommen geschlossen wurden, keine großen, international tätigen Unternehmen gab. Nun besteht wiederum die reale Gefahr, dass finanziert starke und findige US-Unternehmen europäische Staaten verklagen. Auch die Themenbreite, welche die Handelspolitik für viele Menschen greifbar macht und in lebensweltliche Realitäten übersetzbare ist (siehe bspw. Lebensmittelstandards), hat die öffentliche Debatte angeheizt. Seit Beginn der Verhandlungen hat die Widerstandsbewegung – in Deutschland um das Bündnis TTIPunfairHandelbar – diese Kritikpunkte aufgegriffen und kampagnenfähig gemacht. Die Themenbreite des Abkommens lässt es zu, dass sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen (wie Künstler_innen, die Ökobewegung oder kirchliche Gruppen) am Widerstand beteiligen, während Handelspolitik in den letzten Jahren vor TTIP eher ein Thema war, was hoch spezialisierte Wirtschafts-NGOs beschäftigte.

Wie oben beschrieben hatten sich die Ziele der handelskritischen Bewegung mit Wegfall der WTO als Hauptgegner etwas zerfasert. Durch die Konzentration auf TTIP hat sich nun wieder „ein Gegner“ herauskristallisiert. Mit der Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments⁸ haben sich die Möglichkeiten für die Mobilisierung verändert: Weil das EP nun ein echter Player in der Handelspolitik ist und dort Debatten öffentlich ausgetragen

werden, haben Zivilgesellschaft, Medien und die allgemeine Öffentlichkeit eine bessere „Zielscheibe“ für ihre Kritik. Im Parlament wurde noch der erste Entschließungsantrag zu TTIP sowohl intern als auch in der Öffentlichkeit kaum beachtet; zur aktuellen TTIP-Resolution vom Juli 2015 wurden im Plenum 116 Änderungsanträge eingereicht⁹, und bei der vorhergehenden Abstimmung im Handelsausschuss gingen 898 Änderungsanträge aus 13 verschiedenen Ausschüssen ein¹⁰. Die Kommission reagiert mit verstärkter positiver TTIP-Rhetorik, Transparenz-Initiativen und konkreten Reformvorschlägen zu dem Thema ISDS, um der Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Bisher allerdings hat sie an ihrer Zielsetzung für TTIP nur kleine Stellschrauben gedreht, der große Kurswechsel blieb aus. Auch das EP in seiner Mehrheit befürwortet bisher – trotz einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von kritischen Abgeordneten – die grundsätzliche Herangehensweise an TTIP. Der erste Testfall wird die Abstimmung zum Abkommen mit Kanada, CETA, sein, in der das EP zeigen wird, ob es sich trotz der hoch umstrittenen Klagerechte für Investoren für dieses Abkommen ausspricht – dann wäre ein „Nein“ zu TTIP ungleich schwieriger. Das EP hat jedoch bei der Ablehnung des Anti-Produktpiraterieabkommens ACTA bewiesen, dass es sensibel für öffentlichen Druck ist und seine neu gewonnene Kompetenz, ein Handelsabkommen ablehnen zu können, auch nutzt.

Fazit

TTIP ist das aktuell größte Projekt in einer sich wandelnden globalen Handelsarchitektur, es gibt eine Reihe von zentralen Kritikpunkten, an denen sich der Protest entzündet hat. Der Widerstand ist auch deswegen groß, weil das Abkommen weitaus umfassendere Konsequenzen als bisherige Handelsabkommen haben wird, aber auch, weil sich durch die Vertragsreform in der EU ein politisches Gelegenheitsfenster ergeben hat.

TTIP sollte eigentlich bis Ende 2015 fertig verhandelt sein. Es ist absehbar, dass dieser

Plan nicht eingehalten werden kann. Die anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA lassen eine weitere Vertagung wahrscheinlicher werden. Sehr deutlich kann man sehen, dass der Protest wirkt und die kritische Debatte bis zu einem gewissen Maße die Entscheidungsträger erreicht. Hier stellt sich die Frage, wie lange der Widerstand noch hingezogen werden kann, wenn die Verhandlungen noch Jahre dauern. Und, ob der Widerstand beibehalten werden kann, wenn die großen Kritikpunkte, z.B. in Form einer nicht weitreichenden Reform des ISDS-Systems, abgemildert werden.

Anna Cavazzini ist Co-Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Europa von Bündnis 90/Die Grünen und hat mehrere Jahre im Europaparlament zu Handelspolitik gearbeitet. Kontakt: anna.cavazzini@gruene.de.

Anmerkungen

- 1 Das Trade in Services Agreement wird seit 2012 von inzwischen 23 Staaten verhandelt.
- 2 Start der Verhandlungen: Korea (2007; seit 2011 in Kraft), Kanada (2009; Verhandlungen 2014 beendet), Singapur (2010; Verhandlungen 2014 beendet), Japan (2013), Thailand (2013), Peru und Kolumbien (2007; seit 2013 in Kraft), Vietnam (2012; 2015 Verhandlungen beendet), Indien (2007), China (Investitionsschutzabkommen, seit 2014), Myanmar (Investitionsschutzabkommen, seit 2014).
- 3 Vor dem Jahr 2000 hatte die EU zehn bilaterale Freihandelsabkommen in Kraft, die meisten mit Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums, seitdem sind fast 40 neue Abkommen in Kraft oder in Verhandlungen.
- 4 <http://archiv.ska-keller.de/de/home/ttip-und-die-wirtschaftlichen-folgen-f%C3%BCr-entwicklungs%C3%A4nder> [10.08.2015].
- 5 Und die Prinzipien Inländerbehandlung und Meistbegünstigung.
- 6 Eine Studie der Kommission prognostiziert 0,5 Prozent BIP Wachstum und 306 bis 545 Euro mehr pro europäischem Haushalt/Jahr (<http://trade.ec.europa.eu/>

- doclib/docs/2013/march/tradoc_150737.pdf [10.08.2015].
- ⁷ <http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/10/Du-kommst-nicht-vorbei-Handel-und-Energie.pdf> [10.08.2015].
- ⁸ Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon 2009 muss das EP am Ende der Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen dem Text zustimmen, damit das Abkommen in Kraft treten kann.
- ⁹ <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150610STO65005/html/TTIP-Debatte-und-Abstimmung-verschoben> [10.08.2015].
- ¹⁰ <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150220STO24366/html/Aussch%C3%BCsse-stimmen-%C3%BCber-TTIP-Zwischenbericht-ab> [10.08.2015].

ANALYSE

Demonstrationsbefragungen – Grenzen einer Forschungsmethode¹

Seit Anfang der 1990er Jahre gehören Befragungen von Demonstrierenden zum Repertoire der Protest- und Bewegungsforschung. Sie sind Momentaufnahmen, die es erlauben, Einstellungen und das soziodemografische Profil der Beteiligten mit einer konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu verbinden. Die Befragung „im Handgemenge“ ist allerdings auch mit Ambivalenzen und Nachteilen verbunden, die zu Beginn des Jahres besonders deutlich sichtbar wurden, als gleich mehrere Teams die Dresdner Pegida-Demonstrationen unter die Lupe nahmen. Wissenschaftler_innen der Initiative für Protest- und Bewegungsforschung (ipb, TU Berlin) und des Göttinger Instituts für Demokratieforschung haben mit Teilnehmer_innen des Kolloquiums „Politik von unten“ solche Probleme und Lösungsansätze diskutiert, die hier aus Sicht der beiden Autoren dokumentiert werden.

1 | Das Problem

Die Dresdner Pegida-Demonstrationen haben vier Teams auf den Plan gerufen, die Teilnehmende befragten – z.T. kombiniert mit anderen Methoden. Das Vorgehen der Befragungen ist ausführlich von Reuband (2015) beschrieben worden, deshalb beschränken wir uns hier auf grundlegende und ergänzende Informationen.

Die größte Erfahrung mit dieser Methode brachte das ipb-Team um Dieter Rucht mit. Seit der international vergleichenden Befragung bei den Protesten gegen den Irakkrieg 2003 hatten Rucht und Kolleg_innen Teilnehmende verschiedener Proteste befragt. Meist wurden dabei gedruckte Fragebögen genutzt, die die Demonstrierenden in einem frankierten Umschlag zurück sandten. Bei der Pegida-Demonstration wurden Handzettel verteilt, auf denen zur Teilnahme an einer Online-Befragung aufgerufen wurde. Der Zugang war dabei nur mit einem individuellen Zugangscode möglich. Das Team kombinierte die Befragung mit einer systematischen Beobachtung des Geschehens (Daphi et al. 2015).

Das Team des Göttinger Instituts hatte bei den Protesten gegen Stuttgart 21 das erste Mal mit einer Onlinebefragung gearbeitet, weitere folgten. Für die Dresden Befragung verteilten sie Handzettel mit einer URL, auf denen zur Beteiligung an einer frei zugänglichen Online-Befragung aufgerufen wurde. Die Analyse wurde auf Gegenveranstaltungen und Fokusgruppen erweitert (Geiges et al. 2015).

Die beiden Teams der TU Dresden um Hans Vorländer und Werner Patzelt haben unseres Wissens das erste Mal Gebrauch von der Methode gemacht. Beide setzten auf face-to-face-Befragungen im pen-and-paper-Verfahren. Das Team um Vorländer befragte an drei Tagen im Winter 2014/2015 Pegida-Demonstrant_innen (Vorländer et al. 2015). Das Team um Patzelt führte seine Befragungen zunächst im Januar 2015 durch und ergänzte sie durch eine zweite Welle im Frühjahr 2015. Zudem sollte eine teilnehmende Beobachtung die Dynamik

der Demonstrationen verstehbar machen (Patzelt/Eichardt 2015).

Während die Teams bei der Verteilung der Hinweise auf die Online-Befragungen von Anfeindungen berichteten, bleiben solche Erfahrungen in der Darstellung der Dresdner Teams im Hintergrund. Göttinger und Berliner betonen darüber hinaus die systematische Zurückweisung durch den harten Kern der Demonstrierenden und optisch als Hooligans oder Neonazis erkennbare Gruppen. Die Dresdner Teams sind optimistischer. In der jüngsten Veröffentlichung gehen Patzelt und Eichardt (2015: 3) davon aus, dass sie den „harten Kern“ der Demonstrant_innen erfassen. Zum Teil lassen sich diese unterschiedlichen Einschätzungen durch Unterschiede beim Rücklauf erklären. An den face-to-face-Befragungen beteiligte sich etwa jede_r dritte Angesprochene. Soweit es sich für die Online-Befragungen rekonstruieren lässt, liegt deren Rücklauf deutlich darunter. Weniger als

ein Fünftel der Demonstrierenden, die einen Handzettel des ipb entgegennahmen, beteiligten sich auch an der Befragung. Legt man die Zahl der Angesprochenen zu Grunde, liegt der Rücklauf bei sieben Prozent.

Nachzudenken ist über die Vor- und Nachteile von Online- und herkömmlichen Befragungen, möglicherweise aber auch über Differenzen im Anspracheverhalten oder äußere Markierungen der Befragenden (Dresscodes etc.). Es lässt sich aber vorläufig festhalten, dass sich die face-to-face-Befragung für den Pegida-Kontext als erfolgreicher erwies. Die Probleme der Responsivität der Befragten und die z.T. aggressive Abwehr werfen grundsätzliche Fragen auf, die in ihrer ganzen Tragweite aber erst im Nachhinein erkennbar wurden. Im Folgenden wollen wir einzelne bei der Diskussion im Kolloquium „Politik von unten“ angerissene Fragekomplexe dokumentieren und mögliche Antworten anreißen.



2 | Befragung im Handgemenge

Die Ambivalenzen einer Befragung während eines zugespitzten Konfliktes zeigen sich (1) in der Organisation des Vorhabens, (2) bei der Positionierung der Wissenschaft in einem Konflikt unter erhöhter Medienaufmerksamkeit und schließlich (3) in Bezug auf die Erwartungen der Teilnehmenden an eine Befragung.

Nur wenige Protestereignisse sind so berechenbar, dass sich ein Befragungsteam mit langem Vorlauf vorbereiten kann. Viele Befragungen werden ad-hoc durchgeführt. Die Entwicklung des Fragebogens und die Vorbereitung der Logistik sind dadurch geprägt. Die meisten Teams haben ihre Dresdner Befragungen mehr oder weniger nebenbei, teilweise durch freiwilliges Engagement, und nicht im Rahmen eines ausfinanzierten Forschungsvorhabens mit einer entsprechend abgesicherten Konzeptionierungsphase realisiert.

Für Pegida mussten – wie schon bei der Befragung der Montagsmahnwachen für den Frieden (Daphi et al. 2014) – Erhebungsinstrumente aus anderen Untersuchungen übernommen werden, ohne sie für diese Art von Bewegung validieren zu können. Was es bedeutet, z.B. Fragen zu Rechtsextremismus an Demonstrierende zu stellen, die mit dem Vorwurf des Rassismus oder des Antisemitismus konfrontiert sind, lässt sich ohne eine methodenkritische Evaluation nur schwer einschätzen.

Die Pegida-Befragungen haben zudem deutlich gemacht, dass die Wissenschaftler_innen im analysierten Konflikt selbst zur Partei werden können. Zum einen haben die Reaktionen der Demonstrierenden gezeigt, dass die Befragung als Mittel der Manipulation und Denunziation angesehen wurde. Zum anderen haben die beteiligten Wissenschaftler_innen z.T. weitreichende Aussagen zu den Protesten gemacht. Während Patzelt den Großteil der Pegida-Teilnehmer_innen als besorgte Bürger_innen verstanden wissen wollte, die dem gegenwärtigen Zustand der Demokratie skeptisch gegenüber stünden, betonte das

Berliner Team rassistische Deutungsmuster und sah die Demonstrationen als Bedrohung für die demokratische Kultur. Die empirische Grundierung dieser widersprüchlichen Deutungen ist nicht immer ausgewiesen.

Diese Unschärfe hängt eng mit einer zentralen Größe bei Demonstrationsbefragungen zusammen: Sie passieren unter den Augen der Öffentlichkeit. In den letzten 15 Jahren sind Protestforscher_innen zu einem etablierten Typus von „Expert_innen“ geworden, die zu Mobilisierungen befragt werden. Die Rede von neuen Protestphänomenen und Spekulationen über die Motivation und Zusammensetzung der Teilnehmenden können durch Demonstrationsbefragungen systematisch gewonnenem Wissen gegenübergestellt werden. Methodenprobleme spielen in der Medienberichterstattung allerdings nur selten eine Rolle. Vielmehr werden die Ergebnisse von Befragungen objektiviert und zum Anlass für Prognosen genommen. Es ist auch nicht zu leugnen, dass die zu erwartende Medienresonanz in den Entschluss zur Durchführung einer Befragung einfließt. Damit verstärkt die Forschung auch die Sichtbarkeit und das Gewicht von bestimmten Mobilisierungen.

Die öffentliche Aufmerksamkeit berührt auch das Antwortverhalten der Befragten. Demonstrationsbefragungen sind eine Gelegenheit, die eigene Meinung sichtbar zu machen. Gerade wenn die Protestierenden sich öffentlicher Kritik ausgesetzt sehen, werden Fragen im Bewusstsein der Beobachtung beantwortet. Für erwünschtes Antwortverhalten spricht z.B. die Bewertung von Items zur Erfassung von rechtsextremen Einstellungen aus den Leipziger Mitte-Studien (Decker et al. 2013). Bei Aussagen wie „Die Ausländer kommen nur hier her, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ zeigte sich bei der Pegida-Befragung der ipb eine deutliche Häufung in der neutralen Mittelkategorie im Vergleich mit der face-to-face bei den Befragten zu Hause durchgeführten Mitte-Studie (in dem Fall 54 gegenüber 32 Prozent).

3 | Perspektiven

Unabhängig von den situativen Problemen, traten bei den Dresdner Befragungen auch andere Herausforderungen zu Tage, die an den Charakter der Pegida-Proteste gekoppelt sind. Dabei gibt es für einzelne Problemstellungen bereits erprobte Lösungen, andere verlangen eine vertiefte Diskussion und eine Weiterentwicklung der Methode.

3.1 | Qualitätssicherung

Ein Hauptdiskussionspunkt bei den Pegida-Befragungen war die Qualität der Stichproben. Dabei entzündete sich Kritik insbesondere an mangelnder Repräsentativität. Eine Repräsentativität des Samples ist tatsächlich bei keiner Demonstrationsbefragung sicherzustellen, solange Informationen über die Grundgesamtheit fehlen. Ziel müsste also eine große Ausschöpfung und die Sicherstellung tatsächlicher Zufallsauswahl sein. Beides war in Dresden durch die Ablehnung eines Teils der Demonstrierenden nicht sichergestellt.

Dass Anwesende in den Befragungen unzureichend abgebildet waren, wurde dadurch verstärkt, dass bekannte Methoden der Zufallsauswahl nicht immer angewandt wurden. Bei strengem Vorgehen erfolgt eine Teilung der Demonstration in Sektoren und es gibt ein festgelegtes Muster der Ansprache. Eine Arbeitsteilung in Teams (eine Person zur Auswahl der „Zielperson“, eine für die Ansprache), minimiert den Einfluss von Sympathien/Antipathien, die das Sample systematisch verzerrn können. Den Vergleich von Angesprochenen und tatsächlich an der Befragung Teilnehmenden kann man durch die Kombination von ausführlicher Befragung mit einem Kurzfragebogen vor Ort (bzw. das Notieren askriptiver Kategorien wie Geschlecht) ermöglichen.

Den Tiefpunkt im Kontext der Pegida-Befragungen bildeten für die Medien aufbereitete Präsentationen, bei denen auf die Offenlegung methodischer Aspekte verzichtet wurde. Dies

hinterlässt auch dann einen Nachgeschmack, wenn Methodenberichte nachgereicht werden. Hier ist eine fachgemeinschaftliche Diskussion über die Sicherstellung methodischer Standards angezeigt. Dabei müsste auch die per se problematische Situation von ad-hoc-Befragungen berücksichtigt werden.

Im Einzelnen wären unter anderem folgende Fragen zu diskutieren: Sollte es Mindest-Ausschöpfungsquoten geben? Wie kann man Hinweise über die Zusammensetzung der Grundgesamtheit sammeln? Wie sind Befrager_innen zu schulen und zu kontrollieren? Welche Methoden für Zufallsauswahl gibt es für unterschiedliche räumliche Settings?

3.2 | interpersonale und ethische Probleme

Viele Befrager_innen berichteten von unangenehmen Erfahrungen von Ablehnung bis hin zu tätlichen Angriffen. Doch auch unterhalb dieser Schwelle von Risiken für die körperliche Unversehrtheit stellt sich die Problematik des Feldzugangs. Die Befragung der Berliner Friedensmahnwache wurde dadurch erleichtert, dass der Hauptorganisator zur Beteiligung aufgefordert hatte. Was folgt daraus, wenn sich die Befragten in einem Bündnis mit den Forschenden wähnen? Die Rücklaufquoten in anderen Städten, in denen auch Befragungen ohne die Unterstützung der Veranstalter_innen durchgeführt wurden, waren signifikant niedriger und kaum verwertbar.

Viele Versuche der Kontaktaufnahme bei Pegida und Mahnwachen blieben unbeantwortet oder führten zu distanzierten Reaktionen. Für solche Art von Protesten brauchen wir offensichtlich andere Feldzugänge, wahrscheinlich gilt es aus der Forschung zum Rechtsextremismus zu lernen. Wie Ängste, Antipathien und sonstige Erwartungserwartungen in einem so polarisierten Feld wirken, müsste Gegenstand eigener methodenkritischer Reflexionen sein. Außerdem wurden die Forschenden teilweise wie Gegner wahrgenommen. Die

Wissenschaft vom Protest muss deshalb für die Unabhängigkeit und Integrität ihrer Bemühungen werben und diese Versprechen auch einlösen – durch Lauterkeit, Transparenz und Wahrung ethischer Standards. Eine Grauzone entsteht insbesondere in der Befragung der extremen Rechten, wo kritische Forschung mit vollem Einverständnis der Beforschten kaum möglich sein wird, aber deswegen nicht weniger wichtig ist.

3.3 | Erhebungsinstrumente

Eine Herausforderung für zukünftige Demonstrationsbefragungen stellen die in den Fragebögen verwendeten Instrumente dar. Die Bewegungen, die Auslöser der aktuellen Diskussion waren, unterschieden sich in ihrer politischen Orientierung und im Grad ihrer Schließung von bisher befragten link(slberal)en Demonstrationen, auf die bestehende Fragebögen zugeschnitten waren. Die kurzfristige Aufnahme von Instrumenten zur Ermittlung von rechtsextremen Einstellungen und der Neigung zu Verschwörungsdenken muss durch eine Kooperation mit der Rechtsextremismusforschung und der Sozialpsychologie abgesichert werden.

Die Anpassung des Instrumentariums gerät allerdings in Konflikt mit der Vergleichbarkeit mit anderen Demonstrationsbefragungen. Hier gilt es, angesichts der Pfadabhängigkeit aller Entscheidungen, eine Strategie von Konstanz und Variabilität der eingesetzten Itembatterien zu finden sowie neue Erhebungsinstrumente auch zu validieren.

3.4 | Kooperation und Standardisierung

Es gibt aber nicht nur Probleme. Die Diskussion in Berlin hat auch verdeutlicht, welche unterschiedlichen Kompetenzen trotz der schwachen Institutionalisierung der Protestforschung vorhanden sind. Berlin (ipb) und Göttingen (Institut für Demokratieforschung) waren in den letzten Jahren immer wieder Ausgangspunkt von Erhebungen und etablieren

sich als Zentren im Netzwerk von Demonstrationsbefrager_innen.

Die Tatsache, dass verschiedene Teams gleichzeitig Pegida-Demonstrationen befragt haben, ist nicht nur schlecht, da die Studien sich gegenseitig prüfen und kritisieren, z.T. auch bestätigen (Reuband 2015). Allerdings werfen vier Befragungen bei einer Bewegung – zwei davon aus einem Institut – auch Fragen auf. Die Präsenz unterschiedlicher Teams verursacht Verwirrung bei Befragten wie Befragenden, wahrscheinlich auch geringere Responsivität. Angesichts dessen könnte eine vertiefte Kooperation Ressourcen bündeln, allerdings um den Preis höherer Koordinationskosten. Auch hier gilt es einen Mittelweg zu finden, der Konkurrenz und Kooperation ermöglicht. Kooperation ist insbesondere zur Hebung der methodischen Standards angezeigt, aber sicherlich auch, was die verwendeten Fragen angeht, um Vergleichbarkeit zu erhöhen, und um gegenseitiges Hindernis zu vermeiden.

Wenigstens sollten sich in Zukunft die „üblichen Verdächtigen“ untereinander informieren und die Diskussion der Methode fortsetzen. Alle Beteiligten würden von einem Forschungsprojekt „Methodenentwicklung in der Demonstrationsbefragung“ profitieren. Eine andere Möglichkeit wäre die Übernahme der Befragungsmethode, die in dem Projekt „Caught in the Act of Protest“ (van Stekelenburg et al. 2012) entwickelt wurde. Diese hat sich durch die Beteiligung vieler Länderteams zu einem Standard entwickelt, auf den auch neue Projektanträge Bezug nehmen.

4 | Fazit

Einigkeit herrschte in der Diskussion im Berliner Forschungskolloquium darüber, dass dieser Erfahrungsaustausch erst ein Anfang war. Einzelne Punkte müssen weiter durchdacht werden; ein Workshop dazu sollte demnächst stattfinden. Denkbar wäre eine systematische Auswertung vorhandener Demonstrationsbefragungen unter Methodengesichtspunkten.

Die Ergebnisse solcher Diskussionen müssten auch festgehalten, verbreitet und in der Praxis beachtet werden. Dabei gilt, dass einige Probleme sich auch durch Koordination und Standards nicht beheben lassen. Gerade bei Demonstrationen, die eine Ablehnung von Befragungen erwarten lassen, ist eine Methodenpluralität notwendig. Die Beobachtung von Äußerungsformen und Interaktionen bei der Demonstration, aber auch die flankierende Analyse von Diskursen, Netzwerken oder separaten geführten (Gruppen-)Interviews erlauben einen tieferen Einblick in die Dynamik von Protesten.

Simon Teune arbeitet als Soziologe im Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin. Er ist Mitglied im Vorstand des Vereins für Protest- und Bewegungsforschung und Sprecher des Arbeitskreises soziale Bewegungen der DVPW. Kontakt: teune@ztg.tu-berlin.de.

Peter Ullrich ist Soziologe. Er leitet den Bereich soziale Bewegungen, Technik, Konflikte im Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin. Kontakt: ullrich@ztg.tu-berlin.de.

Anmerkung

¹ Dies ist eine gekürzte Fassung der Dokumentation einer Diskussion im Kolloquium „Politik von unten“ am 4. Mai 2015. Der ausführliche Text ist unter <http://protestinstitut.eu/blog> abrufbar.

Literatur

Daphi, Priska/Rucht, Dieter/Stuppert, Wolfgang/Teune, Simon/Ullrich, Peter 2014: Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“. Berlin: ipb working papers. https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/03/occupy-frieden_ipb-working-paper_web.pdf [17.08.2015].

Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Roose, Jochen/Rucht, Dieter/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Zajak, Sabrina 2015: Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. Berlin: ipb working papers. https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf [17.08.2015].

Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Kiess, Johannes (Hg.) 2013. Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz 2015: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: Transcript.

Patzelt, Werner, in Zusammenarbeit mit Christian Eichardt 2015: Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida? https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-mai-2015.pdf [24.07.2015].

Reuband, Karl-Heinz 2015: Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen. In: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung, Jg. 21, Heft 1, 133-144.

van Stekelenburg, Jaquelin/Walgrave, Stefaan/Klandermans, Bert/Verhulst, Joris 2012: Contextualizing Contestation: Framework, Design, and Data. In: Mobilization: An International Quarterly, Jg. 17, Heft 3, 249-262.

Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven 2014: Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden. Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung 1/2015. http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/poltheo/news/vorlaender_herold_schaeller_pegida_studie [24.07.2015].

DARSTELLUNG

Die Fachgesellschaften politisieren und mobilisieren! Ein Beispiel aus der Soziologie¹

Die Soziolog/innen-Initiative „Für gute Arbeit in der Wissenschaft“ setzt sich für ein entsprechendes Engagement ihrer Fachgesellschaft und für die Repräsentation des Mittelbaus in deren Gremien ein.

Vom Doktoranden, über die Post-Doktorandin und die Juniorprofessorin bis hin zum Professor - Wissenschaftler/innen auf allen Karrierestufen haben mit prekären Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb zu kämpfen. Neben dem stoischen Ertragen einer unverhältnismäßig langen „wissenschaftlichen Adoleszenz“ mit völlig ungewisser beruflicher Perspektive stellen allein die Abwanderung ins Ausland oder die Abkehr von der Wissenschaft individuelle Handlungsoptionen dar.

Nahezu wöchentlich ist in den großen Medien über die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im deutschen Hochschulsystem zu lesen. Der Hintergrund ist die sich stetig verschlechternde Situation des akademischen Mittelbaus, die geprägt ist von hochgradiger Beschäftigungsunsicherheit und Prekarität, insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Zeitungsartikel, die erstaunt von der Leidensfähigkeit der sogenannten „Nachwuchswissenschaftler/innen“ berichten, offenbaren das eigentliche Problem: Die berufliche Unsicherheit ist ein fester Bestandteil des akademischen Mythos. Nur wer von der inneren Berufung zur Wissenschaft beseelt ist – so die Vorstellung – wird in der Lage sein, die Unwägbarkeiten des Wissenschaftsberufs auszuhalten; eine Sichtweise, die sich schon in Max Webers berühmter Rede Wissenschaft als Beruf von 1917 finden lässt. In den letzten Jahren steht dieser „unzeitgemäßen Aktualität Max Webers“ (Kreckel 2013: 54) allerdings eine massive Verschärfung des Wettbewerbs um Forschungsgelder und Stellen bei gleich-

zeitiger Unterfinanzierung der Universitäten gegenüber. Die Schwierigkeiten durch diese äußersten Bedingungen des wissenschaftlichen Berufs sind geradezu eskaliert.

Vor dem Hintergrund dieser Situation trafen sich Angehörige des wissenschaftlichen Mittelbaus der Soziologie erstmals im Frühjahr 2014, um zu diskutieren, welche Möglichkeiten der Veränderung ihnen zur Verfügung stehen. Unsere kleine Gruppe wuchs schnell an, formierte sich als Initiative „Für gute Arbeit in der Wissenschaft“ und hat mit einem Offenen Brief an die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) einen ersten Schritt getan, um die Fachgemeinschaft für die problematische Situation des wissenschaftlichen Mittelbaus zu interessieren und zu mobilisieren. Hier sollen nun die zentralen Anliegen, das bisher Erreichte und die weiteren Schritte aus Sicht der Initiator/innen dargestellt werden.

Hintergründe

Der Wettbewerb im deutschen Wissenschaftssystem hat sich in den letzten Jahren drastisch verschärft; das zeigt schon der Blick in die Personalstatistiken: Von 2003 bis 2013 wurde die Zahl der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter/innen an deutschen Universitäten von 120.545 auf 171.037, d.h. um 50.492 Personen (42 Prozent) erhöht. Die Zahl der ordentlichen Professuren hingegen ist in diesem Zeitraum nur um 1.054 (8 Prozent), von 21.129 auf 22.183 gestiegen. Im gleichen Zeitraum stagnierte die Zahl der unbefristeten Stellen im Mittelbau bei etwa 26.000 (Statistisches Bundesamt 2013) – und das, obwohl die Bundesrepublik im internationalen Vergleich ohnehin einen äußerst geringen Anteil an festen Stellen im Wissenschaftssystem aufweist.

Getragen wird der Anstieg im Mittelbau nahezu ausschließlich von Projektstellen mit kurzen Vertragslaufzeiten. Über die Hälfte der auf Grundlage des Wissenschaftszeitvertragsge setzes (WissZeitVG) abgeschlossenen Verträge hat eine Laufzeit von weniger als einem Jahr (Jongmanns 2011). Das ist einerseits die Folge der zunehmenden Zahl von projektbasierten

Arbeitsverhältnissen. Andererseits sind aber auch die entsprechenden Anstellungspraxen der Professor/innen sowie der wissenschaftlichen Einrichtungen zu hinterfragen. Vielfach sind die Vertragslaufzeiten sogar weit kürzer als die Projektaufzeiten, eine Mindestlaufzeit ist im WissZeitVG nicht vorgeschrieben, auch wenn derzeit immer mal wieder entsprechende Regelungen diskutiert werden.

Das Problem wird noch viel größer, wenn der Blick auf all jene Personen fällt, die in den Statistiken überhaupt nicht auftauchen: Auf die langfristig arbeitsuchenden und arbeitslosen Wissenschaftler/innen oder diejenigen, die zwischen Projekten über das Arbeitsamt einige Monate „zwischenfinanziert“ werden, auf die vielen Promovierenden und Post-Docs, die ohne soziale Absicherung über Stipendien finanziert werden, oder auf diejenigen, die sich mit Jobs in anderen Bereichen finanziell über Wasser halten, aber auf eine Anstellung in der Wissenschaft hoffen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Eine dramatische Verschärfung des Wettbewerbs, immer schlechtere Zukunftsperspektiven, immer kürzere Verträge – so lassen sich die Entwicklungen auf dem wissenschaftlichen Arbeitsmarkt zusammenfassen. Diese Situation ist aber keine über Wissenschaftler/innen her eingebrochene Naturkatastrophe, sondern das Resultat politisch gesteuerter und gestaltbarer Entwicklungen. Zuvor der sind sicherlich Bund und Länder für diese Situation verantwortlich. Sie haben über die Bereitstellung von Ressourcen und die gesetzliche Regulierung den größten Einfluss auf die Arbeits- und Karrierebedingungen in der Wissenschaft. Doch auch die Hochschulen können mehr tun. Die Hochschulleitungen haben in den letzten Jahren erheblich an Kompetenzen hinzugewonnen und können stärker selbst über ihre Ressourcen bestimmen. Personalentwicklung ist zumeist jedoch noch immer ein Randthema. Schließlich sind auch die Wissenschaftler/innen selbst gefordert: Als Kolleg/innen und als Leitungspersonen. Dass Kolleg/innen sich solidarisieren und mobilisieren, kann entscheidend dazu

beitragen, dass die skizzierten Probleme nicht einfach stillschweigend ertragen und fortgesetzt werden. Ob Stellen halbiert oder gedrittelt werden, ob in Projektanträgen zusätzliche Mittel für Vertretungen und Vertragsverlängerungen in Folge von Mutterschutz, Elternzeit, Pflege betagter Eltern und anderen Betreuungszeiten eingeplant werden und ob faire Einstellungsverfahren durchgeführt werden, liegt in der Verantwortung von Leitungspersonen.

Unser Ansatz

Trotz der dramatischen Situation regt sich bislang noch wenig Widerstand im wissenschaftlichen Mittelbau. Offenbar lassen der Mythos der inneren Berufung, der Überlebenskampf im wissenschaftlichen Bereich, die kurzfristigen Perspektiven und die diffuse Hoffnung, am Ende doch erfolgreich zu sein, nur wenig Raum für Vernetzung und Solidarität. Dazu passt, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad beim wissenschaftlichen Personal seit jeher sehr gering ist.²

In unserem Offenen Brief an die DGS haben wir deshalb an die Fachgemeinschaft appelliert, sich konsequent und öffentlichkeitswirksam für eine Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen einzusetzen und bestehende Handlungsspielräume zu nutzen. Wir wollen einen Diskussions- und Selbstverständigungsprozess innerhalb der DGS anstoßen und vorantreiben, der auf allen Ebenen zu einer Sensibilisierung beiträgt. Die unserer Meinung nach wichtigste Voraussetzung dafür ist es, eine starke Repräsentanz des Mittelbaus in den Gremien der DGS zu erreichen – um ihn sichtbar zu machen und ihn zu befähigen, die Anliegen des Mittelbaus in allen Kontexten vor und einzubringen, so dass diese nicht länger implizit oder unbeachtet bleiben. Dies stellt letztendlich auch eine längst fällige Demokratisierung der DGS dar. Ziel ist es, die Diskussion ausgehend von der Fachgemeinschaft hinaus in die Universitäten, Institute und Gremien zu tragen, nicht nur, um dort auf die prekäre Lage aufmerksam zu machen, sondern auch um auf kleinster Ebene Einzelpersonen und Instituti-

onen dazu aufzufordern, die ihnen je eigenen Handlungsspielräume (z.B. als Vorgesetzte, als Koordinator/innen von Graduiertenschulen, etc.) zu nutzen. In diese Richtung zielt unser Vorschlag, Minimalbedingungen guter Arbeit in den Ethikkodex der Fachgesellschaft zu integrieren und auf die konkreten Handlungsmöglichkeiten jeder Einzelperson aufmerksam zu machen. Nicht zuletzt ist es unser Anliegen, auf den Zusammenhang von Arbeitsbedingungen und wissenschaftlicher Praxis hinzuweisen. So sehen wir uns als Wissenschaftler/innen in der Verantwortung, die eigene Praxis zu hinterfragen und sicherzustellen, dass die Produktion von Wissen nicht strategisch am Wettbewerb ausgerichtet wird. Die Abhängigkeit der eigenen beruflichen Existenz von der Bewilligung eines Projektantrags erhöht nicht nur massiv den Anteil administrativer Arbeit zu Lasten eigener Forschung und Lehre, sondern stellt auch eine Bedrohung der Freiheit von Wissenschaft dar (vgl. Münch 2007).

Erste Erfolge

Der Offene Brief an die DGS war ein erster großer Erfolg. Über 2.700 Menschen haben unsere Forderungen durch Zeichnung unterstützt (Petition „Wissenschaft als Beruf – für bessere Beschäftigungsbedingungen und planbare Perspektiven“). Einige Tageszeitungen berichteten (Lehmann 2014; neues deutschland 2014) und der Vorsitzende der DGS, Stephan Lessenich, kommentierte unsere Initiative zustimmend in einem Artikel in *Forschung und Lehre* (Lessenich 2014). Im Rahmen der Sonderveranstaltung Nachwuchs in der Krise auf dem DGS-Kongress in Trier haben wir in Arbeitsgruppen verschiedene Handlungsfelder und Forderungen diskutiert. Ebenso gibt es konkrete positive Konsequenzen. Aufgrund der überwiegend positiven Resonanz auf unsere Forderungen auf der Mitgliederversammlung hat sich das Konzil der DGS dazu entschlossen, die Vorschlagsliste für die Konzilswahlen um drei Vertreter/innen des Mittelbaus zu erweitern. Dass alle drei letztendlich nicht gewählt wurden, macht aus unserer Sicht auch

deutlich, dass die Wahlverfahren der DGS insgesamt verändert werden müssen (mehr Transparenz, breitere Basis der Kandidaturen in einem offenem Prozess, der nicht nur vom Vorstand ausgehen darf, Vorstellung von Zielen und Ideen der Kandidat/innen) und dass unsere Anstrengungen in diese Richtung nicht nachlassen dürfen.

Außerdem wurde auf dem DGS-Kongress die Einrichtung eines Ausschusses beschlossen, der diese Fragen diskutieren, Vorschläge unterbreiten und die Thematik in der Fachgesellschaft in die Diskussion bringen soll. Schließlich hat unser Beispiel in Sachen Bewusstseinsschaffung für die prekären Arbeitsbedingungen Ansteckungseffekte produziert und andere Initiativen angeregt, beispielsweise in der Politikwissenschaft.

Der Ausschuss

Satzungsgemäß hat der DGS-Vorstand diesen Ausschuss unter dem Titel ‚Mittelbau in der DGS/Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft‘ einberufen. Der DGS-Vorstand und unsere Initiative entsenden jeweils drei Mitglieder. Dabei ist es unser Anliegen, gemeinsam als Soziolog/innen zu überlegen, was gute Arbeit(sbedingungen) in der Wissenschaft ausmachen; zudem soll verhindert werden, konfrontative Haltungen zwischen den verschiedenen Statusgruppen zu errichten. Bisher gab es eine konstituierende Sitzung im April, bei der eine Vertreterin aus dem Vorstand, ein Vertreter aus dem Konzil und drei Vertreter/innen aus der Initiative sowie die Leiterin der DGS-Geschäftsstelle anwesend waren. Hier wurden die von uns eingebrachten Themen einer möglichen Stellungnahme der DGS zu den Beschäftigungsbedingungen und -standards in der Soziologie, die Möglichkeit einer Erweiterung des Ethikkodexes und die Vertretung des akademischen Mittelbaus in den DGS-Gremien sowie Fragen der Transparenz und Öffentlichkeitsherstellung für die Arbeit des Ausschusses besprochen.

Es hat sich deutlich gezeigt, dass es ein sinnvolles Anliegen unserseits war, diesen

Ausschuss einzusetzen um eine Diskussion zu befürjeln, da es offensichtlich keine konsensualen Vorstellungen über gute Arbeit bzw. gute Arbeitsbedingungen und die Wege zu deren Umsetzung gibt. Als erstes wesentliches Ergebnis plant der Ausschuss eine Tagung im Frühjahr 2016, die sich mit den Themen Mittelbau in der DGS und Erwerbsarbeit/Beschäftigungsformen in der Soziologie auseinandersetzt und eine breite Diskussion innerhalb der Fachgemeinschaft ermöglicht. Parallel setzen wir als Initiative weiterhin auf das Erreichen konkreter Umsetzungsschritte. Hier lohnt sich der Blick in andere Fachgesellschaften wie die der Psychologie, der Politikwissenschaft oder der Kommunikationswissenschaft, die bereits über eine Mittelbaurepräsentation verfügen. Die Arbeit des Ausschusses kann auf der Webseite der DGS nachverfolgt werden. Darüber hinaus strebt die Initiative eine Mitgliederversammlung für die Vertreter/innen des Mittelbaus auf dem nächsten DGS-Kongress im September 2016 in Bamberg an.

Ausblick

Viel ist schon passiert – aber umso mehr bleibt noch zu tun:

- Wir wollen Wege ebnen, um den Diskussionsprozess so schnell wie möglich in die Breite der DGS-Mitgliedschaft hineinzutragen und unterschiedliche Foren für den Austausch finden. Dafür sollten Sektionstagungen, Kongresse und Workshops aller Art genutzt werden. Hier ist auch die Initiative von anderen gefragt.
- Demokratische und transparente Verfahren und Prozesse zur stetigen Einbindung des Mittelbaus, aber auch zur Einbindung und Repräsentation von Studierenden und ggf. anderen Statusgruppen müssen etabliert werden.
- Mit Nachdruck müssen wir dafür sorgen, dass die Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen anschlussfähig für verschiedene Situationen konkretisiert werden und vor allem auch Anwendung finden.

- Wir wünschen uns, dass sich unsere Fachgesellschaft, ähnlich wie beim CHE-Ranking, auch öffentlichkeitswirksam für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft einsetzt.
- Darüber hinaus streben wir eine Koordination und Vernetzung über Fachgesellschaftsgrenzen hinweg an. Mit Vertretern des Mittelbaus der Fachgesellschaften in den Politikwissenschaften, der Kommunikationswissenschaften und Publizistik sowie der Psychologie bestehen bereits Kontakte.

Die aktuelle öffentliche Diskussion geht in vielerlei Hinsicht mit unseren Forderungen konform. Wir werden also dran bleiben. Wer mit aktiv werden und sich dazu mit uns vernetzen möchte, kann mit uns über unsere Webseite (<http://bit.ly/1fcIWTt>), E-Mail (gutearbeitinderwissenschaft@gmx.de) und Mailverteiler (<http://bit.ly/1Lbm68L>) in Kontakt treten.

Nina Ameling, Eva-Christina Edinger, Maria Keil, Jan-Christoph Rogge, Moritz Sommer, Peter Ullrich und Tina Weber sind Soziolog/innen und Mitglieder der Initiative „Für gute Arbeit in der Wissenschaft“. Kontakt: gutearbeitinderwissenschaft@gmx.de.

Anmerkungen

- 1 Unter dem Titel „Für gute Arbeit in der Wissenschaft“ wurde eine frühere Version dieses Beitrags in der Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Soziologie veröffentlicht (Soziologie, Jg. 44, Heft 2, 2015, 226-230).
- 2 Mit dem Templiner Manifest und dem Herrschinger Kodex setzt sich beispielsweise die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für eine öffentliche Debatte über den „Traumjob Wissenschaft“ und eine Reform der wissenschaftlichen Arbeitsbedingungen ein: <http://www.gew.de/wissenschaft/templiner-manifest/>; <http://www.gew.de/wissenschaft/herrschinger-kodex/> [18.08.2015].

Literatur

Jongmanns, Georg 2011: Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeit-VG). Gesetzevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Hannover. www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201104.pdf [25.04.2015].

Kreckel, Reinhard 2013: Akademischer Nachwuchs als Beruf? Zur unzeitgemäßen Aktualität Max Webers. In: Haller, Max (Hg.): Wissenschaft als Beruf. Bestandsaufnahme - Diagnosen - Empfehlungen. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 54-67. www.oeaw.ac.at/fileadmin/NEWS/2013/pdf/FuG_5_Wissenschaft-als-Beruf_fuer_Web.pdf [25.04.2015].

Lehmann, Anna 2014: Soziologen sollen sozial sein. die tageszeitung, 09.10.2014. <http://www.taz.de/Prekaere-Arbeit-in-der-Wissenschaft/!147283;m/> [25.04.2015].

Lessenich, Stephan 2014: Standpunkt: Kinder des Olymp. In: Forschung und Lehre, Jg. 21, Heft 10, 785. www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=17073 [25.04.2015].

Münch, Richard 2007: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

neues deutschland 2014: Nachwuchs-Soziologen fordern Beschäftigungsstandard. 1.10.2014. www.neues-deutschland.de/artikel/947795.nachwuchs-soziologen-fordern-beschaeftigungsstandards.html [25.04.2015].

Petition „Wissenschaft als Beruf – für bessere Beschäftigungsbedingungen und planbare Perspektiven“. www.openpetition.de/petition/online/wissenschaft-als-beruf-fuer-bessere-beschaeftigungsbedingungen-und-planbare-perspektiven [25.04.2015].

Statistisches Bundesamt 2013: Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.4. Wiesbaden. www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschung-Kultur/Hochschulen/PersonalHochschulen.html?nn=71590 [25.04.2015].

TAGUNGSBERICHT

Politische Wirkungen zivilgesellschaftlicher Arbeit in Subsahara-Afrika

Spätestens seit dem Arabischen Frühling sind soziale Bewegungen und andere Akteure der Zivilgesellschaft in den Maghreb-Staaten Afrikas zunehmend in den medialen Fokus gerückt. Doch nicht nur in Nordafrika erhoben in jüngster Vergangenheit unterschiedliche Akteure ihre Stimme, um ihre Interessen zu artikulieren, politische Forderungen zu stellen und Widerstand zu herrschenden Politiken zu organisieren. Auch in vielen Ländern Subsahara-Afrikas greift Zivilgesellschaft in politische Prozesse ein: Soziale Bewegungen, politische Lobbygruppen, Gewerkschaften, religiöse und entwicklungspolitische Organisationen sind zu diskursmächtigen politischen Kräften in verschiedenen Ländern des Kontinents geworden. Dieser Entwicklung steht in einigen Ländern ein wachsender politischer Druck sowie eine Einschränkung von Handlungsspielräumen für die Zivilgesellschaft gegenüber (Eberlei 2014; AfricAvenir International e.V. 2013). In der deutschsprachigen Protest-, Bewegungs- und Zivilgesellschaftsforschung spielen diese Phänomene eine untergeordnete Rolle. In den vergangenen Jahren sind nur wenige Publikationen zur Zivilgesellschaft in Afrika erschienen. Vollkommen zu Unrecht, schließlich spielen die zahlreichen aktiven zivilgesellschaftlichen Akteure eine bedeutsame Rolle für die politischen und sozialen Entwicklungen in den einzelnen afrikanischen Ländern (siehe hierzu auch FJSB 3/2014). Begründet ist dies sicherlich im oftmals negativen Afrikabild, welches primär durch Armut, Hunger und Krieg, nicht jedoch durch politischen Aktivismus geprägt ist.

An der Hochschule Düsseldorf fand unter Leitung von Prof. Dr. Walter Eberlei am 26. Juni 2015 eine Fachtagung zu Politischen Wirkungen zivilgesellschaftlicher Arbeit in Subsahara-Afrika statt, die Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen der Zivilgesellschaftsförderung

gewinnbringend zusammenbrachte und die wichtige Rolle dieser Akteure in den Fokus nahm. Im Zentrum der Tagung standen dabei die Fragen, unter welchen Bedingungen zivilgesellschaftliche politische Arbeit in Subsahara-Afrika wirkungsvoll ist, was strukturelle Hindernisse für wirkungsvolle zivilgesellschaftliche Arbeit sind und wie Entwicklungskooperationen daran mitwirken (können), entsprechende Hindernisse zu überwinden.

Diskursmächtige Akteure?

Begrüßt wurde die Fachtagung durch Richard Ssekakiryanga, dem Exekutivdirektor des Uganda National NGO Forums, per Video-MESSAGE. Dieser machte gleich zu Beginn der Tagung die hohe Bedeutsamkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Falle Ugandas deutlich. Diese leisten zum einen im Feld der sozialen Dienstleistungstätigkeit bedeutsame Arbeit für die Entwicklung des Landes, konkret nennt er hier das Engagement von Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Bildungs- und Gesundheitssektor. Zum anderen macht er die Relevanz von politischer Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Demokratisierungsprozesse deutlich.

Nach dem Grußwort fokussierte der erste Teil der Tagung auf aktuelle wissenschaftliche Debatten zu Zivilgesellschaft in Subsahara-Afrika. Eberlei eröffnete die Tagung mit einem Beitrag, in dem er zunächst feststellt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Subsahara-Afrika zu diversen Themen wie Krieg, Gewalt oder demokratischer Regierungsführung ihre Stimme erheben. Um Wirkungen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in Subsahara-Afrika zu erklären, nannte er Langzeitkatalysatoren, die Einfluss auf politische Entwicklungen in den jeweiligen Ländern haben können, wie das Ende des Kalten Krieges, Globalisierungsprozesse, demographische Entwicklungen oder auch das Aufkommen neuer Kommunikationstechnologien. Neben diesen Faktoren können jedoch auch mittelfristige strukturelle Weichenstellungen – also der Verlauf politischer Transitionsprozesse – sowie

kurzfristige politische Konstellationen in den jeweiligen Ländern und Regionen Einfluss auf die Wirkfähigkeit zivilgesellschaftlicher Kräfte haben. Deutlich wird hier, dass es höchst unterschiedliche Faktoren gibt, die Einfluss auf die Wirksamkeit zivilgesellschaftlichen Handelns haben können. Monokausale Erklärungen scheinen hier nicht weiterzuhelpfen.

Während Eberlei sich in seinem Beitrag auf zivilgesellschaftliche Kräfte mit einem erhöhten Organisationsgrad konzentrierte, nahm Jun. Prof. Dr. Bettina Engels von der FU Berlin die politischen und sozialwissenschaftlichen Debatten zu sozialen Bewegungen als Teil von Zivilgesellschaft in Subsahara-Afrika in den Blick. Sie fokussierte sich damit auf die zahlreichen Proteste und sozialen Bewegungen in Subsahara-Afrika, die in der herrschenden Forschungslandschaft des globalen Nordens nach wie vor marginal behandelt werden. Dabei wird in aktuellen Forschungen, die sich mit dem Phänomen befassen, von kollektiven Akteuren gesprochen, die sich von sozialen Bewegungen im globalen Norden unterscheiden und durch etwas „spezifisch afrikanisches“ gekennzeichnet seien. Dieser Dualismus ist irreführend, so Engels. Er impliziert eine undifferenzierte Sicht auf die diversen Kontexte innerhalb des Kontinents. Das Aufkommen sozialer Bewegungen ist immer kontextabhängig. Zwar gibt es nach Engels historische und makrostrukturelle Entwicklungen, die die Länder Subsahara-Afrikas gemeinsam haben, und die die Wirksamkeit von zivilgesellschaftlichem Handeln beeinflussen (z.B. historische Phasen der Kolonisation bzw. Dekolonisation oder die Wirksamkeit ökonomischer Krisen), jedoch sind diese Kontextfaktoren nicht afrikanisch-spezifisch, sondern wirken auch auf die Politik in anderen Kontinenten.

Im Anschluss an die zwei Eingangsvorträge stellten vier Wissenschaftler_innen erfolgreiche Beispiele zivilgesellschaftlicher Intervention im Blitzlicht vor, um einen praktischen Einblick in die diversen Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen in Subsahara-Afrika zu ermöglichen. Deutlich wurden mehrere As-

pekte: zum einen, dass die unterschiedlichen politischen Kontexte einen wichtigen Einfluss auf die Wirksamkeit von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten haben. So legte Magdalena Pac (HS Düsseldorf) dar, dass zivilgesellschaftliche Kräfte Gesetzgebungsverfahren in demokratisch geprägten Ländern Afrikas beeinflussen können, wenn diese nur genügend Druck auf die Regierung ausüben. Beispieldhaft stellte sie den Fall Ghanas vor, wo nach der Entdeckung von Öl vorkommen zivilgesellschaftliche Akteure dafür Sorge trugen, ein Gesetz mit auf den Weg zu bringen, welches sicher stellte, dass Ölentnahmen der Entwicklung des Landes zu Gute kommen. Zum anderen konnte jedoch festgestellt werden, dass Zivilgesellschaft auch in krisengeschüttelten Ländern wirksame Arbeit leistet, wie Prof. Dr. Atia Apusigah (University for Development Studies Tamale-Wa/ Ghana) beispielhaft an der Arbeit von Frauenorganisationen in den Friedensbemühungen in Liberia und Sierra Leone deutlich machte. Besonders interessant ist hier das Zusammenspiel bestehender Organisationen und spontaner Proteste.

Gerade im Falle Afrikas wird der langen Geschichte diverser sozialer Bewegungen oft nicht ausreichend Beachtung geschenkt. Engels verdeutlichte diese am Beispiel Burkina Fasos. Sie nannte die Proteste im westafrikanischen Land gegen eine fünfte Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Blaise Compaoré als erfolgreiches Beispiel zivilgesellschaftlicher Intervention. Compaoré versuchte die Verfassung zu Gunsten einer fünften Amtszeit zu verändern, daraufhin kam es zu starken Protesten, die zum Sturz des Präsidenten führten. Offensichtlich wurde hier, dass soziale Bewegungen in Burkina Faso auf langjährige Erfahrungen mit sozialen Kämpfen zurück blicken können, ohne welche der Erfolg der jüngsten Proteste nicht möglich gewesen wäre.

Um Faktoren der Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Akteure im südlichen Afrika zu erklären, stellte Prof. em. Dr. Peter Meyns (Universität Duisburg Essen) fünf Thesen am Beispiel Sambias auf. Dort konnten zivilgesellschaftliche Kräfte Einfluss auf eine

Verfassungsreform nehmen. Die Thesen sollten dazu dienen, die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Arbeit in Sambia zu erklären. Bedeutsam sind hier nach Meyns zum einen interne Organisationsfaktoren, wie ein gut koordiniertes Auftreten, und Faktoren, die das Verhältnis der Organisationen zur politischen Gesellschaft bestimmen. Zivilgesellschaft solle, wenn sie erfolgreich wirken will, nicht parteiisch sein und sich nicht von staatlicher Politik kooperieren lassen. Zum anderen seien jedoch auch politische Rahmenbedingungen, wie der Grad an staatlicher Repression, für den Erfolg zivilgesellschaftlichen Handelns relevant.

Die Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements belegen zum einen die große Diversität sozialer Kämpfe und relevanter Akteure in Sub-Sahara Afrika, die stark von den jeweiligen regionalen Kontexten abhängen. Damit zusammen hängt sicherlich auch die in bestehender Forschung immer wieder festgestellte Offenheit des Begriffs Zivilgesellschaft, welcher je nach politischem Interesse mit Bedeutung gefüllt werden kann: Wer gehört zur Zivilgesellschaft? Gerade im Falle religiöser Akteure scheint diese Frage nicht leicht zu beantworten zu sein. Auch das Verhältnis von Zivilgesellschaft zu weiteren Akteuren wie Staat oder Privatwirtschaft erscheint immer wieder unklar. Warum wird Zivilgesellschaft in der Regel als Opposition zum Staat verhandelt? Sollten zivilgesellschaftliche Kräfte mit privatwirtschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten, wenn gemeinsame kurzfristige Ziele bestehen? Meyns macht hier noch einmal auf die mögliche herrschaftsstabilisierende Funktion von Zivilgesellschaft im Sinne Antonio Gramscis aufmerksam, wenn Regierungen ihr Handeln mittels der Beteiligung von Zivilgesellschaft diskursiv legitimieren. Vielleicht gilt es auch diese Fragen je nach politischem Kontext neu zu stellen?

Entwicklungspolitische Perspektiven

Die Bedeutsamkeit von Zivilgesellschaft in Subsahara-Afrika spielt in Entwicklungspolitischen Diskursen eine große Rolle. Fragen nach Demokratieförderung, Armutsreduktion,

Partizipation und Ownership stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Rolle von Zivilgesellschaft. Nach den Blitzlichtern aus der Wissenschaft fokussierte sich der anschließende Teil der Konferenz auf Berichte aus der entwicklungspolitischen Praxis, die die Förderung zivilgesellschaftlicher politischer Arbeit in Subsahara-Afrika zum Ziel hat. Die Stärkung eben dieser Akteure stellt daher ein wichtiges Tätigkeitsfeld entwicklungspolitischer Organisationen dar. Im Rahmen von Inputs und anschließenden Debatten stellten im Rahmen der Tagung drei Referent_innen der Friedrich Ebert Stiftung (FES), des Hilfswerks Misereor und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ihre Arbeit zur Diskussion. Elisabeth Bollrich (FES) betonte die spezielle Rolle politischer Stiftungen in der Demokratieförderung Subsahara-Afrikas. Dabei stellte sie die Bedeutung von Handlungsspielräumen für zivilgesellschaftliches Handeln in den Fokus der Auseinandersetzung. Diese seien in vielen Ländern Subsahara-Afrikas als sehr gering zu bewerten, da die staatliche Repression in den letzten Jahren zugenommen habe.

Raoul Bagopha (Misereor) betonte in seinem Beitrag zunächst die große Bedeutsamkeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren für die Arbeit der NRO und benannte anschließend zwei Begriffe, die er für seine Arbeit als wichtig einschätzt: Transparenz und Innovation. Mit dem Begriff der Transparenz wird die Notwendigkeit beschrieben, Machthaber zur Offenlegung ihrer Tätigkeiten zu zwingen. Sie begünstigt die Partizipation von Akteuren und schränkt gleichzeitig undemokratisches Regieren ein. Bagopha bezieht den Begriff der Transparenz jedoch auch auf die eigene Arbeit, so dass Tätigkeiten von Misereor nachvollzogen werden können. Hier setzt auch der Begriff der Innovation ein, denn erst durch ein transparentes Arbeiten können unterschiedliche Akteure innovativ neue Formen der Zusammenarbeit ermöglichen.

Als drittes Beispiel einer Stärkung zivilgesellschaftlicher politischer Arbeit aus der Praxis stellte Eva Becker (GIZ) ein Projekt

zur stärkeren Einbindung von Zivilgesellschaft in Burkina Faso vor. Im Rahmen von Dezentralisierungsprozessen sollen die Interessen der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf kommunaler Ebene stärker in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Die GIZ unterstützt diese Entwicklung. In Dachverbänden organisiert, vertreten die einzelnen Interessengruppen nun ihre Anliegen vor der kommunalen Regierung. Herausfordernd ist dabei die Frage, so Becker, wer innerhalb der Dachverbände die Interessen vor der lokalen Regierung vertritt. Zudem geht mit ehrenamtlichen Tätigkeiten auch immer eine hohe Fluktuation der Engagierten einher, die langfristige Arbeit erschweren kann.

Abgerundet wurde die Tagung im Rahmen einer Podiumsdiskussion, in der Herausforderungen der zivilgesellschaftlichen politischen Arbeit in Subsahara-Afrika für die staatliche und nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit diskutiert wurden. Es diskutierten Klaus Wardenbach vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ), Julia Leininger (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) und Karin Döhne (Brot für die Welt). Einig waren sich die Vertreter_innen aus Wissenschaft, Regierung und Zivilgesellschaft darin, dass eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte in Sub-Sahara Afrika wichtig ist. So plädierte Wardenbach dafür, dass zukünftig stärker politische zivilgesellschaftliche Organisationen – und nicht primär soziale Dienstleister – durch die Bundesregierung gefördert werden. Dabei wurde auch das wechselseitige Verhältnis von Zivilgesellschaft und Demokratie angesprochen. Döhne betont hierzu, dass auch soziale Dienstleistungen als Teil einer politischen Arbeit in den jeweiligen Ländern gesehen werden müssen. Schließlich sind die direkten Fördermöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Kräfte aufgrund der starken staatlichen Repression in einigen Ländern Afrikas gering, so dass die Förderung von Zivilgesellschaft häufig indirekt verläuft. Die Einigkeit der drei Diskutant_innen könnte stutzig machen. Eine

mögliche Erklärung liegt wahrscheinlich in der Offenheit des Zivilgesellschaftsbegriffs, auf den Bezug genommen wird.

Eine abschließende Kontroverse ergab sich zu der Frage, ob der politische Raum für Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure in Subsahara-Afrika generell eher kleiner bzw. zunehmend beschnitten wird. Diese These der „shrinking spaces“, die von manchen Autor_innen für zumindest eine Reihe von afrikanischen Ländern vertreten wird (dabei wird auf Länder wie Äthiopien oder Ruanda verwiesen), wurde während der Abschlussdiskussion der Tagung u. a. von Leininger aufgenommen. Aus Perspektive von Erhebungen ihres Instituts müsse diese These für die Region bestätigt werden. Eberlei widersprach der Generalisierung von Einzelbeispielen. Für Äthiopien gelte die These sicher. Für die Mehrzahl der Länder gebe es aber keine empirischen Belege für einen solchen Trend. Politische Transitionsprozesse würden niemals linear verlaufen, immer seien Widerstände oder auch Rückschläge zu verzeichnen, die deshalb aber nicht generell eine Umkehrung politischer Öffnungen bedeuteten. Gestützt auf die Kategorien des französischen Historikers Fernand Braudel vertrat Eberlei die These, dass politische Strukturveränderungen nur in langfristigen Perspektiven zu erfassen seien. Diese langfristigen Trends böten zivilgesellschaftlichen Akteuren in Subsahara-Afrika

heute ganz andere Räume als noch vor 25 oder mehr Jahren, Räume, die nicht bzw. nicht ohne weiteres wieder geschlossen werden könnten.

Die Tagung hat dreierlei geschafft: Zum Ersten hat sie zahlreiche zivilgesellschaftliche politische Aktivitäten in Subsahara-Afrika sichtbar gemacht und damit auch gewürdigt, zum Zweiten wurden die unterschiedlichen Rahmenbedingungen und differenten Handlungsspielräume diskutierbar gemacht, die sich je nach Region, Land und Kontext unterscheiden – und zum Dritten hat sie Wissenschaft und Praxis „an einen Tisch“ gebracht, um über die Fragen der politischen Wirkungen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zu sprechen.

Sara Madjlessi-Roudi promoviert zu Zivilgesellschaftsdiskursen im Kontext deutscher Afrikapolitik an der Universität Kassel, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HS Düsseldorf und Redakteurin bei kritisch-lesen.de. Kontakt: sara.madjlessi-roudi@hs-duesseldorf.de.

Literatur

AfricAvenir International e.V. 2013: Widerstand, Revolutionen, Renaissance. Stimmen zum sozialen Aufbruch in Afrika. Berlin: Exchange & Dialogue.

Eberlei, Walter 2014: Zivilgesellschaft in Subsahara Afrika. Wiesbaden: Springer Verlag.

Kongress zu Netzaktivismus

In Rom, Paris, Porto und São Paulo findet zwischen Ende Oktober und Mitte November 2015 der 2. Internationale Kongress zu Netzaktivismus statt. In vier verschiedenen Sessions, die in den genannten Städten stattfinden, sollen Konflikte und Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure des Netzaktivismus beleuchtet werden. Schwerpunkte sind Fragen der digitalen Partizipation, der Zukunft von Demokratie und der Krise von politischer Beteiligung.

Weitere Informationen zu den einzelnen Sessions gibt es im Internet unter www.net-activism.net.

Informationsbereitstellung als Landesverrat?

Die (inzwischen eingestellten) Ermittlungen gegen die Verantwortlichen des Blogs netzpolitik.org haben in Politik und Öffentlichkeit hohe Wellen geschlagen und nicht zuletzt zur Entlassung des Generalbundesanwalts Harald Range geführt. Die Humanistische Union kritisiert nun nicht nur die Ermittlungen an sich, sondern wirft den deutschen Regierungsstellen insgesamt ein „gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit“ vor. Allen voran die Tatsache, dass maßgebliche Stellen wie Bundeskanzleramt, Justizministerium und Innenministerium frühzeitig von den geplanten Ermittlungen informiert waren, zeige, dass es „nicht um Landesverrat, sondern um die Einschüchterung kritischer Journalisten“ und die Unterdrückung von Informationen gehe, „auf die die Öffentlichkeit in der Demokratie einen Anspruch hat“. Die Humanistische Union fordert zudem einen wirksamen Schutz von Whistleblowern und die Streichung des Landesverratsparagrafen aus dem Strafgesetzbuch.

Weitere Informationen und Kontakt unter www.humanistische-union.de.

Parlamente gegen CETA und TTIP?

In Europa, aber auch den USA nimmt die Kritik an dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP und dem bereits beschlossenen Freihandelsab-

kommen zwischen der EU und Kanada, CETA, immer mehr zu. Die Europäische Kommission und die Regierung der USA betonen weiterhin die Wichtigkeit von TTIP und halten aller Kritik zum Trotz die Verhandlungen weiterhin im Geheimen. Der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen das Abkommen, nicht zuletzt ausgedrückt durch die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“, zeigt nun Wirkung: Nachdem es schon heftige Auseinandersetzungen im Europäischen Parlament während der Debatte zur TTIP-Resolution gegeben hat, ist ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen und eine Ratifizierung der Verträge nicht so sicher, wie die BefürworterInnen dies behaupten. Zu diesem Schluss kommt eine von der Bürgerinitiative „Stop TTIP“ in Auftrag gegebene Studie des Instituts für Völkerrecht und öffentliches Recht der Universität Köln. Laut dieser Studie ist davon auszugehen, dass sowohl TTIP als auch CETA durch die EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden müssen – in allen EU-Staaten außer Malta durch die jeweiligen nationalen Parlamente, in der Hälfte der EU-Staaten sind sogar Volksabstimmungen über die Verträge möglich. Ein erfolgreicher Abschluss der Freihandelsabkommen ist damit deutlich unsicherer, als bislang angenommen, so die Initiatoren der Studie.

Weitere Informationen und Download der Studie unter www.stop-ttip.org/de/ttip-studie-ratifizierung/.

Forschungsnetzwerk zu sozialen Bewegungen institutionalisiert

In dem seit 2011 bestehenden Social Movements Research Network innerhalb des Council for European Studies (CES) sind inzwischen fast 300 ForscherInnen aus über 25 Ländern und 20 Fachdisziplinen vertreten. Anfang Juli 2015 hat sich das Netzwerk nun eine eigene Verfassung gegeben und damit institutionalisiert. Dieser Schritt der Formalisierung, der auch die Wahl der Netzwerkvertreter beinhaltet, folgt der Initiative der CES, bestehende Forschungsnetzwerke zu demokratisieren und breite Beteiligung der Mitglieder zu ermöglichen.

Portal Flucht und Asyl

Kaum ein Thema beschäftigt die Öffentlichkeit derzeit stärker als Migration. Auf dem Portal Globales Lernen der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK) ist nun eine neue Fokusseite zu Flucht und Asyl eingerichtet worden. Dort sind Hintergrundinformationen, Materialien und Bildungsangebote zum Themenkomplex versammelt. Zusätzlich gibt es Informationen über Organisationen und Initiativen im Feld, über Ausstellungen und Veranstaltungen sowie zu Aktionen und Kampagnen.

Alle Inhalte sind frei zugänglich unter www.globaleslernen.de/de/aktuelles/fokus-flucht-und-asy.

Fluchthelfer oder Schlepper?

Nicht zuletzt der deutsch-deutschen Geschichte geschuldet wurden Menschen, die anderen zur Flucht verhalfen, bis in die 1990er Jahre hinein positiv konnotiert als „Fluchthelfer“ bezeichnet. Diese Sicht hat sich in den vergangenen Jahren verändert: Nun ist fast ausschließlich von Schlepperbanden die Rede, die die Not der Fluchtwilligen (finanziell) ausnutzen. Damit einher geht eine Kriminalisierung von Flucht und vor allem dem Fluchthelfer. Dabei, so Andreas Schloenhardt, Professor für Strafrecht an der Universität Queensland (Australien), helfen auch heute noch „viele sogenannte Schlepper (...) den Migranten aus humanitären oder altruistischen Beweggründen“, oftmals seien die Schlepper selbst ehemalige Flüchtlinge. Schloenhardt zeichnet in seinem Beitrag zum Heft „Flucht und Asyl“ der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte die Begriffsgeschichte des Schleppers nach und gibt Auskunft über die Entwicklung der Rechtslage.

Schloenhardt, Andreas 2015: Samariter, Schlepper, Straftäter: Fluchthilfe und Migranten schmuggel im 21. Jahrhundert. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 65, Heft 25, 38-43. Das Heft ist online zugänglich unter <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/208034/flucht-und-asy>.

Bürgerhandbuch

Das Bürgerhandbuch, ein Ratgeber für politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger, ist in der vierten Auflage erschienen. Das Buch erklärt die Grundlagen des politischen Handelns und gibt Praxistipps zur Beteiligung auf den verschiedenen politischen Ebenen. Es beinhaltet zahlreiche Visualisierungen und Abbildungen; für die vierte Auflage ergänzt wurden neue Aspekte der Europäisierung, Globalisierung und Digitalisierung.

Ackermann, Paul/Müller, Ragnar (Hg.) 2015: Bürgerhandbuch. Politisch aktiv werden – Öffentlichkeit herstellen – Rechte durchsetzen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 312 S., 21,40 Euro, ISBN 978-3-7344-0107-7.

Earth Overshoot Day 2015

Der Earth Overshoot Day 2015 wurde auf den 13. August datiert und damit so früh erreicht wie nie zuvor. Bis zu diesem Tag wurden im Jahr 2015 so viele natürliche Ressourcen verbraucht, wie die Erde innerhalb eines Jahres regenerieren kann. Anders gesagt: Ab diesem Tag bis zum Ende des Jahres entnimmt die Menschheit mehr Ressourcen – Holz, Kulturpflanzen, Futtermittel –, als die Erde für einen nachhaltigen Verbrauch bereitstellt. Insgesamt bräuchte man, gemessen am weltweiten Verbrauch von 2015, also 1,6 Erden, um all diese Ressourcen nachhaltig zu erwirtschaften. Für Deutschland sieht die Situation noch schlechter aus: Die Menschen in Deutschland verbrauchen mehr als doppelt so viele Ressourcen, als in Deutschland bestehen. Damit steht Deutschland noch hinter Ländern wie Frankreich (1,4) oder den USA (1,9), aber noch vor Ägypten (3,2), Italien (3,8) und Japan (5,5).

Weitere Informationen bietet das Umweltbundesamt (www.umweltbundesamt.de/themen/earth-overshoot-day-2015-ressourcen-budget) oder die Homepage des Earth Overshoot Day (www.overshootday.org/; in englischer Sprache).

Call for Papers: Umweltbewegungen und Konsum

Das European Consortium for Political Research wird seine sogenannten ECPR Joint Sessions im April 2016 in Pisa halten. Ein Workshop wird sich mit Umweltbewegungen und Konsumverhalten auseinandersetzen. Unter dem Titel Environmental Social Movements and the New Politics of Consumption wollen die Initiatoren den veränderten Aktivismus im Umwelt(schutz)bereich untersuchen, der stärker die individuelle Verantwortung und das individuelle Verhalten der Menschen in den Fokus rückt. Für den Workshop können noch bis zum 1. Dezember 2015 Vorschläge eingereicht werden.

Weitere Informationen und Kontakt: <http://ecpr.eu/Events/PanelDetails.aspx?PanelID=3839&EventID=101>.

Soziale Bewegungen in Kommunalarchiven

Das Archiv für alternatives Schrifttum (afas) ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Duisburg-Rheinhausen, der Materialien aus dem breiten Spektrum der linken und alternativen Bewegungen, aus Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen usw. sammelt. Auf dem Internetauftritt des Vereins (www.afas-archiv.de) wurde nun ein Verzeichnis von Kommunalarchiven erstellt, die über Materialien von und über neue soziale Bewegungen verfügen. Dort kann beispielsweise über die Rubriken Thema oder Ort recherchiert werden, wo welche Materialien eingesehen werden können. Um dieses Verzeichnis zu erstellen, wurde eine empirische Untersuchung vorgeschaltet; die Ergebnisse dieser Untersuchung werden in einem Artikel der Zeitschrift Archivar präsentiert (www.archive.nrw.de/archivar/hefte/2015/Ausgabe_3/Archivar_2015_3_.pdf).

Jahresbericht der Maecenata-Stiftung

Der Jahresbericht 2014 der Maecenata-Stiftung ist erschienen. Die Stiftung, zu der unter anderem das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft gehört, versteht sich als

„pro-aktive Stiftung“, die eine „Scharnierfunktion zwischen Wissenschaft und öffentlicher Debatte“ in den Diskursen um die Zivilgesellschaft wahrnehmen möchte. Der nun veröffentlichte Jahresbericht 2014 versammelt Informationen über die Tätigkeiten der Stiftung und ihre Hauptprogramme ebenso wie Ausschnitte aus der publizistischen Tätigkeit.

Der Bericht kann im Internet heruntergeladen werden unter http://maecenata.eu/images/Maecenata_Stiftung_Jahresbericht_2014_-_final.pdf.

Stadtentwicklung und Beteiligung

In Zeiten ungebrochener Zuwanderung in urbane Zentren und steigender Wohnungsnot ist Stadtentwicklung eminent wichtig. Unter dem Titel „Von der Einfalt zur Vielfalt. Zwischen und mit vielen Akteuren Stadtentwicklung gestalten“ findet am 5. November in Aachen die diesjährige Planungstheorie-Tagung statt. Der Fokus der Tagung wird dabei auf die Heterogenität der beteiligten Akteure gelegt und mit welchen Kommunikationsstrategien die Einbindung des gesamten Spektrums an Stakeholdern gelingt. In den verschiedenen Arbeitsgruppen geht es unter anderem um „Stadtentwicklung „von unten“, „Gemeinwohl und Eigeninteressen“ und „Governance als Kommunikationsprozess“. Eine Anmeldung zur Tagung ist bis zum 01. Oktober möglich unter <http://www.pt.rwth-aachen.de/>; die Tagungsgebühr beträgt 80 Euro (ermäßigt 20 Euro).

Corporate Social Responsibility ohne finanziellen Mehrwert?

Corporate Social Responsibility (CSR), also soziales Engagement von Unternehmen, wird in Öffentlichkeit wie Sozialforschung zumeist positiv bewertet. Nicht nur, dass die Unternehmen Anerkennung dafür erhalten, wenn sie sich sozial engagieren, in vielen sozialwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Studien wird hervorgehoben, dass sich soziales Engagement für Unternehmen auch finanziell lohnt – also die mit CSR verbundenen Kosten durch höhere Unterneh-

mensumsätze mehr als kompensiert werden. Diese Sicht, so die Soziologin Katja Rost und der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Ehrmann, beruhe jedoch auf der einseitigen Veröffentlichung positiver Ergebnisse. In ihrer Metaanalyse von 162 empirischen Studien zu CSR kommen sie zu dem Schluss, dass ein positiver Zusammenhang zwischen CSR und finanziellem Unternehmenserfolg erwartet werde und es einen entsprechenden bias in vielen Studien gebe. Es lasse sich jedoch, so die AutorInnen, ein solcher positiver Zusammenhang nicht nachweisen. Im Gegenteil kann davon ausgegangen werden, dass CSR nicht zu höheren Unternehmensgewinnen beitrage.

Rost, Katja/Ehrmann, Thomas 2015: Reporting Biases in Empirical Management Research. The Example of Win-Win Corporate Social Responsibility. In: Business & Society 2/2015, 1-49.

Zivilgesellschaft ist gemeinnützig

Betätigen sich zivilgesellschaftliche Organisationen auch politisch, kann ihnen die Gemeinnützigkeit entzogen werden. Aufgrund der mehrdeutigen Rechtslage haben die lokalen Finanzämter bei ihrer Entscheidung einen großen Interpretationsspielraum, bis wohin politische Aktivitäten einen allgemeinen Nutzen aufweisen, was zu einer großen (finanziellen) Unsicherheit bei zivilgesellschaftlichen Organisationen führt, die sich an der politischen Willensbildung beteiligen. Prominentes Beispiel dieses Interpretationsraumes ist Attac: Der Organisation wurde im April 2014 vom Finanzamt Frankfurt die Gemeinnützigkeit aberkannt. Zwar ist ein Einspruch gegen diese Entscheidung noch anhängig, ein negativer Bescheid hätte jedoch massive Konsequenzen, da die Gemeinnützigkeit auch rückwirkend für die letzten zehn Jahre entzogen werden kann. Dann drohen die Nachversteuerung der Einnahmen und die Spendenhaftung – und damit Nachzahlungen, die ein Vielfaches des Jahresbudgets betragen können. Gegen diese Situation zivilgesellschaftlicher Organisatio-

nen regt sich Widerstand. Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich zur Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ zusammengeschlossen und fordern eine Novellierung des Gemeinnützigeitsrechts und der Abgabenordnung. Politische Willensbildung müsse aufgrund ihrer Funktion für die demokratische Gesellschaft als gemeinnützig anerkannt werden, zivilgesellschaftliche Organisationen bräuchten größere Rechtssicherheit für ihre Arbeit. Weitere Informationen und Kontakt unter www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de.

Frauenrechte weltweit: Peking + 20

Auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahr 1995 wurde die Pekinger Aktionsplattform geschaffen, um weltweit Geschlechtergerechtigkeit als Grundstein für gesellschaftliche Entwicklung und friedliches Zusammenleben durchzusetzen. Diese Plattform gilt auch heute noch als Meilenstein für die Verankerung von Frauen- und Menschenrechten weltweit und wurde von 191 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen anerkannt. Das Gunda-Werner-Institut (GWI) der Heinrich-Böll-Stiftung hat das zwanzigjährige Jubiläum der Pekinger Plattform nun zum Anlass genommen, einen kritischen Blick auf die weltweite Umsetzung der damals beschlossenen Forderungen zu nehmen. Denn obwohl es durchaus Fortschritte bei der Gleichsetzung von Männern und Frauen gegeben hat, hat ein systematischer Abbau von Geschlechterdiskriminierung weltweit nicht stattgefunden. Im Gegensatz, so das GWI, sei vielerorts eine „konservative Mobilmachung gegen Frauen-Menschenrechte“ zu sehen.

Auf der Internetseite <http://www.gwi-boell.de/de/peking20-frauenrechte-weltweit-endlich-umsetzen> werden dementsprechend neben den 12 Kapiteln der Aktionsplattform von Peking neuere Entwicklungen im Bereich der Frauenrechte vorgestellt und ein kritischer Blick auf Frauenrechte weltweit geworfen.

Kampagne gegen Lebensmittelverschwendung

Wir haben uns daran gewöhnt, dass in Supermärkten alle Waren im Überfluss vorhanden sind – dass Alltagsprodukte ausverkauft sind, kennen wir nicht mehr. Dieser sicherlich sehr bequeme Umstand hat aber einen starken Nebeneffekt: Jedes Jahr landen in Deutschland 18 Millionen Tonnen wertvoller Lebensmittel auf dem Müll, da entweder das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist oder die Ware nicht mehr den hohen visuellen Ansprüchen der Kunden genügt. Dazu trägt auch der Verbraucher selber bei, denn allzu häufig werden mehr Lebensmittel gekauft, als verbraucht werden. So wirft jedeR Deutsche jährlich im Durchschnitt über 80 Kilogramm Lebensmittel weg. Dieser Verschwendungs will die Kampagne Leere Tonne entgegentreten. Sie fordert ein Wegwerfverbot von Lebensmitteln durch Supermärkte. Vorbild ist ein in Frankreich in diesem Jahr beschlossenes Gesetz, das besagt, dass Lebensmittelhändler nun unverkaufte Ware vergünstigt anbieten sowie an soziale Organisationen über Abnahmevereinbarungen weitergeben müssen; zudem soll auch die Verfütterung an Tiere ermöglicht werden. Zwar hat auch der Deutsche Bundestag bereits 2013 beschlossen, die Menge weggeworfener Lebensmittel bis 2020 um die Hälfte zu reduzieren. Doch es passiere bislang zu wenig, so Valentin Thurn, Dokumentarfilmer und Mitinitiator der Kampagne: „...die Regierung konzentriert sich einseitig auf die Verbraucher. Dabei kommt Supermärkten eine Scharnierfunktion zu: Sie werfen selbst viele Tonnen essbarer Lebensmittel weg. Und sie entscheiden durch ihre Beschaffungspraxis mit darüber, wie viel

Gemüse als unverkäuflich deklariert auf den Äckern verbleibt. Durch ihre Werbung und Kaufanreize mittels Sonderangeboten und Großgebinden beeinflussen sie schließlich auch, ob KonsumentInnen mehr nach Hause tragen, als sie eigentlich benötigen.“

Weitere Informationen zur Kampagne und Kontakt unter www.leeretonne.de.

Rechte der Zivilgesellschaft verletzt

Der Civil Society Watch Report von CIVICUS: World Alliance for Citizen Participation zeigt, dass im Jahr 2014 in fast 100 Ländern der Welt zivilgesellschaftliche Organisationen bei ihrer Arbeit behindert wurden. Vor allem betraf dies das Recht auf freie Assoziation, das Versammlungsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Durch Versammlungs- oder Vereinsverbote, aber auch durch die Gängelung und strafrechtliche Verfolgung einzelner AktivistInnen werde die Zivilgesellschaft in vielen Ländern an einer freien Ausübung ihrer Arbeit gehindert. Während ein Großteil der Rechtsverletzungen in afrikanischen oder asiatischen Staaten geschehe, die ohnehin häufig undemokratisch verfasst sind, weist der Generalsekretär von CIVICUS, Dr. Dhananjayan Sriskandarajah, darauf hin, dass die Zivilgesellschaft oftmals auch in demokratischen Staaten unter Druck gerate und Repressionen gegen die Zivilgesellschaft auf allen Kontinenten zu finden sei.

Der Report mit einer Auflistung aller Länder, in denen im Jahr Rechtsverletzungen gegen die Zivilgesellschaft nachgewiesen wurden, kann im Internet eingesehen werden unter <http://www.civicus.org/images/CIVICUSCivilSocietyWatchReport2015.pdf>.

REZENSIONEN

Der Fall Snowden im Spiegel der Literatur

Greenwald, Glen 2014: Die globale Überwachung. Der Fall Sowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen. München: Droemer. 384 S., 19,99 Euro.

Harding, Luke 2014: Edward Snowden. Geschichte einer Weltaffäre. London/Berlin: Weltkiosk. 304 S., 19,90 Euro.

Rosenbach, Marcel/Stark, Holger 2014: Der NSA-Komplex. Edward Snowden und der Weg in die Überwachung. München: DVA. 384 S., 19,99 Euro.

Selten lesen sich sozialwissenschaftlich relevante Bücher wie ein Krimi. Im Fall der drei Monographien über Edward Snowden ist das so. Luke Harding, Journalist aus dem Umfeld des Guardian, legte sein Buch *Geschichte einer Weltaffäre* als Erstes vor. Er protokolliert teilweise minutös den Lebenslauf von Snowden, seine spektakuläre Flucht, aber auch die verschiedenen Geheimdienstprojekte, die durch Snowdens Dokumente öffentlich wurden. Oft bleibt dem Leser einfach der Mund offen stehen, weil er sich nicht vorstellen kann, dass die Geheimdienste tatsächlich immer noch eine Schippe draufpacken konnten. Glen Greenwald ist der Journalist, den Snowden als erstes direkt kontaktiert hat. Deshalb stehen natürlich seine persönlichen Erfahrungen mit Snowden im Mittelpunkt. Im Gegensatz zu Harding setzt er auf die unmittelbare Kraft der Dokumente, die er häufig 1:1 veröffentlicht. Marcel Rosenbach und Holger Starke schließlich sind zwei Redakteure, die für den Spiegel arbeiten und das Material durch die deutsche Brille beurteilen durften. Deshalb richten sie ihren Fokus auch auf die Bespitzelung der Kanzlerin und ihres Stabs und auf die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf den Skandal. Diese Rezension

führt die wichtigsten Erkenntnisse, die in allen drei Büchern angesprochen werden, zusammen.

Vom Schulversager zum Computergenie

Die Darstellungen haben mehrere Ebenen. Die eine ist die persönliche: Sie schildert das Leben von Edward Snowden, einem computerverrückten jungen Mann, der zunächst noch nicht einmal die Highschool schafft und auf zweitem Bildungsweg erst zu einem Schulabschluss kommt. Snowden denkt über eine Militärkarriere nach, will dem Vorbild seines Vaters folgen, seinem Land dienen. Doch kurzsichtig und mit ungewöhnlich kleinen Füßen ist auch dieses Ziel nicht realistisch. Schließlich ergattert er eine Stelle als Sicherheitsspezialist am Zentrum für Höhere Sprachstudien der University of Maryland. 2006 landet er bei der CIA, arbeitet im Bereich Informationstechnologie. 2007 folgt der erste Auslandseinsatz in Genf in der Schweiz. Die drei Jahre dort werden zum Wendepunkt in seiner Karriere und in seinem Leben. Er erhält Zugang zu Geheimdienstdokumenten, die dokumentieren, welche Rechtsverletzungen die Regierung Bush, aber auch die Regierung Obama im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terror begangen haben. Snowden ist zunächst schockiert, dann reift nach und nach der Plan, sich die Geheimdienstdokumente anzueignen und öffentlich zu machen. Er will sie Journalist_innen zuspielen, die diese dann auswerten sollen.

2009 kündigt Snowden beim CIA, wechselt zur Computerfirma Dell und kommt als deren Vertragskraft direkt zur NSA auf Hawaii. Anfang 2013 nimmt er einen Job beim privaten Sicherheitsunternehmen Booz Allen Hamilton an, der ihm Zugang zu weiteren Geheimdokumenten ermöglicht. Spätestens jetzt werden ihm die Dimensionen klar, die die Überwachung der Menschen durch den Geheimdienst angenommen hat. Er hat Zugang zu geheimsten Dokumenten, kann sie öffnen, ohne elektronische Spuren zu hinterlassen – und legt sich ein Archiv an, um das Handeln der Geheimdienste zu dokumentieren. Die Dokumente kopiert er auf Memorysticks.

Am 20. Mai 2013 verschwindet Snowden, bricht alle Brücken ab, verlässt Freundin und Familie und wird quasi vogelfrei. Was war für ihn ausschlaggebend, diesen kompletten Bruch in seiner Biografie herbeizuführen? Die Autoren nennen dafür allesamt hehre Ziele, betonen aber zugleich, dass sich Snowden nicht zum Helden stilisiere. Er handelt rational und abgeklärt, ist sich der Risiken bewusst und geht sie ein, um sein Ziel zu erreichen: den Umfang der Überwachung durch Geheimdienste öffentlich zu machen und damit einen Bewusstseinswechsel bei den Nutzern des Internets herbeizuführen. Er ist davon überzeugt, dass man sich gegen Überwachung schützen kann, und will, dass diese Möglichkeiten auch genutzt werden.

Ungezügelte Sammelwut

Eine zweite Ebene ist die der Geheimdienste. Snowden macht mit seinen Dokumenten öffentlich, dass die Sammelwut der Geheim-

dienste nicht zuletzt nach den Terroranschlägen von 2001 maßlos wurde, dass sie keiner wirklichen Kontrolle mehr unterlag und sich gegen alle richtete, ob sie nun unter Terrorverdacht standen oder nicht. Durch Snowden wird öffentlich, dass die USA nicht nur politische Feinde, sondern auch Partner bespitzelt haben. Und eine Frage lässt den Leser nicht los: Ist die Sammelwut durch die Veröffentlichungen nun tatsächlich beendet oder haben die Geheimdienste sich nicht längst neu aufgestellt, bespitzeln weiterhin jeden, der das Internet und neue Medien nutzt? Und welche Möglichkeiten haben Regierungen und Politiker, diese Eigendynamik der Geheimdienste auszubremsen? Antworten liefern alle drei Bücher nur bedingt, aber sie lassen die Leser_innen mit einem Gefühl des Unbehagens zurück. Dieses Unbehagen könnte tatsächlich zu einem nachhaltigen Umdenken bei den Internet-Nutzern führen, wie es sich Snowden gewünscht hat.



Sternstunde der Medien

Schließlich spiegelt sich in den Büchern auch die Rolle der Medien wider. Der *Guardian*, der *Spiegel*, die *New York Times* waren diejenigen, die Snowdens Dokumente interpretierten und öffentlich machten. Es sind Heldengeschichten der Journalisten, die zugleich auch die Buchautoren sind. Sie zeigen sich unerschrocken gegenüber dem Druck der US-Regierung, sie nehmen die Rolle als fünfte Gewalt wahr und feiern damit eine Renaissance des Bildes von den Printmedien als Korrektiv und essentiell Bestandteil der Demokratie. Fakt ist, dass die Journalisten Mut bewiesen haben, dass es ihnen gelungen ist, komplexe Zusammenhänge so zu schildern, dass sie die Bürger aufregen, diese auf die Straße gehen und gegen die Massenüberwachung demonstrieren. Doch auch diese journalistischen Sternstunden lassen die Krise, in der sich insbesondere die gedruckten Medien befinden, nicht wegdiskutieren.

Was bleibt?

Es stellt sich die Frage, was bleibt und ob es sich für Snowden gelohnt hat, vogelfrei zu werden. Die Dokumente, die inzwischen wohl in der Hand von WikiLeaks sind, sorgen immer wieder für Aufsehen, zeigen neue Dimensionen des Überwachungswahns auf und machen Hoffnung darauf, dass das Thema Datensicherheit so schnell nicht von der politischen und der öffentlichen Agenda verschwindet. Sie haben erreicht, dass der amerikanische Kongress die Sicherheitsgesetze, die der NSA nahezu unbegrenzte Schnüffelfreiheiten einräumte, nicht verlängert hat. Doch eine Garantie dafür, dass nicht weiter hemmungslos überwacht wird, ist das nicht. Denn die Dokumente zeigen auch, welche Eigendynamik geheimdienstliches Handeln entwickeln kann und wie schwer es politisch zu bändigen ist.

Karin Urich, Mannheim



Der steinige Weg in die digitale Gesellschaft

Schaar, Peter 2015: Das digitale Wir. Unser Weg in die transparente Gesellschaft. Hamburg: edition Körber Stiftung. 224 Seiten, 17,00 Euro.

Peter Schaar weiß, wovon er spricht, wenn er den Weg in eine digitale Gesellschaft beschreibt. Er war von 2003 bis 2013 Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, just in der Zeit, in der das Internet nach und nach alle Bereiche unseres Lebens erobert hat. Seit September 2013 ist er Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz in Berlin. Schaar bezeichnet sich selbst als „Digital Immigrant“, also als einer derjenigen, „die in eine analoge Welt hineingeboren wurden und in die Digitalisierung hineingewachsen sind“ (7). Sein Buch beweist, dass er zwar mit der einen oder anderen Erscheinung dieser digitalen Revolution fremdet, sie aber bis ins Detail kennt. An anschaulichen Beispielen macht er auch dem unbedarften Computerlaien klar, wie tiefgreifend die gesellschaftlichen Veränderungen sind, welche Chancen sich durch das Internet bieten, aber auch welche Risiken es birgt. Und für ihn ist klar, dass die Überwachung der einzelnen Individuen längst Tatsache ist. Nun gehe es vielmehr darum, die demokratische Kontrolle über die Unmenge an Daten zurückzugewinnen und die Informationsgesellschaft aktiv zu gestalten.

Der Internetnutzer als ständig überwachter Kunde

Im ersten Abschnitt des Buchs schildert Schaar zunächst, wie die interaktiven Medien inzwischen unsere Wahrnehmung bestimmen. Über soziale Netzwerke prasseln Bilder und Botschaften auf uns ein, die uns früher nie erreicht hätten, weil deren Produzenten viel zu weit weg sind. Schaar zeigt die negativen Seiten anhand des Islamischen Staates (IS), der ganz

gezielt potenzielle Unterstützer in der ganzen Welt über das Internet anspricht und seine Propaganda-Videos über die sozialen Netzwerke streut. Im Fall des IS ist die Manipulation offensichtlich. Das gilt nicht für das digitale Shopping-Center, durch das Schaar seine Leser als nächstes führt. Es scheint, als wäre hier vieles umsonst. Doch am Eingang eines jeden Geschäfts gibt der Kunde seine persönlichen Daten und Vorlieben ab, es wird registriert, vor welchem Fenster er stehen bleibt, und Beschwerden über diese Überwachung verpuffen, schließlich hat der Kunde das Shopping-Center ja freiwillig aufgesucht. Schaar räumt auch mit dem Mythos auf, dass das Internet alle gleicher macht und für mehr Gerechtigkeit in der Welt sorgt. So gibt es nach wie vor einen ungleichen Zugang zu den digitalen Segnungen. Und das Internet schafft neue Monopole, beispielsweise die Suchmaschine Google, die uns die Welt des Internet erschließt, im Gegenzug aber Profile erstellt, die zielgerichtete Werbebotschaften

ermöglichen. Facebook, WhatsApp und andere soziale Netzwerke ermöglichen den schnellen Nachrichtenaustausch, sind aber zugleich exklusive Clubs, denn der Austausch ist nur unter registrierten Mitgliedern möglich, die im Gegenzug ebenfalls ihre Daten preisgeben. Verlierer dieser Entwicklung sind beispielsweise die Zeitungs- und Buchverlage, die zwar immer noch wertvolle Inhalte produzieren, den Schlüssel dazu liefern aber die Suchmaschinen und sozialen Netzwerke, mit denen der Nutzer das weltweite Netz durchforstet. Gleiches gilt für die Musik- und Filmbranche, in der sich neue Geschäftsmodelle im Netz entwickeln, um den Produzenten überhaupt noch Umsätze zu ermöglichen. Schließlich stellt er die Ich-Bezogenheit der Sozialen Medien in den Mittelpunkt. Die Zahl der sozialen Kontakte dokumentiert aus seiner Sicht die Wertschätzung der eigenen Person durch andere. Zugleich wird aber auch Tür und Tor für Mobbing in den sozialen Netzwerken geöffnet.



Viele enttäuschte Hoffnungen

Die in diesem ersten Kapitel angerissenen Problemfelder vertieft Schaar in den weiteren Kapiteln. Er macht deutlich, dass es keine Rückkehr mehr ins analoge Zeitalter geben wird und beschäftigt sich im zweiten Abschnitt mit der neuen Industrialisierung im Internet. Im dritten Abschnitt befasst er sich mit der Internetgesellschaft, die sich in Optimisten und Skeptiker aufteilt. Die einen sehen die Chance auf neue Geschäftsmodelle, die anderen kritisieren die Einschränkungen der Privatsphäre. Er beschreibt frühe Protestkulturen wie die Hacker oder den Chaos Computer Club, zeigt die Dynamik, die Kommunikation durch soziale Netzwerke beispielsweise im Arabischen Frühling losgetreten konnte und legt zugleich den Finger in die Wunde, dass autoritäre Systeme über das Internet auch ihre Gegner ausmachen und verfolgen können. Deshalb äußert er im vierten Abschnitt auch erhebliche Zweifel daran, ob es gelingen kann, das Internet zu einem politischen Marktplatz zu machen, auch wenn er viele Möglichkeiten aufzeigt, wie Bürger das Internet für Petitionen und Politiker das Netz für einen Dialog mit den Wählern nutzt. Dabei werde der Wähler aber häufig als Kunde begriffen, dem gemäß seiner Interessen entsprechende Angebote gemacht werden. Er greift auch die Tätigkeit der Enquête-Kommission Internet und digitale Gesellschaft auf, moniert aber zugleich, dass bislang kein einziger der Vorschläge politisch umgesetzt worden sei. Kritisch sieht er auch die Wahl per Automat und Online-Wahlen. In den Fokus des fünften Abschnitts stellt er die Transparenzgesellschaft und die damit verbundenen Hoffnungen, dass das Internet für mehr Transparenz sorgen kann. Diese enttäuscht er aber weitgehend, kritisiert, dass es Transparenz häufig nur auf Nachfrage gibt, sowohl von Seiten des Staats als auch von Seiten der Unternehmen. Stattdessen nehme die Überwachung zu, was nicht zuletzt durch die Enthüllungen von Edward Snowden deutlich geworden sei.

Versöhnlicher Ausblick

Zum Schluss versucht Schaar aber doch einen halbwegs optimistischen Blick in die Zukunft der Informationsgesellschaft, appelliert an den Staat, seinen Gestaltungswillen wahrzunehmen und die Macht der Großkonzerne, die im Internet agieren, zu begrenzen. Gleichzeitig wünscht er sich mehr Durchblick bei Verfahren, Strukturen und Entscheidungsprozessen im Netz und dass die Zivilgesellschaft noch häufiger die Chance ergreift, das demokratische Potenzial des Internets zu nutzen. Das Buch versucht, seine Leser in dieser Hinsicht zu sensibilisieren, gleichgültig, ob es nun Nutzer oder Entscheider sind. Und es tut dies auf eine intelligente Art und Weise, die das Buch zu einer interessanten Lektüre macht, auch wenn viele Inhalte und Argumente dem „digital native“ sicher bekannt sind.

Karin Urich, Mannheim



Feindbild Islam – Pegida und der „hässliche Deutsche“

Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz 2015: PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transcript. 208 S., 19,99 Euro.

Wo der „Arabische Frühling“ noch vor wenigen Jahren weltweite Hoffnungen auf einen demokratischen Aufbruch weckte, scheint die muslimische Welt gegenwärtig in blutigen Kriegen zu versinken. Die von den UN registrierten Flüchtlingszahlen brechen neue Rekordmarken - fast 4 Millionen Flüchtlinge stammen allein aus dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Syrien, rund eine Million fanden Aufnahme in dem nicht sehr viel größeren Libanon, annähernd zwei Millionen hat die Türkei aufgenommen. Fast möchte man mit Hamlet meinen: „The time is out of joint“.

Und Europa? Gewiss, eine neue „Willkommenskultur“ für Einwanderer ist in aller Munde. Aber begrüßt Europa wirklich „eure Müden, eure Armen, eure geknechteten Massen, die frei zu atmen begehrten, den elenden Unrat eurer gedrängten Küsten“ – wie es die Inschrift der Freiheitsstatue der USA behauptet?

Die Rückkehr des hässlichen Deutschen?

Wer vor wenigen Monaten auf deutsche Straßen blickte, sollte auch im Wissen um eine enorme Solidaritäts- und Hilfsbereitschaft in Teilen der deutschen Bevölkerung den gegenteiligen Eindruck gewinnen. Mit lang nicht gesehener Resonanz mobilisierten „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“. Diese Pegida-Deutschen fürchteten „Glaubenskriege auf deutschem Boden“ und traten für eine veränderte Zuwanderungspolitik ein. Über Wochen wuchsen die Teilnehmerzahlen der zunächst nur in Dresden veranstalteten Aufmärsche stetig an. PEGIDA beherrschte die Schlagzeilen und verbuchte enorme Aufmerksamkeitserfolge.

Ein mobilisierungsstarker Straßenprotest wollte sich als neues Modul eines angestrebten Umbaus der politischen Landschaft in Deutschland präsentieren, nachdem zunächst Publizisten à la Sarrazin & Co. mit zugkräftigem Begleitschutz die Stichworte geliefert hatten und mit der „Alternative für Deutschland“ auch eine Parteiformation für einen sich politisch obdachlos fühlenden Rechtskonservatismus in Aussicht stand.

Sozialwissenschaftliche Studien haben seit Jahren gewarnt, dass auch die gesellschaftliche „Mitte“ gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus keineswegs immun ist (vgl. Decker/Kies/Brähler 2013) und auf eine verbreitete „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ hingewiesen (vgl. als Abschluss eines Langzeitprojekts die Beiträge in Heitmeyer 2012). Die Artikulation der Pegida-Anhänger markierte vor diesem Hintergrund eine Eruption von Ressentiments und kollektiven Affekten, die sich bisher zumeist in den Schattenregionen der sozialen Unerwünschtheit bewegten, sowie

deren Übergang in die Zone der Sichtbarkeit. Dazu gehörte auch, dass die offene Beteiligung von bekennenden Rechtsextremen von den marschierenden Bürgern gelassen zur demokratischen Normalität erklärt wurde, während sie sich zugleich über Kommunikationsabrisse nach außen zunehmend in sich selbst verkapselten. Das Stichwort der „Lügenpresse“ stand stellvertretend für eine in dieser Schärfe selten in den großen medialen Foren hörbare, tief sitzende Abwehr gegenüber den Begründungspflichten öffentlicher Stellungnahmen.

Öffentliche Politikwissenschaft als schnelle Intervention

Es ist vor diesem Hintergrund ein sehr erfreulicher Umstand, dass die deutsche Politikwissenschaft Autor/innen aufzubieten hat, die mit solchen dynamischen und offenen Entwicklungen seriös und differenziert umzugehen vermögen und ihren Forschungen auch über Expertendiskurse hinaus Gehör verschaffen können. Das Göttinger Institut für Demokratieforschung um Franz Walter legt in diesem Sinn mit seiner Studie zu Pegida als „schmutzige(r) Seite der Zivilgesellschaft“ ein Beispiel einer „explizit öffentliche(n) Wissenschaft“ (8) vor. Zivilgesellschaft ist, wie man spätestens seit Chambers' und Kopsteins (2001) Rede von der „bad civil society“ wissen kann, sicherlich nicht nur der Hort normativer Erfreulichkeiten. Sie ist – etwa für Jeffrey C. Alexander – auch ein Ort, an dem über kulturelle Grenzziehungen zwischen „Reinem“ und „Unreinem“ gestritten wird. So unterstreichen die Autor/innen denn auch, dass „zur Zivilgesellschaft auch pathologische Ängste und Aggressionen, soziale und ethnische Ausgrenzung und Verdrängungsbemühungen, Zynismus und Verachtung gegenüber dem demokratischen Prozess“ (194) gehören.

Methodenfragen

Neben der für akademische Verhältnisse großen Schnelligkeit der sozialwissenschaftlichen Rechenschaftslegung ist die ausgeprägte Sperrigkeit dieser „schmutzigen Seite der Zivilgesellschaft“ in Rechnung zu stellen, um die Leistung

dieser Art von Sozialforschung ins richtige Licht zu rücken. Andere Studien rücken die „Limits“ der Protestforschung in Form eines Objektes der Forschung in den Vordergrund, das sich eben dieser Forschung verweigert: durch Nicht-Teilnahme an Befragungen, aber auch durch eine nicht immer nur passive Aggressivität gegenüber neugierigen Forscher/innen (Daphi et al. 2015). Die Göttinger Studie begegnet diesen Herausforderungen unter anderem, indem sie gegenstandsorientiert ein ausnehmend breites Spektrum von methodologischen Zugängen nutzt, um Pegida auf den Zahn zu fühlen.

Sie versucht sich zunächst an einer einführenden Beschreibung von Pegida und seines Personals (Lutz Bachmann, Kathrin Oertel und anderen), um auf der Basis von teilnehmenden Demonstrationsbeobachtungen bei den sogenannten „Abendspaziergängen“ umfassendes Anschauungsmaterial des öffentlichen Erscheinungsbildes und des Auftretens von Pegida zu präsentieren, das auch durch photographische Dokumentationen gestützt und vertieft wird. An diese Zugänge schließen sich Auswertungen sowohl quantitativen wie qualitativen Datenmaterials an. Grundlage der quantifizierenden Analysen sind insgesamt 547 durch Pegidisten vollständig bearbeitete Fragebögen und auch 743 von NOPegida-Demonstrant/innen beantwortete Bögen. Pegida-Proteste und Gegenproteste werden also gewissermaßen als zweiseitiges Interaktionsgeschehen gefasst und auf Schnittmengen einer gemeinsamen „Wutbürgerlichkeit“ befragt. Die qualitativen Analysen beruhen auf insgesamt vier Gruppendiskussionen und einem Interview mit zwei Teilnehmer/innen der Legida- beziehungsweise Pegida-Demonstrationen. Insgesamt beteiligten sich damit knapp 30 Protest-Teilnehmer/innen an diesen Gruppendiskussionen, die – das kann man wohl sagen – zu den informativsten empirischen Teilen der Studie zählen, zumal sie das verstockte Schweigen der Protestierer zumindest partiell aufbrechen. Weitere Analysen beziehen sich auf bereits sprachlich artikuliertes Textmaterial – zunächst (deutsche) Medien- diskurse, aber auch ungesteuerte E-Mails und

Kommentare, die das Institut für Demokratieforschung im Lauf der Studie erhalten und ausgewertet hat. Neben einer Analyse des Verhältnisses der neuen Partei „Alternative für Deutschland“ zu Pegida findet sich außerdem eine internationale Presseschau, die das Bild der Pegida-Deutschen im Ausland referiert. Ein in stärkerem Sinn analysierender und Interpretationsvorschläge entwickelnder Schlussteil versucht sich schließlich an der Zusammenführung und Ausdeutung des Datenmaterials.

Mittelalt, männlich, misanthropisch

Auch angesichts der spezifischen Herausforderungen, statistisch belastbare Daten über die Teilnehmer/innen der Pegida-Aufmärsche zu gewinnen, lässt sich – und das auch weitestgehend in Übereinstimmung mit anderen Studien – relativ verlässlich festhalten, dass der typische Pegidist „mittelalt, männlich und ziemlich misanthropisch“ (63) ist. Die Teilnehmer/innen der standardisierten Online-Befragungen sind zu mehr als 80 Prozent männlich, im Durchschnitt 42 Jahre alt und ganz überwiegend konfessionslos (70 Prozent). Nur jeder Fünfte (20 Prozent) ist evangelisch, fünf Prozent geben ein katholisches Bekenntnis an. Die Befragten weisen häufig solide bis gehobene Bildungsabschlüsse auf, mehr als ein Drittel (36 Prozent) verfügt über einen FH- oder Universitätsabschluss. Der Löwenanteil (75 Prozent) der Teilnehmer/innen ist vollzeiterwerbstätig, sozialstaatliche Transfers werden kaum in Anspruch genommen, „Arbeiter oder sozial Prekarisierte bilden jedenfalls nicht die tragende Basis der hier untersuchten Emeute“ (64). Mit Blick auf die erhobenen Einstellungselemente ist es mit der Weltoffenheit, auf die sich Gegenveranstaltungen in Dresden positiv bezogen, bei den Pegidisten tatsächlich nicht sehr weit her. In einer ganzen Reihe von Optionen findet allein der Wunsch nach einer stärkeren Orientierung an „Recht und Ordnung“ (65 Prozent) und an „nationalen Interessen“ (51 Prozent) eine Mehrheit. Unter den Parteipräferenzen liegt eindeutig die Alternative für Deutschland (47 Prozent) an erster Stelle und auch deutlich vor

den Unionsparteien (25 Prozent); aber auch die Linke fand in Teilen durchaus Zustimmung (9 Prozent). Wenn Angela Merkel zu den Pegidisten befand, dass „in deren Herzen (...) Vorurteile, Kälte und Hass“ seien, beruht die Abneigung auf Gegenseitigkeit: Weder ihr noch dem amtierenden Bundespräsidenten bringen die Demonstranten besonderes Vertrauen entgegen (112).

Sachsen als „gallisches Dorf“

Festzuhalten bleibt zugleich, dass das Gros der Demonstrationsteilnehmer/innen aus Dresden und Umgebung gekommen ist. Zwar stand Pegida eine Weile im Rampenlicht der bundesweiten Öffentlichkeit. Das Rekrutierungsmuster für die Aufmärsche in Dresden blieb auch angesichts zahlreicher Gida-Ableger im Kern dennoch lokal und regional geprägt – und andernorts blieben dann auch die großen Mobilisierungserfolge aus. Und insbesondere in den qualitativen Gruppendiskussionen drängt sich der Eindruck auf, dass in den Identitätsformationen der selbsternannten „patriotischen Europäer“ nicht Europa, auch nicht Deutschland, das ihnen streckenweise gewissermaßen schon verkommen und verloren erscheint, sondern die Region Sachsen die Rolle eines uneingeschränkt positiven Bezugspunkts innehaltet.

Als Auslöser für die Beteiligung an den Pegidamärschen wird neben einem generellen Unbehagen in der Einwanderungsgesellschaft und „Kriegsangst“ bezüglich des Russland-Ukraine-Konflikts daher in besonderem Maße auch die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften im lebensweltlichen Nahraum der Pegidisten hervorgehoben. Im Zuge der Einrichtung dieser Unterkünfte fühle man sich hinter Licht geführt und von offizieller Seite vernachlässigt. Sehr empfindlich reagieren die Befragten aber auf politischen Gegenwind und den Vorwurf, ihre Aktivitäten könnten von Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung angetrieben sein. So was nimmt man sehr übel und will man sich partout nicht sagen lassen. Und es geht dann mit einer enormen Gehässigkeit gegen „die

Medien“, denen man nicht über den Weg traut. Man kultiviert „Pressehass“ (101): „Die Presse ist gekauft“ (102). „Wir leben in einer Propaganda-Welt“, fasste ein Befragter seine Sichtweise zusammen, „ein einziger Lügenhaufen“ (103). In diesem Universum der Täuschung und Manipulation finden die Pegidisten in dubiosen Medien wie dem Hass-Blog Politically Incorrect (PI), der neurechten Jungen Freiheit oder dem Verschwörungsdenker-Magazin Compact dann aber doch etwas wie eine geistige Heimat und die ersehnte „Gegenöffentlichkeit“ (105).

Demokratie und „das Volk“

Es wäre aber dennoch irreführend, diesem Klientel nur „Politikverdrossenheit“ oder Politikdistanz in einem trivialen Sinn zu unterstellen: Die Pegidisten beobachten das politische Zeitgeschehen auf ihre Art vergleichsweise aufmerksam und verfügen teilweise über eloquente Deutungsmuster und über ausgearbeitete Einstellungen. Sie halten „den Sachsen“ für besonders helle und fähig, problematische Entwicklungen früh zu erkennen. Pegidisten sind insofern „keinesfalls Ausdruck der in den letzten Jahren oft beschriebenen apathisch-desinteressierten Nichtwähler“ (107). Für die Autor/innen der Studie „war auffällig, wie viele alternative Ideen und Vorschläge in den Gesprächsrunden eingebracht wurden“ (116). Ungeachtet aller wirklich extrem tiefgehenden Entfremdung gegenüber der offiziellen Politik gelte für die Pegidisten: „Sie beschäftigen und informieren sich weiterhin, wechseln die medialen Angebote“ (116). Allerdings klingt dieses verhaltene Kompliment an den Untersuchungsgegenstand doch etwas schal, wenn die Stoßrichtung dieser Art von Teilhabe in Rechnung gestellt wird. Sicherlich finden sich konkret in der Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung, einem weniger tiefen Graben zwischen Politikern und „Volk“ und der Forderung eines ergebnisoffenen öffentlichen Meinungsstreits manche Versatzstücke, die ihrem politischen Weltbild einen demokratischen Anstrich verleihen, der im Übrigen von den Autor/innen der Studie nicht immer

übermäßig scharf aufgekratzt wird. Schon in der verstehenden Rekonstruktion wird aber sehr deutlich, dass dieses Demokratiemodell in einem fatalen Sinn völkisch geprägt ist und mit einem radikalen Universalismus der gleichen demokratischen Rechte wenig zu tun hat. Man wünschte sich hier streckenweise klarere und auch für Zwischentöne wachere und schärfere Interpretationen - wenn Argumentationslinien nach Pogromstimmung schmecken, führt der Hinweis, dass es sich da jedenfalls nicht um Apathie und Politikdistanz handele, doch nicht wirklich weiter: „Heiko Maas, Scheuer, Dobrinth, Ilse Aigner, Özdemir, Stegner - diese Figuren (...) das wird aufhören! Es werden sich Leute finden, die sich zusammentun“ (109).

„Das Problem ist der Islam“

Das „Wir“, das sich in den den Umbruchszeiten der späten DDR entlehnten Ruf „Wir sind das Volk“ ausspricht, findet in der Grenzziehung gegen Fremdgruppen dann auch zu einer Klarheit, die auch die allgemeineren Einlassungen zu Politik und Gesellschaft in ein bezeichnendes Licht rückt. Um die dominante antiislamische Konfliktlinie scharf zu markieren, werden in Sachen Einwanderung in Teilen auch Zugeständnisse gemacht. Man betont durchaus seine Offenheit gegenüber „integrationswilligen“ Zuwanderern, kennt aber kein Pardon, wo „Parallelgesellschaften“ entstehen und „die falschen Menschen“ (121) ins Land gelassen werden, nämlich „Türken und Araber“ (121). Kurzum: Bei allen Einlassungen zu einer Vielzahl von Themen ist der Islam beziehungsweise die befürchtete Islamisierung derjenige Kippunkt, an dem die Eindruckserzeugung eines gewaltlosen, anständigen und rechtschaffenen Protests ihre Fundierung in der besagten „schmutzigen“, unzivilen Unterseite offenlegt. Dabei gilt der Islam den Pegidisten natürlich selbst als Gewaltprogramm und politische Ideologie:

„Hier also – an ‚den Moslems‘ und ‚dem Islam‘ – entlud sich heftige Kritik, die ressentimentbeladen, vorurteilsbehaftet, teils aggressiv, stark ablehnend bis feindselig vorgetragen wur-

de. Nur selten kam es in den Runden während dieser Erzählstrecken zu Widersprüchen anderer Diskussionsteilnehmer, die sich dann auch kaum an der grundsätzlichen antimuslimischen Stoßrichtung, als lediglich an der Heftigkeit der Forderungen und Ausdrucksweisen festmachen“ (123).

Politische Obdachlosigkeit und rechter Populismus

So sehr die Studie ein ganzes Spektrum von empirischen Quellen und Methoden mobilisiert, um Licht in das opake und in dieser Form auch neue Phänomen Pegida zu bringen, lässt sie es bei der umfassenden Faktenrecherche nicht beruhen. Das Buch wird von einem interpretativ ansetzenden Syntheseversuch beschlossen, der die Einsichten und Erkenntnisse zu ordnen und zu deuten sucht. Eine zentrale Rolle kommt hier einem spezifischen Populismusbegriff zu, der im Kontext von Enttraditionalisierungs- und Entbettungsprozessen angesiedelt ist. Das zentrale Erklärungs- und Deutungsangebot der Studie läuft auf die Rolle des rechten Populismus als Surrogat für eine positive Gemeinschaftlichkeit hinaus, wie sie nicht zuletzt in traditionellen Arbeitervilieus durch politische Organisationswelten und durch ein tiefgestaffeltes Feld von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen noch geboten werden konnte. Die tief sitzende Distanz der Befragten gegenüber den Institutionen und Repräsentanten des demokratischen Verfassungsstaates würde demzufolge gewissermaßen auf eine Unterlassungssünde der im weitesten, nicht nur parteipolitischen verstandenen Sinn sozialdemokratischen Kräfte zurückgehen. Wo diese das Feld der alltagsweltlichen Sorgen und der Identifikationsbedürfnisse der Normalbürger zugunsten einer irgendwie aseptisch-modernen, alert-korrekteten, technokratisch erkalteten Grunddisposition geräumt haben, werden diese Bedürfnisse von einer Politik der Ressentiments aufgegriffen und organisiert. Verbreitete konservative Bedürfnisse seien nicht ernst genug genommen worden und eine neue Konfliktlinie von Globalisierungseuphorikern und -skepti-

kern drohe nun diese Milieus zu spalten und weiter in die Bedeutungslosigkeit zu drücken.

Der Ansatz der Autor/innen, verbreitete Verwendungsweisen des Populismusbegriffs zu schärfen und zu differenzieren, ist hier sicherlich interessant und diskussionswürdig. Wo Populismus als Stigmawort eingesetzt wird, ist dies allemal ein lohnenswerter Einsatz. Das gilt umso mehr, als in den Spuren Ernesto Laclaus neue Konzepte des Populismus in halb Europa auch von linken Bewegungen verstärkt aufgenommen werden und auch in dieser Hinsicht ihre Vitalität unter Beweis stellen. Dennoch löst sich der Vorbehalt nicht restlos auf, dass dieses Interpretationsmuster mit Blick auf PEGIDA zu harmlos sein könnte. Geht es wirklich um demokratische Repräsentationslücken und Unbehauheitsgefühle, wenn das Identitätsangebot des schönen Sachsens in höchstem Maße identitätsstiftend wirkt und zugleich eine ausgeprägte Ausgrenzungsbereitschaft als militanter Heimatschutz nicht nur zwischen den Zeilen zu lesen ist? Es mag ja sein, dass unsere Konzepte von Zugehörigkeit, Staatsbürgerschaft und Demokratie in Zeiten endemischer Flucht- und Migrationsbewegungen normativ nicht mehr restlos überzeugen und demokratiepolitischer Erneuerung bedürfen. Ausgehend von den rechtsextremen Mobilisierungsprozessen und Übergriffen auf Flüchtlinge in der Nachvereinigungszeit war es aber ein mühsamer Lernprozess, auf Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit öffentlicher Gegenwehr zu reagieren und nicht durch vorausilendes Verständnis den Motiven von Tätern einen Anstrich der Legitimität zu geben. Sicherlich kann das der Studie und ihren Autor/innen zu allerletzt vorgeworfen werden. Aber es hat den Beigeschmack des Unvollendeten, wenn sich die Ursachenanalyse auf ihrer Suche nach nachvollziehbaren Motiven der Pegidisten deren Selbstverständnis für bare Münze nimmt, während ein liberales Juste Milieu, von dem man halten mag, was man will, für Unterlassungssünden haftbar gemacht wird. Hier sind auch Nachfragen gegenüber begrifflichen Vorentscheidungen geboten: Die

Erweiterung der Zivilgesellschaftsforschung um deren „schmutzige Seiten“ kann ja nicht heißen, normative Grundorientierungen engagierter Demokraten als ihrerseits irgendwie halbseiden zu postulieren. Vielleicht kommen Begriffskonzepte der demokratischen Repräsentation und ihrer Beschränkungen und Erosionen hier an ihre Grenzen und es wäre ein Terrainwechsel zur Analyse von Rassismus und Exklusion angezeigt. Eine im besten Sinn engagierte und streitbare „public science“ sollten den Pegidisten jedenfalls nicht weniger scharf auf den Pelz rücken als eine Regierungschefin das mit der Diagnose von „Vorurteile(n), Kälte und Hass“ in den Herzen vorgemacht hat.

Im Grundsatz ist die Studie nämlich ein sehr lesenswertes Exempel einer politischen Wissenschaft, die im besten Sinn frei von akademistischen Berührungsängsten gegenüber einer unordentlichen Gegenwart – und auch gegenüber eigener Unfertigkeit – ist. Das Wühlen auf der schmutzigen Seite der Gesellschaft wird hier nicht dünkelhaft vermieden, sondern zum Ausweis von wissenschaftlicher Exzellenz. Man sollte sich den „Muckraker“ als glücklichen Menschen vorstellen.

Albrecht Lüter, Berlin

Zitierte Literatur

Chambers, Simone/Kopstein, Jeffrey 2001: Bad Civil Society. In: Political Theory, Jg. 29, Heft 6, 837-865.

Daphi, Priska et al. 2015: Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an PEGIDA. Berlin: ipb-working paper. <http://bit.ly/1H3S8zj> [22.07.2015].

Decker, Oliver/Kies, Johannes/Brähler, Elmar 2013: Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Gießen: Psychosozial Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm 2012: Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp.



Wie wirkt die Alternative für Deutschland? Ein perspektivischer Grenzgang

Werner, Alban 2015: Was ist, was will, wie wirkt die AfD? Köln/Karlsruhe: Neuer ISP Verlag. 208 S., 17,80 Euro.

Kaum eine Partei hat die Öffentlichkeit und die Fachwelt seit ihrer Gründung so polarisiert wie die *Alternative für Deutschland* (AfD). „Diese sogenannte ‚Alternative‘ jedoch ist keine des sozialen Fortschritts, sondern zutiefst reaktionär“, schreibt Andreas Kemper (2013: 8) und positioniert sich damit ganz ähnlich wie Sebastian Friedrich zwei Jahre später, der besorgt ist ob der Vorstellung, die *Alternative für Deutschland* könnte sich dauerhaft etablieren. Er fürchtet dann „ein gesellschaftspolitisch konservatives Rollback“ (Friedrich 2015: 100), „eine deutliche Verschiebung in Richtung einer reaktionären und marktfundamentalistischen Gesellschaft“ (ebd.: 108). Mehr noch: Friedrich will nicht bei Analyse und Kritik verweilen, sondern fordert, der AfD „die Perspektive einer egalitären Gesellschaft, die auf weitreichender Solidarität basiert“ (ebd.), entgegenzusetzen.

Ohne das klare politische Statement und die offen erklärte Gegnerschaft kommen die Veröffentlichungen linker Sozialwissenschaftler zur *Alternative für Deutschland* offenkundig nicht aus. Auch der Aachener Politikwissenschaftler Alban Werner bezeichnet sich im Vorwort seiner im Mai 2015 erschienenen Monografie „Was ist, was will, wie wirkt die AfD?“ nicht nur als engagierter Beobachter und Kommentator der Entwicklungen um die und in der *Alternative für Deutschland*, sondern zugleich als politischer Gegner (7f.). Werner streut auch gelegentlich angriffslustige politische Kommentare ein und widmet im Schlussteil gleich mehrere Thesen einer denkbaren Auseinandersetzung mit der jungen Partei (vgl. 158–188). Dass das Buch trotzdem keine verbissene Kampfschrift geworden ist, hängt mit dessen Gesamtgestalt zusammen. Der Leser gewinnt

hier gerade nicht den Eindruck, als habe der Verfasser seine Überlegungen mit geballter Faust niedergeschrieben. Ihm wird zwar ein perspektivischer Grenzgang präsentiert, der zwischen sozialwissenschaftlicher Studie zur Beschreibung und Erklärung einer neuen politischen Formation, politischem Kommentar und einem richtungspolitischen Strategiepapier oszilliert. Doch vermag es Alban Werner, sein Versprechen, das Phänomen AfD tiefergehend zu deuten anstatt nur mit „rhetorischen Frontalangriffen“ (7) zu verteufeln, weitgehend überzeugend einzulösen.

Antonio Gramscis Hegemonietheorie als Grundlage

„Was ist, was will, wie wirkt die AfD?“ versucht sich an einem ganzheitlichen Beschreibungs- und Erklärungsansatz, der sowohl die Ursachen und Rahmenbedingungen der Entstehung und die gegenwärtige personelle, organisatorische und programmatiche Gestalt samt ihrer Widersprüche beleuchtet, als auch die Reaktionen etablierter Kräfte kritisch reflektiert (9ff.).

Die Einleitung des Buches ist der Klärung zentraler Begriffe und der Herleitung der theoretischen Grundlage vorbehalten. Den Kern seiner Perspektive bildet die unter Rückgriff auf Überlegungen Claus Offes modifizierte Hegemonietheorie des italienischen Marxisten Antonio Gramsci, mit deren Hilfe Werner den politischen Strukturwandel in der Bundesrepublik nicht nur an seiner Oberfläche, in der sogenannten „konkurrenzpolitischen Arena“, wo Parteien um Wählerstimmen werben, sondern über die weniger sichtbare „Entscheidungsumwelt der politischen Eliten“ bis in die „metapolitische“ Tiefenstruktur hinein verstehen und erklären will, wo um die ungleich verteilten Machtressourcen der nächsthöheren Arena gerungen wird (14ff.).

Werner möchte begreifen, was Teilmengen des Volkes an dem Deutungsangebot der AfD so plausibel erscheint. Um einleuchtend zu sein, müsse etwas wiederum für Menschen im Alltag erfahrbar und sichtbar sein. Je abstrakter und weniger alltäglich erfahrbar

politische Probleme seien, desto größer sei die Überbrückungsleistung, um überzeugen zu können. Möglich seien hier der Rückgriff auf bestehende Stimmungslagen und Vorurteile, Weltanschauungen oder auch die Autorität von Expertenmeinungen (11ff.).

In diesem Zusammenhang spielt der Begriff des Alltagsverständes eine wichtige Rolle, den er mit Gramsci als inhaltlich stark inkohärent beschreibt. Die rohe Empfindung dieses inkohärenten Alltagsverständes sei nämlich zugleich der Anknüpfungspunkt einer jeden populistischen Ansprache (14ff.). Obwohl der Populismus nur zum Teil auf die AfD zutreffe (9ff.), sei er als Analysekategorie hier unverzichtbar, weshalb eine Definition des Begriffs in seiner rechten und linken Variante gleich nachgeliefert wird (14ff.).

Warum die erfolgreiche Gründung einer rechten Partei lange misslang

Anhand des Scheiterns des *BfB*, des *Bundes freier Bürger*, den der Verfasser aufgrund erheblicher personeller und programmatischer Parallelen und Überschneidungen als Vorgänger der *AfD* bezeichnet, wird im Anschluss erörtert, was eine rechte Parteigründung in der Bundesrepublik vor der *Alternative für Deutschland* verhindert hat. Anstelle monokausaler Kurzschlüsse erachtet Werner ein Zusammenwirken mehrere Einflussfaktoren als entscheidend, wozu neben der geringen Wahrnehmbarkeit nicht-westeuropäischer Migration und ihrer Folgen im Alltag als wichtigstes Mobilisierungsfeld rechtspopulistischer Akteure insbesondere das Fehlen sogenannter organischer Intellektueller von rechts zählt, die es ausstrahlungskräftig und mit hoher Reputation vermögen, entsprechende Deutungsangebote und gemeinsames Wissen über die mögliche Bereitschaft zur politischen Aktion zu produzieren und als Vorreiter und Vorbilder stigmatisierungsbedingte Schweigespiralen und Hemmschwellen abzubauen (19-33).

Ein ebenso komplexes Zusammenspiel mehrerer Faktoren in allen politischen „Arenen“, das Werner mit dem Ausdruck „hegemonialer Umbrüche“ im bürgerlichen Lager nach der

Jahrtausendwende sprachlich verdichtet, hat der *Alternative für Deutschland* hingegen ungeahnte Chancen eröffnet. Von besonderer Relevanz sind hier unter anderem Enttäuschungserfahrungen sowohl neoliberaler als auch konservativer Kreise mit der *Union* unter Angela Merkel ab 2003, aber auch das Auftreten Thilo Sarrazins als organischem Intellektuellen, der Deutungsangebote für die neuartige, ab 2010 vermehrt in die Öffentlichkeit tretende Sozialfigur des „Wutbürgers“ geschaffen hat und mit ihr im Kontext neuer Sozialer Medien ein reziprokes Wirkungsverhältnis eingegangen ist (34-46).

Personelle Heterogenität und diametrale Programmatik

Die nach diesen Umbrüchen erfolgreich gegründete *Alternative für Deutschland* ist allerdings in der Vertikalen und in der Horizontalen, also zwischen und innerhalb aller Organisationsebenen, durch eine erhebliche personelle Heterogenität geprägt. Neben dem sich um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel rankenden wirtschaftsliberalen Flügel, streiten Nationalkonservative um Alexander Gauland und rechtspopulistische Kräfte um Einfluss (51-69).¹

Die naheliegenden Differenzen dieses heterogenen Personals und das Ringen verschiedener Flügel um Einfluss schlagen sich auf die veröffentlichten Programme nieder. Während sich das Europawahlprogramm elitär, fachwissenschaftlich, alltagsfern und wirtschaftsliberal mit klarem Fokus auf die Eurokrise gibt, deklinieren die Landtagswahlprogramme der AfD-Verbände in Sachsen, Thüringen und Brandenburg primär nationalkonservative Topoi. Hier stehen der Schutz des traditionellen Familienbundes und der lokalen Gemeinschaft, die Migrations- und Islamkritik im Zentrum (vgl. 72-86). Werner kommt daher zu dem naheliegenden und sauber hergeleiteten Urteil, dass es zwischen diesen Flügeln zahlreiche programmatische Inkompatibilitäten gibt, die zu erheblichen Konflikten führen können. Die Nationalkonservativen sieht der Verfasser in

dieser Auseinandersetzung allerdings im klaren strukturellen Vorteil (vgl. 86-109) – was durch die weitergehenden Entwicklungen mit der Wahl von Frauke Petry zur Bundesvorsitzenden der AfD und dem folgenden Parteiaustritt von Bernd Lucke bestätigt wurde.

Die Wirksamkeit beziehungsweise die Resonanz des Deutungsangebotes der AfD erklärt Alban Werner neben einer argumentativ aufwendig hergeleiteten „hegemonialen Ignoranz“ (vgl. 111-150) mit einem alarmistischen, denunziatorischen und hilflosen Anti-Populismus politischer Eliten und zivilgesellschaftlicher Kräfte, der mit seiner aggressiven Dämonisierung die heterogene AfD sogar noch zusammenschweißt (151-157). Werner schließt seine Reflexionen mit einer Collage verschiedener thesenartig formulierter Aussagen ab, die abschnittsweise erläutert werden und die Studie um kurSORisch aufgearbeitete Überlegungen ergänzen, die sich mal mit der Partei selbst, oftmals aber auch mit möglichen Strategien gegen die Partei befassen (158-188).

Kleinere theoretische Defizite und analytische Widersprüche

Der Politikwissenschaftler zeigt für die populistische Ansprache im theoretischen Grundlagenteil zu Beginn seines Buches durchaus ein gewisses Verständnis, da der Volksbezug doch originär demokratisch sei, ja demokratische Politik nie ganz ohne diesen Bezug auskomme (14ff.). Das ist erstens dahingehend zu relativieren, dass ein Bezug auf den Souverän als Ausgangspunkt demokratischer Politik nicht zwangsläufig in populistischer Manier in komplexitätsreduzierende und emotionalisierende Freund-Feind-Dualismen münden muss (vgl. zu diesen Merkmalen in anderer Wortwahl ebd.), also aus „Populus“ kein Populismus werden muss. Zweitens ist ein solches Verständnis deshalb problematisch, da die populistische Suggestion eines homogenen Volkswillens (das gilt für Linke und Rechte) und auch das tendenziell xenophobe ethnokulturelle HOMOGENITÄTSSTREBEN rechter Populismen (ebd.) notwendigen fundamentalnormativen und

verfahrensregulativen Minimalbedingungen demokratischer Verfassungsstaaten wie dem Pluralismus und dem Ethos der menschlichen Fundamentalgleichheit (vgl. Backes 2011: 22ff.) zuwiderlaufen können.

In der analytischen Anwendung des Begriffs verstrickt sich Werner zudem in einem verborgenen Widerspruch, wenn er zunächst zwischen einem nationalkonservativen und einem rechtspopulistischen Flügel unterscheidet, dann jedoch in Kapitel 6.2 die Nationalkonservativen auf einem guten Weg in den „Besitzstandspopulismus“ sieht, sobald sie ihre Inhalte zu artikulieren und ihre Sympathisanten zu repräsentieren beginnen.

Konventionelle und unkonventionelle Herangehensweisen

Über weite Strecken gelingt es dem Verfasser, sich dem Untersuchungsgegenstand unkonventionell zu nähern, was in diesem Zusammenhang bedeutet, fairer und unaufgeregt vorzugehen, sich somit nicht in Abwehrreflexen zu verfangen. An einem Punkt jedoch bleibt Werner bei der konventionellsten aller Erzählungen, mit der sich linke Intellektuelle über das Aufbegehren einer Teilmenge ihrer bürgerlichen Opponenten beruhigen: Die gesamte Motivationslage und die gesamten Anknüpfungspunkte für die Politikinhalte der *Alternative für Deutschland* werden zumeist in den Bereich des Irrationalen verlagert, wenn Befürchtungen und Vorbehalte mobilisiert werden können (exemplarisch 42f., 84), oder aber auf die noch tiefer liegenden Beweggründe der „Abstiegssängste und [des] Selbstbehauptungswillen[s] der Mittelklassen“ (16) verengt, womit ausschließlich und grundsätzlich die politisch-intellektuelle Inferiorität unterstellt wird. Obgleich Werner hier natürlich auch stichhaltig belegt und die Existenz von Ressentiments und Sorgen einer erodierenden Mitte nicht abzustreiten sind, wirkt das doch etwas zu monokausal und deterministisch. Seinen Gegnern zuzugestehen, dass es auch einen rationalen Zugang zu deren Positionen geben kann, zumal er die nationalkonservative Option ja durchaus als demokratisch legitim

erachtet (vgl. Fazit: These 9), verhindert nicht, ihnen weiterhin ihre „Falschheit“ und „Unge rechtigkeit“ vorzuhalten.

Insgesamt ist „Was ist, was will, wie wirkt die AfD?“ dennoch sehr zu empfehlen. Alban Werner punktet mit Fairness sowie einer klaren und kenntnisreichen Argumentation, die auch Nicht-Marxisten von den zugrunde liegenden Thesen Gramscis überzeugt und über weite Strecken einen hohen Erklärungswert bietet. Lesern, die Freude empfinden an kritischer Gegenrede, streitbaren Positionen und solider Sozialwissenschaft, sei das Buch unabhängig von der eigenen politischen Herkunft ans Herz gelegt. Wer hingegen hofft, sich hiermit in den Erregungszustand antifaschistischer Schnappatmung steigern zu können, wird ebenso enttäuscht wie all jene, die weiterhin auf die erste apologetische Abhandlung zur AfD warten.

Tim Csehan, Oer-Erkenschwick

Anmerkung

¹ An dieser Stelle muss darauf verwiesen werden, dass das Buch vor den Austritten von Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel aus der AfD geschrieben wurde.

Zitierte Literatur

Backes, Uwe 2011: Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik. In: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)*. 22. Jg 2010. Baden-Baden: Nomos, 13-31.

Friedrich, Sebastian 2015: Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland. Berlin: Bertz + Fischer.

Kemper, Andreas 2013: Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V. Münster: Edition Assemblage.

Das Weltsozialforum als organisierte Nichtorganisation

Schröder, Christian 2015: Das Weltsozialforum. Eine Institution der Globalisierungskritik zwischen Organisation und Bewegung. Bielefeld: Transcript. 298 S., 34,99 Euro.

Proteste und zivilgesellschaftliche Ereignisse mit einer globalen Komponente haben im Zeitraum von 1990 bis 2008 laut einer Studie von Gerbaudo und Pianta (2012) stark zugenommen. Die Autoren beobachten dabei einerseits eine Abnahme von Gegengipfeln zu den Treffen politischer Eliten wie G7, IWF und WHO nach 2004 und andererseits eine Zunahme von Sozialforen, die Aktivist_innen unabhängig von Protestdynamiken zusammenbringen. Dieser Studie stehen nur wenige deutsche Publikationen zu Sozialforen gegenüber. Christian Schröder behebt diesen Mangel durch die Analyse der Entstehung und des Verlaufs des Weltsozialforums, mit der er zugleich in Hildesheim promoviert hat. Abgesehen von der Publikation eines der Gründer des Forums (Whitaker 2007) ist dies die erste auf Deutsch erschienene Monografie, die sich ausführlich mit dem Weltsozialforum (WSF) beschäftigt und die allein deswegen Beachtung verdient.

Institution oder Bewegung?

Das WSF ist eng mit den globalisierungskritischen Bewegungen verknüpft, die in diesem Journal schon einen Nachruf erhalten haben (Banse/Habermann 2012). Auch Schröder stellt fest, dass diese seit 2005 kaum noch in Erscheinung treten (14). Sein Anliegen ist es, zu erklären, wieso das Forum nichtsdestotrotz immer noch besteht. Schröder knüpft an eine Tradition in der Bewegungsforschung an, die davon ausgeht, dass lineare, also zeitlich andauernde Bewegungen feste Strukturen entwickeln müssen, um weiterbestehen zu können (39). Hierbei werden oft die ideellen Ziele der Bewegung zu Gunsten organisatorischer Zwänge aufgegeben. Dies führt zu Konflikten und manchmal zur Auflösung der Bewegung. Schröder fragt, wie es



dem WSF gelingt, diesem Schicksal zu entgehen (38). Im Zentrum seiner Untersuchung steht dabei das „Spannungsfeld zwischen Auflösung der Protestbewegung und NGOisierung“ (15) und der daraus entwickelten Forschungsfrage, „wie Protestbewegungen sich über die Zeit in diesem Spannungsverhältnis fortsetzen (können)“ (39–40). Schröders Ausgangspunkt weckt Interesse. Jedoch kann hier hinterfragt werden, ob das WSF tatsächlich selbst als Protestbewegung zu charakterisieren ist. Ist es nicht eher eine Infrastruktur für Protestbewegungen (Rucht 2011)? Abgesehen von diesem konzeptionellen Aspekt ist sein Ausgangspunkt in der Bewegungsforschung gut gewählt und die daran entwickelte Analyse des WSFs treffend.

Der Aufbau des Buches entspricht einer Dissertation. Nach der Einleitung folgen ein Kapitel über das Forschungsdesign, drei analytische Kapitel zur Identität des WSFs, zu Strukturen und Dynamik und zum Ressourcenmanagement sowie eine abschließende Betrachtung zum Prinzip der Transpoiesis. Schröders ethnografische Forschungsmethode baut hauptsächlich auf teilnehmender Beobachtung und Interviews auf.

Im ersten analytischen Kapitel zeigt Schröder, wie sich eine fragmentarische Identität des WSFs und seiner regionalen, nationalen und lokalen Ableger herauskristallisiert. Er geht der Frage nach, „ob die Sozialforumsevents weltweit über einheitliche Darstellungsformen bis hin zu einer Corporate Identity verfügen“ (249). Hierfür werden Besucherstatistiken von Webseiten und deren Design analysiert sowie das Archiv des WSFs in São Paulo genutzt. Dieser Abhandlung folgen fünf Geschichtsnarrative über das Forum zur Stadt Porto Alegre in Brasilien, zur brasilianischen Geschichte, dem Weltwirtschaftsforum und zu den Biografien der Gründer des Forums, die interessante Sichtweisen auf die Entstehung einer Corporate Identity aufzeigen. Im Fazit des Kapitels sieht Schröder das Forum vor eine Herausforderung gestellt: „Diese besteht in dem Balanceakt zwischen der Identität einer einzelnen Organisation bzw. eines für sich stehenden

Sozialforumsevents sowie der übergreifenden Identität einer netzwerkförmigen Organisation“ (135). Dahinter steht die Frage, wie Kontinuität zwischen den einzelnen Forumstreffen hergestellt werden kann und dabei stets eine Neuerfindung des Forums in Hinblick eines veränderten Kontextes möglich ist.

Erfolgsrezepte

Im vierten Kapitel untersucht Schröder die organisatorischen Strukturen des WSFs und zeigt auf, wieso sich das Forum über so lange Zeit halten konnte. Im Vergleich: das Europäische Sozialforum existiert seit 2011 faktisch nicht mehr. Dies ist eines der interessantesten und zugleich ausführlicheren Kapitel. Schröder identifiziert „feste Strukturen“, wie den Internationalen Rat, ein Büro in São Paulo sowie einen inneren Kreis an Kernaktivist_innen. Letzterer bringt die Entwicklung voran, scheint aber auch Entscheidungen zu monopolisieren. Ausführlich behandelt der Autor die Entscheidungsfindung im Internationalen Rat über den zukünftigen Veranstaltungsort. Schröder macht eine Entwicklung hin zur Formalisierung oder Institutionalisierung der Entscheidungsprozesse aus. Allerdings „unterlaufen dazu parallel ablaufende Prozesse die neu geschaffenen Verfahrensregeln“ (180). Diese Gegenentwicklung wird maßgeblich von dem inneren Kreis betrieben, dessen Machtausübung wiederum mit der Einführung von formalen Strukturen entgegengetreten wird. Schröder konstatiert abschließend: „So hält sich das WSF oszillierend im Spannungsfeld zwischen horizontalem Netzwerk und hierarchischer Organisation“ (205).

Das fünfte Kapitel geht auf das Ressourcenmanagement des Forums ein. Hier behandelt Schröder hauptsächlich die Finanzierung des WSF von 2013 in Tunis und die Verteilung der eingesammelten Gelder. Er erläutert, wie die Organisator_innen Kompromisse zwischen einem autonomen Bewegungsideal und der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Unternehmen und der tunesischen Regierung eingehen. Eine offene Debatte über eine effiziente Organisation wird in diesem Zusammenhang gern als „neoli-

beral Talk“ unterdrückt. Dies löst jedoch nicht die finanziellen Probleme in der Organisation einer Großveranstaltung. Ein interessanter Aspekt ist hier, dass auch sogenannte „Freiräume“, die ihrem Anspruch nach außerhalb der Zwänge der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Ökonomie organisiert werden sollen, gesamtgesellschaftlichen Krisendynamiken ausgesetzt sind. So hat die internationale Finanzkrise die Sponsoringfähigkeit großer Stiftungen und Entwicklungsorganisationen geschmälert. Dies scheint auch den Stress in Verteilungskämpfen und die Eigenverantwortung der Teilnehmer_innen in der Organisation der Veranstaltung zu erhöhen.

In einer abschließenden Betrachtung führt Schröder in das „Prinzip der Transpoiesis“ ein. Dieses Prinzip fasst seinen Erklärungsversuch für die Kontinuität des WSFs zusammen. Kurz gefasst besagt es, „dass das Bestehen des WSFs als Protestbewegung einer Spannung bedarf, die im Wesentlichen durch zwei Extreme aufrechterhalten wird: dem Zerfall auf der einen und der Institutionalisierung und damit der Transformation in eine Organisation auf der anderen Seite“ (253). Das WSF oszilliert in diesem Spannungsfeld zwischen verschiedenen Polen und kann als eine „organisierte Nichtorganisation“ (253) beschrieben werden, die für die Organisationsforschung eine Herausforderung darstellt.

Mitunter bleibt die Darstellung der Literaturlage zu den behandelten Aspekten hinter den Möglichkeiten. Obwohl das vorliegende Buch die erste eingehende deutschsprachige Studie des WSFs ist, so sind international durchaus einige Studien verfügbar und wären einer Diskussion würdig gewesen. Ein weiterer Kritikpunkt richtet sich mehr an den Verlag als an den Autor: Gerade die ersten Kapitel zeigen starke Züge einer Qualifikationsarbeit. Da muss sich der Laie durcharbeiten, bevor er oder sie zu dem eigentlichen Kern der Arbeit vordringt. Expert_innen werden dagegen kaum mit Neuem konfrontiert. Hier hätte ein gutes Lektorat die offensichtlichen Stärken der Arbeit besser herausarbeiten können.

Die vorangegangene Kritik soll nicht verdecken, dass Schröder ein gut durchdachtes Buch geschrieben hat. Es ist ihm gelungen, ein umfassendes Bild des WSFs seit seiner Entstehung im Jahr 2001 bis in das Jahr 2013 zu zeichnen. Detailreich und oft in der Art dichter Beschreibung liefert der Autor eine gute Grundlage für die Ausarbeitung seines Prinzips der Transpoiesis, welches den Fortbestand des Forums plausibel erklärt. Die Lektüre dieses Buches ist für alle empfehlenswert, die sich mit Sozialforen, Protestcamps und anderen sogenannten „Freiräumen“ in sozialen Bewegungen beschäftigen. Schröders Bezugnahme auf Forschungsansätze außerhalb der Bewegungsforschung macht das Buch auch für eine breite Leserschaft interessant, die nicht in der Literatur der Bewegungsforschung heimisch ist.

Micha Fiedlschuster, Leipzig

Zitierte Literatur

Banse, Frauke/Habermann, Friederike 2012: Vom Ende der Globalisierungsbewegung – und dem, was kommt. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 25, Heft 1, 51-60.

Gerbaudo, Paolo/Pianta, Mario 2012: Twenty Years of Global Civil Society Events: The Rise and Fall of Parallel Summits, the Novelty of Global Day of Action. In: Kaldor, Mary/Moore, Henrietta L./Selchow, Sabine (Hg.): *Global Civil Society*. Hounds mills, Basingstoke/Hampshire, New York: Palgrave MacMillan.

Rucht, Dieter 2011: Social Forums as Public Stage and Infrastructure of Global Justice Movements. In: Smith, Jackie/Reese, Ellen/Byrd, Scott/Smythe, Elizabeth (Hg.): *Handbook on World Social Forum Activism*. Boulder: Paradigm Publishers, 11-28.

Whitaker, Chico 2007: Das Weltsozialforum: offener Raum für eine andere Welt. Hamburg: VSA.



Achtung vor der Arena der Zivilgesellschaft

Strachwitz, Rupert Graf 2014: Achtung vor dem Bürger. Ein Plädoyer für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Freiburg: Herder. 240 S., 12,99 Euro.

„Unser politisch-administratives System hat keinen Respekt, keine Achtung vor dem Bürger“ (9). Mit deutlichen Worten leitet Rupert Graf Strachwitz sein Buch ein, das er als Appell und Warnung zugleich versteht. Er appelliert an Politiker, Behörden und Medien, Respekt gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement der Bürger zu zeigen. Zugleich warnt Strachwitz: Stuttgart 21 oder Occupy seien Beispiele dafür, was passieren könnte, wenn man Bürger reizt und „missbraucht“ (9).

Dem vermeintlichen Anerkennungsdefizit entgegenzutreten, ist jedoch nur ein Ziel des Buches. Respekt gegenüber der Zivilgesellschaft ist für Strachwitz nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Sein Kernargument ist, dass nur mit Hilfe einer starken Zivilgesellschaft die gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigt werden können. Die Debatte hierzu sei allerdings von Unkenntnis und Orientierungslosigkeit geprägt. Dem möchte Strachwitz durch Fakten und Perspektiven entgegenwirken. Sein Debattenbeitrag wird zweifelsohne Gewicht haben. Strachwitz, aktuell unter anderem Direktor des Maecenata Instituts, gilt als Experte der Zivilgesellschaftsforschung. Seine früheren Arbeiten greift er an vielen Stellen – oft wortgetreu – auf, so dass sein Buch auch als eine Bündelung seiner Publikationen zur Thematik gelesen werden kann.

Eine neue Aufgabenverteilung

Strachwitz beginnt mit einer Auflistung gesellschaftlicher Problemlagen wie Finanzkrise, Sozialstaatskrise oder Umweltzerstörung, die er als „Zeithuben“ (18) bezeichnet. Staat und Markt sieht er nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen. Insbesondere staatliche Institutionen kritisiert Strachwitz heftig und diagnostiziert ei-

nen „institutionellen Burn-Out“ (24): Aus Angst vor dem Bürger halte der Staat an seiner Allzuständigkeit fest und überfordere sich dadurch. Zugleich degradiere er die Zivilgesellschaft zum „Koproduzenten sozialer Dienstleistungen“ (28). Die Folgen seien Misswirtschaft, Kontrollwahn und Vertrauensverlust. Entschärfen könne diese Situation nur eine „neue Aufgabenverteilung“ (23) zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Um die Leistungsfähigkeit der Zivilgesellschaft zu verdeutlichen, greift Strachwitz – kritiklos – auf das Sozialkapitalkonzept von Robert Putnam zurück. Diesem Konzept nach wirken Engagementnetzwerke unter anderem vertrauensbildend, so dass mit der Stärkung der Zivilgesellschaft einer verbreiteten „Vertrauenskrise“ (58) begegnet werden kann.

Strachwitz schlägt vor, Staat, Markt und Zivilgesellschaft als „Arenen“ (62) zu bezeichnen. Dieser „dynamischere“ Begriff verdeutlichte gut den permanenten Wechsel zwischen den Arenen. Francois Perroux folgend ordnet er den Arenen Eigenschaften zu: Zwang (Staat), Tausch (Markt) und Geschenk (Zivilgesellschaft). Die Geschenke der „dritten Arena“ Zivilgesellschaft sind „Zeit und Geld, aber auch Kreativität, Empathie, Reputation, Wissen, Gemeinsinn und Verantwortlichkeit“ (116). Zivilgesellschaft ist für Strachwitz ein deskriptives Bereichskonzept, das er deutlich abgrenzt vom normativen Konzept der Bürgerschaft. Zur dritten Arena zählen sowohl traditionelle Organisationen als auch informelle Gruppen und Initiativen. Er unterscheidet sieben Funktionen der Zivilgesellschaft: Themenanwaltschaft, Wächter, Deliberation, Selbsthilfe, Intermediarität, Dienstleistung und Geselligkeit. Mehrfach betont er, dass Zivilgesellschaft „nicht inhärent gut“ ist: Ihre „Funktionen können Schaden ebenso wie Nutzen stiften“ (85). Gradmesser für eine „gute“ Zivilgesellschaft sei das Ausmaß, in dem Bürger das Ziel verfolgen, zur Gemeinschaftsbildung beizutragen.

Den Menschen sieht Strachwitz als Mittelpunkt der drei Arenen. Die Kommunikation mit dem Menschen als Bürger ist Voraussetzung für die Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft. Dienlich für diesen Prozess sind die

„Attribute der Zivilgesellschaft“ (95). Hierzu zählt Strachwitz unter anderem Subsidiarität und Partizipation. Damit Zivilgesellschaft zur Gemeinschaftsbildung beitragen kann, bedürfe es einer konsequenten Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips und zudem Partizipationsmöglichkeiten, die nicht nur Beteiligung, sondern auch Initiative ermöglichen. Beides sieht Strachwitz gefährdet. Zwar hätten Individualisierungsprozesse dazu geführt, dass sich Menschen abgelöst von traditionellen Organisationen vermehrt netzwerkartig engagieren. Doch statt dieses kreativen Potenzial zu nutzen, fürchte der Staat einen Machtverlust und reagiere mit Regulierung. Auch ein weiteres Attribut der Zivilgesellschaft – Sozialkapital – werde aufgrund einer „rechtsstaatlich verbrämte[n] Zwangsherrschaft“ (111) nicht genügend genutzt. Erneut auf Putnam Bezug nehmend argumentiert Strachwitz, dass die dritte Arena zur Stabilität der Demokratie und zur Vermeidung von Trittbrettfahrerei beitrage und somit – oft unintendiert – „zivilgesellschaftliche[n] Mehrwert“ (117) produziere.

Empathische Bürger und eine neue Demokratie

Bürgerschaftlich engagiert sind für Strachwitz alle, die „der Gesellschaft Zeit oder Ideen oder Empathie oder Vermögenswerte“ (128) oder persönliches Ansehen schenken, sei es in Vereinen oder in Stiftungen. Die Rolle von Stiftungen dürfe dabei nicht auf das Schenken von Vermögen verengt werden. Stiften ist in Strachwitz Augen „ein Agieren gegen den gleichmacherischen Verwaltungsstaat“ (156). Ob in Stiftungen oder Vereinen: Engagement verdiente Anerkennung, die für Strachwitz über Ehrungen hinausgehen müsse und darin bestehen sollte, die Zivilgesellschaft als „Baustein einer zeitgemäßen freiheitlichen Gesellschaft“ (164) anzuerkennen. Damit einher gehe aber auch die Anerkennung der für die Zivilgesellschaft oft typischen netzwerkartigen Organisationsform. Strachwitz übersieht nicht, dass soziale Netzwerke durchaus ambivalent sind, weil sie zu Ineffizienz und Elitenbildung tendieren. Für ihn überwiegen aber die positiven Eigenschaften. Netzwerke seien aufgrund ihrer

Hierarchiearmut „Brutstätten der Kreativität“ (141) und als Schulen der Demokratie wichtig für die politische Stabilität.

Strachwitz appelliert – Bezug nehmend auf Jeremy Rifkin – an Politiker, diese Netzwerke in politische Prozesse einzubinden und zwischen ihnen zu vermitteln statt zu befehlen. Ein solcher Politikstil ist für Strachwitz Kennzeichen einer „neuen Demokratie“, in der sich Staat, Markt und Zivilgesellschaft Aufgaben gleichberechtigt teilen. Einige Voraussetzungen hierfür beschreibt er im abschließenden Kapitel. Diese Aufgabenteilung erfordere unter anderem eine Neugestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Er listet praxisnahe Vorschläge zur Herstellung von Transparenz auf und fordert, diezählbaren Leistungen der Zivilgesellschaft besser zu dokumentieren. Zivilgesellschaft ist für Strachwitz zudem eine Bildungsaufgabe. Herangebildet werden sollen „moderne Citoyens“ (206), die Bürgertugenden wie Selbständigkeit oder Kooperationsorientierung verinnerlicht haben. Diese Tugenden würden „zur Zeit allenfalls rudimentär“ (205) ausgebildet. Strachwitz nennt dann sehr allgemein gehaltene Verbesserungsvorschläge, die vor allem auf eine Ausweitung der Engagemetnmöglichkeiten und die Einübung von Partizipation abzielen. Das Buch schließt mit einer Kritik am Denken in Sicherheitskategorien und nimmt damit auch die Bürger in die Pflicht, Verantwortung zu übernehmen: „Zivilgesellschaft ist Ausdruck von Freiheit, bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck von Verantwortung“ (226). Beides zu verknüpfen setze jedoch „Respekt vor dem einzelnen Menschen“ (218) voraus.

Streitschrift

Strachwitz' Buch ist ausdrücklich als Streitschrift angelegt und tatsächlich kann über einige Punkte trefflich gestritten werden. Man kann zum Beispiel anzweifeln, ob die stellenweise provokante Wortwahl (8, 9, 27, 35) und einige Pauschalisierungen (35, 156, 218) zur angestrebten Versachlichung der Debatte beitragen. Fraglich ist auch, ob die Einführung des Begriffs „Arena“ angesichts der ohnehin bestehenden Begriffsvielfalt sinnvoll ist, zumal Strachwitz selber nicht

stringent an dem Begriff festhält. Methodisch ist zu bemängeln, dass an mehreren Stellen Quellenangaben fehlen (bspw. 22, 114, 122, 179), und dass nicht deutlich gekennzeichnet wird, wenn Seiten wörtlich aus früheren Publikationen des Verfassers übernommen wurden.

Auf inhaltlicher Ebene hätte die Problematik der sozialen Ungleichheit in der Zivilgesellschaft mehr Aufmerksamkeit verdient. Zwar fordert Strachwitz, den Blick auch auf die „Figuren [...] am Rand der Schüssel“ (143) zu richten. Wie aber kann eine Arena, deren Eigenschaft das Schenken ist, Menschen zum Engagement anregen, die nur wenig zu verschenken haben? Wie kann die tendenzielle Bildungshomogenität der Netzwerke aufgebrochen werden, damit Menschen herkunftsunabhängig engagiert sein können? Und wie kann verhindert werden, dass vor allem die Belange ressourcenstarker Bevölkerungsteile in den anderen Arenen Aufmerksamkeit gewinnen? Die Diskussion derartiger Fragen hätte das Buch bereichert. Wenig in den Blick genommen werden von Strachwitz zudem berufliche Restriktionen. Zwar erwartet er auch von Seiten der Wirtschaft Achtung vor dem Bürger, seine Kritik ist aber hauptsächlich an den Staat gerichtet. Nur am Rande werden bedenkliche Entwicklungen im privatwirtschaftlichen Bereich diskutiert, obwohl diese die Engagemenstmöglichkeiten von Arbeitnehmern stark einschränken.

Strachwitz hält ungeachtet dessen zu jeder Zeit das, was er im Untertitel seines Buches verspricht: Ein Plädoyer für die Zivilgesellschaft. Er verfällt dabei nicht in sozialromantische Überhöhungen, sondern benennt klar Grenzen und Schwächen der Zivilgesellschaft (60, 85, 154). Seine Forderungen fußen zwar auf starken – manchmal ungerechtfertigten (218) – Kritiken insbesondere an politischen Institutionen und deren Repräsentanten. Doch das Buch ist an keiner Stelle resignativ. Strachwitz bleibt erfreulich konstruktiv und wirkt überzeugend für seine Vorstellung einer neuen Demokratie. Insbesondere diese konstruktive Seite macht das Buch lesenswert und zu einem wertvollen Debattenbeitrag.

Johannes Emmerich, Münster



CONRAD TALER

ASCHE AUF VEREISTEN WEGEN Berichte vom Auschwitz-Prozess

171 Seiten – € 13,90
978-3-89438-263-6

»Jedem zu empfehlen, der sich rasch über den Verlauf des Auschwitz-Prozesses, über dessen Höhepunkte und die im Gerichtssaal ausgetragenen Konflikte ein Bild machen möchte.« (Fritz-Bauer-Institut zur 1. Auflage)
Ergänzt um einen Aufsatz über den Initiator des Verfahrens, Fritz Bauer, von seiner Biografin Irmtrud Wojak.



CONRAD TALER

SKANDAL OHNE ENDE Deutscher Umgang mit dem Rechtsextremismus

175 Seiten – € 12,90
978-3-89438-503-3

Wenn eine Gruppe von Neonazis lange Zeit ungehindert morden kann, so ist das auch eine Folge jahrelanger Verharmlosung des Rechtsextremismus. Conrad Taler nennt jene beim Namen, die sich hieran beteiligt haben. Auch jene, für die der Feind schon immer links stand: Die Geheimdienste.

Papyrossa Verlag

mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Ruth Simsa/Marlene Heinrich/Marion Totter: *Von der Puerta del Sol ins Europaparlament. Organisationale Ausdifferenzierungen der spanischen Protestbewegung* (FJ SB 3/2015, S. 8-16). Die Bilder des im Mai 2011 tagelang besetzten Platzes „Puerta del Sol“ und der darauf folgenden Massendemonstrationen in vielen spanischen Städten gingen durch die internationale Presse. Massive Proteste im Zuge der Bewegung 15M bzw. der „Indignados“ entzündeten sich an sozialen Problemen und der Unzufriedenheit mit institutioneller Politik. Auch wenn die internationale Aufmerksamkeit für die Bewegung zurückgegangen ist, war die spanische Zivilgesellschaft in den letzten Jahren sehr aktiv. Erstens war die Bewegung der Ausgangspunkt für weitere Dynamiken der Politisierung, zweitens für tiefgreifende Umdeutungen, also geänderter Prozesse der Wirklichkeitskonstruktion. Drittens ist die Bewegung 2014 mit der Gründung der in ihrem Zusammenhang stehenden Partei „Podemos“, mit deren Erfolgen bei der Europawahl und der nachfolgenden Welle von Gründungen regionaler Parteien in eine neue Stufe der partiellen Institutionalisierung eingetreten. In dem Beitrag werden Hintergründe und Entwicklung der Bewegung skizziert. Neben Literaturrecherchen gründen die Informationen auf mehr als 50 Interviews mit AktivistInnen und ExpertInnen sowie teilnehmenden Beobachtungen im Rahmen von Versammlungen, Essensausgaben oder Protestaktivitäten seit Herbst 2014.

Ruth Simsa/Marlene Heinrich/Marion Totter: *From the Puerta del Sol into the European Parliament. Organisational differentiation processes within the Spanish protest movement* (FJ SB 3/2015, pp. 8-16). In May 2011, the Puerta Del Sol square was occupied for days, followed by mass demonstrations in many Spanish cities. Images of these events garnered significant international media attention. In the context of the movement 15M and the „indignados“, massive protests were sparked by social issues and discontent with institutionalised politics. Although international attention on the movement has decreased, Spanish civil society has been very active in recent years. First, the movement started off further dynamics of politicisation, second for fundamental re-interpretations, i.e. changed processes of the construction of reality. Third, the foundation of the „Podemos“ party connected to the movement, that party's success at the European elections and the ensuing wave of newly-founded regional parties have brought about a new phase of partial institutionalisation. The contribution goes on to discuss the movement's background and development. In addition to literature research, the information is based on more than 50 interviews with activists and experts, as well as participatory observations in the context of assemblies, food dispatches and protest activites since autumn 2014.

Ulrich Dolata/Jan-Felix Schrape: *Zwischen Ermöglichung und Kontrolle. Kollektive Formationen im Web* (FJ SB 3/2015, S. 17-25). Kollektive Formationen stabilisieren sich heute nicht mehr allein über soziale Prozesse, sondern zugleich über die technischen Infrastrukturen des Internets. Dienste wie Facebook oder Twitter oder auch formationseigene Plattformen wirken freilich nicht nur kommunikationserleichternd und erhöhen die Sichtbarkeit von kollektivem Engagement, sondern zeichnen sich überdies durch eine starke verhaltensstrukturierende Kraft aus und machen soziales Handeln auf neue Weise observier- und auswertbar. Dieser Aufsatz möchte zu einer Systematisierung kollektiven Verhaltens und Handelns im Web beitragen und die Rückwirkungen diskutieren, die für diese unterschiedlichen kollektiven Formationen mit der Nutzung onlinebasierter Kommunikationsdienste einhergehen.

Ulrich Dolata/Jan-Felix Schrape: *Between enabling and control. Collective formations in the web* (FJ SB 3/2015, pp. 17-25). Collective formations today are not only stabilised only through social processes anymore, but also make use of the internet's technical infrastructures. Services like Facebook, Twitter or the formation's own platforms do not only facilitate communication and increase the visibility of collective engagement, but also have a strong force on structuring behaviour, as well as making social activity observable and assessable in new ways. We would like to contribute to systematise collective behaviour and activity on the internet, and to discuss the effects which the use of online-based communications services have on different collective formations.

Ricarda Drücke: *Feministischer Hashtag-Aktivismus* (FJ SB 3/2015, S. 26-35). Im Beitrag werden ausgehend vom deutschsprachigen Hashtag #aufschrei die Chancen und Risiken des gegenwärtigen feministischen Hashtag-Aktivismus diskutiert. Als theoretischer Rahmen dienen Öffentlichkeitsmodelle, die Öffentlichkeit als Selbstverständigungsprozess einer Gesellschaft unter Einbezug agonistischer Formen des Politischen auffassen. Twitter kann als eine umkämpfte Öffentlichkeit für feministische Protestartikulationen verstanden werden, da es feministischen Hashtags wie #aufschrei einerseits gelungen ist, mediale Aufmerksamkeit für das Thema Alltagssexismus zu generieren. Andererseits wird deutlich, dass gerade im Internet feministische und geschlechterpolitische Positionen sowie deren Protagonist_innen delegitimiert und angegriffen werden.

Ricarda Drücke: *Feminist hashtag activism* (FJ SB 3/2015, pp. 26-35). Taking the German-language hashtag #aufschrei as an example, this contribution discusses the opportunities and risks of current feminist hashtag activism. The theoretical framework is based on models which regard the public as a societal process of self-consideration, including agonistic forms of the political. Twitter can be conceived as a contested public for feminist articulations of protest, as feminist hashtags like #aufschrei have on the one hand succeeded in generating media attention for the issue of everyday sexism. On the other hand, it becomes clear that feminist and gender political positions and their protagonists are delegitimised and attacked on twitter.

Kathrin Ganz: *Zehn Jahre Netzbewegung: Konflikte um Privatheit im digitalen Bürgerrechtsaktivismus vor und nach Snowden* (FJ SB 3/2015, S. 35-45). Der Artikel untersucht die Konfliktlinien zwischen den sogenannten Datenschutzmaximalisten und Post-Privacy-Apologeten im politischen Diskurs der Netzbewegung in Deutschland. Damit lenkt er den Blick auf ihren zentralen Diskurs über Privatsphäre. Dieser ist von einem Widerspruch zwischen dem liberalen Subjektverständnis des Datenschutzparadigmas und der Subjektposition der Avantgarde vernetzter Individuen, die der politische Diskurs der Netzbewegung artikuliert, gekennzeichnet. Die Analyse leistet einen Beitrag zum Verständnis der Mobilisierungsschwäche der Netzbewegung nach den Snowden-Enthüllungen.

Kathrin Ganz: *Ten Years of Internet Activism: Conflicts about Privacy in Germany's Digital Rights Activism before and after Snowden* (FJ SB 3/2015, pp. 35-45). Drawing attention to its central discourse on privacy, the article examines the conflict between so-called privacy maximalists and post-privacy advocates within the political discourse of Germany's digital rights movement. Its privacy discourse is characterized by a contradiction between a liberal understanding of subjectivity and the subject-position of a vanguard of networked individuals – the latter being the subject-position that the movement's discourse articulates. The analysis aims at a better understanding of the movement's mobilizational weakness after the Snowden-Leaks.

Carsten Ochs: „Selbstdatenschutz“, oder: Kollektive Privatheitspraktiken als politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten (FJ SB 3/2015, S. 45-54). Spätestens seit den Snowden-Enthüllungen wird „Selbstdatenschutz“ (individuelle technisch-rechtliche Maßnahmen zum Schutz „persönlicher Daten“) regelmäßig zur Gewährleistung informationeller Privatheit angepriesen. Trotz der scheinbaren Plausibilität solcher Aufrufe steigt die Zahl der Selbstdatenschützer_innen indes auch „post-Snowden“ kaum. In dem Beitrag wird der Grund dafür im Auseinanderfallen von hochgradig individualistischen Selbstdatenschutzbalkurs und gleichzeitig notwendiger Kollektivität der Selbstdatenschutzpraktiken verortet. Das Auseinanderklaffen hat unerfreuliche politische Konsequenzen, sofern folgenlose Appelle an das Individuum dieses zugleich mit der Verantwortung für die Erzeugung der fraglichen Praktiken überfordern.

Carsten Ochs: „Self-data protection“, or: Collective privacy practices as political activity in digital public spheres (FJ SB 3/2015, pp. 45-54). Especially “after Snowden” a multitude of diverse actors began to propagate Do It Yourself Data Protection (DIYDP, i.e. the taking of technical and legal measures to protect one’s “personal data”) as the weapon of choice to guarantee informational privacy. Although the reasoning behind these appeals (at first glance) seemed plausible there was no significant increase in the number of DIYDP-ers even “post Snowden.” In his contribution Carsten Ochs argues that the reason for the absence of increase can be found in the bifurcation of the extreme individualism of DIYDP discourse on the one hand, and the necessary collectivism of DIYDP practices on the other, resulting in a rather inconsistent and politically questionable individualization of responsibility.

Magdalena Freudenschuß: Paradoxe Dynamik. Aktivismus zwischen Anonymität und Sichtbarkeit (FJ SB 3/2015, S. 55-62). Judith Butlers These einer ontologischen Verletzbarkeit des Menschen folgend reflektiert der Beitrag aktivistisches Handeln in digitalisierten Gesellschaften als Bearbeitung der eigenen Verletzbarkeiten. Menschen sind über ihre Verletzbarkeit grundlegend aufeinander verwiesen, sodass Sozialität immer mit Verletzbarkeit einhergeht. Politischer Aktivismus dreht sich in der ein oder anderen Form um Fragen des Sozialen, politisiert das Soziale, zielt auf dessen Veränderung ab. Verletzbarkeit wird hier insofern als zentral für politisches Handeln verstanden. Mit Blick auf netzinvolvierende Formen politischen Handelns erscheint der Umgang mit Verletzbarkeiten, so das hier entwickelte Argument, als paradoxe Dynamik zwischen Anonymisierung und Sichtbarmachung. Gezeigt wird, dass Anonymität und Sichtbarkeit keine gegensätzlichen, sich ausschließenden Pole darstellen, sondern ineinander verwobene Fluchlinien. Der Zugang über das Konzept von Verletzbarkeit erschließt dabei neue Denkräume, die über einfache Dichotomisierungen hinausweisen. Im Rückgriff auf feministische und postkoloniale Theorie reflektiert der Beitrag aktivistische Praxen und geht dabei von ausgewählten Bewegungs-materialien und von Interviews mit Aktivist_innen aus.

Magdalena Freudenschuß: Paradoxical Dynamics. Activism between anonymity and visibility (FJ SB 3/2015, pp. 55-62). Following on from Judith Butler's thesis that man is ontologically vulnerable, this contribution reflects activist activity in digitalised societies as a way to deal with one's own vulnerabilities. Through their vulnerabilities, people are fundamentally related to one another, meaning that sociality always goes hand in hand with vulnerability. Political activism usually concerns social issues, politicising the social and seeking to change it. Vulnerability is thus regarded as crucial for political action. In forms of political action that involve the internet, the author argues that vulnerability constitutes a paradoxical dynamic between anonymisation and visibility. It is demonstrated that anonymity and visibility do not constitute mutually exclusive poles, but are intertwined flight lines. Accessing the concept of vulnerability opens up new spaces

for thought that go beyond simple dichotomies. The contribution reflects activist practices with reference to feminist and postcolonial theory and on basis of selected movement material and interviews with activists.

Miriam Grohmann/Layla Kamil Abdulsalam/Eva L. Wyss: *Selfie-Proteste zwischen Personalisierung und Anonymisierung* (FJ SB 3/2015, S. 62-72). Der Selfie-Protest entstand im Rahmen der Occupy-Bewegung im Jahr 2011 und ist damit ein recht junges Phänomen. Von den meisten Formen des Netzaktivismus unterscheidet sich das Protest-Selfie durch ein Moment der Personalisierung, denn im Idealfall verbindet es ein politisches Statement mit einer konkreten physischen Erscheinung, etwa dem Gesicht des Protestierenden. Trotzdem findet sich in den untersuchten Selfie-Protesten immer auch eine Anzahl anonymisierter Bildbeiträge. So stellt sich die Frage, inwiefern eine „Politik der ersten Person“ funktionieren kann, wenn sie anonym geschieht und welche Strategien entwickelt werden, um das anonymisierte Protestkommunikat dennoch personalisiert zu halten.

Miriam Grohmann/Layla Kamil Abdulsalam/Eva L. Wyss: *Selfie protest between personalisation and anonymisation* (FJ SB 3/2015, pp. 62-72). The phenomenon of selfie protest emerged in 2011 as part of the occupy movement and is thus fairly new. It has a moment of personalisation which makes it different from most forms of internet activism, ideally connecting a political statement with a concrete physical appearance, like the face of a protester. Nonetheless, the selfie protests examined also contain a number of anonymised pictorial statements. The question thus is how „first person politics“ can work if it happens anonymously and which strategies are being developed to keep the content of what is being protested against personal despite anonymisation.

Ina Alber: *Wie öffentlich ist das Private? Sozialforschung in digitalen Welten zwischen Sichtbarkeit und Anonymität* (FJ SB 3/2015, S. 73-82). Sozialforschung mit im Internet verfügbarem Datenmaterial wirft nicht nur methodische, sondern auch forschungsethische Fragen auf. Privates und Öffentliches verbinden sich auf neue Art und Weise und stellen neue Herausforderungen. Wie lassen sich forschungsethische Forderungen nach Anonymisierung von Datenmaterial zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der Untersuchten (und ihrer Netzwerke) mit der dem Internet eigenen Sichtbarkeit und Identifizierbarkeit vereinbaren? Wie kann beispielsweise politischer Aktivismus in diesem Spannungsfeld von Sichtbarkeit und Anonymität untersucht werden? Dies wird im Beitrag anhand des Beispiels polnischer Zivilgesellschaftsaktivist_innen und einer Triangulation von off- und online gewonnenen Daten der Biographie- und Diskursforschung diskutiert.

Ina Alber: *How public is private? Social research in digital worlds between visibility and anonymity* (FJ SB, 3/2015, pp. 73-82). Doing research with internet-based data raises questions not only about methodology, but also about research ethics. Private and public spheres are interlinked in a new way and challenge established ways of doing research. How do ethics-related claims for anonymity to protect participants' rights relate to the internet-specific ability to publically identify certain people? How can we do research on political activism, for instance, between anonymity and visibility? The paper discusses these questions building on my case study about civil society activism in Poland, triangulating discourse and biographical research as well as offline and online data.

Jana Ballenthien/Alexander Hensel: *Verschlüsselt, vernetzt, verletzlich – Aktivist_innen über Sichtbarkeit und Anonymität. Kurzinterviews mit Volker und Stefan, Antje Schrupp, Stephan Urbach und jetzt* (FJ SB 3/2015, S. 83-89). Das Verständnis des Verhältnisses von Sichtbarkeit und Anonymität variiert aufseiten der Forschung und des Aktivismus. Nach der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Spannbreite der theoretischen, methodischen und forschungsethischen Herausforderungen kommen hier Aktivist_innen zu Wort. Zwei Verschlüsselungsprofis, eine Netzfeministin, ein transnational aktiver Onlineaktivist und ein Datenjournalist berichten in gerahmten Kurzinterviews über ihren Umgang mit den Ambivalenzen von Sichtbarkeit und Anonymität und berichten über Möglichkeiten der Verschlüsselung, Shitstorms, staatliche Repression und Transparenz durch Datenaktivismus.

Jana Ballenthien/Alexander Hensel: *Encrypted, connected, vulnerable – activists on visibility and anonymity. Short interviews with Volker and Stefan, Antje Schrupp, Stephan Urbach and jetzt* (FJ SB 3/2015, pp. 83-89). Research and activism vary in how they understand vulnerability and anonymity. After the scientific elaboration on the variety of theoretical, methodical and ethics-related challenges, activists take the floor in this contribution. It includes short interviews with two encryption experts, one internet feminist, one transnationally active online activist and a data journalist, who discuss how they address ambivalences of visibility and anonymity and report about possibilities of encryption, internet outrages, state-based repression and transparency through data activism.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 28, Heft 3, September 2015

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart

Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe SB herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Peter Kulefa, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Melanie Müller, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin/Wrocław; Dr. Gabriele Schmidt, Hannover/Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Katrin Kwiatkowski, Berlin; Miriam Küller, Berlin; Maria Langenthal, Berlin; Dr. Aleksandra Lewicki, Bristol; Laura Sasse, Berlin; Franziska Scholl, Berlin

Gastherausgeber_innen für den Themenschwerpunkt: Jana Ballenthien, Göttingen; Alexander Hensel, Göttingen; Christoph Hoeft, Göttingen; Maren Ulbrich, München

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Jan Rohwerder, Aachen (v.i.S.d.P.); verantwortlich für *Pulsschlag*: Alexander Flohé, Arndtstr. 2, 40479 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; für *Aktuelle Analyse*: PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafu.de; für *Treibgut*: Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; für *Literatur*: Melanie Müller, Neu-Bahnhofstr. 22, 10245 Berlin, e-mail: melanie_mueller@email.de; Dr. Karin Urich, Zähringer Str. 2, 68239 Mannheim, mail: karin.urich@online.de; für *FJSB+*: Dr. Ansgar Klein/Laura Sasse, beide Berlin; für *Homepage und Social Media*: Regina Vierkant und Katrin Kwiatkowski, beide Berlin

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Detlef Wetzel, Frankfurt/M.; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de
Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: Soziale Bewegungen e.V., c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafu.de; Spendenkonto: Sparkasse KölnBonn, BIC: COLSDE33XXX, IBAN: DE76 3705 0198 0007 5146 07

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2015: Bibliotheken € 78,-, persönliches Abonnement € 44,-, Studierende (gegen Studienbescheinigung) € 30,-, jeweils zuzügl. Versandkosten (Inland € 4,-/Ausland € 8,-). Der Bezugspreis schließt den Zugang zum digitalen Volltext der Zeitschrift ein. Persönliche und Studentenabonnements zum reduzierten Preis erhalten den Zugang zur Datenbank gegen einen Zuschlag von € 12,-/Jahr. Mit dem Ende des Abonnements endet auch das Zugriffsrecht auf die Digitalversion. Einzelheft € 19,- (zzgl. Versandkosten).

Alle Bezugspreise verstehen sich inkl. MwSt. und sind unverbindliche Preisempfehlungen.

Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnementenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2015.

© 2015 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden • **Umschlag:** Nina Faber de.sign, Wiesbaden • **Satz:** com.plot Klemm & Leiby, Mainz
• **Druck und buchbinderische Verarbeitung:** Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 2192-4848

<p>Forschungsjournal Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft Soziale Bewegungen</p> <p>Praxisanalysen mit Tiefgang</p>	<p>Forschungsjournal Soziale Bewegungen</p> <p>Im nächsten Heft: Menschenrechtsbewegung in Deutschland Wie weit reicht der politische Einfluss? (mit einem Sonderschwerpunkt zu Fritz Bauer)</p> <p>Mit Beiträgen von: Barbara Unmüßig Thomas Leif Wolfgang Kaleck Walter Reese-Schäfer Herta Däubler-Gmelin Heiko Maas Fritz Bauer u.v.m.</p> <p>Dezember 2015</p>
--	---

Die Themenhefte 2015 im Überblick:

- 1/15 Kirchen in Bewegung
- 2/15 Das Private ist Politisch
Konsum und Lebensstile
- 3/15 Zwischen Sichtbarkeit und Anonymität
Protest, Bewegung und digitale Kultur
- 4/15 Menschenrechtsbewegung in Deutschland
Wie weit reicht der politische Einfluss? (mit einem Sonderschwerpunkt zu Fritz Bauer)

Einzelheft € 19 • Jahresabonnement € 44 – für Studierende € 30

Bestellungen über Ihre Buchhandlung, direkt beim Verlag oder im Internet!
www.luciusverlag.com • www.forschungsjournal.de

LUCIUS
LUCIUS

